



universität  
wien

# Dissertation

Titel der Dissertation

Die Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine.  
Zur Rolle von Institutionen, gesellschaftlichen Akteuren  
und Identitäten in der internationalen Politik

Verfasserin

Lina Klymenko, M.A.

angestrebter akademischer Grad  
Doktorin der Philosophie (Dr. phil.)

Wien 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 092 300

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Prof. Dr. Dieter Segert



### Danksagung

Bei der Entstehung dieser Arbeit bedanke ich mich herzlich bei meinen beiden Dissertationsbetreuern Prof. Dr. Dieter Segert und Prof. Dr. Ulrich Brand für ihre wertvolle Hilfe und Unterstützung. Sehr dankbar bin ich auch meinem Ehemann Jan Kurzidim, MSc, für die redaktionelle und technische Arbeit und für die moralische Unterstützung. Ein herzlicher Dank geht auch an meine lieben Eltern Anatoliy und Anna Klymenko sowie an meine Schwestern und ihre Familien, und an meine deutschen, österreichischen, britischen und amerikanischen Gasteltern für den Einstieg und Begleitung auf dem Lebensweg.



*„Die Ukraine ist noch nicht gestorben“*

Ukrainische Nationalhymne

*„Noch ist Polen nicht verloren“*

Polnische Nationalhymne



## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung .....</b>	<b>11</b>
1.1. Einführung in die Thematik.....	11
1.2. Stand der Forschung.....	14
1.3. Fragestellung und Struktur der Arbeit.....	19
1.4. Methodischer Zugang .....	22
<b>2. Theoretische Grundlagen .....</b>	<b>25</b>
2.1. Die Begriffe <i>Außenpolitik</i> und <i>internationale Politik</i> .....	25
2.2. Ansätze zur Ordnung des Forschungsgegenstands.....	27
2.2.1. Liberalismus .....	27
2.2.2. Akteurzentrierter Institutionalismus.....	34
2.2.3. Sozio-konstruktivistische Ansätze .....	39
2.3. Forschungsraster zur Analyse der ukrainisch-polnischen Beziehungen .....	43
<b>3. Akteure der ukrainisch-polnischen Beziehungen.....</b>	<b>49</b>
3.1. Staatliche Akteure .....	50
3.1.1. Die ukrainische und die polnische Verfassung im Transformationsprozess.....	50
3.1.2. Rolle der staatlichen Akteure im außenpolitischen Entscheidungsprozess.....	53
3.1.2.1. <i>Präsidenten</i> .....	53
3.1.2.2. <i>Regierungen</i> .....	61
3.1.2.3. <i>Parlamente</i> .....	68
3.2. Nichtstaatliche Akteure .....	76
3.2.1. Wirtschaftspolitische Akteure bzw. Oligarchen.....	76
3.2.2. Nichtregierungsorganisationen (NGOs).....	81
3.2.3. Medien.....	83
3.2.4. Kirchen .....	83
3.2.5. Minderheiten .....	84
3.2.6. Arbeitsemigranten .....	85

<b>3.3. Internationale Akteure .....</b>	<b>88</b>
3.3.1. Russland .....	88
3.3.2. EU .....	90
3.3.3. USA .....	95
3.3.4. NATO .....	97
3.3.5. GUAM.....	98
<b>3.4. Transnationale Akteure .....</b>	<b>100</b>
 <b><u>4. Interaktionsfelder zwischen der Ukraine und Polen .....</u></b>	<b><u>103</u></b>
<b>4.1. Zwischen dem Systemwechsel in Polen und der Ukraine.....</b>	<b>103</b>
4.1.1. Kontakte zwischen Solidarność und Ruch .....	103
4.1.2. Ukrainische Unabhängigkeit und polnische Unentschiedenheit .....	107
<b>4.2. Spannungen um das historische Erbe .....</b>	<b>109</b>
4.2.1. Debatten um das Wolhynien-Massaker und die Aktion Weichsel.....	109
4.2.2. Streit um das kirchliche Erbe .....	114
4.2.3. Auseinandersetzungen um die polnischen „Jungen Adler von Lwiw“ .....	119
4.2.4. Anstrengung von ukrainisch-polnischer Versöhnung und kulturellem Austausch .....	120
<b>4.3. Sicherheitspolitische Herausforderungen .....</b>	<b>124</b>
4.3.1. Der Krawtschuk-Plan und Polens Reaktion .....	124
4.3.2. Von <i>Hard-</i> bis <i>Soft-Security</i> -Kooperation.....	129
4.3.3. Polens Rolle in der Annäherung der Ukraine an die NATO.....	134
4.3.4. Polens NATO-Beitritt 1999 und weitere Anbindung der Ukraine an die NATO .....	139
<b>4.4. Die Ukraine, Polen und die EU .....</b>	<b>146</b>
4.4.1. Annäherung der Ukraine und Polens seit Mitte der 1990-er.....	146
4.4.2. Anfänge der polnischen Anwaltschaft für die EU-Integration der Ukraine.....	151
4.4.3. Krise der Demokratie in der Ukraine und Polens Hilfestellung.....	159
4.4.4. Polens Anwaltschaft für die Ukraine am Vorabend des EU-Beitritts Polens 2004 ..	164
4.4.5. Beitrag Polens zur Orangen Revolution in der Ukraine.....	171
4.4.6. Polnische Unterstützung der Ukraine nach der Orangen Revolution.....	174
4.4.7. Ukrainische Oligarchen auf der polnischen Bühne .....	189
4.4.8. Die Fußballeuropameisterschaft 2012 als gemeinsames europäisches Projekt.....	191



<b>4.5. Die Ukraine und Polen im europäischen Energietransitsystem.....</b>	<b>193</b>
4.5.1. Diskussionen um die Odessa-Brody-Pipeline .....	193
4.5.2. Heranführung Polens an GUAM im Kontext der Energiesicherheit.....	197
 <b>5. Zusammenfassung.....</b>	 <b>203</b>
<b>5.1. Ergebnisse der Analyse.....</b>	<b>203</b>
5.1.1. Institutionen, gesellschaftliche Akteure und Identitäten in der internationalen Politik .....	203
5.1.2. Institutionen, gesellschaftliche Akteure und Identitäten in den Interaktionsfeldern zwischen der Ukraine und Polen .....	216
<b>5.2. Weiterer Forschungsbedarf .....</b>	<b>226</b>
 <b>6. Literaturverzeichnis.....</b>	 <b>229</b>
 <b>Anhang .....</b>	 <b>249</b>



## **1. Einleitung**

Die Einleitung stellt Informationen zum Forschungsgegenstand der vorgelegten Studie, ihrem Forschungsdesign und ihrer Struktur vor. Zu Anfang wird eine Einführung in die Thematik gegeben, die auf empirischen Beobachtungen der Autorin zu den Beziehungen zwischen der Ukraine und Polen basiert. Danach wird der Stand der Forschung der ukrainisch-polnischen Beziehungen dargelegt und auf Desiderate, die sich dabei offenbaren, hingewiesen. Die Studie hat dabei zum Ziel, zur politikwissenschaftlichen Forschung der ukrainisch-polnischen Beziehungen im Speziellen und zum Forschungsfeld der Internationalen Beziehungen im Allgemeinen beizutragen. Im Anschluss daran werden die Forschungsfrage und damit verbundene vertiefte Fragen formuliert und die Struktur der Arbeit vorgestellt. Schließlich wird auch der methodische Zugang der Arbeit (Methoden und Arbeitstechniken) beschrieben.

### **1.1. Einführung in die Thematik**

Die Beziehungen der Ukraine und Polens entwickelten sich seit Ende der 1980-er von der Etablierung bilateraler diplomatischer, kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen über eine vertiefte Versöhnungspolitik und eine Reevaluierung der gemeinsamen Geschichte bis hin zu multilateraler sicherheitspolitischer Zusammenarbeit im Rahmen der EU und der NATO<sup>1</sup>. Die tatsächliche polnisch-ukrainische Zusammenarbeit begann Anfang der 1990-er, als Polen seine durch „Kultura“ formulierte Ostpolitik durchzusetzen begann. Der polnische Intellektuelle und Chefredakteur der „Kultura“ Jerzy Giedroyc formulierte bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg seine Überlegungen über die polnische Politik gegenüber der Ukraine, der er wie auch Belarus und Litauen das Recht auf eigene Staatlichkeit zusprach. Diese Ansichten wurden nach dem „Runden Tisch“ in Polen 1989 von vielen polnischen Politikern übernommen. Treffen polnischer Parlamentarier 1989–1990 mit der ukrainischen oppositionellen Bewegung Ruch wurden zu historischen Treffen. Auch war Polen neben

---

<sup>1</sup> Für einen Überblick über die ukrainisch-polnischen Beziehungen seit Ende der 1980-er, aber besonders seit 2005 unter Juschtschenkos bzw. Kaczyńskis Präsidentschaft, siehe Klymenko, L. 2009. What Holds Ukraine and Poland Together? On External and Internal Factors of Ukrainian–Polish Relations. In: Ukraine on its Way to Europe. Interim Results of the Orange Revolution. J. Besters-Dilger (Hrsg.). Peter Lang: Frankfurt am Main, 253–274.

Kanada der erste Staat, der die Unabhängigkeit der Ukraine nach dem Zerfall der Sowjetunion anerkannte. Während derselben Zeit keimten jedoch auch erste gesellschaftliche Auseinandersetzungen um das gemeinsame historische Erbe, insbesondere um das Wolhynien-Massaker und die Aktion Weichsel, jedoch auch um kirchliche Gebäude, da ein Großteil der Westukraine Jahrhunderte lang zu Polen gehörte und die polnischen Regionen Ostgalizien und Wolhynien erst 1939 der Ukraine angeschlossen wurden.

Die Zusammenarbeit des ersten Präsidenten der Republik Polens, Lech Wałęsa, und des ersten Präsidenten der unabhängigen Ukraine, Leonid Krawtschuk, führte im Jahre 1992 zur Unterzeichnung des „Vertrag[s] über Nachbarschaft, freundliche Beziehungen und Zusammenarbeit“, der die Nichtverletzung der Grenzen und die Zusammenarbeit der beiden Staaten in den Bereichen Abrüstung, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Umweltschutz festschrieb. Die Gestaltung der ukrainisch-polnischen Beziehungen in der Sicherheitspolitik erwies sich jedoch als schwierig. Während Krawtschuk die Ukraine und Polen in einer sicherheitspolitischen Allianz mit den Staaten zwischen Ostsee und Schwarzem Meer sah, lehnte Wałęsa diesen „Krawtschuk-Plan“ ab, da eine solche Allianz als gegen Russland, die NATO oder die Europäische Gemeinschaft gerichtet verstanden werden konnte. Daher wurde 1993 an Stelle des Krawtschuk-Plans nur ein Konsultationskomitee der Präsidenten Polens und der Ukraine eingerichtet und u.a. eine militärische Zusammenarbeit der beiden Verteidigungsministerien vereinbart.

Während der ersten Amtszeit des ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma 1994–2000 und des polnischen Präsidenten Alexander Kwaśniewski 1995–2000 wurde die Entwicklung der bilateralen Beziehungen der beiden Staaten stark intensiviert. Als erstes beabsichtigten die beiden Präsidenten, die Konflikte zwischen den beiden Völkern in Hinsicht auf historische Auseinandersetzungen abzumildern und unterzeichneten 1997 die „Gemeinsame Erklärung des Präsidenten der Ukraine und der Republik Polen über Verständigung und Versöhnung“. Im selben Jahr wurde eine gemeinsame militärische Einheit zur Mitwirkung an internationalen friedensschaffenden Operationen gebildet. Während seiner gesamten Amtszeit 1995–2005 pflegte der polnische Präsident Aleksander Kwaśniewski gute Beziehungen zu seinem ukrainischen Amtskollegen Kutschma. 1996 baute Polen seine Beziehungen zur Ukraine mit dem „Vertrag für eine strategische Partnerschaft“ aus, der die Entwicklung der ukrainisch-polnischen Beziehungen im sicherheitspolitischen Kontext von

EU und NATO vorsah. Mit seinem NATO-Beitritt 1999 erlangte dies für Polen besondere Bedeutung.

2001 führte der „Kassetten-Skandal“ zu einer innerpolitischen Krise in der Ukraine und zu einer stärkeren wirtschaftlichen Abhängigkeit der Ukraine von Russland. Infolgedessen driftete die Ukraine während Kutschmas zweiter Amtszeit 2000–2004 allmählich in Richtung Russland und verspielte damit die gut ausgebauten Beziehungen zu Polen und folglich auch zur EU. Kutschma war in der Folge auf der europäischen Bühne nicht mehr gern gesehen. Im Gegensatz zur internationalen und besonders zur polnischen Öffentlichkeit blieb Kwaśniewski jedoch ein „treuer“ Freund Kutschmas. Obwohl er damit seine eigene Popularität aufs Spiel setzte, ließ Kwaśniewski somit der Ukraine die Hoffnung, nicht aus der europäischen Gemeinschaft fortgetrieben zu werden. Am Vorabend des EU-Beitritts Polens im Jahre 2004 wurde darüber hinaus der weitere Aufbau strategischer Beziehungen zur Ukraine zum Hauptziel für Polen. Damit zeigte Polen der EU seine Absicht, sich an der Gestaltung der EU-Ostpolitik gegenüber Russland, Belarus und vor allem der Ukraine aktiv zu beteiligen. Insbesondere polnische NGOs zeigten reges Interesse und arbeiteten Gestaltungskonzepte für die Beziehungen der EU mit der Ukraine aus.

Während der Orangen Revolution im November 2004 unterstützte die polnische Öffentlichkeit in bemerkenswerter Weise den Protest der Ukrainer gegen die Wahlfälschung. Gleichzeitig zeigten der ehemalige polnische Präsident Wałęsa und der ehemalige polnische Premierminister Jerzy Buzek, die Juschtschenko in Vorbereitung auf den zweiten Wahlgang nach Kiew einlud, ihre Unterstützung. Nach kurzem Zögern entschied sich auch Kwaśniewski, Juschtschenko zu unterstützen, und bildete ein Vermittlungsteam, das nach dem ersten Wahlgang, bei dem Juschtschenko durch Wahlfälschung der Sieg genommen worden war, zusammen mit Kwaśniewski nach Kiew kam. Die Teilnahme Kwaśniewskis an einer Reihe von Runden Tischen zusammen mit Kutschma, dem litauischen Präsidenten Adamkus und dem EU-Außenbeauftragten Solana beeinflusste schließlich den friedlichen Ausgang des Präsidentschaftswahlkonflikts zwischen Juschtschenko und Janukowytsch. Kwaśniewski wurde daher in der Ukraine hoch geschätzt. Durch Kwaśniewskis Engagement wurde Juschtschenko ermutigt, den ukrainisch-polnischen Beziehungen weitere Dynamik zu geben.

Juschtschenko, der im Januar 2005 sein Amt antrat, sowie der seit Dezember 2005 amtierende polnische Präsident Lech Kaczyński setzten die Außenpolitik ihrer Vorgänger

umgehend fort. Die diplomatischen Aktionen Juschtschenkos und Kaczyńskis umfassen auf den ersten Blick mehrere offizielle gegenseitige Besuche der Präsidenten, eine militärische Zusammenarbeit der Verteidigungsministerien und die Durchführung zahlreicher kultureller Veranstaltungen. Weder der Amtsantritt des viel kritisierten polnischen Premierministers Jarosław Kaczyński, Zwillingsbruder des Präsidenten, im Juli 2006 noch die sich im März 2006 abzeichnende neuerliche politische Krise in der Ukraine verhinderten die weitere Zusammenarbeit der beiden Staaten. Die Kaczyński-Brüder versuchten, das wirtschaftliche und kulturelle Interesse an der Ukraine (z.B. Einladung ukrainischer Arbeitskräfte nach Polen, Unterstützung der polnischen Minderheiten in der Ukraine) voranzutreiben, ebenso wie das sicherheitspolitische Interesse (Annäherung der Ukraine an NATO und EU). Juschtschenko seinerseits sieht Polen als *Best-Practice-Model* für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine und als Vermittler, der die EU-Ambitionen der Ukraine erfolgreich an die EU weiter leiten könnte. In seinen Bestrebungen, die Ukraine stärker der EU anzunähern, stützt sich Juschtschenko wesentlich auf die Erfahrungen des größten westlichen ukrainischen Nachbarn Polen, das nach dem Zerfall des Ostblocks politische und wirtschaftliche Reformen durchsetzte und heute schließlich einen bedeutenden Platz in der EU einnimmt. Zur selben Zeit zeichnete sich auch die Einflussnahme der ukrainischen Oligarchen auf die ukrainisch-polnischen Beziehungen ab: ukrainische industriell-finanzielle Gruppen investieren aktiv wie nie zuvor in den polnischen Markt.

## **1.2. Stand der Forschung**

Forschung zu polnisch-ukrainischen Themen ist zumeist in den Bereichen Soziologie, Geschichte, Wirtschaft und Kultur, selten jedoch explizit in der Politikwissenschaft angesiedelt. In letzterer werden häufig die ukrainisch-polnischen Beziehungen während der Präsidentschaften Kwaśniewskis und Kutschmas untersucht, besonders während ihrer zweiten Phase ab Anfang der 2000-er, als bereits bekannt war, dass die EU-Außengrenze bald unmittelbar an die Ukraine heranrutschen würde. Außerdem konzentrieren sich Analysen aus dieser Periode sehr stark auf die polnische bzw. die EU-Sicht.

Erst mit dem Zerfall der Sowjetunion, als die Ukraine 1991 ihre Unabhängigkeit proklamierte, begann in Europa eine intensive Analyse der polnisch-ukrainischen

Beziehungen. Außer in Polen und der Ukraine befinden sich viele Forschung zu polnisch-ukrainischen Themen betreibende Zentren in Deutschland, Großbritannien und nicht zuletzt in Österreich. Einige weitere Publikationen stammen aus Italien, Frankreich und den USA. Das Interesse an der polnisch-ukrainischen Thematik erlebte seit dem Systemwechsel in der Ukraine und in Polen folgende Phasen: (1) Polens „Ostpolitik“ seit dem Zerfall der Sowjetunion (2) Erinnerungskulturdebatten (3) Polens „neue Ostpolitik“ im Rahmen der EU-Erweiterung und (4) Polens Engagement bei der ukrainischen Orangen Revolution.

Beispielsweise rief die Durchsetzung der polnischen Ostpolitik Ende der 1980-er in Polen eine gründliche Untersuchung die Ukraine betreffender Angelegenheiten hervor. Voruntersuchungen zu den jüngeren polnisch-ukrainischen Beziehungen wurden bereits Ende der 1970-er unternommen, als die polnische Exilzeitschrift „Kultura“ unter Leitung von Jerzy Giedroyc ihre Vorüberlegungen über die polnische Politik gegenüber dem Osten, d.h. Litauen, Belarus und die Ukraine, veröffentlichte. Forschung zu polnisch-ukrainischen Beziehungen fand zu jener Zeit jedoch zumeist in Übersee statt. Zu erwähnen ist die Konferenz „Poland and Ukraine. Past and Present“, die 1977 vom Canadian Institute of Ukrainian Studies der University of Alberta zusammen mit dem Interdepartmental Committee on Communist and East European Affairs der MacMaster University in Kanada organisiert wurde<sup>2</sup>.

Anfang der 1990-er zwangen historische Auseinandersetzungen zwischen den beiden Nationen Wissenschaftler, besonders Historiker, beider Staaten, sich intensiv mit der Geschichte Polens und der Ukraine zu beschäftigen. Die Rolle Polens als Heranführer der Ukraine an die NATO interessierte insbesondere die USA, während die EU-Osterweiterung zahlreiche Untersuchungen der polnisch-ukrainischen Beziehungen in Deutschland und Großbritannien hervorbrachte. Besonderes Interesse an den polnisch-ukrainischen Beziehungen kam Anfang der 2000-er während der polnischen Vorbereitungen auf den EU-Beitritt auf. In der Hoffnung auf die Herausbildung einer stabilen Demokratie und wirtschaftlicher Stabilität in der Ukraine messen sowohl die polnische als auch die ukrainische Forschung dem Engagement Polens während der Orangen Revolution großen Wert bei.

---

<sup>2</sup> Daraus entstandene Publikation: Potichnyj, P. 1980. (Hrsg.). Poland and Ukraine. Past and Present. The Canadian Institute of Ukrainian Studies: Edmonton.

Neben zahlreichen ukrainischen, polnischen und meistens deutschen Publikationen, die im Literaturverzeichnis dieser Arbeit aufgelistet sind, sind auch folgende internationale Konferenzen nennenswert:

- „Schwierige Nachbarschaft“ (1998, Herder-Institut, Marburg, Fachkommission für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie für Zeitgeschichte im Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat, Eschwege)<sup>3</sup>,
- „Deutsche und polnische Vorüberlegungen zu einer gemeinsamen Ostpolitik der erweiterten Europäischen Union“ (2000, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Darmstadt)<sup>4</sup>,
- „Vergangenheit und Zukunft zwischen Polen und der Ukraine in Europa“ (2001, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule, Aachen),
- „Aktuelle Probleme der polnisch-ukrainischen Beziehungen und ihre historischen Wurzeln“ (2001, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde zusammen mit dem Deutschen Historischen Institut, Warschau),
- „Ukraine und Polen auf dem modernen politischen Entwicklungsweg“ (2002, Schule der politischen Analyse, Nationaluniversität „Kyjewo-Mohyljanska Akademija“, Kiew),
- „Polen in Europa“ (2002, Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Wien),
- Konferenz der Polnischen Historiker (2004, Polnisches Historisches Institut, Krakau, zusammen mit dem Joint Committee of UNESCO und dem Comité International des Sciences Historiques (CISH))<sup>5</sup>,
- mehrere Konferenzen und Seminare der ukrainischen Zeitschrift „Ji“ jährlich seit 1997, und viele andere.

Zu erwähnen sind auch ein Forschungsprojekt der Studiengruppe „Europa“ des Kulturwissenschaftlichen Instituts im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen in

---

3 Daraus entstandene Publikation: Ziemer, K. 2001. Schwierige Nachbarschaft. Die Ostpolitik der Staaten Ostmitteleuropas seit 1989. Verlag Herder-Institut: Marburg.

4 Daraus entstandene Publikation: Bingen, D. (Hrsg.) 2002. Deutschland–Polen–Osteuropa. Deutsche und polnische Vorüberlegungen zu einer gemeinsamen Ostpolitik der erweiterten Europäischen Union. Harrassowitz: Wiesbaden.

5 Daraus entstandene Publikation: Kłoczowski, J. 2004. East-Central Europe's Position within Europe. Between East and West. Institute of East Central Europe: Lublin.



Zusammenarbeit mit dem Ungarischen Institut für Internationale Angelegenheiten<sup>6</sup> und eine Ringvorlesung des Instituts für Slawistik der Friedrich-Schiller-Universität Jena im WS 2002/03<sup>7</sup>.

Zu den renommiertesten Zentren in Deutschland, die Forschung zu den ukrainisch-polnischen Beziehungen betreiben, gehören die Stiftung Wissenschaft und Politik (Berlin), das Osteuropa-Institut (München), das Deutsche Polen-Institut (Darmstadt), die Konrad-Adenauer Stiftung (Berlin), das Herder Institut (Marburg), das Centrum für angewandte Forschung (München), die Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn), die Forschungsstelle für Osteuropa (Bremen), sowie darüber hinaus eine Einrichtung der Alumni des Europäischen Zentrums für Integrationsforschung e.V. (Aachen), die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (ein Verein von Wissenschaftlern und Journalisten, die sich mit Osteuropa beschäftigen), das Forum Ukraine und die Gruppe Junge Osteuropa-Experten. Auch die Zeitschrift „Osteuropa“ (Berlin) publiziert viele Beiträge zu ukrainisch-polnischen Beziehungen.

In Polen beschäftigen sich der Ośrodek Studiów Wschodnich (Centre for Eastern Studies, Warschau), die Polska Fundacja im. Roberta Schumana (Polnische Robert-Schuman-Stiftung, Warschau) und die Batory-Stiftung (Warschau) mit diesem Thema, während die Anzahl ukrainischer Forschungsanstalten in diesem Zusammenhang gering ist. Mit der Außenpolitik der Ukraine im Allgemeinen (nicht speziell gegenüber Polen) beschäftigen sich das Zentrum für Außenpolitik, Frieden und Konversion (Kiew) und das Rasumkow-Zentrum (Kiew). Viele Beiträge über die polnisch-ukrainischen Beziehungen veröffentlicht die Zeitschrift „Ji“ (Lwiw).

In der Phase der Literatursammlung für die vorliegende Dissertation stellten sich die folgenden an Universität Wien verfassten politikwissenschaftlichen Diplomarbeiten als hilfreich heraus: „Determinanten der Außenpolitik der Volksrepublik Polen“ (1989) von Andreas Stadler, „Polens Weg in die Europäische Union“ (2000) von Agnieszka Mołojcz, „Die Ukraine zwischen Russland und der Europäischen Union – Aspekte zweier komplexer Beziehungen, relevante innerstaatliche Determinanten“ (2005) von Rudolf Rotter und

---

6 Daraus entstandene Publikation: Hatschikjan, M. 2000. Jenseits der Westpolitik. Die Außenpolitik der osteuropäischen Staaten im Wandel. Leske + Budrich: Opladen.

7 Daraus entstandene Publikation: Makarska, R. 2004. Die Ukraine, Polen und Europa. Europäische Identität an der neuen EU-Ostgrenze. Fibre Verlag: Osnabrück.

„Welche Faktoren bestimmen die Außenpolitik Polens in Bezug zur Ukraine? Das polnische Engagement in der ukrainischen Krise 2004“ (2006) von Maciej Zblewski.

Auch in der Ukraine verfasste Dissertationen waren für die empirischen Daten sehr hilfreich: von T. Andruschtschenko „Jewropejska polityka Ukrajiny: problemy formuwannja ta realizaciji“ (Europäische Politik der Ukraine: Probleme der Formulierung und Realisierung) (2003), I. Lomko „Polititscheskije partii kak faktor formirowanija i realizazii wneschnej politiki Ukrainy“ (Politische Parteien als Faktor der Formulierung und Realisierung der Außenpolitik der Ukraine) (2007), W. Mozok „Sutschasni ukrajinsko-polski mischderschawni widnosyny: politytschnyj aspekt“ (Moderne ukrainisch-polnische zwischenstaatliche Beziehungen: politischer Aspekt) (2002), J. Rjabinin „Transkordonne spiwrobitnyztwo w systemi rehionalnoji intehraziji Ukrajiny: politolohitschnyj analis“ (Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im System der regionalen Integration der Ukraine: politologischer Aspekt) (2007), H. Selenko „Ukrajina i Polschtscha: modeli politytschnoji orhanisaziji“ (Die Ukraine und Polen: Modelle der politischen Organisation) (2001), O. Sywak „Formuwannja ta sdijsnennja sownischnjoji polityky Ukrajiny (1990–1999)“ (Formulierung und Realisierung der Außenpolitik der Ukraine) (2000), I. Schowkwa „Stratehitschne partnerstwo u sownischnij polityzi Ukrajiny“ (Strategische Partnerschaft in der Außenpolitik der Ukraine) (2005), O. Snachorenko „Stratehitschne partnerstwo w ukrajinsko-polskych widnosynach“ (Strategische Partnerschaft in den ukrainisch-polnischen Beziehungen“ (2005) und die Habilitationsschrift von L. Tschekalenko „Sownischnjopolitytschni mechanismy sabespetschennja nazionalnoji bespeky Ukrajiny“ (Außenpolitische Mechanismen der Sicherung der Sicherheit der Ukraine) (2007).

Trotz der Menge empirischer Daten, die die oben genannten Arbeiten beinhalten, mangelt es ihnen an theoretischen Grundlagen, die diese empirischen Daten der ukrainisch-polnischen Beziehungen erklären könnten. Die theoretische Ausarbeitung der Internationalen Beziehungen ist in ihnen generell mangelhaft. Daher waren im Bezug auf den theoretischen Teil dieser Dissertation besonders hilfreich die Arbeit von Reinhard Wolf „Was hält siegreiche Verbündete zusammen?“ (2000), von David Aphrasidze „Die Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens“ (2003), von Sebastian Gerhardt „Polska Polityka Wschodnia“ (2003), von Harald Barrios „Die Außenpolitik junger Demokratien in Südamerika“ (1999) und Ines Hartwig „Die Europapolitik Rumäniens“ (2000) sowie von Jürgen Wilzewski „Triumph der Legislative“ (1999) und die Habilitationsschrift von Ulrich Brand „Die

politische Form der Globalisierung“ (2005). Diese Arbeiten beziehen sich in ihrem Kern jedoch auf theoretische Überlegungen zu internationaler Politik und in einigen Fällen auf die empirische Belegung der theoretischen Thesen, nicht jedoch konkret auf die Erklärung der ukrainisch-polnischen Beziehungen.

Die vorliegende Arbeit zu den ukrainisch-polnischen Beziehungen stützt sich auf theoretische Grundlagen zur Rolle der politischen Institutionen, sozialen Kräfte und ihren Identitäten in der internationalen Politik und versucht damit, einen bescheidenen Beitrag zum politikwissenschaftlichen Teilbereich Internationale Politik zu leisten. Die Arbeit würde sich von der Forschungsstruktur auch als Vorlage für weitere Diplomarbeiten oder Dissertationen an der Universität Wien eignen. Empirisch stützt sich die Arbeit auf wohlgewählte Quellen und sorgsam durchgeführte Experteninterviews. Die empirischen Daten, besonders so sie die Ukraine betreffen, bieten sich für eine Weiterverwendung zur Erforschung der innen- und außenpolitischen Entwicklungen der Ukraine und Polens an.

### **1.3. Fragestellung und Struktur der Arbeit**

Forschungsgegenstand dieser Studie sind die ukrainisch-polnischen Beziehungen seit dem Systemwechsel in Polen und der Ukraine (1989 bzw. 1991) bis zur Gegenwart (2008). Ausgehend von empirischen Beobachtungen dieser Beziehungen (wie in der Einführung in die Thematik dargelegt) stellt sich die Frage nach dem gesellschaftlich eingebetteten problemlösungsorientierten Interaktionsprozess in der internationalen Politik. Hinter dieser auf das Verständnis internationaler Politik zielenden Fragestellung ergeben sich weitere komplexe Fragen wie:

- Welche gesellschaftlichen Akteure nehmen am Interaktionsprozess der Ukraine und Polens teil? Wie agieren diese Akteure untereinander?
- Mit welchen Identitäten und Interessen treten diese Akteure in Interaktion? Welche Probleme bzw. Übereinstimmungen treten dabei auf?
- Wie wird die Interaktion zwischen der Ukraine und Polen geregelt? Wie werden die Probleme gelöst?

Es geht also um drei Variablen (*Akteure*, *Identitäten* und *Institutionen*), durch die die ukrainisch-polnischen Beziehungen gestaltet werden. Die Beantwortung der Forschungsfrage

ist schwierig, da die Akteure, ihre Identitäten und die Institutionen auf komplexe Weise wechselwirken. In gesellschaftliche Prozesse eingebettete internationale Politik zu verstehen erweist sich als besonders komplex, da eine große Zahl von Akteuren (Personen, Staaten, internationale Organisationen, gesellschaftliche (transnationale) Akteure, etc.) zu berücksichtigen ist, die mit den Prozessen der Globalisierung, der Transnationalisierung und der Internationalisierung wechselwirken. Es wird angenommen, dass die gesellschaftlichen Akteure bestimmte Identitäten, Interessen und Motivationen haben, wenn sie sich untereinander agieren. Regler der komplexen Interaktionen der Akteure sind, wie empirische Beobachtungen vermuten lassen, die Institutionen.

Die Zusammenhänge zwischen den drei genannten Variablen (Akteure, Identitäten und Institutionen) sind sehr komplex und lassen sich nur durch Vereinfachungen analysieren, wie sie ein analytisches Raster bietet. Diese Zusammenhänge sollen anhand der nach Interaktionsfeldern gruppierten empirischen Daten zu den ukrainisch-polnischen Beziehungen analysiert werden. Die Wahl dieser Perspektive der internationalen Politik stellt viel komplexere Anforderungen an das Design der Forschung zu internationaler Politik als z.B. eine neorealistische Analyse, die normalerweise lediglich auf internationaler Ebene durchgeführt wird, d.h. ohne Differenzierung der einzelnen gesellschaftlichen Akteure innerhalb der Staaten.

Im Kern zielt die Arbeit darauf ab, empirisch-analytische Aussagen zu formulieren, die mit der Analyse der drei Variablen der internationalen Politik (Akteure, Identitäten und Institutionen) zu einem besseren Verständnis der Funktionsweise der internationalen Politik führen. Dabei zielt die Fragestellung nicht auf die Etablierung neuer Theorien, sondern auf die theoriegeleitete Reflexion des Forschungsgegenstandes. Die gewählten Theorien dienen als analytisches Raster, um die komplexen Zusammenhänge zu verstehen.

Dabei zu vermerken ist, dass die Ukraine und Polen Nachbarstaaten sind, die nicht nur eine gemeinsame Grenze teilen, sondern auch eine lange gemeinsame Geschichte und ihre geopolitische Lage. Die Nachbarschaftslage bedingt in vielerlei Hinsicht auch die Analyse der drei ausgewählten Variablen. Bei zwei oder mehr Staaten, die sich nicht in unmittelbarer Nachbarschaft befänden, wäre dieser Rahmen viel schwächer ausgeprägt.

Der Fragestellung entsprechend ist die Arbeit in die folgenden Kapitel gegliedert. Im ersten Kapitel, der Einleitung, wird das Thema eingeführt und der Stand der Forschung

analysiert; danach werden die Forschungsfragen und Thesen festgelegt. Hier wird auch auf den methodischen Zugang der Arbeit eingegangen.

Das zweite Kapitel, der theoretische Teil, beschäftigt sich mit den relevanten theoretischen Grundlagen, auf Basis derer ein analytisches Raster zum Verständnis der ukrainisch-polnischen Beziehungen entwickelt wird. Das analytische Raster trägt zur weiteren theoretischen Entwicklung bei, indem auf mehrere verschiedene theoretische Ansätze eingegangen wird, die in einer Synthese zusammengefügt werden. In diesem Zusammenhang berücksichtigt werden die theoretischen Ansätze des Liberalismus, des Akteurzentrierten Institutionalismus, sowie der Neo-Gramscianischen und der soziokulturellen Perspektiven. In diesem Kapitel wird auch auf die Verbindung der Begriffe „Außenpolitik“ und „internationale Politik“ eingegangen.

Im dritten Kapitel der Arbeit werden die relevanten Akteure der ukrainischen und polnischen außenpolitischen Entscheidungsprozesse unter der Berücksichtigung des institutionellen Kontextes analysiert, indem zuerst die allgemeinen Entwicklungen der staatlichen (Präsidenten, Regierungen und Parlamente) und nichtstaatlichen (Medien, Minderheiten, Öffentlichkeit, Kirchen, Oligarchen, NGOs, Arbeitsmigranten) Akteure in der Ukraine und Polen seit dem Systemwechsel vorgestellt werden. Dabei wird durch den institutionellen Kontext die (Nicht-)Partizipation der anderen Akteure festgestellt. Auch einbezogen werden internationale Akteure (EU, USA, Russland, NATO und GUAM), deren Partizipation an den ukrainischen und polnischen Entscheidungsprozessen durch einen institutionellen Rahmen von Verträgen und Vereinbarungen stattfindet. Unter den relevanten Akteuren der ukrainisch-polnischen Beziehungen werden transnationale Akteure (Wirtschaftsforen, Unternehmen und einige NGOs) berücksichtigt.

Das vierte Kapitel, das Hauptkapitel, beschäftigt sich mit fünf ausgewählten Interaktionsfeldern der ukrainisch-polnischen Beziehungen. In diesem Kapitel wird anhand der empirischen Daten die tatsächliche Interaktion zwischen der Ukraine und Polen analysiert. Dabei werden die folgenden Felder betrachtet: die ukrainisch-polnischen Beziehungen zwischen den Systemwechseln, die Auseinandersetzungen um das historische und kirchliche Erbe, sicherheitspolitische Herausforderungen im NATO-Kontext, die Beziehungen der Ukraine und Polens im EU-Kontext, sowie die Rolle der Ukraine und Polens als Energietransitstaaten. Dazu wird die Formulierung der ukrainischen und polnischen Außenpolitik durch die im vorherigen Kapitel genannten relevanten Akteure untersucht.

Eingegangen wird auch auf die durch ihre Identität geprägte Wahrnehmung dieser Akteure, die einer der Ausgangspunkte der Aktionen bzw. Entscheidungen der gesellschaftlichen Akteure der beiden Staaten sind. In diesem Zusammenhang wichtig sind Faktoren wie die gemeinsame ukrainisch-polnische Geschichte und die daraus entstandenen historischen Konzepte der Rolle Polens bzw. der Ukraine im internationalen System, sowie die darauf basierenden Identitäten bestimmter gesellschaftlicher Akteure der Ukraine und Polens.

Das fünfte Kapitel stellt eine Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse basierend auf den theoretischen Grundlagen dar. Zuerst wird auf die drei Variablen (Institutionen, gesellschaftliche Akteure und ihre Identitäten) der ukrainisch-polnischen Beziehungen eingegangen. Danach wird das Agieren der Ukraine und Polens zusammengefasst, wobei wieder die fünf oben genannten Interaktionsfelder berücksichtigt werden. Auch wird hier weiterer Forschungsbedarf im Bereich der theoretischen Ansätze zu internationaler Politik identifiziert.

Die Arbeit schließt mit dem sechsten Kapitel, dem Literaturverzeichnis.

#### **1.4. Methodischer Zugang**

Methodisch stützt sich die Arbeit vor allem auf qualitative Methoden der Feldforschung wie Experteninterviews. Im September 2007 hat die Autorin persönlich sieben Interviews in Lwiw und Kiew durchgeführt. Im Mai 2008 hat die Autorin mit dem Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien an einer Studienreise nach Krakau und Warschau teilgenommen, was in einer Reihe mit den Experteninterviews zu sehen ist. Dabei wurde mit Experten der ukrainischen und polnischen Außenpolitik im Allgemeinen und der ukrainisch-polnischen Beziehungen im Speziellen diskutiert. Letztere Interviews der Autorin halfen, auch durch ihren offenen Charakter, die Akteursperspektive und die Handlungsorientierungen der Akteure der ukrainisch-polnischen Beziehungen zu rekonstruieren. Die Befragung der Einzelpersonen im außenpolitischen Entscheidungsprozess der Ukraine und Polens half vor allem, die Kausalzusammenhänge der ukrainisch-polnischen Beziehungen zu verstehen.

Ausgewählt wurden die Experten nach Relevanz für das Studienthema, nach Erreichbarkeit sowie nach Kompetenz in Fragen der ukrainisch-polnischen Beziehungen. Unter den Gesprächspartnern in der Ukraine waren Experten vom Zentrum für Frieden,

Konversion und Außenpolitik der Ukraine, vom Institut für politische und ethnonationale Forschung der Akademie der Wissenschaften der Ukraine, vom Lehrstuhl für Internationale Beziehungen der Schewtschenko-Nationaluniversität, von Mitarbeitern der Zeitschrift „Ji“, vom Institut der Europäischen Integration der Lwiwer Nationaluniversität, vom „Fond Widrodschennja“ (Renaissance Foundation bzw. Wiedergeburt-Fonds) und vom Nationalen Institut für Probleme der internationalen Sicherheit. Die Experten bleiben jedoch anonym, sowohl auf Wunsch der Experten als auch aufgrund der begrenzten Möglichkeit, sie wörtlich zu zitieren (die Interviews wurden nicht mit einem Diktiergerät aufgenommen, sondern nur Stichpunkte auf Papier aufgezeichnet). Die von der Autorin handschriftlichen erfassten Aussagen der Experten könnten aber bei Bedarf bei der Autorin angefragt werden.

Im Rahmen der Studienreise nach Polen wurden zahlreiche Treffen mit Experten der polnischen Innen- und Außenpolitik organisiert. Unter den Gesprächspartnern waren Experten des Instituts der Amerikanischen Studien und Polnischen Diaspora an der Jagiellonischen Universität, der Österreichischen Botschaft, der Diplomatischen Akademie, des Collegium Civitas, des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Warschau, sowie Abgeordnete und Senatoren des polnischen Parlaments (Sejm und Senat). Auch hier wurden die Interviews nicht aufgezeichnet, handschriftliche Notizen der Autorin sind aber bei Bedarf bei der Autorin erhältlich.

Komplementär zum beschriebenen methodischen Zugang basiert die Arbeit auf der Analyse von Primärquellen und Sekundärliteratur. Die Primärquellen umfassen Originaldokumente wie z.B. Regierungsbeschlüsse, Verordnungen, Erlässe, Verträge, Resolutionen und Deklarationen, sowie darüber hinaus Pressemeldungen und Meinungsumfragen. Die verwendete Sekundärliteratur besteht aus (politik-)wissenschaftlichen Publikationen, die den Forschungsgegenstand selektieren und interpretieren. Berücksichtigt wurden auch politikwissenschaftliche Handbücher, Dissertationen und Habilitationsschriften.

Für die Transkription ukrainischer Begriffe (z.B. Personennamen und geographische Namen) vom kyrillischen in das lateinische Alphabet wird statt der wissenschaftlichen Transkription die phonetische Wiedergabe im Deutschen verwendet, da diese für den deutschsprachigen Leser genauer die ukrainische Aussprache reflektiert und so die Lesbarkeit des Textes verbessert. Die Namen ukrainischer Autoren werden ebenfalls in dieser Weise transkribiert – Ausnahme bilden diejenigen Autoren, die im lateinischen Alphabet gesetzte

Werke veröffentlicht und daher selbst eine Transkription ihres Namens etabliert haben. Da das Polnische die lateinische Schrift verwendet, werden entsprechende polnische Begriffe in polnischer Schreibweise in den Text übernommen. Zur Verbesserung der Lesbarkeit des Textes wurden die generischen Formen von Personenbezeichnungen verwendet, wenn nicht näher spezifiziert sind beispielsweise unter „Bürger“ stets beide Geschlechter gemeint.



## 2. Theoretische Grundlagen

Um eine Antwort auf die anfangs formulierte Fragestellung zu finden, wird in diesem Abschnitt auf die grundlegenden theoretischen Annahmen zum Forschungsgegenstand der ukrainisch-polnischen Beziehungen eingegangen. Zuerst wird die Wechselwirkung der Begriffe „Außenpolitik“ und „Internationale Beziehungen/Internationale Politik“ skizziert. In den darauf folgenden Abschnitten werden detailliert der Liberalismus, der Akteurzentrierte Institutionalismus, die soziokulturellen Ansätze und die Neo-Gramscianischen Perspektiven vorgestellt. Einem synthetischen Theoriemodell, sprich dem analytischen Raster zu den ukrainisch-polnischen Beziehungen, fällt im diesem Zusammenhang für die Einordnung des empirischen Forschungsgegenstands schließlich die Hauptrolle zu.

### 2.1. Die Begriffe *Außenpolitik* und *internationale Politik*

Die Außenpolitik, im Sinne von „Gesamtheit der politischen, wirtschaftlichen, militärischen und soziokulturellen Aktionen einer in einem souverän Nationalstaat organisierten Gesellschaft gegenüber ihrer internationalen Umwelt“ (Holtmann 2000: 50–53), wurde noch bis Mitte der 1970-er als *public policy* (öffentliche Politik) analysiert, während sie heute in der Politikwissenschaft dem Teilbereich der Internationalen Beziehungen<sup>8</sup> bzw. der Internationalen Politik zugerechnet wird<sup>9</sup>. Daher betonen sowohl der Begründer des Neorealismus in den Internationalen Beziehungen, Kenneth Waltz, als auch der Begründer des Sozialkonstruktivismus, Alexander Wendt, explizit, dass sie nicht Theorien der Außenpolitik, sondern Theorien der internationalen Beziehungen schaffen (Carlsnaes 2002: 331–332). In seinem Aufsatz über die Außenpolitik geht Walter Carlsnaes in der Tat auf aus den Internationalen Beziehungen stammende Ansätze ein, wie z.B. den Realismus und den „neoliberalen“ Institutionalismus (die die Außenpolitik eines Staates aus der Sicht des Staatensystems erklären), ohne dabei Ansätze wie den Organisatorischen Ansatz, den Kognitiven und den Psychologischen Ansatz, den Bürokratischen Ansatz und den Liberalen

---

<sup>8</sup> Angelsächsische Bezeichnung für Internationale Politik.

<sup>9</sup> Die klein geschriebenen Begriffe internationale Beziehungen bzw. internationale Politik bezeichnen den Forschungsgegenstand, die groß geschriebenen den Forschungsbereich.

Ansatz (die die Außenpolitik aus der Sicht der gesellschaftlichen Akteure erklären) auszulassen. Auch berücksichtigt Carlsnaes den Sozialkonstruktivismus und den Discourse-Ansatz, ähnlich wie dies in den Theorien der internationalen Beziehungen der Fall ist (Carlsnaes 2002: 336–341).

Bei einer Bestandsaufnahme der theoretischen Annahmen über die Außenpolitik fällt auf, dass es den Forschern der Außenpolitik in den letzten 25 Jahren nicht gelungen ist, die Studien über die Außenpolitik theoretisch zu prägen. Auch kam es zu keiner Abgrenzung der Außenpolitik von den internationalen Beziehungen, da die Außenpolitik im Zentrum der internationalen Beziehungen der Staaten steht und von strukturellen, institutionellen, internationalen, gesellschaftlichen und individuellen Faktoren abhängt, die sowohl auf einander als auch auf die Entscheidungsträger stoßen (Carlsnaes 2002: 331, 344). Aufgrund der Internationalisierung der gesellschaftlichen Bereiche und der zunehmenden gesellschaftlichen Integration sei allerdings eine Trennung von Innen- und Außenpolitik sowie internationaler Politik heutzutage nicht mehr möglich, so Helmut Kramer (Kramer 2002: 1), da die Prozesse der internationalen Politik zwischengesellschaftliche Wurzeln haben und sich durch die nationalstaatlichen Systeme ziehen. Mit den Versuchen, die internationale Politik als „transnationale Politik“ und die Außenpolitik als „[sich] internationalisierende Politik“ zu bezeichnen, werden auch die neuesten Forschungstrends im Bereich der Internationalen Politik berücksichtigt (Kramer 2002: 1–2). Diese Komplexität zu erfassen gehört daher laut Walter Carlsnaes zu den schwierigsten Aufgaben der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen, solange der Staat Akteur im internationalen System bleibt (Carlsnaes 2002: 331, 344).

Mit der jüngsten Entwicklung der liberalen Ansätze in den Internationalen Beziehungen, besonders seit der einheitlichen Formulierung des Neuen Liberalismus durch Andrew Moravcsik, rücken jedoch die außenpolitischen Entscheidungen der gesellschaftlichen Akteure der Staaten wieder (wie zuvor) ins Zentrum. Damit ermöglichen die liberalen Ansätze nicht nur, auf die Wechselwirkung von Außenpolitik und internationaler Politik zuzugreifen, sondern auch (und vor allem) die außenpolitischen Entscheidungen zu analysieren, die auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse einwirken. Diese Vorgehensweise führt darauf zurück, die Außenpolitik als (*public*) *policy* zu betrachten. Damit entstehen Fragen nach dem Grad der gesellschaftlichen Partizipation, nach der Qualität

der Demokratie und im Weiteren auch nach der Rolle des Staates in außenpolitischen Entscheidungen, spricht nach neuen Staatstheorien.

Bei einer Beschäftigung mit der Außenpolitik muss jedoch beachtet werden, dass die Außenpolitik der meisten Staaten durch eine langfristige Kontinuität geprägt ist, nicht zuletzt aufgrund des hohen Grads internationaler Verflochtenheit. Sogar bei einem Regierungswechsel (zumindest bei einem demokratischen) in einem Staat zeigt die Außenpolitik ein hohes Maß an Kontinuität, auch wenn jede Regierung ihre eigenen Nuancen betont bzw. Akzente setzt (Barrios 1999: 391). Zur Untersuchung der Außenpolitik bzw. der internationalen Politik ist es daher nötig, längere Zeiträume zu analysieren, um einen möglichen außenpolitischen Wandel festzustellen.

## **2.2. Ansätze zur Ordnung des Forschungsgegenstands**

### **2.2.1. Liberalismus**

Im Gegensatz zum Neorealismus<sup>10</sup>, dessen Anhänger sich auf die Staatenwelt im internationalen System konzentrieren<sup>11</sup>, ist der Ausgangspunkt für den Liberalismus die gesellschaftliche Ebene des internationalen Systems<sup>12</sup>. Diese Sichtweise stammt ursprünglich

---

10 Jacobs, A. 2003. Realismus. In: Schieder, S./Spindler, M. (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Leske + Budrich: Opladen, 35–59.

11 Der Neorealismus kann in der Tat nicht adäquat zum Verständnis der ukrainisch-polnischen Beziehungen beitragen. Wären die Ukraine und Polen nur Billardkugeln im internationalen System, die von den hegemoniellen Mächten wie Russland, den USA oder der EU (in der Polen Mitglied ist) unmittelbar beeinflusst werden und dem geopolitischen Kampf der Großmächte daher nur folgen können, warum trat Polen dann 1999 der NATO und 2004 der EU bei, während die Ukraine im Laufe der Jahrzehnte seit ihrer Unabhängigkeit 1991 weder Mitglied der EU noch der NATO wurde und weiterhin eine Stellung zwischen den geopolitischen Blöcken EU, USA und Russland einnimmt? Der Neorealismus vereinfacht offenbar die ukrainisch-polnischen Beziehungen mit seiner Sicht der Staatenwelt ohne Einbezug der gesellschaftlichen Akteure zu sehr und schlägt damit fehl, den Wandel der ukrainisch-polnischen Beziehungen zu erklären. Zum Neorealismus siehe Schörning, N. 2003. Neorealismus. In: Schieder, S./Spindler, M. (Hrsg.): Theorien der internationalen Beziehungen. Leske + Budrich: Opladen, 61–87.

12 Viele Autoren verglichen den liberalen Ansatz mit anderen Ansätzen (zumeist Realismus und Institutionalismus) anhand empirischer Daten. Reinhard Wolf beispielsweise untersuchte anhand von vier Fallstudien aus verschiedenen historischen Perioden den Einfluss der machtpolitischen (Realismus), institutionellen (Institutionalismus) und innenpolitischen (Liberalismus) Faktoren auf den Zusammenhalt und/oder Bruch der siegreichen Allianzen. Er kam zur Schlussfolgerung, dass die Kompatibilität staatlicher Präferenzen einen entscheidenden Einfluss auf die Sicherheitsbeziehungen der Großmächte ausüben (Wolf, R. 2000. Was hält siegreiche Verbündete zusammen? In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 33–78). Jürgen Wilzewski untersuchte die amerikanische Außenpolitik 1981–1991 ebenfalls aus drei

aus den Debatten über die Beziehungen zwischen Innen- und Außenpolitik und ist auch in anderen bekannten Ansätzen der Internationalen Beziehungen wie dem Realismus, dem Institutionalismus oder dem Konstruktivismus zu finden. Mit den Anfängen der Liberalen Ansätze wurde die fundamentale Frage, ob primär die Stellung eines Staates im internationalen System die Innenpolitik dieses Staates beeinflusst, oder ob die Außenpolitik durch die internen Strukturen eines Staates bestimmt ist, mit der Zeit so gelöst, dass nicht mehr nach dem *Primat der Außen bzw. Innenpolitik* gefragt wurde, sondern die beiden Phänomene verbunden wurden (Behrens/Noack 1984: 96–134)<sup>13</sup>.

Vorschläge zur Wechselwirkung zwischen Innen- und Außenpolitik machte u.a. James N. Rosenau, der mit seiner *linkage* (Überlappung von *issues* [Problemen] und *issue areas* [Problembereichen] der Außen- und Innenpolitik) versuchte, die Abhängigkeitsverhältnisse von Außen- und Innenpolitik zu analysieren (Rosenau 1975: 318–335). Einen anderen Versuch unternahm Karl Deutsch, der das *Kaskadenmodell* entwickelte, in dem die außenpolitische Entscheidung eines Staates verschiedene Stufen durchläuft, wobei jede der fünf Kaskaden einem bestimmten Komplex (einem sich gegenseitig beeinflussenden Gesamtsystem) der sozialen Gruppen und Institutionen entspricht: sozioökonomische Elite, Regierung und politisches System, Massenmedien, Leitpersonen und schließlich Bevölkerung (Deutsch 1975: 275–296).

Ein anderes Modell der außenpolitischen Entscheidungen stellten Snyder, Bruck und Sapin (1962) vor, das Bezugsrahmen interner Natur (nichtmenschliche und menschliche Umwelt, Gesellschaft, etc.) und externer Natur (nichtmenschliche Umwelt, andere Kulturen, andere Gesellschaften, etc.) sowie die gesellschaftliche Struktur und Verhaltensnormierung als Determinanten der Außenpolitik identifiziert (Snyder/Bruck/Sapin 1975: 227–243). Am

---

Perspektiven (der neorealistischen, der neoinstitutionalistischen und der neoliberalistischen) und kam zu dem Ergebnis, dass „sie [die amerikanische Sicherheitspolitik] nicht in erster Linie auf der Systemebene definiert, sondern zwischen Exekutive, Legislative und Gesellschaft ausgehandelt wurde“ (Wilzewski, J. 1999. *Triumph der Legislative. Zum Wandel der amerikanischen Sicherheitspolitik 1981–1991*. Campus Verlag: Frankfurt am Main, 218). Zu weiteren Untersuchungen der realistischen, institutionellen und liberalistischen Ansätze siehe: Krell, G. 2003. *Weltbilder und Weltordnung*. Nomos: Baden-Baden, 180–181.

<sup>13</sup> Für einen Überblick über die Entwicklung der Konzepte zum Verhältnis zwischen Innen- und Außenpolitik siehe Behrens, H./Noack, P. 1984. *Theorien der Internationalen Politik*. Taschenbuch: München. Zu den einzelnen Originaltexten siehe Rosenau, J. N. *Problembereiche und national-internationale Vermittlungsprozesse*, 318–335; Deutsch, K. W. *Ein einfaches kybernetisches Modell*, 275–296; Snyder, R. C./Bruck, H. W./Sapin, B. *Entscheidungsanalyse und internationale Beziehungen*, 227–243; Allison, G. T. *Begriffliche Modelle und das Wesen der Entscheidung*, 255–274, alle Beiträge in: Haftendorn, H. (Hrsg.) 1975. *Theorie der Internationalen Politik. Gegenstand und Methoden der Internationalen Beziehungen*. Hoffmann und Campe: Hamburg.

Beispiel der Kubakrise wiederum präsentierte Graham Allison seine drei Entscheidungsmodelle: Rationale Politik (Regierungshandeln als bewusste Entscheidung), Organisatorischer Prozess (Regierungshandeln als organisatorischer Output) und Bürokratische Politik (Regierungshandeln als politisches Ergebnis) (Allison 1975: 255–274). In Anlehnung an Sylvan und Chan entwickelte schließlich Helga Haftendorn das *Würfelmodell* der Analysedimensionen außenpolitischer Entscheidungen, in dem sie Entscheidungstypen (Planungs-, Routine- und Krisenentscheidungen), Analyseebenen (individuelle Akteure, kollektive und innerstaatliche Akteure, Staaten und internationale Organisationen) und theoretische Annahmen (operatives, psychologisches und rationales Umfeld) differenzierte (Haftendorn 1990: 401–423). Weiters beschäftigten sich Joseph S. Nye und Robert O. Keohane (1975) mit den Wechselwirkungen der transnationalen Beziehungen und der Innenpolitik der Staaten, gestützt auf Regierungen und Gesellschaften (Nye/Keohane 1975: 69–88).

Als hilfreich für die danach folgenden liberalen Ausarbeitungen stellte sich das von Robert D. Putnam (1998) entwickelte *Zwei-Ebenen-Spiel* heraus (Putnam 1998: 427–460). In diesem Modell gelang Putnam die Überbrückung der gesellschaftlichen und internationalen Ebenen. Das Agieren der Staaten wird darin aufgefasst als Politik der Verhandlungen zwischen der nationalen Ebene (auf der die gesellschaftlichen Gruppen Druck auf die Exekutive ausüben, damit letztere diejenigen Politiklinien durchsetzt, die für die gesellschaftlichen Gruppen wichtig sind) und der internationalen Ebene (auf der der Staat versucht, die gesellschaftlichen Forderungen zu befriedigen, und gleichzeitig auf die Forderungen des Internationalen Systems einzugehen) (Putnam 1998: 427–460). Helen V. Milner (1997) untersuchte auf Basis des *Zwei-Ebenen-Spieles* die Interaktion zwischen der Innenpolitik und der internationalen Politik, wobei drei Faktoren (Struktur der innenpolitischen Präferenzen, Natur der innenpolitischen Institutionen und interne Verteilung der Information) das außenpolitische Handeln eines Staates bestimmen (Milner 1997). Mathew Evangelista analysierte den Wandel der Sicherheitspolitik der Sowjetunion bzw. Russlands durch den Wandel der innenpolitischen Struktur (Evangelista 1995: 1–38). Peter Gourevitch beschäftigte sich ebenfalls mit der Interaktion zwischen Innenpolitik und internationaler Politik, insbesondere mit den Auswirkungen internationalen Drucks auf die Innenpolitik eines Staates und den Konsequenzen, die auf die internationalen Beziehungen zurück gingen (Gourevitch 2002: 310–322).

Trotz der dynamischen Entwicklung der Entscheidungstheorie während der Entspannungspolitik im Ost-West-Konflikt und der Friedensforschung in den 1970-ern blieben die obigen Ansätze wenig überzeugend. Die Ansätze wurden kritisiert für die Aufsplitterung der einzelnen Konzepte, die Unfähigkeit der Konzepte, reale politische Entscheidungen zu erklären und für die unübersichtliche Ebenenvielfalt des Untersuchungsgegenstandes (Behrens/Noack 1984: 96–134). Erst seit Anfang der 1990-er, mit dem Ende des Kalten Krieges, dem Zerfall der Sowjetunion und der Wende in Ost- und Mitteleuropa, kam es zur Wiederbelebung und Weiterentwicklung der liberalen Ansätze. Zu dieser Zeit kam der *Domestizierung* und der *Vergesellschaftung* der Außenpolitik (Einfluss der innenstaatlichen bzw. gesellschaftlichen Akteure auf die Außenpolitik eines Staates) erneut eine große Bedeutung zu, um schließlich das Objekt der Außenpolitik – die Gesellschaft – näher zu erforschen. Trotz der vorherrschenden Meinung unter den Vertretern des Liberalismus, das außenpolitische Verhalten eines Staates wurzele in den gesellschaftlichen Strukturen und Interessen, konnte der Liberalismus (auch *second image approach*, *domestic theories of international politics*, *theories of state-society relations* oder *pluralism* genannt) keinen Anspruch darauf erheben, eine fundamentale Theorie der Internationalen Beziehungen darzustellen (Schieder 2003: 169–198).

Erst der Beitrag Andrew Moravcsiks systematisierte die Theorie grundlegend und entwickelte sie weiter. Moravcsik, der auch einen Beitrag zur Entwicklung des liberalen Intergouvernementalismus für die Europäische Integration leistete (Moravcsik 1998), unterstreicht in seinem *Neuen Liberalismus* die primäre Rolle der gesellschaftlichen Akteure, die Umwandlung der gesellschaftlichen Präferenzen in staatliche Präferenzen und die Wechselwirkung zwischen der gesellschaftlichen Ebene und dem internationalen System (Moravcsik 1997: 513–553).

Die grundlegenden Annahmen der Theorie Moravcsiks sind die primäre Rolle der gesellschaftlichen Akteure, ihre Repräsentation, die Umwandlung ihrer Präferenzen in staatliche Präferenzen sowie die Interdependenz zwischen diesen staatlichen Präferenzen und dem internationalen System. Die erste Annahme geht davon aus, dass Individuen und private Gruppen die Hauptakteure der internationalen Politik sind. Gesellschaftliche Akteure organisieren Informationsaustausch und kollektive Aktivitäten, um verschiedene Interessen voranzutreiben, die aus materiellen Mängeln, kontroversen Werten und dem Grad des gesellschaftlichen Einflusses entstehen. Die Politik ist dabei eingebettet in eine

innenpolitische und transnationale Zivilgesellschaft und ist als Summe der rational handelnden Individuen mit verschiedenen Interessen, der sozialen Gruppen sowie der Ressourcenausstattung zu verstehen. Die Individuen definieren ihre materiellen Interessen und Ideen unabhängig von der Politik und treiben diese Interessen dann durch politischen Austausch und kollektive Aktionen voran (Moravcsik 1997: 513–553).

Dieser politische Prozess entsteht laut Moravcsik entweder durch unterschiedliche Grundwerte, durch materiellen Mangel oder durch Ungleichheit der politischen Machtverteilung. Die unterschiedlichen grundlegenden Vorstellungen von Grenzen, Kultur, politischen Institutionen und lokalen gesellschaftlichen Aktivitäten führen zu gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, wohingegen die Abwesenheit entsprechender Unterschiede zu Kooperation und Harmonie führt. Auch Ressourcenmangel verursacht Konflikte, während ausreichende Ressourcen die Wahrscheinlichkeit für den Ausbruch eines Konflikts verringern. Schließlich verursacht eine ungleichmäßige Verteilung des gesellschaftlichen Einflusses wahrscheinlicher einen Konflikt als die gleichmäßige Aufteilung der gesellschaftlichen Macht (d.h. mehr oder weniger symmetrisch verteilte Kosten und Nutzen) (Moravcsik 1997: 513–553).

In seiner zweiten Annahme geht Moravcsik davon aus, dass Staaten (oder andere politische Institutionen) die Gesellschaft repräsentieren und auf Basis der gesellschaftlichen Interessen staatliche Präsenzen definieren und dadurch auf der internationalen Bühne zweckmäßig agieren. Daher sieht er den Staat nicht als einheitlichen Akteur, sondern als eine repräsentative Institution, die ständig von gesellschaftlichen Akteuren (de-)konstruiert wird. Moravcsik zufolge bilden die repräsentativen Institutionen (auch der Staat) einen *transmission belt*, mittels dessen gesellschaftliche Präferenzen und Macht der Individuen und Gruppen in die staatliche Politik umgewandelt werden. Die politischen Institutionen eines Staates bestimmen nicht nur, welche gesellschaftlichen Gruppen in der Außenpolitik repräsentiert sind, sondern auch wie sie repräsentiert sind. In den meisten Bereichen der Außenpolitik gibt es eine strenge Koordinierung zwischen Politikern und Beamten. In anderen Bereichen können die mit unterschiedlichen Interessen agierenden Akteure wie Politiker in Schlüsselpositionen, Gerichte, Banken, bürokratische Apparate und Parteien eigene außenpolitische Projekte betreiben um den gesellschaftlichen Interessen zu dienen (Moravcsik 1997: 513–553).

Die Politik eines Staates formiert sich damit durch Identitäten, Interessen und Macht der Individuen und Gruppen (inner- und außerhalb des staatlichen Apparates), die Druck auf die Hauptentscheidungsträger ausüben, damit sie Politik entsprechend ihrer Präferenzen betreiben. Unter „Präferenz“ ist hierbei ein Satz grundlegender Interessen zu verstehen, die unabhängig von den Strategien und vorrangig vor den staatlichen Interaktionen (wie z.B. externe Bedrohung, Manipulation von Informationen oder andere Strategien) sind. Strategien und Taktiken sind, im Gegensatz zu den Präferenzen, *Policy*-Optionen zum Erreichen der politischen Ziele (Moravcsik 1997: 513–553).

Schließlich behauptet Moravcsik, mit seiner dritten These eine Brücke zwischen den staatlichen Präferenzen und dem internationalen Agieren der Staaten zu schlagen. Er geht davon aus, dass die Konfiguration der verflochtenen staatlichen Präferenzen das staatliche Agieren bestimmt. Das staatliche Agieren reflektiert verschiedene Schemata der gesellschaftlichen Präferenzen. Hierbei ist anzunehmen, dass ein Staat nicht versucht, seine Ideale zu verwirklichen, sondern er berücksichtigt, dass auch andere Staaten ihren Präferenzen nachgehen, während er seine Präferenzen zu verfolgen sucht. Das Konzept der staatlichen Präferenzen einerseits und das Agieren der Staaten andererseits werden verknüpft durch das Konzept der *Policy-Interdependenz*. Interdependenz ist in diesem Zusammenhang definiert als der Satz von Kosten und Nutzen, der in einer Gesellschaft in Abhängigkeit von den Präferenzen einer anderen Gesellschaft entsteht. Harmonisieren die Präferenzen, so bestehen gute Aussichten auf eine konfliktlose Koexistenz mit den Gesellschaften anderer Staaten. Besteht in den staatlichen Präferenzen eine *zero sum* oder ein *deadlock*<sup>14</sup> (dominante gesellschaftliche Gruppen in einem Staat versuchen, durch staatliches Agieren international ihre Präferenzen auf Kosten anderer gesellschaftlicher Gruppen zu verwirklichen), so besteht eine große Gefahr zwischenstaatlicher Spannungen und Konflikte (Moravcsik 1997: 513–553).

Moravcsik selbst wies auf grundlegende Unterschiede zwischen der Liberalen Theorie der internationalen Beziehungen und der anderen theoretischen Hauptströmung, dem Realismus, hin: Die internationalen Beziehungen werden nicht aus der Sicht der Staatenwelt,

---

14 Aus der Spieltheorie entlehnt, besonders häufig verwendet im Neorealismus.



sondern aus der Sicht der Gesellschaft geschaffen<sup>15</sup>. Moravcsik behauptete, daraus eine systematische Theorie entwickelt zu haben, die erstens internationale Konflikte und Kooperationen sowie Variationen in den Inhalten der Außenpolitik, zweitens den historischen Wandel des internationalen Systems und drittens die heutigen stabilen, rechtsstaatlichen und friedlichen politischen Prozesse in Europa erklärt (Moravcsik 1997: 513–553)<sup>16</sup>.

Allerdings weisen seine Thesen gewisse Defizite auf und benötigen weiterer Ausführungen bzw. Präzisierungen. Beispielsweise präzisiert Ulrich Brand im Licht der Kritischen Theorie<sup>17</sup> den Brückenschlag von der nationalen zur internationalen Ebene. Einerseits werden die internationalen Konflikte laut Brand durch die Transformation der Nationalstaaten und ihrer Repräsentanten auf internationalem Niveau gelöst, d.h. es findet eine *condensation of a second order* statt (Brand 2007: 13). Bei dieser wird der Ausgleich der gesellschaftlichen Konflikte nicht nur durch die Politik zwischen Regierungen, sondern auch zwischen Netzwerken, Regimes und Organisationen realisiert. Andererseits transformieren sich bestimmte gesellschaftliche Interessen der Nationalstaaten in die Staatspolitik, die in internationale Machtkonstellationen eingebettet ist, d.h. es findet eine *condensation of a first order* statt (Brand 2007: 13). Eine solche Staatspolitik äußert sich international in der Verfolgung nationaler Interessen, die aber nicht unbedingt gegen andere Staaten gerichtet sein müssen. Diese Art Staatspolitik kann auch kooperativ sein, wenn Interessen, ethnische Werte und Identitäten den gesellschaftlichen Gruppen eines Staates denjenigen der gesellschaftlichen Gruppen anderer Staaten entsprechen. Gleichzeitig ist weder die erste noch die zweite Kondensierung als Hierarchie der nationalen und internationalen Politik zu verstehen (Brand 2007: 13). Vielmehr bedeutet dies, es kommt weder von der gesellschaftlichen zur nationalen Ebene noch von der nationalen zu internationalen Ebene zu einer Interessenverdichtung (und auch nicht umgekehrt). „Kondensierung“ bezieht sich vielmehr auf die Internationalisierung des Staates durch Wechselwirkung mit anderen Staaten

---

15 Der Realismus wird hier nur als Gegensatz des Liberalismus betrachtet. Die wichtigsten anderen Schulen der Internationalen Beziehungen (Internationalismus und Konstruktivismus, auf die auch Moravcsik verweist) zeigten sich in ihrer jüngsten Entwicklung stark durch liberale Annahmen beeinflusst.

16 Siehe dazu auch Legro, J. W./Moravcsik, A. 1999. Is Anybody Still a Realist? In: International Security 24, 2: 5–55. In dem Aufsatz plädieren die Autoren dafür, liberale, epistemische und institutionelle Ansätze herauszufordern, statt sie alle zu berücksichtigen. Indem sie die Reformulierung des Realismus und eine multikausale Erklärung der internationalen Beziehungen fordern, reformulieren die Autoren ihre am Anfang gestellte Frage „Gibt es noch Realisten?“ zu „Sind alle jetzt Realisten?“.

17 Siehe dazu Humrich, Ch. 2003. Kritische Theorie. In: Schieder, S./Spindler, M. (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Leske + Budrich: Opladen, 421–447.

auf allen gesellschaftlichen Ebenen, wobei der Staat immer noch souverän über seine Außenpolitik entscheidet.

### **2.2.2. Akteurzentrierter Institutionalismus**

In seiner Analyse der gesellschaftlichen Präferenzen und der tatsächlichen Außenpolitik der Ukraine stellt Stephen Shulman fest, dass die gesellschaftlichen Orientierungen innerhalb der Ukraine nicht unbedingt der Staatspolitik entsprechen (Shulman 2002: 110). Der Grund sei in der Natur des Staates bzw. der staatlichen Institutionen zu suchen, die die gesellschaftlichen Orientierungen vermitteln. In seiner Liberalen Theorie der Internationalen Beziehungen hebt Andrew Moravcsik daher hervor, neben den gesellschaftlichen Interessen sei auch die Natur der politischen Institutionen eine grundlegende Determinante des außenpolitischen Handelns der Staaten (Moravcsik 1997: 513–553). In der Terminologie der *Policy*-Forschung ist hier von *polity* zu sprechen, d.h. Institutionen, die politische Ideen und Ideologien sowie formelle Normen und Regeln eines politischen Systems umfassen (Schneider/Janning 2006: 15).

Obwohl Moravcsik die Rolle der politischen Institutionen bei den gesellschaftlichen Orientierungen hervorhebt, ist der Begriff der politischen Institutionen bei ihm nicht präzisiert. Gleichzeitig sind es repräsentative Institutionen und der Staat, die einen *transmission belt* bilden, mittels dessen gesellschaftliche Präferenzen und Macht der Individuen und Gruppen in die staatliche Politik umgewandelt werden (Moravcsik 1997: 513–553). Weiter behauptet er, die Repräsentation der Individuen sei nicht im idealistischen Sinne zu verstehen, bei dem alle Individuen einen gleichmäßigen Einfluss auf die staatliche Politik haben. Vielmehr repräsentiert jede Staatsgewalt bestimmte Individuen mehr als andere. In extremen Fällen kann die Repräsentation sogar nur eine enge (bürokratische) Klasse, oder ein einzelnes tyrannisches Individuum umfassen. In anderen Fällen ist zu erwarten, dass die Außenpolitik eines Staates durch eine Regierungskoalition oder mächtige politische Gruppen bestimmt wird. Die staatlichen Institutionen können entweder von der Staatsgewalt besetzt werden (Exekutive, Armee oder Bürokraten) oder von privilegierten gesellschaftlichen Gruppen abhängen (Moravcsik 1997: 513–553). In den meisten Bereichen der Außenpolitik gibt es eine strenge Koordinierung zwischen Politikern und Beamten. In anderen Bereichen können die mit unterschiedlichen Interessen agierenden Akteure wie Politiker in

Schlüsselpositionen, Gerichte, Banken, bürokratische Apparate und Parteien eigene außenpolitische Projekte betreiben um den gesellschaftlichen Interessen zu dienen (Moravcsik 1997: 513–553).

Versteht Moravcsik unter den politischen Institutionen die repräsentativen Institutionen (sprich klassische Institutionen wie Staatsoberhaupt, Parlament, Regierung, etc.), so setzt er eine recht enge Gesetzgeberperspektive, da die politischen Institutionen hier nur als Basis für die Definition der staatlichen Interessen durch die gesellschaftlichen Interessen dienen. Versteht er darunter den Staat, der sowohl die staatlichen als auch nichtstaatliche Akteure umfasst, so nähert er sich der Sichtweise des in den 1980-ern in den USA entwickelten Neo-Institutionalismus an. Der Neo-Institutionalismus unterschied sich vom alten klassischen Institutionalismus dadurch, dass er nicht nur die klassischen Institutionen wie Parlamente, Parteien oder Regierungen analysierte, sondern auch Institutionen als soziale Regelsysteme. Die politischen Institutionen entstehen damit durch soziale Machtkämpfe und sind die Darstellung der gesellschaftlichen Orientierungen (Sauer 2004: 108, 110–111).

Mit ihrem Ansatz des Akteurzentrierten Institutionalismus griffen Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf neo-institutionelle Vorstellungen auf, setzten sich jedoch auch in einigen Punkten vom Neo-Institutionalismus ab. Erstens wird der Begriff „politische Institution“ von Mayntz und Scharpf enger definiert. Sie betrachten Institutionen als abhängige und unabhängige Variablen, die, statt eine deterministische Wirkung zu haben, einen Handlungskontext (d.h. Regelsysteme), bilden. Vorzugsweise beschäftigen sich Mayntz und Scharpf mit korporativen Akteuren, um die Komplexität der verschiedenen Ebenen (national, international, transnational) zu vereinfachen, jedoch gliedern sie auch individuelle Akteure ein. Dabei beschränken sie sich nicht nur auf politische Institutionen oder Akteure im engeren Sinne, sondern beziehen alle relevanten in den gesellschaftlichen Regelsystemen befindlichen Akteure mit ein. Es wird also keine Gesetzgeberperspektive gegeben; vielmehr werden die staatlichen und nichtstaatlichen Akteure in Strukturen einbezogen. Da diese Institutionen sowohl als abhängige als auch unabhängige Variablen behandelt werden (einerseits können sie Akteure gestalten und andererseits können sie durch das Handeln der Akteure verändert werden), schaffen sie auch eine Integrationsperspektive, in der die Debatte darüber, ob Institutionen oder Akteure die primäre Rolle spielen, überwunden wird (Mayntz/Scharpf 1995: 43–46).

Die Einbeziehung aller relevanten gesellschaftlichen Akteuren in den politischen Prozess, ohne eine gesetzgeberische Perspektive zu schaffen, erinnert an das Staatskonzept von Antonio Gramsci und dessen Interpretation durch Vertreter der Neo-Gramscianischen Perspektiven in den Internationalen Beziehungen<sup>18</sup>. In der Tradition Gramscis wird der Staat als „integraler Staat“ verstanden, d.h. als Kombination der politischen und sozialen Gesellschaft (Bieler/Morton 2003: 347). Gramsci selbst arbeitete zwei Staatsbegriffe aus: der Staat im engeren Sinne und der Staat im integralen Sinne. Ersterer ist identisch mit dem klassischen Staatsapparat (Armee, Polizei, Regierung, Verwaltung), Zweiterer entspricht der Gesamtheit der intellektuellen und moralischen Eigenschaften der führenden sozialen Klassen, also der Art und Weise, auf die diese Klasse die Hegemonie verwirklichen kann. Kurz gesagt ist der integrale Staat bei Gramsci „Hegemonie gepanzert mit Zwang“ (Buci-Glucksmann 1981: 86–89). Daher agiert der Staat nicht mehr nur durch den öffentlichen Bereich, sondern auch durch den privaten Bereich der Zivilgesellschaft (soziale Kräfte).

Weiterhin bilden institutionelle Regeln dem Verständnis von Institutionen von Mayntz und Scharpf nach einen institutionellen Kontext, der seinerseits Regeln definiert, nach denen gespielt wird. Damit definiert der institutionelle Rahmen die Akteurkonstellationen und beeinflusst ihre Handlungsoptionen. Dabei umfasst der institutionelle Rahmen jedoch nicht alle Faktoren, die Akteurkonstellationen und -handlungen beeinflussen. Ähnlich wie bei Moravcsik die Repräsentation im Liberalismus nicht nur das formelle Attribut der staatlichen Institutionen ist, sondern auch den informellen politischen Prozess umfasst, der sich nach den Privilegien bestimmter gesellschaftlicher Interessen bzw. einer Klientel richtet (Moravcsik 1997: 513–553), gibt es auch bei Mayntz und Scharpf neben dem institutionellen Kontext einen nichtinstitutionellen Rahmen. Damit wird angedeutet, dass z.B. Normen verletzt werden können, Macht illegitim angewendet werden kann oder die Verfügung über natürliche oder technische Ressourcen nur schwer mit dem institutionellen Rahmen zu erfassen ist (Mayntz/Scharpf 1995: 49). Außerdem sind die Handlungsorientierungen von Akteuren nicht

---

18 Die heutigen Neo-Gramscianischen Perspektiven der Internationalen Beziehungen basieren auf den Erkenntnissen des italienischen Marxisten Antonio Gramsci und gehen daher aus dem historischen Materialismus hervor. Sie fassen, wie Moravcsik im Neuen Liberalismus, die gesellschaftlichen Akteure als wichtige Akteure im internationalen System auf und entwickeln auf dieser Grundlage eine kritische Theorie der Hegemonie, Weltordnung und des historischen Wandels. Beispielsweise interessiert sich Robert Cox' Neo-Gramscianische Perspektive für die Macht- und Herrschaftsverhältnisse in einer Weltordnung, für die Reproduktion und Absicherung dieser Verhältnisse sowie für das Potenzial der Akteure, diese Ordnung zu ändern (Bieler/Morton 2003: 338–339).

nur institutionell geprägt, sondern auch von den „kontextunabhängigen (durch Sozialisation oder Historie bedingten) Eigenschaften“ (Mayntz/Scharpf 1995: 52).

Im Unterschied zum *Rational-Choice*-Ansatz (Akteure maximieren den Nutzen ihrer Handlungen) argumentieren Mayntz und Scharpf für die kognitiven und motivationalen Aspekte der Handlungsorientierungen. Dabei sind die Wahrnehmungen der Akteure, die für die Situationsdeutung wichtig sind, für das Handeln entscheidend. Für die Kooperation der Akteure müssen die Situationsdeutungen übereinstimmen. Eine solche Übereinstimmung bei einem Problem ist in den Konstellationen der staatlichen und nichtstaatlichen Akteure eher unwahrscheinlich. Zur Lösung des Problems würde die Integration partieller Perspektiven von Akteuren beitragen. (Mayntz/Scharpf 1995: 52–53).

Der motivationale Aspekt, der Normen, Interessen und Identitäten umfasst, tritt beim Handeln der korporativen Akteure auf. Normen sind dabei als Werte oder Tugenden formuliert. Interessen sind als Handlungsziele definiert (physischer Wohlstand, Handlungsfreiheit, Verfügung über Macht oder soziale Anerkennung), Handlungsziele wiederum bestimmen die akteurspezifische Handlungsorientierung. Die Wahl zwischen Handlungsoptionen wird u.a. durch Identitäten beeinflusst. Identitäten umfassen das Selbstbild sowie die Daseins- und Verhaltensweise; zu ihnen gehören auch besondere Eigenschaften (bei Individuen z.B. das Geschlecht) und Tätigkeiten (bei Individuen z.B. der Beruf, bei einem Unternehmen die Produktion). Ebenso prägt der institutionelle Kontext die Identitäten, mit denen die Akteure sich identifizieren. Bei Individuen sind Identitäten durch Sozialisation bestimmt, bei korporativen Akteuren sind sie entweder in der Organisation verankert oder durch *corporate identities* gestaltet. (Mayntz/Scharpf 1995: 54–58). Eine solche Definition von „Identität“ erinnert an deren Definition in den Neo-Gramscianischen Perspektiven. Im Sinne letzterer werden die sozialen Kräfte nicht nur mit materiellen Aspekten identifiziert, sondern auch mit anderen Identitätsformen wie ethnischer Zugehörigkeit, Nationalität, Religion oder Geschlecht (Bieler/Morton 2003: 344–345).

Indem Mayntz und Scharpf Institutionen als Regeln definieren, bezeichnen sie auch soziale Gebilde als Institutionen. Soziale Gebilde (Organisationen) werden dann sowohl institutionell betrachtet (als verkörperte Regelungen) als auch als korporative Akteure (als Handlungsfähige). Organisationen sind in diesem Sinne Koalitionen von Gruppen mit unterschiedlichen Interessen, Wahrnehmungen und Einflusspotenzialen. Zu solchen Organisationen gehören nicht nur Organisationen wie Parteien, Behörden, Verbände, sondern

auch Familien, Massengruppierungen oder soziale Gruppierungen – im weiteren Sinne Gruppen von Personen mit einem handlungsrelevanten Merkmal. Dementsprechend werden den Institutionen auch soziale Klassen zugerechnet (Mayntz/Scharpf 1995: 49–51). Spreche man über individuelle Akteure, so könne man auch Mitglieder einer unsozialen Klasse, einer ethnischen Minderheit, einer Organisation oder eines Staates meinen (Mayntz/Scharpf 1995: 52).

Indem Akteure in konkreten Situationen handeln, geraten sie in institutionellem und nichtinstitutionellem Rahmen in Akteurkonstellationen, da die Bearbeitung der Probleme normalerweise Gegenstand der Interaktion mehrerer Akteure ist. Im Sinne von Mayntz und Scharpf unterstehen der Struktur der Akteurkonstellationen verschiedene Modi sozialer Handlungskoordination, die unter dem Begriff *governance* zusammengefasst werden. Dabei spricht man von Selbststeuerung der Interaktion zwischen den Akteuren, die auf gegenseitiger Anpassung, Verhandlungen, Abstimmungen und Netzwerken beruht (Mayntz/Scharpf 1995: 60–65).

Gerade diese Selbststeuerung und Selbstregelung führt dazu, dass es sinnvoll wäre, sich analytisch vor allem mit den Interaktionen zwischen korporativen Akteuren zu beschäftigen. Unter korporativen Akteuren sind hier handlungsfähige Organisationen zu verstehen. Die korporativen Akteure sind den individuellen jedoch nur der Vereinfachung halber vorzuziehen. Handlungen individueller Akteure sind nicht ausgeschlossen, da es viele Fälle gibt, in denen Individuen als Mitglieder korporativer Akteure eine wesentliche Rolle bei Entscheidungsprozessen spielen. Letztendlich geht es bei der Erklärung des Handelns der korporativen Akteure um den institutionellen Kontext dieses Handelns und nicht um eine determinierte Rolle von Individuen (Mayntz/Scharpf 1995: 43–44). Die Analyse der individuellen Akteure innerhalb der korporativen Akteure muss nur dann einbezogen werden, wenn der institutionelle Kontext das Handeln der korporativen Akteure nicht ausreichend erklären kann (Mayntz/Scharpf 1995: 49–50). Schließlich argumentieren Mayntz und Scharpf, individuelle und korporative Akteure in einen mehrschichtigen institutionellen Kontext können in einer empirischen Untersuchung nicht einbezogen werden (Mayntz/Scharpf 1995: 67).

Zusammenfassend versucht der Ansatz des Akteurzentrierten Institutionalismus über die anderen institutionellen Ansätze hinausgehend komplexe Modelle von politischen Entscheidungsprozessen und *policy outcomes* (Ergebnisse des Zusammenspiels der privaten

und staatlichen Akteure) zu entwerfen (Schneider/Janning 2006: 15). Ergänzt wurde der Ansatz durch das Konzept von *Veto-Spielern*, die bestimmte politische Entscheidungen ändern können, z.B. institutionelle Restriktionen im Föderalismus, im Präsidentialismus, im Bikameralismus und bei Volksabstimmungen. Der Akteurzentrierte Institutionalismus betont die Wichtigkeit der formellen und informellen Regeln, beispielsweise wie und wann entschieden wird und wer an den Entscheidungsprozessen beteiligt ist (Schneider/Janning 2006: 82–84). Darüber hinaus erklärt er, wie die soziokulturellen Verhältnisse aus der Gesellschaft in das politisch-institutionelle System vermittelt werden, so das System an sich nicht klassenförmig, patriarchal oder rassistisch organisiert ist (Brand 2005: 195). Mit dem engen Verständnis des Institutionsbegriffs ermöglicht der Ansatz ferner, nicht nur die intergouvernementale Interaktion zu analysieren, sondern auch die Interaktion zwischen Organisationen. Durch den Einbezug individueller und korporativer Akteure in die Analyse erlaubt der Ansatz, auch Staaten als korporative Akteure zu betrachten, ohne auf die individuelle Ebene einzugehen. Dies ist unter der Annahme möglich, dass das Handeln der Akteure im Staat der Selbststeuerung unterzogen ist.

### **2.2.3. Sozio-konstruktivistische Ansätze**

Sowohl Mayntz und Scharpf als auch Moravcsik verweisen in ihren Ansätzen auf die Rolle der Identitäten und der sozialisationsbedingten Eigenschaften gesellschaftlicher Akteure. Moravcsik hebt den *Rational-Choice*-Ansatz hervor, wobei er auch ein mögliches irrationales Agieren der Akteure berücksichtigt (Moravcsik 1997: 517). Mayntz und Scharpf hingegen gehen davon aus, dass die institutionellen Regelungen für das Handeln der Akteure nicht weit genug reichen, daher beziehen sie auch kognitive und motivationale Aspekte ein, da sowohl Wahrnehmungen als auch Normen, Interessen und Identitäten die Handlungsorientierungen der Akteure prägen (Mayntz/Scharpf 1995: 52–58). Das Hervorheben der Rolle der Identitäten in der *Policy*-Forschung wird den kulturalistischen (bzw. sozio-konstruktivistischen) Ansätzen zugerechnet. Dabei werden die kulturellen Werte als Ergänzung zu den Machtressourcen und zur Artikulation der Interessen betrachtet, da das gesellschaftliche Handeln in vielerlei Hinsicht von den moralischen Wertvorstellungen

abhängt (beispielsweise denen von einem gutem Leben und einer wohlgeordneten Gesellschaft) (Schneider/Janning 2006: 96–97).

In seiner ideellen Variante des Liberalismus geht auch Moravcsik auf die Bedeutung der gesellschaftliche Identitäten und Werte für die Herausbildung gesellschaftlicher Interessen ein, besonders als Determinante bei zwischenstaatlichen Konflikten und Kooperationen. Im Verständnis der Liberalen wird Kooperation der Staaten erwartet, wenn die nationalen Konzepte von legitimen Grenzen, politischen Institutionen und soziökonomischer Gleichheit kompatibel sind. Wenn gesellschaftliche Identitäten nicht kompatibel sind und zu bedeutenden negativen externen Folgen führen, sind auch zwischenstaatliche Spannungen zu erwarten (Moravcsik 1997: 525). Wie Moravcsik betont auch Brand die Rolle der Identitäten und ethnischen Werte bei Kooperationen oder Konflikten zwischen Staaten. Ihm zufolge können die nationalen Interessen der Staaten kooperativ sein, wenn diese Interessen den Interessen, ethnischen Werten und Identitäten der gesellschaftlichen Gruppen anderer Staaten entsprechen (Brand 2007: 13).

Moravcsik geht jedoch nicht darauf ein, wie die Identitäten der Akteure entstehen (z.B. durch staatlich konstruierte historische Erfahrungen). Ein tieferes Verständnis von Normen, Interessen und Identitäten entwickelten die Konstruktivisten. Der Konstruktivismus entstand infolge der so genannten *Dritten Debatte*, nach den Debatten zwischen Realismus und Idealismus und zwischen Traditionalismus und Behaviorismus (später auch Neo-Institutionalismus) in den 1980-er Jahren, doch erst Ende der 1990-er tauchte der Begriff „Konstruktivismus“ auf, der sich auf die subjektive soziale Welt und die gegenseitige (De-)Konstruierung von Akteuren und Struktur aufgrund von Ideen, Regeln und Normen, sowie auf die interne Herausbildung von Interessen und Identitäten bezog. Im Allgemeinen kann der Konstruktivismus als Vermittler zwischen rationalistischen und postmodernen Ansätzen gesehen werden. Andererseits können die postmodernen Ansätze auch ihrerseits dem Konstruktivismus zugeordnet werden (Ulbert 2003: 391–419).

Der Konstruktivismus vertritt die Ansicht, die politische Wirklichkeit sei sozial konstruiert und gerade mit dieser sozialen Konstruktion könne das Verhalten der Akteure erklärt werden. Dazu werden verschiedene Dimensionen von Wirklichkeitskonstruktionen (Werte, Normen, [politische] Kultur, Identität, Ideen, Weltbilder) analysiert: Ideen werden als individuelle Überzeugungen konzeptualisiert, Normen werden als Erwartungen angemessenen Verhaltens verstanden und Identitäten als Abbild der Individualität und der Besonderheiten



der Akteure in Abgrenzung zu den anderen betrachtet (Wagner, W. 2006: 258–259). Diese Kategorien sollen helfen, den außenpolitischen Wandel zu erklären.

Aus der Bandbreite der konstruktivistischen Ansätze ist der Ansatz Alexander Wendts der verständlichste. Im allgemeinen wird der Konstruktivismus Wendts jedoch nicht als grundlegende Theorie verstanden, sondern eher als Ergänzung bzw. Weiterentwicklung der schon bestehenden traditionellen Ansätze. Erfolgreich wurde er jedenfalls dadurch, dass er eine Brücke zur traditionellen Forschung schlägt und auf idealistische Wurzeln und soziale Prozesse zurückgreift. In seiner Sozialen Theorie der Internationalen Beziehungen formulierte Wendt zu Anfang Thesen in der Tradition des Neorealismus (Erklärung der internationalen Politik aus der Struktur des internationalen Systems), später jedoch hob er hervor, das Handeln der Staaten basiere auf den unterschiedlichen Kulturen sozialer Interaktion (Ulbert 2003: 391–419).

Als Ausgangspunkt für seine konstruktivistischen Überlegungen diene Wendt das Verhältnis zwischen Akteuren und Strukturen, wobei das Handeln von Akteuren in bestimmte Strukturen eingebettet ist. Er bewertete hierbei Strukturen als dominant und behauptete, Strukturen ermöglichten exogen das Handeln der Staaten, während Interessen und Ideen endogen dieses Handeln determinieren. Im Erklärungsmodell der vorliegenden Arbeit kann das Problem dieser Wechselwirkung im Sinne von Mayntz und Scharpf (Ansatz des Akteurzentrierten Institutionalismus) jedoch als überwunden betrachtet werden. Wendt gab mit seinen Überlegungen einen guten Anstoß zum Verstehen von Institutionen als abhängige und unabhängige Variablen. Wendt kommt schließlich zu der Entscheidung, dass sich Akteure und Strukturen gegenseitig bedingen, d.h. Strukturen sind für Akteure einerseits konstitutiv, andererseits verändern Akteure Strukturen. Später stellten die anderen konstruktivistischen Ansätze die Rolle des Erkennenden im Erkenntnisprozess in Vordergrund, indem auf die Sprache und kognitive Prozesse eingegangen wird (daher werden auch postmoderne Ansätze oft als konstruktivistisch bezeichnet, obwohl sie ein anderes Bild des Verhältnisses von Akteur zu Struktur zeichnen) (Ulbert 2003: 391–419).

Auf Basis der konstruktivistischen Ansätze und des Akteurzentrierten Institutionalismus von Mayntz und Scharpf können nun weiterhin Staaten als korporative Akteure betrachtet werden, die aktiv ihre nationalen *corporate identities* gestalten. Alle Staaten, so Ilya Prizel, verwenden ihre nationale Identität, um ihre Außenpolitik zu formulieren; umgekehrt verlassen sie sich auf die Außenpolitik, um die nationale Identität zu

schaffen (Prizel 1998: 19). Diese nationale Identität bietet erstens einen psychologischen Referenzrahmen, in dem die Identität funktioniert. Zweitens hilft die Identität der *polity*, ihre Werte zu definieren. Drittens sind die nationalen Identitäten somit weder vorgegeben noch stabil; sie können sogar im Verlaufe einer Generation umdefiniert werden, was zu neuen Prioritäten in der Außenpolitik führt (Prizel 1998: 2).

In ihrem wechselseitigen Verhältnis mit der Außenpolitik entsteht die nationale Identität laut Prizel durch die Abgrenzung einer Nation von den „anderen“. Die Festlegung der Unterschiede zu den „anderen“ resultiert aus der Interpretation von Geschichte, Glauben und Wahrnehmungen, die sich über die Zeit akkumulieren und das kollektive Gedächtnis konstituieren. Da das kollektive wie das individuelle Gedächtnis inkonsistent und selektiv ist, definiert die *polity* die „nationale Idee“ bzw. die „nationalen Interessen“ (Prizel 1998: 8, 14, 16). Betrachten sich gesellschaftliche Gruppen unterschiedlicher Staaten als „kulturell ähnlich“, so entfallen symbolisch die Grenzen zwischen diesen Staaten. Wenn aber die gesellschaftlichen Gruppen eines Staates die gesellschaftlichen Gruppen anderer Staaten als „kulturell anders“ wahrnehmen, spitzen sich Konflikte zwischen diesen Staaten zu (Shulman 2002: 115).

In der Typologie der nationalen Identitäten von Prizel basieren die nationalen Identitäten der osteuropäischen Staaten (d.h. auch die der Ukraine und Polens) aufgrund der Vermischung vieler Kulturen in Osteuropa sowie der Abwesenheit starker politischer Institutionen (wie im Fall der USA und Großbritanniens) und einer „universalen Identität“ (wie im Fall Frankreichs) auf einer sehr starken Abgrenzung von den „anderen“ (Prizel 1998: 21–29). Im Fall der Ukraine ist die Definition der nationalen Identität noch viel schwieriger, da sie sich weder auf eine zivil-territoriale noch auf eine ethnisch-kulturelle Nation berufen kann (Shulman 2002: 114). Aufgrund der Suche nach der nationalen Identität muss in der Ukraine – wie auch in Polen – oft die Außenpolitik umdefiniert werden. Umgekehrt musste aufgrund der Außenpolitik häufig die nationale Identität abgeändert werden.

Die Thesen Prizels führen zurück zu den Überlegungen Wendts hinsichtlich der Strukturen zwischen Staaten im internationalen System. Der Wandel dieser Strukturen erklärt sich laut Wendt aus den Veränderungen der kollektiven Identitäten. Mit dem Wandel der Identitäten verändern sich auch die Interessen der Staaten. Die Herausbildung der Identität eines Staates findet durch die direkte Interaktion des Staates mit anderen Staaten statt, also nicht auf internationaler Ebene, sondern durch zwischenstaatliche Interaktion. Dabei sieht

Wendt Staaten als einheitliche Akteure, die sich nur durch individuelle Identität (materielle Merkmale: politisches System, Gewaltmonopol, Souveränität, Staatsvolk, Territorium, usw.; immaterielle Handlungsmotivationen: Existenzsicherung, Autonomie, Wohlfahrt, kollektives Selbstgefühl, usw.) unterscheiden. Wendt befindet sich damit wieder auf der Ebene des internationalen Systems und untersucht die Herausbildung kollektiver Identitäten, die durch Imitation und soziales Lernen zu Stande kommt. Andere Konstruktivisten ersetzen dieses dem Neorealismus ähnliche Verständnis von Staaten als einheitlichen Akteuren schließlich durch die Identitätsbildung aus der Perspektive eines einzelnen Staates oder der Repräsentanten eines Staates (Ulbert 2003: 391–419), so wie es im Liberalismus der Fall ist.

### **2.3. Forschungsraster zur Analyse der ukrainisch-polnischen Beziehungen**

Im Hinblick auf die oben vorgestellten theoretischen Ansätze ist es für die Analyse der ukrainisch-polnischen Beziehungen hilfreich, ein Analyseraster anzulegen, mit dessen Hilfe die ukrainisch-polnischen Beziehungen untersucht werden können. Hinsichtlich der Fragestellung der Studie, also der Frage nach dem gesellschaftlich eingebetteten problemlösungsorientierten Interaktionsprozess zwischen der Ukraine und Polen, wird dabei auf drei grundlegende theoretische Annahmen eingegangen. Diese Annahmen beziehen sich auf die drei in der Fragestellung formulierten Variablen der internationalen Beziehungen: (1) die *gesellschaftlichen Akteure*, (2) ihre *Identitäten* und (3) *Institutionen*.

(1) In Anlehnung an die Liberale Theorie der internationalen Beziehungen (Schieder 2003: 169–198) ist der Ausgangspunkt der vorliegenden Analyse der ukrainisch-polnischen Beziehungen die gesellschaftliche Ebene des internationalen Systems. Die ukrainisch-polnischen Beziehungen sind in innenpolitische, internationale und transnationale Zivilgesellschaften eingebettet. Ein solcher Zugang zu internationalen Beziehungen, in unserem Fall zu den ukrainisch-polnischen Beziehungen, führt von der Ebene der internationalen Beziehungen zur Außenpolitik der Ukraine und Polens. Die Fokussierung in der internationalen Politik auf die gesellschaftlichen Akteure eröffnet die Möglichkeit, die Außenpolitik eines Staates als (*public*) *policy* zu definieren. Dabei wird eine *policy* als die Gesamtheit der „politischen Inhalte definiert, die in Gesetzen, Verordnungen, Programmen und Einzelentscheidungen, die sich auf die Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse

auswirken, zum Ausdruck kommen“ (Schneider/Janning 2006: 15). Dies bedeutet auch, dass die Außenpolitik anhand der Problemdefinition, des *agenda setting*, der Formulierung, der Implementierung und der *outcomes* analysiert werden kann (Barrios 1999: 11), also in einem *policy cycle* entsprechend.

Um bei der Formulierung der Außenpolitik bei der Gesamtheit eines Nationalstaates zu bleiben, wird der (ukrainische bzw. polnische) Staat im Sinne von Gramsci verstanden, also als Einheit der staatlichen Institutionen und der Zivilgesellschaft (Bieler/Morton 2003: 337–362). Insofern werden sowohl die staatlichen Akteure (Präsidenten, Regierungen und Parlamente) als auch nichtstaatliche Akteure (Oligarchen, NGOs, Medien, Minderheiten, Kirchen, Arbeitsmigranten) einbezogen. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass die Außenpolitik trotz Internationalisierung, Supranationalisierung und Globalisierung die Domäne des Nationalstaates bleibt.

Mit Hilfe des Akteurzentrierten Institutionalismus von Mayntz und Scharpf, der Institutionen als Regelsysteme definiert (Mayntz/Scharpf 1995: 39–72), werden in die Analyse auch diejenigen internationale Akteure einbezogen, die für die ukrainisch-polnischen Beziehungen relevant sind, namentlich die USA, die EU, Russland, die NATO und GUAM. Dies ist sinnvoll, da angenommen wird, dass auch sie aus gesellschaftlichen Akteuren bestehen, deren Handlungen durch einen institutionellen Rahmen geregelt werden. Gemäß Mayntz und Scharpf ist dabei allerdings davon auszugehen, dass die politischen Prozesse, die innerhalb dieser komplexen sozialen Gebilde bzw. Organisationen stattfinden, der sozialen Handlungskoordination (bekannt als *governance*) unterliegen und daher keiner Analyse auf individueller Ebene benötigen, es sei denn, das individuelle Agieren innerhalb dieser Gebilde ist wichtig (Mayntz/Scharpf 1995: 39–72). In der vorliegenden Arbeit werden die internationalen Akteure wie die USA, die EU, Russland, die NATO und GUAM daher als einheitliche Akteure behandelt. Diese Sichtweise ermöglicht eine Vereinfachung der Analyse, die aufgrund der Verflochtenheit der unterschiedlichen Analyseebenen (national, regional, international) andernfalls zu komplex wäre. In gleicher Art und Weise sind auch transnationale Akteure (Wirtschaftsforen, Unternehmen und einige NGOs) zu sehen.

Bei der Interaktion der gesellschaftlichen Akteure des ukrainischen und polnischen Staates mit ihrem internationalen Umfeld wird Brands Brückenschlag von der nationalen zur internationalen Ebene im Sinne der Neo-Gramscianischen Perspektiven berücksichtigt. Einerseits wird der Ausgleich internationaler gesellschaftlicher Konflikte durch die Politik

zwischen Regierungen sowie zwischen Netzwerken, Regimes und Organisationen abgewickelt. Andererseits transformieren sich bestimmte gesellschaftliche Interessen der Nationalstaaten in die Staatspolitik, die in internationale Machtkonstellationen eingebettet ist. Dabei kommt es weder von der gesellschaftlichen zur nationalen Ebene noch von der nationalen zu internationalen Ebene zu einer Interessenverdichtung, und auch nicht umgekehrt. Der Prozess bezieht sich vielmehr auf die Internationalisierung des Staates durch die Wechselwirkung mit anderen Staaten auf allen gesellschaftlichen Ebenen, wobei der Staat weiterhin souverän über seine Außenpolitik entscheidet (Brand 2007: 13).

(2) Die gesellschaftlichen Akteure sind in Anlehnung an Moravcsiks Liberale Theorie der Internationalen Beziehungen nicht homogen und befinden sich nicht in einem harmonischen Zustand. Es wird davon ausgegangen, dass es in den außenpolitischen Fragen der Ukraine und Polens mehrere konkurrierende gesellschaftliche Gruppen bzw. Individuen mit verschiedenen Identitäten gibt. Diese Akteure agieren ihren Interessen folgend, die ihre Werte, ihre materiellen Produktionsbeziehungen und ihre Beteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen definieren. Die unterschiedlichen grundlegenden Vorstellungen von Grenzen, Kultur, politischen Institutionen und lokalen gesellschaftlichen Aktivitäten führen zu gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, wohingegen die Abwesenheit dieser Unterschiede zu Kooperation und Harmonie führt, so Moravcsik (Moravcsik 1997: 513–553). Diese kulturellen bzw. soziologisch-kulturellen Werthaltungen und die Identitäten, mit denen die verschiedenen sozialen Kräfte operieren, werden als wichtiger Ausgangspunkt für das Handeln der gesellschaftlichen Akteure erkannt, im Fall dieser Arbeit das Handeln in den ukrainisch-polnischen Beziehungen. In der Terminologie der Politikfeldanalyse entsteht dabei *politics*, „der politische Prozess, in dem Akteure mit unterschiedlichen Wertvorstellungen und Interessen versuchen, auf die Gestaltung der öffentlichen Politik Einfluss zu nehmen, wodurch Konflikte und Machtbeziehungen unter der Akteure entstehen“ (Schneider/Janning 2006: 15).

Dabei wird angenommen, dass insbesondere Identitäten im Sinne des Sozial-Konstruktivismus sowohl das Verhalten der gesellschaftlichen Akteure beeinflussen, als auch die gesellschaftlichen Akteure die Identitäten verändern können (Ulbert 2003: 391–419). Dies bedeutet, dass Identitäten (wie Institutionen) nicht als gegeben, sondern als abhängige und unabhängige Variable betrachtet werden. Identitäten werden hier verstanden als Abbild der Individualitäten und Besonderheiten der Akteure in Abgrenzung zu den „anderen“. Die

Festlegung der Unterschiede zu den „anderen“ resultiert aus der Interpretation von Geschichte, Glauben und Wahrnehmungen, die sich über die Zeit akkumulieren und das kollektive (bzw. individuelle) Gedächtnis konstituieren, so Prizel (Prizel 1998: 8, 14, 16). Laut Shulman entfallen symbolisch die Grenzen zwischen unterschiedlichen Staaten, wenn sich gesellschaftliche Gruppen dieser Staaten als „kulturell ähnlich“ betrachten. Wenn aber die gesellschaftlichen Gruppen eines Staates die gesellschaftlichen Gruppen anderer Staaten als „kulturell anderes“ wahrnehmen, spitzen sich Konflikte zwischen diesen Staaten zu (Shulman 2002: 115). Im Licht der Neo-Gramscianischen Perspektiven werden unter den Identitäten auch ethnische Zugehörigkeit, Nationalität, Religion oder Geschlecht verstanden (Bieler/Morton 2003: 344–345) und sie werden sowohl individuell als auch korporativ unterschieden (Mayntz/Scharpf 1995: 39–72).

Aus diesem Grund wird auf die Identitäten relevanter individueller Akteure der ukrainisch-polnischen Beziehungen eingegangen, namentlich die Identitäten von Staatspräsidenten, Premierministern und anderen Ministern, von Abgeordneten, von einzelnen Oligarchen sowie von Vertretern von NGOs, Medien, Minderheiten, Kirchen und Arbeitsmigranten. Je nach Relevanz für die Analyse werden gleichzeitig die Identitäten korporativer Akteure berücksichtigt, darunter internationale Akteure (USA, EU, Russland, NATO und GUAM) und transnationale Akteure (Wirtschaftsforen, Unternehmen und einige NGOs). Von Bedeutung sind darüber hinaus die nationalen Identitäten der korporativen Akteure Ukraine und Polen, denn laut Prizel verwenden Staaten ihre nationale Identität, um ihre Außenpolitik zu formulieren, und umgekehrt verlassen sie sich auf die Außenpolitik, um die nationale Identität zu schaffen (Prizel 1998: 19). Die Ukraine und Polen stellen in diesem Zusammenhang keine Ausnahme dar.

(3) Eine entscheidende Rolle bei den Kräfteverhältnissen in den ukrainisch-polnischen Beziehungen spielt *polity*, also „Institutionen, die sowohl politische Ideen und Ideologien als auch formelle Normen eines politischen Systems umfassen“ (Schneider/Janning 2006: 15). Die Institutionen werden in diesem Zusammenhang in Anlehnung an den Akteurzentrierten Institutionalismus von Mayntz und Scharpf als Regler der sozialen Interaktionen verstanden (Mayntz/Scharpf 1995: 39–72). Ausgehend von dieser Definition sollen die Regelsysteme einerseits die politischen Strukturen zur Interaktion der Akteure gestalten und andererseits von Akteuren zur Änderung dieser politischen Strukturen verwendet werden. Mit dieser Doppelperspektive auf Akteure und Institutionen wird die analytische Dichotomie zwischen

Struktur- und Akteurhandeln überwunden und eine Integration beider Perspektiven gegeben. Im Verständnis Moravcsiks, Gramscis sowie Mayntz' und Scharpfs wird der Staat daher nicht als einheitlicher Akteur verstanden, sondern als eine repräsentative Institution, die ständig von gesellschaftlichen Akteuren (de-)konstruiert wird (Moravcsik 1997: 513–553, Bieler/Morton 2003: 337–362, Mayntz/Scharpf 1995: 39–72). Wie oben erwähnt beschränkt sich der Institutionsbegriff nicht auf politische Institutionen oder Akteure im engeren Sinne, sondern bezieht alle relevanten in den gesellschaftlichen Regelsystemen befindlichen Akteure mit ein. Es wird also keine Gesetzgeberperspektive gegeben, sondern alle relevanten staatlichen (Präsidenten, Regierungen und Parlamente), nichtstaatlichen (Oligarchen, NGOs, Medien, Minderheiten, Kirchen, Arbeitsmigranten) sowie internationalen und transnationalen Akteure werden in die Analyse der ukrainisch-polnischen Beziehungen einbezogen.

Dem Verständnis von Institutionen Mayntz' und Scharpfs nach (Mayntz/Scharpf 1995: 39–72) bilden Regeln einen institutionellen Kontext, der seinerseits Regeln definiert, nach denen gespielt wird. Moravcsik wählt dabei eine andere Formulierung: die politischen Institutionen eines Staates bestimmen nicht nur, welche gesellschaftlichen Gruppen in der Außenpolitik repräsentiert sind, sondern auch wie sie repräsentiert sind (Moravcsik 1997: 513–553). Darüber hinaus definieren Institutionen die „nationalen Interessen“ der Staaten, wenn verschiedene gesellschaftliche Akteure mit ihren Identitäten in Interaktion treten, da das kollektive wie das individuelle Gedächtnis, das Anteil an der Bildung von Identitäten hat, inkonsistent und selektiv ist (Prizel 1998: 8, 14, 16).

Damit definiert der institutionelle Rahmen die Akteurkonstellationen und beeinflusst ihre Handlungsoptionen. Es wird daher davon ausgegangen, dass die Verfassungen und andere relevante normative Akte der Ukraine und Polens den institutionellen Kontext für die staatlichen Akteure (Präsidenten, Regierungen und Parlamente) und nichtstaatlichen Akteure (Oligarchen, NGOs, Medien, Minderheiten, Kirchen, Arbeitsmigranten) der ukrainisch-polnischen Beziehungen bilden. Die Verfassungen und normativen Dokumente definieren sowohl die Möglichkeit gesellschaftlicher Partizipation an den außenpolitischen Entscheidungsprozessen in der Ukraine und Polen, als auch Regeln der außenpolitischen Entscheidungen. Für die internationalen und transnationalen Akteure definieren Verträge und andere normative Akte die Interaktion. Die Neo-Gramscianischen Perspektiven der Kritischen Theorie konstatieren jedoch auch den Ausschluss bestimmter gesellschaftlicher Akteure, die

institutionell bedingt nicht an den politischen Prozessen teilnehmen (können) (Bieler/Morton 2003: 344–345). Auch diese Akteure sollen in der vorliegenden Arbeit identifiziert werden.

Mayntz und Scharpf betonen, dass die Akteurkonstellationen gleichwohl zur selben Zeit durch einen nichtinstitutionellen Rahmen beeinflusst werden können (Mayntz/Scharpf 1995: 39–72). Darunter zu verstehen sind z.B. die illegitime Anwendung der Macht, die Überschreitung ihrer verfassungsmäßigen Kompetenzen durch die Akteure oder bestimmte Defekte der Entscheidungsprozesse. Es ist daher anzunehmen, dass auch die ukrainisch-polnischen Beziehungen von der illegitimen Anwendung der Macht nicht frei sind – insbesondere während der Transformationsphase von nichtdemokratischen zu demokratischen Regimes wie im Fall der Ukraine und Polens. Darüber hinaus ist nicht ausgeschlossen, dass der informelle politische Prozess Praktiken einschließt, die sich nach den Privilegien bestimmter gesellschaftlicher Interessen bzw. einer Klientel richten, so Moravcsik (Moravcsik 1997: 513–553). Im Fall der Ukraine wären dies z.B. Oligarchen, zu deren Gunsten der nichtinstitutionelle politische Prozess in der Ukraine häufig ausgerichtet wird.



### **3. Akteure der ukrainisch-polnischen Beziehungen**

Ausgehend von der Fragestellung werden in diesem Abschnitt die relevanten Akteure der ukrainisch-polnischen Beziehungen unter Berücksichtigung des institutionellen Kontextes analysiert. Zu Beginn werden die allgemeinen Entwicklungen der staatlichen Akteure (Präsidenten, Regierungen und Parlamente) und der nichtstaatlichen Akteure (Medien, Minderheiten, Öffentlichkeit, Kirchen, Oligarchen, NGOs, Arbeitsmigranten) in der Ukraine und Polen seit dem Systemwechsel vorgestellt. Dabei wird auf die Verankerung der außenpolitischen Entscheidungskompetenzen der staatlichen Akteure in der ukrainischen und der polnischen Verfassung und in anderen normativen Akten (d.h. Verordnungen, Gesetzen, Erlässen, usw.) eingegangen. Darüber hinaus wird mittels des institutionellen Kontextes die (Nicht-)Partizipation der anderen Akteure festgestellt.

Die nichtstaatlichen Akteure werden bei Sebastian Gerhardt als informelle Akteure genannt, da sie formell keine Entscheidungskompetenzen haben, jedoch informell einen gewissen Einfluss auf die außenpolitischen Entscheidungsprozesse ausüben. Zu den informellen Akteuren der polnischen Außenpolitik zählt Sebastian Gerhardt Akademiker, Journalisten, Publizisten und Wirtschaftsexperten sowie bekannte politische Berater und polnische Botschafter. Der Abgrenzung zwischen informeller und formeller Formulierung der Außenpolitik ist jedoch fließend (Gerhardt 2003: 98).

Besonders in der Ukraine ist die Grenze zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren unscharf, da dort Oligarchen (die eigentlich als nichtstaatliche Wirtschaftsakteure einzuordnen wären) meist gleichzeitig auch staatliche Akteure sind, die durch ihre politischen Parteien zusätzlich legalen Einfluss auf die außenpolitischen Entscheidungen des Staates haben. Ferner ist die Grenze zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Medien, wissenschaftlich-kulturellen Einrichtungen und NGOs fließend, da viele Medien, NGOs und ähnliche Einrichtungen in Besitz der staatlichen Strukturen sind. Es ist daher fragwürdig, ob diese Einrichtungen selbständig agieren können.

Einbezogen werden auch internationale Akteure (EU, USA, Russland, NATO und GUAM), deren Partizipation an den ukrainischen und polnischen Entscheidungsprozessen durch einen institutionellen Rahmen von Verträgen und Vereinbarungen (in internationalen Organisationen) stattfindet. In einer Umfrage des Zentrums für Frieden, Konversion und Außenpolitik der Ukraine in den Jahren 2005 und 2007 äußerten die befragten

Außenpolitikexperten, in den außenpolitischen Entscheidungen der Ukraine seien die Positionen der USA, Russlands und der EU die am stärksten berücksichtigten. Danach würden mit großem Abstand die Positionen des IWF, der NATO und anderer internationaler Akteure folgen<sup>19</sup>. Unter den relevanten Akteuren der ukrainisch-polnischen Beziehungen werden darüber hinaus transnationale Akteure (das ukrainische und das polnische Wirtschaftsforum, ukrainisch-polnische wirtschaftliche Unternehmen und einige NGOs) in der Analyse berücksichtigt.

### **3.1. Staatliche Akteure**

#### **3.1.1. Die ukrainische und die polnische Verfassung im Transformationsprozess**

Mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus und des kommunistischen Regimes 1989 in Polen und 1991 in der Ukraine kam es zum Systemwechsel und dem Anfang einer demokratischen Entwicklung. Laut Samuel Huntington gehören die beiden Staaten zur *Dritten Welle der Demokratisierung* (Huntington 1993: 21–26), die Anfang in 1974 mit Portugal und Griechenland ihren Anfang nahm, sich später nach dem Fall der Diktaturen in Südeuropa weiter entwickelte und schließlich im Zusammenbruch der kommunistischen Regimes in Osteuropa mündete. Diese Welle der Demokratisierung verlief in Ost- und Südosteuropa anders als in anderen Regionen. Die Ähnlichkeit der Transformationsprozesse in der Ukraine und Polen wie in ganz Osteuropa äußert sich u.a. durch das *Dilemma der Gleichzeitigkeit*, d.h. der Synchronisierung dreier Transformationsprozesse: Territorialfrage, Demokratiefrage und Wirtschaftsfrage (Offe 1994: 64–65). Anders formuliert: die staatliche Transformation (in einigen Fällen Neu- oder Wiedergründung des Nationalstaates), politische Transformation (Übergang von Diktatur zur Demokratie) und wirtschaftliche Transformation (Übergang von Planwirtschaft zu Marktwirtschaft) (Merkel 2007: 413).

Als Zeichen einer solchen Entwicklung in der Ukraine und Polen erwies sich der mühsame Prozess der Schaffung demokratischer Verfassungen mit dem Resultat, dass ähnliche politische Systeme etabliert wurden. Die ersten Verfassungsänderungen in Polen

---

<sup>19</sup> Ukrajinskyj Monitor. Zentrum für Frieden, Konversion und Außenpolitik der Ukraine. Die Internetseite ist nicht mehr verfügbar; die Materialien sind bei Bedarf bei der Autorin erhältlich.

wurden bereits 1989/1990 bei den Verhandlungen zwischen der oppositionellen Bewegung Solidarność und dem kommunistischen Regime vorgenommen. Dadurch wurde u.a. das Amt des Staatespräsidenten eingeführt, der kommunistische Staat abgelöst, und es wurden die Anfänge eines demokratischen Rechtsstaates, einer pluralistischen Demokratie und einer Marktwirtschaft sowie die Abschaffung der Beschränkung staatlicher Souveränität etabliert. Später hinzu kam die allgemeine, geheime und direkte Wahl des Staatspräsidenten (Wagner, G 2006: 47), wohingegen der erste Präsident noch durch das Parlament gewählt war. In der Ukraine kam es beim Systemwechsel 1991 ebenfalls zu Verfassungsänderungen, in denen das Amt des Präsidenten eingeführt und die Herrschaft der kommunistischen Partei abgeschafft wurde.

Mit dem Verfassungsgesetz von 1992, der so genannten „kleine[n] Verfassung“, wurde die neue demokratische Verfassung Polens geschaffen. Mit dieser wurde in Polen ein semipräsidentielles System mit einem starken Präsidenten etabliert. Die kleine Verfassung Polens beschrieb jedoch keine klare Kompetenzverteilung zwischen Präsident und Regierung. Diese Undeutlichkeit führte mehrmals zu Konflikten, der *cohabitation*, zwischen dem damaligen Präsidenten Wałęsa und der ihm gegenüberstehenden Regierung der Partei der Sozialdemokratie der Republik Polens (SdRP). Prominent waren insbesondere unscharfe Formulierungen bezüglich der Kompetenzen des Außen-, des Verteidigungs- und des Innenministeriums (Tkaczyński 1997: 142). Innerhalb des politischen Systems der Ukraine führten Konflikte im Jahr 1995 zur Unterzeichnung eines Verfassungsvertrags zwischen den oppositionellen und pro-präsidentiellen Kräften. In der Ukraine verpflichtete der Verfassungsvertrag alle politischen Kräfte, an der zukünftigen Verfassung zu arbeiten und setzte eine Frist für deren Fertigstellung. 1996, bereits einige Wochen nach Ablauf der Frist, wurde die neue ukrainische Verfassung nach einer langen Lesungsnacht und schwierigen Verhandlungen verabschiedet. Mit Inkrafttreten dieser Verfassung war auch das politische System der Ukraine – wie das polnische – als semipräsidentielles System zu bezeichnen (Bos 2004: 453). Im Unterschied zu Polen jedoch bildete sich in der Ukraine wie in den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion de facto ein „Superpräsidentialismus“ (Bredies 2005: 116) heraus, in dem die Legislative marginalisiert und eine doppelte Exekutive, in der der Premierminister eine dem Präsidenten nachrangige Rolle spielte, gebildet wurde. Gleichzeitig jedoch forderten die Oppositionsparteien in der Ukraine (wenn auch in geringem Ausmaß)

eine Beteiligung am politischen Entscheidungsprozess, wodurch der ukrainische Präsident Kutschma besonders in seiner zweiten Amtszeit oft in Konflikte mit dem Parlament geriet.

Eine gewisse Klärung der Kompetenzverteilung zwischen den politischen Strukturen des Staates ergab sich in Polen erst mit der Verabschiedung der „richtigen“ Verfassung 1997 und in der Ukraine mit den Verfassungsänderungen 2004. Die Verfassung Polens wurde 1997 von einer großen Mehrheit in Sejm und Senat verabschiedet, jedoch mit einer viel geringeren Mehrheit in einer Volksabstimmung legitimiert (Wagner, G 2006: 47). Die Verfassung reduzierte die Kompetenzen des Präsidenten und gab dem Parlament in einem solchen Ausmaß größeres Gewicht, dass sich Polen von einem präsidentiell-parlamentarischen in ein parlamentarisch-präsidentielles System wandelte – mit Tendenz zu einem rein parlamentarischen System (Ziemer & Mattheas 2004: 194). Eine ähnliche Umwandlung des politischen Systems fand in der Ukraine erst 2004 statt. Die Orange Revolution 2004 führte dort zu einer Verfassungsänderung, in der die Kompetenzen des Präsidenten im politischen Prozess beschnitten und die des Parlaments deutlich ausgeweitet wurden. Dies führte in der Ukraine zur Umwandlung des präsidentiell-parlamentarischen zu einem parlamentarisch-präsidentiellen System<sup>20</sup>. Die Kompetenzverteilung zwischen Präsident und Parlament der Ukraine bei (außenpolitischen) Entscheidungen verblieb jedoch teilweise weiterhin vage geregelt, was häufig zu einer *cohabitation* zwischen Präsident und Premierminister führte – eine Entwicklung, die auch in Polen weiterhin zu beobachten ist. Während dort bis 1992 Auseinandersetzungen zwischen Reformorientierten und Anhängern des alten Regimes stattfanden, finden sich heutzutage Rivalitäten zwischen katholischen und nationalen Kräften sowie zwischen liberalen und sozialistischen Kräften<sup>21</sup>.

---

20 Interessanterweise wurde das politische System der Ukraine vor den Verfassungsänderungen eher mit Russland verglichen, nach den Verfassungsänderungen hingegen eher mit Polen.

21 Brodacz, A./Vorländer, H. Polnische Verfassung. Bundeszentrale für politische Bildung, abgerufen am 2. März 2008 unter <http://www.bpb.de/themen/9BQWBD,0,0,Verfassung.html>; die Internetseite ist nicht mehr verfügbar; das Material kann bei Bedarf bei der Autorin bezogen werden.

### **3.1.2. Rolle der staatlichen Akteure im außenpolitischen Entscheidungsprozess**

#### **3.1.2.1. Präsidenten**

Aufgrund der semipräsidiellen politischen Systeme (in Polen ab 1997 und in der Ukraine ab 2004 jeweils parlamentarisch-präsidiell) verfügen die Inhaber des ukrainischen und polnischen Präsidentenamts bereichsweise über starke Kompetenzen (formelle wie informelle) in den außenpolitischen Entscheidungsprozessen. Aufgrund der ähnlichen semipräsidiellen Systeme überschneiden sich die außenpolitischen Kompetenzen des ukrainischen und polnischen Präsidenten vielfach. Laut ukrainischer Verfassung ist der ukrainische Präsident das Staatsoberhaupt und vertritt damit den ukrainischen Staat. Er ist der Garant der staatlichen Souveränität und der territorialen Einheit der Ukraine, der Einhaltung der Verfassung sowie der Rechte und Freiheiten des Menschen und des Bürgers (Art. 102 der ukrainischen Verfassung). Auch der polnische Präsident ist der oberste Vertreter des Staates und der Garant der Kontinuität der Staatsgewalt (Art. 126 §1 der polnischen Verfassung)<sup>22</sup>. Er wacht über die Einhaltung der Verfassung, über die Souveränität und Sicherheit des Staates sowie über dessen Integrität und Unteilbarkeit (Art. 126 §2).

Der ukrainische Präsident wird für 5 Jahre von den Bürgern der Ukraine durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahl gewählt (Art. 103). Dieselbe Person kann nicht mehr als zweimal Präsident der Ukraine werden (Art. 103). Auch der Präsident Polens wird für 5 Jahre gewählt, eine Wiederwahl ist ebenfalls einmalig möglich (Art. 127 §2).

Der ukrainische Präsident sichert u.a. die staatliche Unabhängigkeit, die nationale Sicherheit und die Rechtsstaatlichkeit (Art. 106 §1). Er vertritt den Staat in den internationalen Beziehungen, führt die außenpolitische Tätigkeit des Staates, führt Verhandlungen im Namen des Staates und unterzeichnet internationale Verträge (Artikel 106 §3). Zusätzlich ernennt er die Botschafter der Ukraine in anderen Staaten und internationalen Organisation und empfängt ausländische Botschafter (Art. 106 §4 und §5). Der Präsident Polens tritt ähnlich dem ukrainischen Präsidenten als Vertreter des Staates in den Außenbeziehungen auf, ratifiziert und kündigt unter Zustimmung des Parlaments völkerrechtliche Verträge, ernennt

---

22 Bei Sätzen über polnische Institutionen ist bei Artikelreferenzen die Verfassung Polens gemeint, bei solchen über ukrainische Institutionen die Verfassung der Ukraine.

die Vertreter des Staates in anderen Staaten und in internationalen Organisationen und empfängt diplomatische Vertreter im polnischen Staat (Art. 133 §1).

Für die Analyse der außenpolitischen Kompetenzen des Präsidenten sind weitere Punkte wichtig: Der ukrainische Präsident ist der Oberkommandierende der Streitkräfte der Ukraine; er bestimmt über Ein- und Absetzung des obersten Militärkommandos der ukrainischen Streitkräfte und anderer Militärgremien und er leitet die nationale Sicherheit und Verteidigung des Staates (Art. 106 §17). Darüber hinaus ist er der Vorsitzende des Rates für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine (Art. 106 §18). Der polnische Präsident ist analog zum ukrainischen Präsidenten der Oberkommandierende der Streitkräfte der Republik Polen (Art. 134 § 1). Wie im ukrainischen Fall steht dem polnischen Präsidenten der Rat für Nationale Sicherheit als Beratungsorgan für innere und äußere Sicherheit zur Verfügung (Art. 135), deren Mitglieder er beruft und entlässt (Art. 144 §26).

Ferner ernennt der ukrainische Präsident den Premierminister, der von einer Koalition der Parlamentsfraktionen vorgeschlagen wird (Verfassungsänderungen 2004; Art. 106 §9). Er schlägt Kandidaten für das Amt des Außenministers und des Verteidigungsministers vor (dies wurde in Polen mit der Verfassung 1996 abgeschafft (Bingen 1998: 88)), die daraufhin vom Parlament bestätigt werden müssen (Verfassungsänderungen 2004; Art. 106 §10). Er ernennt und entlässt unter Zustimmung des Parlaments den Generalstaatsanwalt der Ukraine (Verfassungsänderungen 2004, Art. 106 §11) sowie die Hälfte des Rates der ukrainischen Nationalbank (Art. 106 §12) und die Hälfte des ukrainischen Nationalrats für Fernsehen und Radio (Art. 106 §13) und in Zusammenarbeit mit dem Parlament schlägt er den Chef des ukrainischen Sicherheitsdienstes vor und setzt ihn ab (Art. 106 Punkt 14). Der ukrainische Präsident hat weiters das Recht, Beratungsorgane zu seinem Nutzen zu formen (Art. 106, §28). Die Kompetenzen des polnischen Präsidenten sind in diesem Bereich ähnlich: Er bestimmt und beruft mit den anderen Mitgliedern des Ministerrats den Vorsitzenden des Ministerrates (d.h. den Premierminister) (Art. 144 §11 und Art. 154 §1), schlägt dem Sejm den Präsidenten der Nationalbank vor (Art. 144 § 24) und beruft die Mitglieder des Staatsrates für Rundfunk und Fernsehen (Art. 144 §27). Im Gegensatz zum ukrainischen Präsidenten ist der polnische Präsident jedoch durch die Verfassung verpflichtet, im Bereich der Außenpolitik mit dem Premierminister und dem für das jeweilige Politikfeld zuständigen Ressortminister zu kooperieren (Art. 133 §3).

Obwohl die beiden Präsidenten seit der polnischen Verfassung 1997 und den ukrainischen Verfassungsänderungen 2004 de jure geringe Kompetenzen in der Außenpolitik ihres jeweiligen Staates haben, überschreiten die Initiativen der beiden Präsidenten de facto oft den Rahmen der Verfassung. Dazu tragen sowohl formelle (in der Verfassung oder in Gesetzen) verankerte Hilfsorgane der Präsidenten als auch die informelle Praktiken bei. Für den Zeitraum 1991–2001 konnte in der Ukraine in 53% der Fälle der Präsident, in 27% der Fälle die Regierung und in 20% der Fälle das Parlament als Initiator des Gesetzgebungsprozesses identifiziert werden (Andruschtschenko 2003: 39). Im gleichen Zeitraum wurden 71% der zwischenstaatlichen Interaktion in den ukrainisch-polnischen Beziehungen durch die Präsidenten durchgeführt, 22% von der Regierung und lediglich 7% vom Parlament (Andruschtschenko 2003: 51). Bei einer Befragung ukrainischer Außenpolitikexperten nach dem Einfluss der innenpolitischen Akteure auf die außenpolitischen Entscheidungsprozesse in der Ukraine in den Jahren 2005 bis 2007 wurde der Präsident mit seinem Präsidentensekretariat zuoberst genannt, wobei jedoch auch das Ministerkabinett, das Außenministerium und die finanziell-industriellen Gruppen bzw. Oligarchen eine wichtige Rolle spielen<sup>23</sup>.

Zu den formellen präsidialen Hilfsorganen gehören in der Ukraine der Rat der Nationalen Sicherheit und Verteidigung und in Polen der Rat der Nationalen Sicherheit. Beide sind in der Verfassung beschriebene Hilfsorgane der Präsidenten, deren Mitglieder sie berufen und abberufen. Während die polnische Verfassung den Rat für Nationale Sicherheit sehr knapp erwähnt (Art. 135), definiert in der ukrainischen Verfassung ein umfangreicher Artikel die Struktur und Kompetenzen dieses Rates (Art. 107). Das Personal des Rates umfasst in der Ukraine neben dem Premierminister den Verteidigungsminister, den Chef des Sicherheitsdienstes sowie den Innen- und den Außenminister (Art. 107). Auch der Vorsitzende des Parlaments ist berechtigt, an den Sitzungen des Rates teilzunehmen (Art. 107). Der polnische Rat berät den Präsidenten in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit (Art. 135), in der Ukraine ist der Rat das Koordinierungsbüro des Präsidenten in Fragen nationaler Sicherheit und der Verteidigung des Staates (Art. 107).

---

23 „Ukrajinskyj Monitor. Sownischnja polityka Ukrajiny u perschomu kwartali 2007 roku“ und „Ukrajinskyj Monitor. Mischnarodne stanovyschtsche Ukrajiny, sownischnja ta bespekowa polityka: pidsumky perschoji polowyyny 2005 roku“. Zentrum für Frieden, Konversion und Außenpolitik der Ukraine. Die Internetseite ist nicht mehr verfügbar; die Materialien sind bei Bedarf bei der Autorin erhältlich.

Die Übernahme des Rates der Nationalen Sicherheit aus der „kleinen Verfassung“ Polens in die neue Verfassung aus dem Jahr 1997 hatte laut Jan Tkaczyński eine Alibifunktion, um damit ein Gegengewicht zur Beschneidung der Kompetenzen des Präsidenten herzustellen (Tkaczyński 1997: 144). In der Tat kam dem Rat der Nationalen Sicherheit in Polen während der Präsidentschaft Kwaśniewskis sehr viel größere Rolle zu, da der Präsident mit Hilfe des Rates seine außenpolitischen Orientierungen verfolgte. Auch in der Ukraine kam dem Rat für Nationale Sicherheit und Verteidigung unter Präsident Kutschma eine wichtigere Stellung zu. Mit einem Präsidentenerlass regulierte Präsident Kutschma 1998 die Aufgaben des Rates. Artem Bidenko weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Kutschma das Gesetz wenige Tage vor den Parlamentswahlen und eineinhalb Jahre vor den Präsidentschaftswahlen unterzeichnete. Dadurch konnte er seinen möglichen Rivalen Martschuk auf den Posten des Sekretärs des Rates berufen und ihn sich somit zum Freund machen, was Kutschmas Position stärkte (Bidenko 2006: 132). Darüber hinaus bestimmte das Gesetz den Rat der Nationalen Sicherheit und Verteidigung der Ukraine als verantwortlich in allen Fragen der Sicherheit, ohne jedoch neue Strukturen, neue Mechanismen oder eine neue Koordination des Rates zu definieren. Letztendlich stellte sich das Gesetz als deklarativ heraus und erweiterte lediglich den entsprechenden Artikel der ukrainischen Verfassung (Bidenko 2006: 132). Während Kutschma den Rat in seiner zweiten Amtszeit als Präsident vernachlässigte, reaktivierte Präsident Juschtschenko den Rat und versuchte mit ihm, Einfluss auf die oppositionellen Parlamentsparteien auszuüben (wie z.B. 2008 mit der Ernennung der Vizeparteichefin der Partei der Regionen zur Vorsitzenden des Rates) um sich für seine außenpolitischen Orientierungen einzusetzen. Ferner gilt in der Ukraine das noch unter Kutschmas Präsidentschaft gebildete Nationalzentrum für euroatlantische Integration der Ukraine als formelles Hilfsorgan des Präsidenten.

Außer mit den Sicherheitsräten, die als präsidiale Hilfsorgane fungieren, sind die beiden Präsidenten mit präsidialen Sekretariaten bzw. Kanzleien ausgestattet, in denen sie über zahlreiche außenpolitische Berater verfügen. In Polen ist die Kanzlei des Präsidenten der Republik Polen als Hilfsorgan des Präsidenten in der Verfassung verankert (Art. 143). Der Präsident Polens erlässt und beruft das Personal der Kanzlei sowie ihren Chef (Art. 143). Dem ukrainischen Präsidenten steht das Präsidentensekretariat (unter Kutschmas Präsidentschaft Präsidentenadministration genannt) zu Hilfe, deren Funktion jedoch nicht in der ukrainischen Verfassung niedergelegt ist.



Laut Schünnemann fungierte die Administration des Präsidenten in der Ukraine Ende der 1990-er „faktisch außerhalb der parlamentarischen Kontrolle als eigenständiges Organ zwischen der Legislative und Exekutive und ist das Hauptinstrument des Präsidenten zur Konzipierung und Umsetzung seiner Politik“ (Schünnemann 2000: 24). In den GUS-Staaten, meinte Otto Luchterhandt, „habe sich das Präsidentenamt sogar zu einem „vierten Gewalt“ entwickelt“ (Luchterhandt 1996 zitiert in: Schünnemann 2000: 25). Da der Präsident in Eigenregie das Personal seiner Administration zusammen stellt und auch den Inhalt der Tätigkeiten bestimmt, erschafft der Präsident mit seiner Administration nicht nur eine loyale Behörde, sondern zugleich auch Raum für die Durchsetzung von Klientelinteressen. Eine solche Administration besteht aus Arbeitsbereichen und kopiert gewissermaßen die Struktur des Parlaments- und Regierungsapparats<sup>24</sup>. In der Praxis durchlaufen die meisten außenpolitischen Aktivitäten erst die Präsidentenadministration bevor sie dem Präsidenten vorgelegt werden. Umgekehrt leitet der Präsident seine Anweisungen an das Außenministerium über seine Administration (Schünnemann 2000: 25). In der Ukraine wurden die Mitarbeiter der Außenpolitikabteilung der Präsidentenadministration 1996 per Präsidentenerlass gar in den Diplomatenrang erhoben (Andruschtschenko 2003: 39, Sywak 2000: 63), was dem Präsidenten ermöglichte, „seine Leute“ direkt in die diplomatischen Vertretungen der Ukraine im Ausland zu schicken, ohne das Außenministerium berücksichtigen zu müssen. Darüber hinaus verfügt die Präsidentenadministration in der Ukraine über eine Abteilung für außenpolitische Tätigkeit, deren Leiter gleichzeitig einer der Stellvertreter der Präsidentenadministration ist (Sywak 2000: 63).

Auch Olexander Suschko thematisiert die stärkere Rolle des Präsidentensekretariats, dessen Kompetenzen weder in der Verfassung noch in einer anderen normativen Form verankert sind. Das Kopieren der Tätigkeiten des Außenministeriums durch das Präsidentensekretariat sowie die Anwesenheit anderer Hilfsorgane des Präsidenten führe teilweise zu einem Mangel an Koordination. Obwohl in der Ukraine viele für die angestrebte EU-Integration verantwortliche Strukturen aktiv seien (Außenministerium, Rat der Nationalen Sicherheit und Verteidigung, Nationalrat der Europäischen Integration und der Beauftragte für die Europäische und euroatlantische Integration, Ministerium der Wirtschaft und der europäischen Integration), fehle es an Koordination zwischen diesen Strukturen (Suschko

---

24 [http://www.president.gov.ua/content/secretariat\\_structure.html](http://www.president.gov.ua/content/secretariat_structure.html); Offizielle Seite des ukrainischen Präsidenten; abgerufen am 12. November 2008.

2005: 50–51). Die meisten wichtigen außenpolitischen Entscheidungen werden von einem geschlossenen Personenkreis getroffen und folgen dem Interesse weniger „wichtiger“ Personen und der innenpolitischen Konjunktur. Politikwissenschaftliche Experten in der Ukraine äußerten sich 2002 darüber, wichtige außenpolitische Entscheidungen seien nur im engsten Zirkel um den Präsidenten entschieden worden: die Bedingungen für die Bildung eines internationalen Gaskonsortiums in der Ukraine, der Text des Erlasses über die NATO-Integration der Ukraine sowie die Pläne bezüglich der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft. Darüber hinaus konnten sie keinen Grund finden, warum gerade Indien zum 20. strategischen Partner der Ukraine erklärt worden war<sup>25</sup>. Tetjana Sylina (eine Journalistin, die sich mit außenpolitischen Fragen beschäftigt) äußerte 2003, es sei ferner schon Praxis geworden, Fachleute für europäische und euroatlantische Integration am ukrainischen Außenministerium auf Dienststellen in Asien und Afrika zu schicken<sup>26</sup>. Irina Lomko analysierte die Ratifizierung internationaler Verträge durch Werchowyna Rada (das ukrainische Parlament) und stellte fest, die meisten Verträge der Ukraine mit der NATO und den USA seien ohne parlamentarische Ratifizierung abgeschlossen worden (Lomko 2007: 132).

Ähnlich der Ukraine überschreitet auch der Präsident Polens in der Praxis häufig seine verfassungsmäßigen Kompetenzen. Die schon bekannte *cohabitation* zwischen dem Präsidenten Wałęsa und dem Ministerkabinett bis 1995 erlangte zusätzliche Bedeutung durch ungeschriebene Regeln, die Wałęsa sich aneignete. Präsident Kwaśniewski hingegen hielt das Präsidentenamt aus innenpolitischen Debatten über die Außenpolitik heraus. Obwohl er jedoch auf die Ernennung des Außenministers verzichtete, nutzte Kwaśniewski seinen Posten häufig im Ausland zur Darstellung seiner außenpolitischen Vorstellungen. Insbesondere in der Frage der polnischen Ostpolitik wurde der Präsident zur dominierenden Figur, u.a. da der Ministerrat sich diesbezüglich desinteressiert und uneinig verhielt (Gerhardt 2003: 88–89).

Außer der Tatsache, dass sich die präsidialen Kompetenzen und die informelle Praxis der jeweils amtierenden ukrainischen und polnischen Präsidenten ähneln, ist bei der Analyse der außenpolitischen Präferenzen der Präsidenten zu berücksichtigen, dass die Amtsperioden der ukrainischen und polnischen Präsidenten überlappen, was die Analyse in gewissem Ausmaß vereinfacht. Vernachlässigt man den ersten polnischen Präsidenten nach dem

---

25 Paschkow, M. 2002. Sownischnja polityka wnutrischnjoho wykorystannja. Rasumkow-Zentrum, Kiew, abgerufen am 11. November 2008 unter [http://www.uceps.org/article.php?news\\_id=256](http://www.uceps.org/article.php?news_id=256)

26 Sylina, T. Wnutrischni boji sa sownischnju polityku unter <http://www.dt.ua/1000/1030/44374>; Dserkalo Tyschnja 6.–12. Dezember 2003; abgerufen am 11. November 2008.

Systemwechsel (den 1989–1990 amtierenden General Wojciech Jaruzelski, der eine am „Runden Tisch“ ausgehandelte Kompromissfigur war und der indirekt durch das Parlament gewählt wurde), stimmen die weiteren Inhaber des ukrainischen bzw. polnischen Präsidentenamts zeitlich überein. Zu vergleichen sind daher die Amtsperioden des polnischen Präsidenten Lech Wałęsa (1990–1995) und des ukrainischen Präsident Leonid Krawtschuk (1991–1994), des polnischen Präsidenten Alexander Kwaśniewski (1995–2005) und des ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma (1994–2005), und schließlich des polnischen Präsidenten Lech Kaczyński (seit 2005) und des ukrainischen Präsidenten Wiktor Juschtschenko (seit 2005). Zusammengefasst ist dies in der folgenden Tabelle:

Tabelle 1: Präsidenten Polens und der Ukraine<sup>27</sup>

Polnische Präsidenten			Ukrainische Präsidenten		
	Amtszeit	Name		Amtszeit	Name
1	1989–1990	Wojciech Jaruzelski			
2	1990–1995	Lech Wałęsa	1	1991–1994	Leonid Krawtschuk
3	1995–2000 2000–2005	Aleksander Kwaśniewski	2	1994–1999 1999–2005	Leonid Kutschma
4	seit 2005	Lech Kaczyński	3	seit 2005	Wiktor Juschtschenko

1990 fanden in Polen die ersten direkten Präsidentschaftswahlen statt, bei denen sich der Solidarność-Anführer Lech Wałęsa durchsetzte. Das Phänomen Wałęsa stütze sich jedoch nicht nur auf sein Programm, sondern auch auf sein Image als „Supermann“, der die Fähigkeit hatte, Menschen zu integrieren und zu begeistern. Im Wahlkampf musste er gegen seinen früheren Anhänger und langjährigen Freund Mazowiecki antreten, mit dem er sich jedoch mit dem Zerfall des Solidarność-Lagers und aufgrund persönlicher Kränkungen entzweit hatte. Unerwarteterweise erhielten im ersten Wahlgang weder Wałęsa noch Mazowiecki die erforderliche absolute Mehrheit. Im zweiten Wahlgang musste Wałęsa überdies gegen den „mysteriösen“ polnischen Kanada-Immigranten Tyimiński antreten, der eine besondere

---

<sup>27</sup> <http://rulers.org/rulu.html#ukraine>; Rulers; abgerufen am 26. November 2008. Zusätzlich eigene Zusammenfassung.

Schicht polnischer Bürger ansprach: weder das religiöse und gesellschaftliche „Wałęsa-Polen“ noch das bürgerlich-akademische und rationale „Mazowiecki-Polen“ (Hirsch 1994: 57–60). In der Ukraine fanden die ersten Präsidentschaftswahlen 1991 während des Volksreferendums über die Unabhängigkeit der Ukraine statt. Aus diesen ging Krawtschuk, der Vorsitzende des Parlaments der ukrainischen Sowjetrepublik, als Präsident hervor. Krawtschuk, der seine Karriere in der Kommunistischen Partei der Ukraine begonnen hatte, trat 1991 aus der Partei aus und kandidierte als Parteiloser für das Präsidentenamt.

1994 fanden in der Ukraine die zweiten Präsidentschaftswahlen statt, bei denen der parteilose ehemalige Premierminister Kutschma siegte. Innenpolitisch erbte Kutschma von seinem Vorgänger kaum reformierte politische Institutionen, außenpolitisch befand sich der Staat ebenfalls in einer schwierigen Lage: separatistische Tendenzen auf der Krim waren gefährlich für die ukrainische Staatlichkeit und das ukrainisch-russische Verhältnis in Bezug auf Kernwaffen und Teilung der Schwarzmeerflotte war schwierig.

1995 fanden auch in Polen Präsidentschaftswahlen statt, in deren zweitem Wahlgang Kwaśniewski vom Bündnis der Demokratischen Linken (SLD) seinen Rivalen, den amtierenden Wałęsa, besiegen konnte. „Der jugendlich-dynamische wirkende 41-jährige Kwaśniewski schaffte es, sozusagen, Symbol eines modernen Polens zu werden, während der um 11 Jahre ältere und behäbigere Wałęsa weitgehend für ein ‚traditionell-katholisches‘ Polen stand“ (Juchler 1996: 282). Innenpolitisch sah sich der neue Präsident als Vermittler zwischen den politischen Kräften und verzichtete auf viele Kompetenzen. Außenpolitisch versprach Kwaśniewski Polens EU- und NATO-Beitritt und die Verbesserung der Beziehungen zu Russland (Juchler 1996: 213).

1999 fanden in der Ukraine neue Präsidentschaftswahlen statt. Wieder gewann Kutschma, wobei er sich in der zweiten Wahlrunde gegen den Kandidat der Kommunistischen Partei Petro Symonenko durchsetzen konnte (Schneider-Deters 2000b: 351–366). Winfried Schneider-Deters erklärt die unerwartete Wiederwahl Kutschmas wie folgt: „Der darüber hinausgehende Stimmenanteil ist Ausdruck einer Entscheidung für das kleinere Übel, den Status quo, gegen das größere Übel eines Rückfalls in die sowjetische Vergangenheit“ (Schneider-Deters 2000b: 354).

2000 fanden auch in Polen Präsidentschaftswahlen statt, bei denen der bereits amtierende Kwaśniewski erneut zum Präsidenten gewählt wurde. Während der gesamten Wahlkampagne war Kwaśniewski hoher Favorit, und tatsächlich gewann er bereits im ersten

Wahlgang. Die Bevölkerung wollte Kwaśniewskis Politik fortgesetzt sehen, mit seiner Person als Vermittler zwischen den politischen Kräften, und seiner Fähigkeit, bei politischen Auseinandersetzungen Kompromisse auszuhandeln (Juchler 2000: 1339–1349).

### **3.1.2.2. Regierungen**

Das Ministerkabinett (Regierung) der Ukraine ist das höchste exekutive Organ im politischen System der Ukraine; es ist sowohl dem Präsidenten als auch dem Parlament verantwortlich (Art. 113) und bildet mit dem Präsidenten quasi eine Doppel-Exekutive. Das ukrainische Ministerkabinett besteht aus dem Premierminister, dem ersten Vizepremierminister, dem Vizepremierminister und anderen Ministern (Art. 113). Das Ministerkabinett koordiniert die Arbeit der Ministerien und anderer exekutiver Organe (Art. 116 §9). Während der Premierminister, der Außenminister und der Verteidigungsminister vom Präsidenten vorgeschlagen vom Parlament bestätigt werden, werden alle anderen Minister vom Premierminister vorgeschlagen (und vom Parlament bestätigt) (Art. 114). Die Zusammensetzung des polnischen Ministerrats (Regierung) ist derjenigen der ukrainischen Regierung ähnlich. Er besteht aus dem Vorsitzenden des Ministerrates (Premierminister) und den Ministern (Art. 147 §1). Der polnische Präsident bestimmt wie der ukrainische den Vorsitzenden des Ministerrats (der dann die anderen Mitglieder des Ministerrates vorschlägt) (Art. 154 §1), nicht aber wie in der Ukraine den Außen- und den Verteidigungsminister. Die Mitglieder des Ministerrates sind wie im ukrainischen Fall dem Parlament (genauer dem Sejm, dem Unterhaus des Parlaments) verantwortlich (Art. 157 §1).

Das ukrainische Ministerkabinett stellt die Souveränität und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Staates, die Durchführung der Innen- und Außenpolitik sowie die Erfüllung der Verfassung, der Gesetze und der Akte des Präsidenten sicher (Art. 116 §1). Das Kabinett organisiert und sichert die außenwirtschaftliche Tätigkeit und Zolltätigkeit der Ukraine (Art. 116 §8). Der polnische Ministerrat leitet die Innen- und Außenpolitik Polens (Art. 146 §1), gewährleistet die innere und äußere Sicherheit des Staates und die öffentliche Ordnung (Art. 146 § 7–8) und übt die allgemeine Leitung bezüglich der Beziehungen zu anderen Staaten und zu internationalen Organisationen aus (Art. 146 §9). Weiters ist er für die

allgemeine Leitung im Bereich der Verteidigungsbereitschaft des Staates verantwortlich (Art. 146 §).

Eine besondere Rolle sowohl des polnischen als auch des ukrainischen Ministerkabinetts, bzw. des Premierministers, zeigte sich in den *cohabitation*-Phasen in Polen seit Anfang der 1990-er (seit dem Inkrafttreten der „kleinen“ Verfassung) und in der Ukraine seit 2004 (nach den Verfassungsänderungen). In diesen *cohabitation*-Phasen, in denen Präsident und Premierminister verschiedenen politischen Lagern angehörten, erhoben die Premierminister parallel zu den Präsidenten Anspruch auf eine Beteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen, insbesondere in der Außenpolitik. Beispielsweise steht dem polnischen Premierminister ein eigener außenpolitischer Berater zur Seite und seine Kanzlei verfügt über eine eigene außenpolitische Abteilung<sup>28</sup>. Es tritt daher immer wieder die Tendenz auf, diese Kanzlei in ein zweites „Superministerium“ zu verwandeln, um eine „zweite Außenpolitik“ zu betreiben, die dem polnischen Präsidenten und dem von ihm beeinflussten Außenministerium entgegen gerichtet ist (Gerhardt 2003: 89). Der polnische Ministerrat selbst verfügt über vier Ausschüsse, von denen jedoch keiner für Außenpolitik zuständig ist (Gerhardt 2003: 89–90).

In der Ukraine bildete sich Mitte der 1990-er die *Partei der Macht* (Ott 2000: 4) heraus, daher wurden seitdem Premierminister ernannt, die dem Präsidenten loyal waren. Somit traten keine wesentlichen Unterschiede in der Außenpolitik zwischen den beiden Exekutiven auf. Über die Rolle des Ministerkabinetts in den außenpolitischen Entscheidungen in der Ukraine referierte Oleksij Sywak im Jahr 2000, die Struktur des Sekretariats des Ministerkabinetts sei nicht ausbalanciert und es bleibe unklar, welche Abteilungen die gesamtukrainische Außenpolitik bestimmen. Es gebe Abteilungen, die sich nur mit engen außenpolitischen Fragen befassen, z.B. die Abteilung für außenpolitische Wirtschaftsbeziehungen oder die Abteilung für Russland und die GUS. Außerdem kopiere die außenpolitische Sektion der Präsidentenadministration die Funktionen der entsprechenden Sekretariatssektion des Ministerkabinetts (Sywak 2000: 85–86).

Erst seit den Verfassungsänderungen 2004 tritt der Premierminister der Ukraine als selbständiger Akteur auf. Der Premierminister greift aktiv in die Beziehungen der Ukraine mit anderen Staaten ein, sogar wenn er anderer Meinung als der Präsident ist, was oft der Fall ist,

---

28 <http://www.kprm.gov.pl/english/s.php?id=786>; Polnisches Regierungsportal; abgerufen am 12. November 2008.

wie z.B. 2006, als Premierminister Janukowytsch offiziell Stellungnahme gegen den Präsidenten bezog, indem er sagte, die Ukraine sei nicht bereit für einen NATO-Mitgliedschaftsplan<sup>29</sup>. Des Weiteren gibt es heutzutage im Sekretariat des Ministerkabinetts außenpolitische Abteilungen wie das Koordinationsbüro der europäischen und euroatlantischen Integration und die Abteilung für außenpolitische Tätigkeiten des Staates und dessen internationale Zusammenarbeit<sup>30</sup>.

Die Interessen der Präsidenten und der Premierminister treffen in den *cohabitation*-Phasen nicht nur im Ministerkabinettt aufeinander, sondern auch im Außenministerium, besonders im Fall der Ukraine, da der ukrainische Präsident den Außenminister ernennt, letzterer jedoch dem Premierminister gegenüber verantwortlich ist. Zu den Aufgaben des Außenministeriums in Polen gehören die Pflege von Beziehungen zu anderen Staaten und zu internationalen Organisationen, die Repräsentation und der Schutz der Interessen Polens und polnischer Personen im Ausland, die Zusammenarbeit mit der *Polonia*<sup>31</sup> und mit Auslandspolen, sowie die Unterstützung der polnischen Kultur durch wirtschaftliche, wissenschaftliche, sportliche und kulturelle Tätigkeit. Der Premierminister hat das Recht, die innere Struktur des Außenministeriums zu bestimmen, wobei das Außenministerium grundsätzlich autonom über sein Personal entscheidet. Trotzdem ist die Rolle des Außenministeriums in den außenpolitischen Entscheidungsprozessen in Polen schwach ausgeprägt. Präsident und Premierminister entscheiden über außenpolitische Fragen und der Außenminister wird wenig berücksichtigt. Auch bei der Koordinierung und der Umsetzung der Außenpolitik ist diese Schwäche des Außenministeriums in Polen persistent (Gerhardt 2003: 89–92).

In der Ukraine ist die Rolle des Außenministeriums in den außenpolitischen Entscheidungsprozessen ebenso marginal. Die Außenpolitik wird stark vom Präsidenten und von Personen aus dem Umfeld finanziell-industrieller Gruppen bzw. der Oligarchen beeinflusst. Um dieses teilweise stark informelle Zustandekommen der Außenpolitik zu vermeiden plädiert Olexander Suschko dafür, die informelle Rolle des Präsidenten und seines

---

29 Ukrajinskyj Monitor. Zentrum für Frieden, Konversion und Außenpolitik der Ukraine. Die Internetseite ist nicht mehr verfügbar; die Materialien sind bei Bedarf bei der Autorin erhältlich.

30 [http://www.kmu.gov.ua/control/uk/publish/article?showHidden=1&art\\_id=59094705&cat\\_id=9205042&ctime=1188982583807](http://www.kmu.gov.ua/control/uk/publish/article?showHidden=1&art_id=59094705&cat_id=9205042&ctime=1188982583807); Regierungsportal der Ukraine; abgerufen am 12. November 2008.

31 Der Begriff *Polonia* bezeichnet alle Personen polnischer Herkunft, die das Land per Emigration dauerhaft verlassen haben oder deportiert wurden. Auslandspolen sind dagegen Personen polnischer Herkunft und deren Nachkommen, die früher die polnische Staatsangehörigkeit hatten, heute aber wegen der Grenzverschiebungen während des zweiten Weltkriegs außerhalb Polens leben (Gerhardt 2003: 86).

Sekretariats zu beschränken und den Präsidentenerlass von 2003, der das Außenministerium faktisch dem Präsidentensekretariat unterstellte, zu widerrufen (Suschko 2005: 50–51). Strukturell verfügt das Außenministerium der Ukraine seit 2005 u.a. über eine EU-Abteilung und eine NATO-Abteilung (Lomko 2007: 43).

Generell werden die Außenministerien der Ukraine und Polens regelmäßig dem jeweiligen außenpolitischen Kurs entsprechend umstrukturiert, wobei solche Änderungen in der Ukraine viel radikaler als in Polen stattfinden. Während der EU-Integration wurde z.B. in Polen das Ministerium für Europäische Integration gebildet. Die auch in der Ukraine gebildete Agentur für Europäische Integration wurde jedoch bereits im Jahr 2000 wieder aufgelöst und ihre Kompetenzen wurden dem Wirtschaftsministerium übertragen (Sywak 2000: 84). Nach der Orangen Revolution wurde auf Initiative des Präsidenten der Posten des Ministers für Europäische Integration geschaffen, der aber in der *cohabitation*-Phase von Premierminister Janukowytsch wieder aufgelöst wurde.

Eine Übersicht über die Premierminister der Ukraine und Polens im gegebenen Untersuchungszeitraum wird in Tabelle 2 und Tabelle 3 präsentiert. Da die Ukraine und Polen seit dem Systemwechsel eine lange Reihe von Regierungswechseln erlebten (13 in der Ukraine und 14 in Polen) ist es nur schwer möglich, für jede Regierung und jeden Premierminister die Formulierung der jeweiligen Außenpolitik in den in Kapitel 4 genannten Interaktionsfeldern zu verfolgen. Einteilung in Perioden wurde einerseits nach Präsidentschaften durchgeführt, da die gewählten Präsidenten nach den Präsidentenwahlen jeweils ihre Regierungen neu formierten, und andererseits nach den Parlamentswahlen, da nach jeder Parlamentswahl eine neue Regierung zusammengestellt wird.



Tabelle 2: Premierminister der Ukraine<sup>32</sup>

	<b>Amtszeit</b>	<b>Name</b>
1	Okt 1990–Okt 1992	Witold Fokin
2	Okt 1992–Sep 1993	Leonid Kutschma
3	Jun 1994–Mär 1995	Witaliy Masol
4	Mär 1995–Mai 1996	Jewhen Martschuk
5	Mai 1996–Jul 1997	Pawlo Lasarenko
6	Jul 1997–Dez 1999	Walerij Pustowojtenko
7	Dez 1999–Mai 2001	Wiktor Juschtschenko
8	Mai 2001–Nov 2002	Anatolij Kinach
9	Nov 2002–Jan 2005	Wiktor Janukowytsch
10	Jan 2005–Sept 2005	Julija Tymoschenko
11	Sep 2005–Aug 2006	Jurij Jechanurow
12	Aug 2006–Dez 2007	Wiktor Janukowytsch (2. Mal)
13	seit Dez 2007	Julija Tymoschenko (2. Mal)

Tabelle 3: Premierminister Polens<sup>33</sup>

	<b>Amtszeit</b>	<b>Name</b>
1	Aug 1989– Jan 1991	Tadeusz Mazowiecki
2	Jan 1991–Dez 1991	Jan Krzysztof Bielecki
3	Dez 1991– Jun 1992	Jan Olszewski
4	Jun 1992–Jul 1992	Waldemar Pawlak
5	Jul 1992–Okt 1993	Hanna Suchocka
6	Okt 1993–Mär 1995	Waldemar Pawlak (2. Mal)
7	Mär 1995–Feb 1996	Józef Oleksy

---

32 <http://rulers.org/rulu.html#ukraine>; Rulers; abgerufen am 26. November 2008 („acting“ Premierminister wurden nicht berücksichtigt).

33 <http://rulers.org/rulp2.html#poland>; Rulers; abgerufen am 26. November 2008 („acting“ Premierminister wurden nicht berücksichtigt).

8	Feb 1996–Okt 1997	Włodzimierz Cimoszewicz
9	Okt 1997–Okt 2001	Jerzy Buzek
10	Okt 2001–Mai 2004	Leszek Miller
11	Mai 2004–Okt 2005	Marek Belka
12	Okt 2005–Jul 2006	Kazimierz Marcinkiewicz
13	Jul 2006–Nov 2007	Jarosław Kaczyński
14	seit Nov 2007	Donald Tusk

Eine Zusammenfassung der polnischen und ukrainischen Außenminister ist in Tabelle 4 und Tabelle 5 dargestellt. Die Anzahl der ukrainischen Außenminister ist deutlich geringer als die der polnischen, was die größere Kontinuität der ukrainischen Außenpolitik reflektiert. Besonders deutlich wird diese Kontinuität dadurch, dass einige Personen den Posten des Außenministers der Ukraine zweimal während verschiedener Präsidentschaften innehatten. Auch in Polen erweist sich die Besetzung des Außenministerpostens als etwas kontinuierlicher als die des Ministerpräsidenten und auch hier wurde dieser Posten von einigen Personen zweimal besetzt.

Tabelle 4: Außenminister der Ukraine<sup>34</sup>

	<b>Amtszeit</b>	<b>Name</b>
1	Jul 1990–Aug 1994	Anatolij Slenko
2	Aug 1994–Apr 1998	Hennadij Udowenko
3	Apr 1998–Okt 2000	Borys Tarasjuk
4	Okt 2000–Sep 2003	Anatolij Slenko (2. Mal)
5	Sep 2003–Feb 2005	Kostjantyn Hryschtschenko
6	Feb 2005–Jan 2007	Borys Tarasjuk (2. Mal)
7	Mär 2007–Dez 2007	Arsenij Jazenjuk
8	seit Dez 2007	Wolodymyr Ohrysko

---

<sup>34</sup> <http://rulers.org/rulu.html#ukraine>; Rulers; abgerufen am 26. November 2008 („acting“ Außenminister wurden nicht berücksichtigt).

Tabelle 5: Außenminister Polens<sup>35</sup>

	<b>Amtszeit</b>	<b>Name</b>
1	Sep 1989–Okt 1993	Krzysztof Skubiszewski
2	Okt 1993–Mär 1995	Andrzej Olechowski
3	Mär 1995–Dez 1995	Wladyslaw Bartoszewski
4	Dez 1995–Okt 1997	Dariusz Rosati
5	Okt 1997–Jun 2000	Bronislaw Geremek
6	Jun 2000–Okt 2001	Wladyslaw Bartoszewski (2. Mal)
7	Okt 2001–Jan 2005	Wlodzimierz Cimoszewicz
8	Jan 2005–Okt 2005	Adam Daniel Rotfeld
9	Okt 2005–Mai 2006	Stefan Meller
10	Mai 2006–Nov 2007	Anna Fotyga
11	seit Nov 2007	Radoslaw Sikorski

Entsprechend dem früher in dieser Arbeit definierten Verständnis der Außenpolitik (als Gesamtheit der politischen, wirtschaftlichen, militärischen und soziokulturellen Aktionen einer in einem souverän Nationalstaat organisierten Gesellschaft gegenüber ihrer internationalen Umwelt“ [Holtmann 2000: 50–53]) hätten hier auch die Kulturminister, Finanzminister, Verteidigungsminister, Bildungsminister, etc. inkludiert werden können. Eine solche Darstellung ist jedoch nicht nötig, da in der vorliegenden Analyse nur sehr fragmentiert auf die Rolle der anderen Minister eingegangen wird und nur dann, wenn es im gegebenen Kontext nötig erschien. Der Außenminister der Ukraine wird vom Präsidenten nominiert und vom Parlament bestätigt (auch nach den Verfassungsänderungen 2004), daher sind seine Kompetenzen eng an den Präsidenten gebunden. Konsequenterweise wäre eine Diskussion dieses Amtes eigentlich eher im Unterkapitel über die Präsidenten anzusiedeln.

---

35 <http://rulers.org/rulp2.html#poland>; Rulers; abgerufen am 26. November 2008 („acting“ Außenminister wurden nicht berücksichtigt).

### 3.1.2.3. Parlamente

Das einzige legislative Organ der Ukraine ist ihr Parlament – die Werchowna Rada (Art. 75). Das Parlament besteht aus 450 Abgeordneten, die in allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl bestimmt werden (Art. 76). Parlamentswahlen finden alle 5 Jahre statt (Verfassungsänderung 2004, Art. 76). Eine Koalition aus Abgeordnetenfraktionen im Parlament schlägt dem Präsidenten den Premierminister und die anderen Minister vor (Art. 83). Zu den Kompetenzen des Parlaments gehören u.a. Verfassungsänderungen (Art. 85 §1), die Festlegung gesamtukrainischer Referenden (Art. 85 §2), die allgemeine Gesetzgebung (Art. 85 §3), die Festlegung des staatlichen Budgets (Art. 85 §5) und die Bestimmung der Grundlagen der Innen- und Außenpolitik (Art. 85 §5). Darüber hinaus ratifiziert und kündigt das Parlament internationale Verträge (Art. 85 §32). Der Sprecher (Parlamentspräsident) vertritt das Parlament in internationalen Beziehungen (Art. 88 §4). Das Recht auf Gesetzinitiative haben in der Ukraine der Präsident, die Parlamentsabgeordneten und das Ministerkabinett (Art. 93).

Im Gegensatz zum ukrainischen Parlament verfügt das Zweikammerparlament Polens (Sejm als Unterhaus und Senat als Oberhaus) über keine expliziten Kompetenzen in der Außenpolitik des Staates. Das polnische Parlament verfügt über die allgemeine gesetzgebende Gewalt (Art. 95 §1). Der Sejm kontrolliert den Ministerrat (Art. 95 §2). Der Sejm besteht aus 460 Abgeordneten (Art. 96 §1) während der Senat aus 100 Senatoren besteht (Art. 97 §1). Der Sejm und der Senat werden jeweils für eine Amtszeit von 4 Jahren gewählt (Art. 98 §1). Die Abgeordneten des Sejm und die Senatoren werden in allgemeiner, unmittelbarer und geheimer Wahl gewählt (Art. 96 §2 und Art. 97 §2). Der Sejm wird geleitet vom Sejmmarschall (Parlamentspräsident), der den Sejm wie im ukrainischen Fall nach außen vertritt (Art. 110 §1 und §2). Das Recht auf Gesetzesinitiative haben die Abgeordneten des Sejm, der Senat, der Präsident und der Ministerrat sowie darüber hinaus Gruppen von mindestens 100 000 wahlberechtigten Staatsbürgern (Art. 118 31 und §2).

Der Sejm und der Senat verfügen jeweils über einen Auswärtigen Ausschuss und einen Ausschuss für die *Polonia* und die Auslandspolen<sup>36</sup>. Trotz der nachrangigen Rolle des Senats hat er in bestimmten Fragen der Außenpolitik eine wichtige Funktion. Im Kontext der

---

<sup>36</sup> <http://www.sejm.gov.pl/english/organy/sc1.htm>; Polnisches Parlamentsportal; abgerufen am 12. November 2008.

polnischen Ostpolitik spielt der Senat in Fragen der Auslandspolen und der *Polonia* eine entscheidende Rolle. In diesem Bereich ist der Senat sowohl für die Formulierung als auch für die Umsetzung der Außenpolitik verantwortlich. Diese Kombination stellt eine Mischform der Aufgaben exekutiver und legislativer Organe dar, eine noch aus der Zwischenkriegszeit stammende Tradition. Für die Ausarbeitung von Außenpolitikkonzepten beauftragt der Senat NGOs (Gerhardt 2003: 93–95). Auch die ukrainische Werchowna Rada verfügt über einen Ausschuss für Europäische Integration und einen Ausschuss für Internationale Beziehungen. Darüber hinaus betreibt sie gemeinsame zwischenparlamentarische Kommissionen (z.B. mit Russland und mit Belarus), zwischenparlamentarische Versammlungen (z.B. einmal gemeinsam mit Lettland und Polen, und jeweils einmal mit Lettland und einmal mit Polen), einen zwischenparlamentarischen Rat mit der NATO sowie ständige Delegationen von Abgeordneten in internationalen Organisationen und in zwischenparlamentarischen Versammlungen der Institutionen, in denen die Ukraine Mitglied ist oder deren Mitgliedschaft sie anstrebt (z.B. GUAM, Europarat, Eurasische Wirtschaftsgemeinde, NATO, Europäisches Parlament)<sup>37</sup>. In Tabelle 6 ist eine Auflistung der Legislaturperioden in der Ukraine und in Polen dargestellt.

Tabelle 6: Legislaturperioden in der Ukraine und in Polen<sup>38</sup>

	<b>Legislaturperioden in Polen</b>		<b>Legislaturperioden in der Ukraine</b>
	1989–1991 nach dem Systemwechsel		1990 vor dem Systemwechsel
1	1991–1993 Gründungswahlen		1991–1994 nach dem Systemwechsel
2	1993–1997 (vorgezogene Wahlen)	1	1994–1998 Gründungswahlen
3	1997–2001	2	1998–2002
4	2001–2005	3	2002–2006
5	2005–2007 (vorgezogene Wahlen)	4	2006–2007 (vorgezogenen Wahlen)
6	seit 2007	5	seit 2007

37 <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine; abgerufen am 25. Januar 2009.

38 <http://www.cvk.gov.ua>; Zentralwahlkommission der Ukraine; abgerufen am 26. November 2008 und [http://www.pkw.gov.pl/pkw2/index.jsp?place=Menu01&news\\_cat\\_id=22&layout=1](http://www.pkw.gov.pl/pkw2/index.jsp?place=Menu01&news_cat_id=22&layout=1); Wahlkommission Polens; abgerufen am 26. November 2008. Zusätzlich eigene Zusammenfassung.

Trotz des parlamentarisch-präsidialen Systems Polens (sogar mit Tendenz zu einem parlamentarischen System) (Ziemer & Mattheas 2004: 194), ist die Rolle der Parteien in der Außenpolitik Polens schwach ausgeprägt. Die Außenpolitik nimmt bei polnischen Parteien eine zweirangige Stellung ein, wobei die Ostpolitik im Parlament jedoch viel diskutiert wurde und sich erst seit Mitte der 1990-er ein Konsens in diesen Debatten herauskristallisierte. Andererseits waren solche Debatten im Parlament zumeist von der Regierung initiiert (Gerhardt 2003: 96, 99).

In der Ukraine sollte das Parlament „ein demokratisches Gegengewicht“ zur Dominanz des Präsidenten in der Außenpolitik bilden (Schünnemann 2000: 25). In der Realität jedoch „hat die Werchowna Rada keine Entscheidungskompetenz und nur bedingte Einflussmöglichkeiten“ (Schünnemann 2000: 26). Einzig während der Präsidentschaft Krawtschuks konnte das Parlament maßgeblich auf die Gestaltung der Außenpolitik einwirken, da es bis zur Unterzeichnung des Verfassungsvertrags 1995 gemäß der Verfassung der ukrainischen Sowjetrepublik (mit den Änderungen aus dem Jahr 1989) die Kompetenz hatte, die Außenpolitik des Staates zu formulieren, diplomatische Vertretungen in anderen Staaten und in internationalen Organisationen zu eröffnen und internationale Verträge zu ratifizieren oder aufzulösen (Sywak 2000: 65). Aus dieser Zeit stammt daher auch das einzige legitime außenpolitische Dokument des ukrainischen Parlaments, die „Grundlage der Außenpolitik der Ukraine“ aus dem Jahr 1993. Obwohl die Werchowna Rada über einen Ausschuss für Internationale Beziehungen und einen Ausschuss für Europäische Integration verfügt, werden nur wenige Anhörungen über außenpolitische Fragen abgehalten, darunter zwei Anhörungen in der dritten Legislaturperiode und fünf Anhörungen in der vierten Legislaturperiode (Lomko 2007: 42).

In der Ukraine konnte sich noch immer kein effektives parlamentarisches System herausbilden. Nach wie vor fehlt ein Gesetz über die Kompetenzen des Parlaments in außenpolitischen Entscheidungen. Obwohl die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) und die Sozialisten (SPU) während Kutschmas Präsidentschaft mehrmals versuchten, durch bestimmte Regelungen die Rolle des Parlaments in den außenpolitischen Entscheidungen zu stärken, scheiterten diese Initiative an den regierungsnahen Parteien mit der Begründung, die außenpolitische Tätigkeit des Staates könne nicht durch ein Gesetz geregelt werden (Lomko 2007: 42). Jedoch verfasste die Werchowna Rada Stellungnahmen zu außenpolitischen bzw. internationalen Fragen wie z.B. der Unterstützung Serbiens im Kosovo-Konflikt, der

Verurteilung der USA im Irakkonflikt, der Unterstützung der Kurden oder der Verurteilung der Inhaftierung von Kommunisten in Litauen. Diese Stellungnahmen blieben jedoch eher deklarativ und hatten keinen bindenden Charakter. In seiner zweiten Amtszeit lancierte Präsident Kutschma gar eine Gesetzinitiative, die Gestaltung der Außenpolitik durch das Parlament einzuschränken und die diesbezüglichen Kompetenzen des Präsidenten zu erhöhen. Vor diesem Hintergrund ist auch die verstärkte Polarisierung der politischen Kräfte über die Anbindung der Ukraine an den Westen oder an Russland zu verstehen (Schünnemann 2000: 26–28). Diese Polarisierung im Parlament hat nach der Orangen Revolution deutlich zugenommen und die Außenpolitik wurde zu einem der Schlachtfelder im Parlament, wobei auch mit illegitimen Mitteln gekämpft wird, wie z.B. 2008 eine Blockade des Parlaments (durch die Partei der Regionen als Reaktion auf die Initiative des Präsidenten, einer NATO-Integration zu folgen).

Die hohe und wachsende Anzahl internationaler zwischenparlamentarischer Gruppen in der Werchowna Rada (sie unterhält 76 solcher Gruppen) zeugt vom Interesse der Abgeordneten an einer Intensivierung der außenpolitischen Beziehungen des ukrainischen Parlaments mit den anderen Parlamenten der Welt (Lomko 2007: 139), insbesondere da diese Gruppen freiwillig gebildet werden. 2007 beispielsweise gehörten die Gruppen für Zusammenarbeit mit der Türkei, Japan, den USA, China, Deutschland, Russland, Großbritannien, Italien und Georgien zu den „beliebten“ Gruppen (Lomko 2007: 140). Bezüglich der internationalen Organisationen sind der Europarat, die OSZE, die EU und die Zentraleuropäische Initiative die „populärsten“ (Lomko 2007: 141). Auch wurden im gegebenen Zeitraum die meisten internationalen Verträge mit den GUS-Staaten, den EU-Staaten und auch den Staaten des Nahen Ostens durch das Parlament ratifiziert (Lomko 2007: 141).

Problematisch ist jedoch nach wie vor die Formulierung von Außenpolitik durch das Parlament in der Ukraine. Trotz der Verfassungsänderungen 2004, in denen dem Parlament eine erhebliche Rolle in der Gesetzgebung zugewiesen wurde (d.h. auch die Rolle der politischen Parteien wurde gestärkt) obliegt die Formulierung der Außenpolitik nach wie vor dem Präsidenten, seinen Ratgebern und der Wirtschaftselite um ihn. Obwohl der damalige Oppositionsführer Juschtschenko den Präsidenten und die Regierung 2003 darauf hinwies, sie ließen die politischen Parteien im Parlament ungern an Formulierung der Außenpolitik

mitwirken, so scheiterten doch seine Versuche, diese Rahmenbedingungen später als Präsident zu ändern (Lomko 2007: 13).

Gleichzeitig verstärkten die oppositionellen Parteien ihre Versuche, Einfluss auf die Außenpolitik der Ukraine zu nehmen. Da oppositionelle Parteien in der Ukraine über keine gesetzlich festgelegten Aufgaben und Rechte verfügen, versuchten die oppositionellen Parteien seit 2004 mit der Mobilisierung der Bevölkerung ihre außenpolitischen Prioritäten zu zeigen. Beispielsweise sammelte die Vereinte Sozialdemokratische Partei der Ukraine (SDPUo) 2005–2006 4,6 Mio. Unterschriften für die Durchführung eines Referendums über einen NATO-Beitritt der Ukraine. Die Kommunistische Partei (KPU) führte 2006 auf der Krim gar ein „Volksreferendum“ durch, nach dessen Ergebnis 98% der Teilnehmer die Euroatlantische Integration der Ukraine ablehnten (Lomko 2007: 12). Die Legitimität solcher Erscheinungen ist jedoch auf jeden Fall fragwürdig und die Rolle des ukrainischen Parlaments in den außenpolitischen Entscheidungsprozessen nach wie vor gering.

Von Wichtigkeit für die vorliegende Analyse ist darüber hinaus das sozio-strukturelle Bild der Parlamente der Ukraine und Polens. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007 lag der Frauenanteil unter den Abgeordneten bei niedrigen 8,2%<sup>39</sup>, was jedoch eine Erhöhung gegenüber z.B. den Parlamentswahlen 1994 darstellt, als der Frauenanteil lediglich 3,8% betrug<sup>40</sup>. In Polen ergaben die vorgezogenen Parlamentswahlen einen viel größeren Frauenanteil als in der Ukraine: 20,2% im Sejm (8% im Senat) bei fast gleicher Abgeordnetenzahl der in der Ukraine und Polen (450 in der Ukraine und 460 im Sejm in Polen). Auch in Polen zeigte sich im Gegensatz zu früheren Jahren eine Erhöhung des Frauenanteils – bei den Parlamentswahlen 1997 lag er im Sejm bei nur 13% (allerdings 11% im Senat)<sup>41</sup>.

Weiters fällt auf, dass im ukrainischen Parlament im Jahr 2000 364 Abgeordnete an kommerziellen Strukturen beteiligt waren, 202 Abgeordnete waren im Besitz eines Unternehmens und bei 473 Unternehmen waren Abgeordnete als Gründer aktiv. Nur 86 Abgeordnete waren nach offiziellen Angaben nicht als Unternehmer tätig. Der Lobbyismus ist

---

39 <http://www.ipu.org/wmn-e/classif.htm>; Interparlamentarische Union; abgerufen am 10. Februar 2009.

40 <http://www.ipu.org/wmn-e/arc/classif251297.htm>; Interparlamentarische Union; abgerufen am 10. Februar 2009.

41 <http://www.ipu.org/wmn-e/arc/classif251297.htm>; Interparlamentarische Union; abgerufen am 10. Februar 2009.



in der Ukraine nicht gesetzlich reguliert, die Interessenvertretung erfolgt eher über personalisierte Netzwerke denn über organisierte Interessenverbände (Bos 2004: 466–467).

Ebenso von Relevanz für die Analyse der ukrainisch-polnischen Beziehungen sind die Wahlgesetze in der Ukraine und Polen, da diese die gesellschaftliche (Nicht-)Partizipation an den (außen-)politischen Prozessen der Staaten regeln. Das Wahlgesetz der Ukraine unterlief seit seiner Entstehung mehrere Änderungen. Das Wahlgesetz von 1993 war dem sowjetischen Wahlsystem noch sehr ähnlich und sah absolute Mehrheitswahlen in Einerwahlkreissystemen vor. Konnte keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreichen, so wurde ein zweiter Wahlgang bzw. eine Stichwahl der zwei bestplatzierten Kandidaten durchgeführt. Die Stichwahl wurde nur bei einer Wahlbeteiligung von mindestens 50% der Wahlberechtigten für gültig erklärt. 1997 trat ein neues Wahlgesetz in Kraft, das ein Mischsystem definierte: 50% der Mandate wurden durch Mehrheitswahl bestimmt, die anderen 50% durch Verhältniswahl, d.h. eine die Hälfte der Abgeordneten wurde direkt und andere Hälfte über Parteienlisten gewählt. Zusätzlich wurde eine Sperrklausel eingeführt, nach der Parteien landesweit mindestens 4% der Stimmen erreichen mussten, um im Parlament vertreten zu sein. Für die Zulassung zur Wahl brauchten direkt gewählte Abgeordnete 2000 Unterschriften, Parteien und Wahlblöcke benötigten 200 000 Unterschriften, wobei in jeder der 14 Oblaste wenigstens 10 000 erreicht werden mussten. Die Mindestwahlbeteiligung von 50% wurde abgeschafft (Bos 2004: 469–470). 2004 (im Frühling, d.h. noch vor der Orangen Revolution und den nachfolgenden Verfassungsänderungen) wurde seit 2004 gültige Wahlgesetz verabschiedet, in dem eine Verhältniswahl mit 3%-Hürde eingeführt wurde, bei der geschlossene Parteienlisten bzw. Wahlblöcke, nicht jedoch einzelne Abgeordneten gewählt werden<sup>42</sup>.

Diese geschlossenen Parteilisten und der Missbrauch politischer Macht und Ämter durch Politiker führten über die Jahre zu enormem Misstrauen der Bürger gegenüber den politischen Prozessen und den staatlichen politischen Institutionen. In den Jahren 1994–2004 äußerten 22,1% bis 38,5% der ukrainischen Bevölkerung wenig Vertrauen gegenüber dem Präsidenten und 14,9% bis 27,9% hatten gar kein Vertrauen ihm gegenüber; gegenüber der Regierung hatten 27,1%–36,2% der Bevölkerung wenig Vertrauen und 21,3%–32,1% gar kein Vertrauen; das Parlament sah sich 28,9% bis 39,7% der Bevölkerung mit wenig und 22%

---

42 Dokument 1665-15 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 10. Februar 2009.

bis 34,2% völlig ohne Vertrauen gegenüber (Panina 2004, zitiert in Bredies 2005: 151). Diese Enttäuschung der Bevölkerung äußert sich auch in sehr niedrigen Wahlbeteiligungen; einzig während der Orangen Revolution 2004 war eine signifikante Wahlpartizipation zu beobachten.

Das Wahlrecht in Polen wurde ebenfalls mehrfach geändert, stellt jedoch noch immer ein kompliziertes Wahlsystem dar. Nach einer Sonderregelung bei den Parlamentswahlen 1989 wurde 1991 ein neues Wahlgesetz verabschiedet. Dabei wurden 85% (oder 391) der Mandate durch Mehrpersonenwahlkreise (d.h. durch Mehrheitswahl) vergeben. Die restlichen 15% (oder 69) der Mandate wurden auf nationaler Ebene verteilt, wobei die Kandidaten 5% der gültigen Stimmen oder Mandate in mindestens 5 der 37 Wahlkreise erhalten mussten. Die 5%-Hürde galt nur für die nationale Ebene. In den anderen Wahlkreisen reichten je nach der Zahl der Mandate 5% bis 9% der Stimmen. 1993 wurde ein Verhältniswahlsystem eingeführt, in dem jede Woiwodschaft (mit Ausnahme von Warschau und Kattowitz) einen Wahlkreis konstituierte. 85% der Mandate wurden seitdem an diejenigen Parteien vergeben, die 5% oder mehr der gültigen Stimmen erhielten. Für Wahlblöcke wurde die Hürde auf 8% festgelegt. Die restlichen 15% der Mandate wurden auf nationaler Ebene an diejenigen Parteien vergeben, die mehr als 7% der gültigen Stimmen erhielten. Da der Wähler dabei sowohl Parteien als auch Kandidaten wählt, kann er nicht nur die Parteikonstellationen, sondern auch die Zusammensetzung der Parteifraktionen beeinflussen. 2001 wurde das Wahlgesetz erneut geändert: Statt über nationale Listen werden alle Mandate über die 41 Wahlkreise vergeben. Auf nationaler Ebene wurden Mandate verteilt, wenn die Parteien 5% der gültigen Stimmen oder Mandate in mindestens 5 der 37 Wahlkreise erhielten (Ziemer/Matthes 2004: 217–218).

Trotz des offensichtlich demokratischen Wahlsystems herrschen in Polen Misstrauen in der Bevölkerung und geringe Wahlpartizipation vor. In Polen ist das Misstrauen in staatliche politische Institutionen auch deswegen so ausgeprägt, weil polnische Politiker konsequent einen konfrontativen Politikstil zeigen und Reformen verzögern (Merkel 2003b: 162). Des Weiteren spielt in Polen personalisierte Politik eine große Rolle, allerdings in einer undemokratischen, oft durch illegale Praktiken gekennzeichneten Form: „So waren in Polen führende Politiker in Finanzskandale, dubiose Transaktionen, Korruptionsskandale, Korruptionsfälle oder in illegale Parteifinanzierung verwickelt“ (Meyer 2005: 57–58). Viele führende Persönlichkeiten der SLD wurden wegen Mitarbeit in kommunistischen Geheimdiensten angeklagt. Weiters beobachtet werden Medienmanipulationen, fragwürdige

Aktivitäten von Lobbyisten und Enthüllungen von kompromittierenden Materialien. Einerseits ist die Elite von einem starken Patriotismus gekennzeichnet und verfügt über parteiüberschreitende Netzwerke, die die Kommunikation innerhalb der Elite sichern, andererseits ist diese Elite zersplittert, viele haben individuelle Aspirationen und Rivalitäten und wechseln dadurch oft politische Allianzen (Meyer 2005: 58) – eine auch in der Ukraine beobachtete Entwicklung. Die politischen Parteien Polens und der Ukraine sind de facto schwach in der Zivilgesellschaft verankert und agieren relativ isoliert von der Bevölkerung innerhalb von Elitennetzwerken (Segert 2007: 5).

Das Misstrauen der polnischen Bürger den staatlichen Institutionen gegenüber verbindet Jakob Juchler nicht nur mit dem „postsozialistischen“ Gesellschaftssystem mit klientelistischen Netzwerken und Korruptionspakten, sondern auch mit den historischen Erfahrungen Polens. Die Erfahrung wiederholter langen Fremdherrschaften vom 18. bis zum 20. Jahrhundert prägte im Gegensatz zu formellen Institutionen eher Kleingruppen (Familie, Freundeskreis oder Seilschaften) (Juchler 2003: 513–514). Ebenso wie in der Ukraine ist die Wahlbeteiligung in Polen daher sehr niedrig. Beispielsweise sinkt die Wahlbeteiligung seit 1991 in Polen und seit 1994 in der Ukraine, wobei in Polen allerdings bei der 6. Wahl des Parlaments 2007 (in der Kaczyńskis rechtkonservative „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) von Tusks moderat-konservativer Bürgerplattform (PO) abgelöst wurde) eine leicht steigende Wahlbeteiligung verzeichnet wurde. Die Wahlbeteiligung in der Ukraine liegt im Vergleich zu Polen generell höher, bei der 5. Parlamentswahl betrug sie beispielsweise 41% in Polen und 63% in der Ukraine (Segert 2008: 17). Ferner ist die Volatilität<sup>43</sup> mit durchschnittlich 27,2% in Polen und 30% in der Ukraine bei Parlamentswahlen in beiden Staaten sehr hoch. Ein solch hoher Grad von Volatilität zeugt von einem ebenfalls hohen Maß an Instabilität der politischen Parteien sowohl in der Ukraine als auch in Polen. In Polen entstanden die zwei derzeit größten Parteien erst 2001, in der Ukraine gar erst 2002. Polen und die Ukraine weisen auch die größte Zahl von Regierungen unter den ostmitteleuropäischen Staaten auf. In Polen war dies Ausdruck des instabilen Parteiensystems, in der Ukraine war es bis zu den Verfassungsänderungen 2004 Ausdruck der Abhängigkeit der Regierungen vom Präsidenten.

---

43 Die Volatilität ist ein Maß für die unterschiedliche Verteilung der Wählerstimmen auf die Parteien in zwei aufeinander folgenden Wahlen. Dies eröffnet die Möglichkeit zu identifizieren, wie stark die Parteien ihre Wähler über eine Legislaturperiode binden und wie stark die Parteiakzeptanz fluktuiert (Segert 2008: 17).

Insgesamt ist damit sowohl in Polen als auch in der Ukraine ein schwaches Parteiensystem präsent (Segert 2008: 17–20).

### **3.2. Nichtstaatliche Akteure**

#### **3.2.1. Wirtschaftspolitische Akteure bzw. Oligarchen**

Unter Wirtschaftsakteuren versteht Heiko Pleines Vertreter der Wirtschaft, die sowohl einzeln als auch in repräsentativen Verbänden organisiert auftreten können (Pleines 2008: 20–21, 27). Zwischen der Ukraine und Polen gibt es jedoch erhebliche Unterschiede bei der Einflussnahme von Interessenorganisationen auf die (außenpolitische) Wirtschaftspolitik. Während gerade die Wirtschaftsakteure für den Reformstau in der Ukraine verantwortlich waren, stellt Polen ein erfolgreiches Modell mehr oder weniger konsequenter Wirtschaftsreformen dar (Pleines 2005: 35).

In Bezug auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozesse fand der Wandel der staatlichen Akteurkonstellationen in Polen bald nach dem Systemwechsel statt. Aufgrund der radikalen Wirtschaftsreformen der Solidarność-Regierung 1989 verlor die Regierung in der Wirtschaftspolitik schnell die Unterstützung der Gewerkschaften. Daher entwickelten sich strukturelle Lücken zwischen Regierung, Präsident Wałęsa und Parlament. Als es 1993 zum Machtwechsel kam, sicherte die neue Regierung ihre Funktionsfähigkeit durch die Integration von Interessengruppen, u.a. der Gewerkschaften und der Agrarlobby. Nach den Parlamentswahlen 1997 und mit dem neuen Präsidenten Kwaśniewski entstand jedoch erneut eine strukturelle Lücke: Trotz der anfänglichen liberalen Wirtschafts- und Sozialreformen verschärfte eine Wirtschaftskrise den politischen Kampf zwischen Regierung und Präsident, bis die Regierung 2001 bei neuen Parlamentswahlen abgelöst wurde (Pleines 2008: 57).

Trotz dieser strukturellen Lücken konnte durch die schnellen Wirtschaftsreformen Anfang der 1990-er eine Übernahme staatlicher politischer Ämter durch nichtstaatliche Wirtschaftsakteure verhindert werden – auch wenn die Außenpolitik Polens eine Verflochtenheit von Wirtschaft und Politik und eine nicht unerhebliche Rolle wirtschaftspolitischer Akteure erkennen lässt. Seit 2000 ist Polen Gastgeber eines Wirtschaftsforums in Krynica, eine dem Weltwirtschaftsforum im schweizerischen Davos

ähnelt, die bei Geschäftsleuten und Politikern mittel- und osteuropäischer Staaten beliebt ist<sup>44</sup>. Die Bedeutung dieses Forums liegt nicht nur im Prestige für Polen und in dessen Anspruch auf eine regionale Führungsrolle, sondern auch in der Verflochtenheit der polnischen Politik mit ausländischem Kapital<sup>45</sup>.

In der Ukraine entwickelten sich hingegen gleich mehrere strukturelle Lücken. Die beiden ersten Präsidenten (Krawtschuk Anfang der 1990-er und Kutschma ab Mitte der 1990-er) sicherten ihre Machtposition durch die Integration unterschiedlicher politischer Kräfte in die Regierung. Dadurch entstand eine strukturelle Lücke zwischen Regierung und Präsident einerseits und zwischen Präsident und Parlament andererseits, da letzteres eine starke Opposition hatte (Pleines 2008: 55). Gleichzeitig formierten sich starke Wirtschaftsakteure, die ihren Reichtum durch vier Hauptkanäle akkumulierten: Handel mit Metallen und Chemikalien (in der Ukraine zu staatlich regulierten Preisen gekauft und im Ausland zu Marktpreisen verkauft), Handel mit russischem Gas (importiert mit Tauschhandel und exportiert in harter Währung), Krediten zu günstigen 20% Zinsen (bei einer Inflation von um die 10%) und Subventionen (z.B. 8,1% des BIP 1992 und 10,8% 1993) an die Landwirtschaft und an die Gas- und Kohlindustrie (Puglisi 2008: 57). Aufgrund der Privatisierung konnten sich diese Wirtschaftsakteure konsolidieren und verwandelten sich gar in eine gesellschaftliche Klasse.

Die Verbindung zwischen den Wirtschaftsakteuren und den staatlichen politischen Akteuren führte in der Ukraine zur Herausbildung einer Oligarchie. Von Taras Kuzio (Kuzio 2005a: 60) auch „national bourgeoisie“ oder von Ingmar Bredies (Bredies 2007: 24) „Finanz-Industrielle Gruppen“ (FIG) genannt, sind Oligarchen laut Rosaria Puglisi einflussreiche Wirtschaftsakteure, die durch die Kontrolle politischer Institutionen ihre eigenen Interessen verfolgen und die Öffentlichkeit nicht berücksichtigen (Puglisi 2008: 57). Kennzeichen des modernen ukrainischen Oligarchen sind laut Leonid Amtschuk mehrere Luxuswagen, eine Bank, ein Fernsehkanal und diverse Wirtschaftsaktivitäten. Außerdem muss er Abgeordneter des Parlaments sein oder sich eine stabile Lobby in Parlament, Präsidentenamt oder

---

44 <http://www.forum-ekonomiczne.pl>; Wirtschaftsforum Krynica; abgerufen am 10. Februar 2009.

45 Interview der Autorin in Kiew, September 2007.

Ministerkabinett sichern können. Und natürlich erscheint er in der Liste der Millionäre des polnischen Magazins „Wprost“<sup>46</sup>.

Da den ukrainischen Präsidenten eine starke Basis in Form einer Regierungspartei fehlte, brauchten sie die Oligarchen zur Unterstützung der Koalition pro-präsideller politischen Kräfte und wurden im Endeffekt „eher Vermittler zwischen rivalisierenden Interessengruppen, denn autonome Gestalter von Politik“ (Pleines 2008: 55). Dadurch entstand die „offizielle“ multivektorielle Außenpolitik der Ukraine als „the product of competing and contradictory domestic influences“ (Kuzio 2005a: 59). Diese innenpolitischen Kontroversen schreibt Taras Kuzio den Interessen der engen wirtschaftspolitischen Elite zu, die sich um Präsident Kutschma und seine „Alliierten“ herausbildete. Waren diese Alliierten zu Krawtschuks Zeit und der ersten Amtszeit Kutschmas noch zum Teil Nationaldemokraten, so wurden sie mit Herausbildung der Oligarchen zügig durch die letzteren ersetzt (Kuzio 2005a: 61).

Damit entstanden in der Ukraine verschiedene *Clans*, regionale Netzwerke der Wirtschaftsakteure. Trotz der verschiedenen Ansätze zur Identifikation der regionalen Gruppierungen in der Ukraine – z.B. Kiew, Westen, Osten, Süden, Zentrum und Krim, oder der Westen und der Osten (Wittkowsky 1996: 372) – ist es sinnvoll, die Oblasten (administrative Einheit der Ukraine) als Grundlage zu betrachten. Zu unterscheiden sind hier insbesondere der Dnipropetrowsker Clan und Donezker Clan<sup>47</sup> (Kowall 2002: 10), aber auch Clans in Charkiw, Lemberg, Kiew und auf der Krim (Lindner 1998: 920–937). Dnipropetrowsk wird mit Energielieferungen sowie Transport- und Rüstungsindustrie assoziiert, Doneck ist reich an Kohle- und Stahlindustrie. Charkiw wird im Zuge mit Rüstungsindustrie (Raketen und Flugzeuge), Elektrotechnik und Raumfahrtindustrie genannt. Lemberg ist im Vergleich zu den industriellen Regionen der Ukraine viel schwächer vertreten, jedoch gehört die politische Macht in dieser Region landwirtschaftlichen Akteuren. Auf der Krim geht es um Bodenbesitz; Kiew schließlich ist und bleibt das Zentrum der Ressourcenverteilung – wer die Hauptstadt hat, hat das Land (Lindner 1998: 920–937).

---

46 Amtschuk, L. Orbity „oliharchiw“ 2006. Koho wedut na wybory Achmetow, Surkis, Pintschuk? unter <http://pravda.com.ua/news/2006/2/13/38656.htm>; Ukrajinska Prawda; abgerufen am 15. November 2008.

47 Siehe dazu auch Zimmer, K. 2002. „Einheit, Eintracht und Wiedergeburt“. Zur Rolle und Relevanz des „Donecker Clans“. In: Kowall, T./Zimmer, K. (Hrsg.) Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in der Ukraine. Arbeitspapiere und Materialien. Forschungsstelle Osteuropa, Dezember.

Der Kampf der Oligarchen um die Aufteilung der administrativen und finanziellen Ressourcen Mitte der 1990-er verwandelte die Ukraine beinahe in einen „wilden Osten“. Die Jahre 1995–1999 waren von Rivalitäten zwischen den regionalen Oligarchen-Gruppierungen im Gangster-Stil gekennzeichnet. 1995 fiel Achat Brahyn, eine der einflussreichen Personen der Donezker Geschäftswelt einem Attentat zu Opfer, einige Monate später sein Nachfolger Oleksandr Swedschtschenko. Pawlo Lasarenko (später Premierminister) überlebte 1996 ein Attentat, der Abgeordnete Jewhen Schtscherban (eine Schlüsselfigur der Donezker Geschäftswelt) wurde ermordet, ebenso einige seiner Familienangehörigen. Auf der Halbinsel Krim fanden Attentate auf den Vorsitzen des Fonds des Eigentums der Autonomen Republik Krim statt. 1998 wurde überdies der ehemalige Chef der Nationalbank und Abgeordnete Wadym Hetman Opfer eines Attentates (Bredies 2007: 24).

Das oligarchische System in der Ukraine konsolidierte während der Präsidentschaft Kutschmas, da dieser bestimmte Privilegien an die Mitglieder des „inneren Kreises“ verteilte. Enge Verbindungen mit dem Präsidenten garantierten den Zugang zur Administration und zur Aufteilung der finanziellen und administrativen Ressourcen des Staates. Die asymmetrische Kontrolle über die politischen Institutionen schuf eine Trennlinie zwischen großen Unternehmen einerseits und kleinen und mittelgroßen Unternehmen andererseits; letztere waren von der politischen Macht getrennt und konnten kaum überleben. Aufgrund der selektiven Einführung von Marktmechanismen zwangen die staatlichen Akteure sie, für den Status quo zu arbeiten. Die Aufteilung großer Teile des Volkseinkommens unter einer nur kleinen Gruppe, die Korruption des staatlichen Apparates, die Expansion der illegalen Wirtschaft sowie die Entfremdung der politischen Elite von der durchschnittlichen Bevölkerung führte zu einem schwachen ukrainischen Staat (Puglisi 2008: 57–59). Umgekehrt begünstigte diese Entwicklung eine weitere Entfremdung der politischen Elite von der ukrainischen Bevölkerung: „der politischen Elite werden mangelnde Kompetenz, Konzeptlosigkeit, die Utilisierung von Demokratie und Marktwirtschaft zu Verfolgung eigennütziger Interessen und die Nähe zu kriminellen Strukturen vorgeworfen“ (Bredies 2005: 120).

Mit der Symbiose der ukrainischen Oligarchen mit der staatlichen Politik wuchs auch der Einfluss der Oligarchen auf die Außenpolitik der Ukraine. Dieser Einfluss änderte sich jedoch substanziell im Laufe Kutschmas beider Amtsperioden. Während der ersten Amtszeit waren die ukrainischen Oligarchen defensiv gegenüber Russland eingestellt, da die

Akkumulation von Kapital in der Ukraine später als in Russland begann und die Geschäfte der ukrainischen Oligarchen daher kleiner waren als die der russischen. Daher versuchten die ukrainischen Oligarchen, russische Investitionen in der Ukraine zu verhindern. Während der zweiten Amtszeit Kutschmas wurden die ukrainischen Oligarchen mit dem Wachstum ihres Kapitals selbstbewusster gegenüber russischen Investitionen und sahen in Russland sogar einen Alliierten in den gemeinsamen Geschäften (Kuzio 2005a: 64).

Gleichzeitig aber zeigten die ukrainischen Oligarchen nicht nur Interesse für Russland. Besonders seit Anfang der 2000-er, als die ukrainischen Oligarchen zwar schon viel Kapital akkumuliert hatten, aber die russischen Unternehmen schon im Besitz der russischen Oligarchen waren und die ukrainischen Oligarchen mit diesen nicht mithalten konnten, zeigten letztere ihr Interesse an Investitionen in Zentraleuropa, besonders in Polen und Ungarn. Legt man zu Grunde, dass die EU anfänglich eine wirtschaftliche Union war, ist dieses Interesse an der EU mit den dazugehörigen Investitionen ein positives Zeichen für den EU-Kurs der Ukraine, sogar ohne direkte politische Motive. Außerdem wird diese Westorientierung der Oligarchen bei der europäischen und euroatlantischen Integration der Ukraine als Argument dafür gesehen, dass die offizielle ukrainische Außenpolitik auf eine Westintegration ausgerichtet ist: Die ukrainischen Oligarchen haben ihre Bankkontos und Vermögen in westlichen Staaten, sie schicken ihre Kinder zur Ausbildung nach Westen und erholen sich an den besten westlichen Urlaubsorten und schlagen damit alle diese Möglichkeiten in Russland aus (Riabchuk 2005: 247).

Diese neue Qualität des oligarchischen Systems in der Ukraine setzte sich seit der Präsidentschaft Juschtschenkos weiter fort. Auch wenn während Juschtschenkos Präsidentschaft die Möglichkeit zur Trennung von Politik und Wirtschaft und zur Reduzierung des Einflusses der Oligarchen in der staatlichen Politik verpasst wurde (Puglisi 2008: 59–60), so zeigte sich doch auch eine „Vergesellschaftung“ der ukrainischen Politik, indem einige der ukrainischen Oligarchen aus der Politik ausstiegen und zu „Philanthropen“ wurden, die Aidskampagnen führen, Kunst fördern und mit der Einladung internationaler Stars die Ukraine der Welt und den Ukrainern die Welt öffnen.

Investitionen der ukrainischen Oligarchen in die EU sind jedoch gleichzeitig problematisch: Obwohl die EU von den Oligarchen mit Effizienz, Technologie und hohen Produktionsstandards assoziiert wird, bietet die EU der Ukraine keine Mitgliedschaftsperspektive, was die ukrainischen Oligarchen zwingt, ihre Geschäfte auch



nach Russland zu verlegen. Aufgrund der kulturellen Nähe der Ukraine und Russlands und der russischen Sprache als *lingua franca* gelingt es den ukrainischen Oligarchen zuweilen leichter, in Russland zu investieren. Beispielsweise fand 2007 die Fusion des ukrainischen Verbandes der Donbas-Industriellen (ISD) mit der russischen Metaloinvest statt, was dazu führte, dass das ukrainische Unternehmen Zugang zu billigen Rohstoffe in Russland und das russische Unternehmen Zugang zu den ISD-Niederlassungen in Polen und Ungarn erhielt (Puglisi 2008: 74–77).

### **3.2.2. Nichtregierungsorganisationen (NGOs)**

Kateryna Wolczuk klassifiziert die Zusammenarbeit der polnischen und ukrainischen NGOs als *Erfolgsstory*, da sich die kulturellen und linguistischen Identitäten der Polen und der Ukrainer entfalten können. Einerseits reflektiert die Zusammenarbeit zwischen den NGOs deren Potenzial, die Transformationserfahrungen Polens in die Ukraine zu bringen (Wolczuk 2002: 48). Andererseits aber zeigt diese Zusammenarbeit auch die Herausforderungen auf, vor denen Polen und Ukrainer stehen, um die Zusammenarbeit trotz der oft verschiedenen Wahrnehmungen durchzuführen.

Zu den polnischen NGOs, die sich mit außenpolitischen Fragen (gegenüber der Ukraine) beschäftigen, gehören einige NGOs, die in erster Linie von staatlichen Strukturen gebildet werden. Beispielsweise sind zwei NGOs in diesem Zusammenhang voll vom Senat finanziert: die Polnische Gemeinschaft und die Stiftungshilfe für die Polen im Osten, deren beider Aktivitäten grundsätzlich auf Hilfe für außerhalb der polnischen Grenzen im Osten lebende Polen ausgerichtet sind. Dabei wird besonders der Polnischen Gemeinschaft vorgeworfen, die unversöhnlichen Stimmen gegenüber Litauern, Ukrainern und Belarussen zu unterstützen (Gerhardt 2003: 95). Zu den staatlich organisierten NGOs gehören des weiteren das Zentrum für Oststudien (Centre for Eastern Studies, gegründet 1990 per Beschluss des Ministerrates und heute dem Finanzministerium untergeordnet), das Zentrum für Internationale Studien (gegründet 1989 als Teil der Kanzlei des Senats und von der Robert-Bosch-Stiftung weiter geführt); das Polnische Institut für Internationale Angelegenheiten (eine Einheit des polnischen Außenministeriums), das Internationale Zentrum zur Entwicklung der Demokratie und das dazu gehörende Institut für Strategische Studien, das

Institut für Ostmitteleuropa (mit Außenstellen in Kiew, Vilnius und Minsk) (Gerhardt 2003: 22–23), das Polnisch-Ukrainische Forum, das Adam-Mickiewicz-Institut sowie das Polnische Kulturinstitut (Gerhardt 2003: 97).

Die Zahl der wirklich vom Staat unabhängigen NGOs ist eher gering. Zu diesen gehören der Außenpolitische Rat (gegründet von Post-Solidarność-Kreisen) und die Polnisch-Ukrainische Handelskammer (die aber ein Schattendasein führt) (Gerhardt 2003: 97). Es gibt jedoch einige polnische NGOs, die von anderen Staaten finanziert werden und daher als Vermittler zwischen den ukrainischen und den internationalen NGOs fungieren (Wolczuk 2002: 48). Abgesehen von den oben genannten derartigen NGOs gehören zu dieser Reihe das Zentrum für Internationale Beziehungen und das Zentrum für Politisches Denken (die beide von deutschen Stiftungen finanziert werden) (Gerhardt 2003: 22–23) und PAUCI (Poland–Ukraine Cooperation Initiative, 1999 gegründet und von den USA finanziert). PAUCI ermöglicht den Transfer polnischer Transformationserfahrungen in die Ukraine mit Fokus auf drei Bereiche: Unternehmen, lokale Stadtverwaltung und makroökonomische Reformen. Noch 2002 war das Engagement von PAUCI auf diesem Gebieten jedoch eher langwierig als erfolgreich (Wolczuk 2002: 48–49). Erwähnenswert sind auch die Batory-Stiftung in Polen (finanziert durch das Open-Society-Institut in den USA bzw. Ungarn) und ihr Pendant, der „Fond Widrodschennja“ (Renaissance Foundation bzw. Wiedergeburt-Fonds) in der Ukraine (Olszański 1997: 159).

In diesem Zusammenhang sind auch NGOs oder staatliche Einrichtungen zu nennen, die sich außenkulturpolitisch engagieren. 2001 wurde nach dem Vorbild der deutsch-polnischen Universität Viadrina in Frankfurt an Oder die polnisch-ukrainische Universität in Lublin ins Leben gerufen. Die Universität führt heute jedoch ein Schattendasein. Zwischen kulturwissenschaftlichen Einrichtungen in Polen und der Ukraine findet zwar ein Austausch statt, die Wirkung dieses Dialogs auf die staatliche Außenpolitik ist jedoch sehr beschränkt. Generell gesehen besteht sowohl in der Ukraine als auch in Polen ein Interesse am Erlernen der gegenseitigen Sprache und Kultur. Es mangelt jedoch auf beiden Seiten an außenpolitisch-kulturellen Einrichtungen, die der Öffentlichkeit diesbezügliche Möglichkeiten anbieten könnten (wie es im Fall Deutschlands das Goethe-Institut oder für Frankreich das Institut Français) (Wolczuk 2002: 50.51).

### 3.2.3. Medien

Die polnische Medienlandschaft wird in außenpolitischen Fragen (der Ukraine gegenüber) von der linksorientierten, post-Solidarność-nahen „Gazeta Wyborcza“ und der konservativen „Rzeczpospolita“ dominiert. Weitere Zeitungen sind die postkommunistische „Trybuna“ und die konservative „Życie Warszawy“. Auf dem Land ist auch das katholische Blatt „Nasz Dziennik“ nicht zu unterschätzen, das zu dem katholisch ausgerichteten Medienkonzern „Radio Maryja“ gehört. Weiters sind die liberal-katholische „Tygodnik Powszechny“, die liberalen „Polityka“ und die liberalkonservative „Wprost“ beachtenswert (Gerhardt 2003: 97).

In der Ukraine hingegen gibt es kaum Medien, die über Polen berichten. Zu sowjetischer Zeit war eine ganze Reihe polnischer Medien in den westlichen Regionen der Ukraine verfügbar, die jedoch nach dem Systemwechsel verschwanden (Wolczuk 2002: 51). Hauptgrund für das generelle Fehlen von Berichten über Polen ist, dass sich selbst die großen ukrainischen Zeitungen teilweise keine Auslandskorrespondenten leisten können. Hauptsächlich regionale Zeitungen in der Westukraine beschäftigen sich mit den Ereignissen in Polen (Wolczuk 2002: 51). Einige Publikationen erscheinen jedoch auch in der Zeitschrift „Ji“ und der Zeitung „Wysokyj Samok“ (beide in Lwiw verlegt) sowie in der Zeitung „Dserkalo Tyschnja“ (in Kiew angesiedelt) und der in Onlinezeitung „Ukrajinska Prawda“.

### 3.2.4. Kirchen

Trotz der Verbreitung antisemitischer und antiukrainischer Xenophobie durch die römisch-katholischen Kirche in Polen in den 1990-ern spielte der 1978–2005 als Papst im Vatikan amtierende gebürtige Pole Johannes Paul II. (bürgerlich Karol Wojtyła) eine große Rolle in den ukrainisch-polnischen Beziehungen. Schon seit der 1970-ern trat er für die Versöhnung Polens mit seinen östlichen Nachbarn (auch mit der Ukraine) ein und verbreitete geduldig über viele Jahre die Botschaft des Friedens und der Liebe (Snyder 2003b: 276).

Andererseits verbreitet das polnische nationalkonservative katholische „Radio Maryja“ seit Anfang der 1990-er euroskeptische und fremdfeindliche Thesen. Trotz der hohen Popularität des Radios auf dem Land in Polen und seiner Einmischung in die innenpolitischen Angelegenheiten ist ein tatsächlicher Einfluss des Radios auf die staatliche Außenpolitik nicht

feststellbar. Bemerkbar ist jedoch die Unterstützung der katholischen Kirche Polens für die polnischen Minderheiten in der Ukraine, da die katholische Kirche dort nach dem Systemwechsel zur wichtigsten Institution der nationalbewussten kulturellen Anbindung der Auslandspolen an den polnischen Staat avancierte. Unter diesen Rahmenbedingungen entstanden zahlreiche Konflikte zwischen der polnischen Minderheit in der Ukraine und der ukrainischen Minderheit in Polen, im Zuge derer auch durch Ukrainer in gewissem Umfang die Eröffnung polnischer Pfarren in der Ukraine verhindert wurde (Wolczuk 2002: 58)

### **3.2.5. Minderheiten**

Verschiedenen Angaben zu Folge wohnten 1989 zwischen 300 000 und 400 000 Polen in der Ukraine, wobei die genaue Anzahl nur schwer festzustellen war. Allerdings sprachen lediglich 12% dieser Polen die polnische Sprache (Wolczuk 2002: 56–59). Die polnische Minderheit in der Ukraine ist hauptsächlich in Kiew, Lwiw, Chmelnyzkyj, Winnyzja und Ivano-Frankiwsk vorzufinden. Etwa 20 kulturwissenschaftliche polnische Einrichtungen sind in der Ukraine registriert. Als Dachverband fungiert die Föderation der polnischen Organisationen in der Ukraine mit regionalen Vertretungen in 14 Oblasten der Ukraine. In Kiew ist eine Bibliothek polnischer Literatur angesiedelt, und es werden einige lokale Medien in polnischer Sprache herausgegeben (Snachorenko 2005: 164–169).

Mit der ukrainischen Unabhängigkeit erlebten die Polen in der Ukraine einen neuen Anfang und schienen zum größten Teil mit den Rahmenbedingungen, die der ukrainische Staat für Minderheiten in der Ukraine schuf, zufrieden, wobei jedoch die Etablierung polnischer Schulen und Medien in der Ukraine sehr langsam verlief (Wolczuk 2002: 56–59). Wahrscheinlicher Grund für die friedliche Koexistenz der polnischen Minderheit mit den Ukrainern in der Ukraine ist, dass die meisten Polen in der Ukraine gut integriert sind und sich selbst daher auch nicht primär als Polen identifizieren.

Die Situation der ukrainischen Minderheit in Polen stellt sich anders dar. Die Anzahl ethnischer Ukrainer in Polen wurde 1990 auf zwischen 200 000 und 500 000 Personen geschätzt. Die große Schwankungsbreite der Einschätzungen rührt daher, dass viele Ukrainer aufgrund der dramatischen ukrainisch-polnischen Geschichte lange Zeit fürchteten, sich als Ukrainer zu identifizieren (Wolczuk 2002: 59–61). Die ukrainische Minderheit in Polen

konzentriert sich aufgrund der Aktion Weichsel nicht in bestimmten Regionen. Die größte Zahl Ukrainer lebt in den Städten Koszalin, Słubice, Szczecin, Legnica und Lublin. In Polen sind der Verein der Ukrainer, der Verein der ukrainischen Frauen, Plast (ein Pfadfinderverein) und die Stiftung der ukrainischen Kultur registriert (Snachorenko 2005: 164–169).

Nach dem polnischen Systemwechsel wurde der ukrainischen Minderheit das Recht auf kulturelle, sprachliche und religiöse Entfaltung garantiert. Besonders wuchs die Popularität der ukrainischen Sprache, die an vielen Schulen und Universitäten in Polen unterrichtet wird. Trotz der Tatsache, dass den Ukrainern in Polen im Vergleich zur Ukraine wirtschaftlich besser geht, ist die ukrainische Minderheit in Polen mit den Rahmenbedingungen ihrer Existenz nicht zufrieden. Die Unzufriedenheit der ukrainischen Minderheit rührt von ihrer schwachen politischen Repräsentation in Polen her (Wolczuk 2002: 59–61), zumal z.B. die deutsche Minderheit in Polen ungeachtet der Wahlergebnisse immer einen Sitz im polnischen Parlament erhält. Dabei zu erwähnen ist, dass die ukrainische Minderheit in Polen so gut wie keine Unterstützung seitens des ukrainischen Staates bekommt – im Gegensatz zur polnischen Minderheit in der Ukraine, die systematische Unterstützung des polnischen Staates erfährt (Wolczuk 2002: 59–61).

### **3.2.6. Arbeitsmigranten**

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung in Polen Mitte der 1990-er bei einem gleichzeitigen dramatischen Wirtschaftseinbruch in der Ukraine reisen viele Ukrainer nach Polen ein, um dort eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Zudem versucht der polnische Staat aufgrund der Abwanderung qualifizierter polnischer Arbeitskräfte in die alten EU-Staaten nach dem EU-Beitritt Polens diese Lücke mit der Einladung von Arbeitskräften aus seinen östlichen Nachbarstaaten zu kompensieren, besonders mit solchen aus der Ukraine. Über Jahre entstand so in Polen eine gesellschaftliche Gruppe bzw. Klasse ukrainischer Arbeitsmigranten. Verschiedenen Angaben zu Folge hielten sich 2006 etwa 300 000 ukrainische Arbeitsmigranten in Polen auf, wovon jedoch eine große Zahl illegal im Staat verblieb, u.a.

aufgrund des langjährigen visumfreien Regimes zwischen der Ukraine und Polen<sup>48</sup>. Da ein solcher Aufenthalt von Ukrainern in Polen oft illegal war, wurden Ukrainer häufig (wie in anderen EU-Staaten) zu Opfern von Kriminalität und Gewalt. 1998 wandten sich 3 000 ukrainische Bürger Hilfe suchend an die ukrainische Botschaft in Polen. Zusätzlich kamen allein 1999 aufgrund von Fahrlässigkeit am Arbeitsplatz etwa 170 Personen ums Leben (insbesondere in der Bauindustrie) (Tschekalenko 2006: 620).

Die ukrainischen Arbeitsmigranten, die für Polen eine wirtschaftlich positive Wirkung haben, wurden für die Ukraine eine große soziale und wirtschaftliche Belastung. Die meisten ukrainischen Arbeitsmigranten sind Menschen mit Universitätsbildung, die jedoch in der Ukraine keine entsprechende Arbeit finden. Im Ausland arbeiten sie in der Leicht- und Bauindustrie, in der Forst- und Landwirtschaft und in der Gastronomie. Die meisten der Arbeitsmigranten sind zwischen 25 und 40 Jahre alt, viele lassen ihre Kinder in der Ukraine zurück, die dann von den Großeltern groß gezogen werden. 2007 erreichte die Zahl ukrainischer Arbeitsmigranten etwa 200 000 (pro Jahr); jeder dritte Ukrainer wollte 2007 sein Glück im Ausland suchen. Daher wurden 2007 die Abwanderung ukrainischer Arbeitskräfte ins Ausland und die damit entstehenden sozialen Probleme mit Kindern und Familien der Arbeitsmigranten in der „Strategie der Nationalen Sicherheit“ als große Gefahr für die ukrainische Sicherheit bezeichnet. Es bleibe nur zu hoffen, dass die ukrainischen Arbeitsmigranten das Land nur vorübergehend verlassen und mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in der Ukraine zurückkommen würden, meint Safonowa<sup>49</sup>.

Die meisten Arbeitsmigranten stammen aus der Westukraine (aus den sieben westlichsten ukrainischen Oblasten). Polen ist für sie aufgrund der billigen Reiseverbindungen, dem Zugang zu den Arbeitsplätzen, dem informellen Netzwerk der Arbeitsvermittler und der ähnlichen Sprache und Kultur eine interessante Option. Die meisten männlichen ukrainischen Arbeitsmigranten sind im Bausektor angestellt, Migrantinnen arbeiten in Haushalten und kleinen Unternehmen, z.B. auch bei der Ernte von Früchten und Beeren in der Landwirtschaft sowie deren Weiterverarbeitung. Daher verlassen sich viele

---

48 Zum Vergleich: die meisten ukrainischen Arbeitsmigranten arbeiten in Russland (ca. 1 Mio.), Polen (ca. 300 000), Italien, Tschechien und Portugal. Siehe dazu: Cipko, S. 2006. Contemporary Migration from Ukraine. In: International Organisation for Migration: Migration Perspectives 2006. Wien, 119, zitiert unter <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen20.pdf>; Ukraine-Analysen 20/2007; abgerufen am 4. Dezember 2008.

49 Safonowa, L. Wony powernutsja? In: Dserkalo Tyschnja 30. Juni–6. Juli 2007 unter <http://www.dt.ua/1000/1050/59794>; abgerufen am 4. Dezember 2008.

derartige polnische Geschäfte auf billige ukrainische Arbeitskräfte (Wolczuk 2002: 53). Auch qualifizierte ukrainische Arbeitskräfte sind in Polen gern gesehen. Viele ukrainische Lehrer kompensieren den Mangel an gut ausgebildeten Fremdsprachenlehrern in Polen, und viele ukrainische Professoren tragen in Polen zum universitären Bereich bei (Wolczuk 2002: 50). In gleicher Weise wie polnische Arbeitgeber Interesse an Arbeitskräften aus der Ukraine haben, interessieren sich polnische Universitäten für ukrainische Studenten<sup>50</sup>, da viele polnische Studenten zum Studieren ins Ausland gehen (z.B. mit einem Erasmus-Aufenthalt) und oft nicht mehr zurückkehren.

Das Geschäft kleiner polnischer und ukrainischer Händler in der Grenzregion zur Ukraine (im Abstand von etwa 100 km von der Grenze) ist zwar nicht mit Arbeitsmigration, aber doch mit Erwerbstätigkeiten und zwischenstaatlichen Kontakten verbunden. Viele polnische Bürger in den östlichen Woiwodschaften und viele ukrainische Bürger der westlichen Oblasten der Ukraine lebten von diesem nichtregistrierten Handel (bis Ende 2007, als Polen der Schengen-Zone beitrug und die Einreisebestimmungen für Ukrainer verschärft wurden) und formten damit mittlerweile auch eine eigene soziale Gruppe, die ebenfalls ihre Präferenzen hat.

Aufgrund von Erfahrungen mit ukrainischen Arbeitsmigranten nehmen viele Polen die Ukrainer stärker wahr, argumentiert Kataryna Wolczuk, was jedoch oft kein positives Bild von Ukrainern zeichnet (Wolczuk 2002: 54). In einer Umfrage aus dem Jahr 2001 wollten 85% der Polen, dass Ukrainer Polen als Touristen besuchen, aber nur 45% wollten zusammen mit Ukrainern arbeiten und nur 42% neben Ukrainern wohnen. In der Ukraine wollten im Gegensatz dazu 94% der Ukrainer, dass Polen die Ukraine als Touristen besuchen, 66% zusammen mit Polen arbeiten und 65% in der Nähe von Polen wohnen (Konieczna 2001: 29, 60). In der Tat kommen neben den Saisonarbeitern mehr und mehr ukrainische Touristen nach Polen und sind von Krakau und Skiurlaubsorten begeistert. Auch mehr und mehr polnische Touristen besuchen die Ukraine, da sich die (West-)Ukraine seit Anfang der 1990-er zu einer Art nostalgischem Reiseziel für Polen entwickelte (Wolczuk 2002: 52–53).

---

50 Zur entsprechenden Situation in Wrocław siehe BBC, abgerufen am 4. Dezember 2008 unter [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/indepth/story/2006/10/061010\\_wroclaw\\_lviv\\_oh.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/indepth/story/2006/10/061010_wroclaw_lviv_oh.shtml)

### 3.3. Internationale Akteure

#### 3.3.1. Russland

Die Partizipation Russlands an den außenpolitischen Entscheidungen der Ukraine und Polens beruht auf den russischen Präferenzen hinsichtlich der Ukraine und Polen. Laut Taras Wosnjak setzte sich Russland Mitte der 1990-er nach Jahren des Niedergangs die Herstellung eines neuen Imperiums zum Ziel, verbunden mit expansionistischen Ansprüchen Russlands auf die Ukraine (Wosnjak 2004: 83–85). Bereits zuvor begann Russland jedoch, die Integration der post-sowjetischen Republiken voranzutreiben. Zu „Integrationszielen“ im *Nahen Ausland* wurden die ehemaligen Sowjetrepubliken auserkoren, d.h. vor allem die Ukraine, Moldau und Belarus. Als die Ukraine am 1. Dezember 1991 per Referendum ihre Unabhängigkeit proklamierte, wurde am 8. Dezember des gleichen Jahres in Minsk auf Initiative Russlands die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)<sup>51</sup> gegründet (Tschekalenko 2007: 154). Mit Bildung der GUS fand ein zuerst versteckter und später deutlicher Machtkampf im postsowjetischen Raum statt. Von Anfang an diktierte Russland seine eigenen „Spielregeln“ und ordnete bald die neu gebildete Organisation seinen eigenen Interessen unter, auch wenn die Ukraine in der GUS ursprünglich einen Mechanismus sah, die Adaption der ehemaligen Sowjetrepubliken an die neuen Rahmenbedingungen zu erleichtern (Tschekalenko 2007: 152). Schließlich traten der GUS auch Aserbaidschan, Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldawien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan bei, d.h. alle ehemaligen Sowjetrepubliken außer Georgien (das erst 1993 beitrug), Estland, Lettland und Litauen<sup>52</sup>. Mit Gründung der GUS vereinbarten die Mitgliedsstaaten u.a. die Bewahrung der territorialen Einheit der Mitgliedsstaaten, die Zusammenarbeit in politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen, in der Bildung und der Umwelt, die Achtung der Menschenrechte und die friedliche Regelung von Konflikten. Außerdem sollten gemeinsame

---

51 <http://www.eccis.org>; GUS; abgerufen am 19. Oktober 2008 || <http://www.cis.minsk.by/main.aspx?uid=176>; Vereinbarung zur Bildung der GUS; abgerufen am 19. Oktober 2008 || Jüngst wurde debattiert, ob die Ukraine überhaupt Mitglied der GUS sei, da das ukrainische Parlament die GUS-Gründungsvereinbarung nie ratifiziert hat.

52 <http://www.cis.minsk.by/main.aspx?uid=178>; Almaty-Deklaration; abgerufen am 19. Oktober 2008.



außenpolitische Prioritäten, kollektive Sicherheit, Migrationspolitik und grenzüberschreitende Zusammenarbeit ausgearbeitet werden<sup>53</sup>.

Weitere Abkommen innerhalb der GUS beschrieben eine wirtschaftliche Union und eine sicherheitspolitische Union. Diesbezüglich nahm die Ukraine jedoch eine vorsichtige Stellung ein. Russland initiierte zwischenzeitlich mehrere Integrationsprojekte im Rahmen der GUS, u.a. die „Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit“ (OVKS, bekannt auch als Taschkent-Vertrag)<sup>54</sup> (Russland, Kasachstan, Belarus, Kirgisistan, Usbekistan und Tadschikistan), die „Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit“ (SOZ)<sup>55</sup> (Russland, China, Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan) (Tschekalenko 2007: 167), die Russland-Belarus-Union und die Euroasiatische Wirtschaftsgemeinschaft (bekannt auch als einheitlicher Wirtschaftsraum)<sup>56</sup> (Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan, Usbekistan und Belarus). Die Ukraine beteiligt sich jedoch an keinem dieser Projekte als Mitglied und lediglich an letztgenanntem als Beobachter. Der einheitliche Wirtschaftsraum hat zum Ziel, eine EU-ähnliche Freihandelszone und Wirtschaftsunion, aufzubauen.

Nach Polens NATO-Beitritt 1999 und seinem EU-Beitritt 2004 stoßen die russischen Integrationsprojekte in der Ukraine auf die Interessen Polens, der EU und der USA. Russland antwortet darauf mit einer Reihe wirtschaftspolitischer Sanktionen gegenüber Polen und der Ukraine. Da die Ukraine seitdem trotzdem keine Schritte in Richtung Mitgliedschaft im Einheitlichen Wirtschaftsraum zeigte, setzte Russland auf eine „Erpressungsstrategie“, die sich durch mehrere „Handelskriege“ äußerte (z.B. die Blockade ukrainischen Exports von Baumaterialien und Lebensmitteln nach Russland) (Tschekalenko 2007: 170). Darüber hinaus drohte Russland Polen während der Verhandlungen Polens mit den USA hinsichtlich des Raketenabwehrsystems 2008, es werde seine Raketen zurück auf Polen richten<sup>57</sup>. Auch drohte Russland Polen des Öfteren mit Wirtschaftssanktionen, wie z.B. einem Importverbot bestimmter polnischer Waren nach Russland. Der Ukraine erlegt Russland ähnliche Sanktionen auf, mischt sich jedoch darüber hinaus auch in die innenpolitischen

---

53 <http://www.cis.minsk.by/main.aspx?uid=180>; Gründungsabkommen der GUS; abgerufen am 19. Oktober 2008.

54 <http://www.dkb.gov.ru/start/index.htm>; Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit; abgerufen am 20. Oktober 2008. (Die Seite war zum Abrufzeitpunkt extrem langsam.)

55 <http://www.sectso.org/html/00026.html>; Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit; abgerufen am 20. Oktober 2008.

56 <http://www.evrazes.com>; Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft; abgerufen am 25. Mai 2008.

57 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/world/story/2008/08/080815\\_rus\\_pol\\_missiles\\_oh.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/world/story/2008/08/080815_rus_pol_missiles_oh.shtml); BBC; abgerufen am 27. Oktober 2008.

Angelegenheiten der Ukraine ein (wie während der Präsidentschaftswahlen 2004) und erhebt territoriale Ansprüche auf die Halbinsel Krim und Sewastopol – kombiniert mit der Weigerung, die Schwarzmeerflotte nach dem Ablauf des Hafenmietvertrags 2017 aus der Ukraine abziehen. Moskau interessiert sich dabei nicht für die Schwarzmeerflotte per se, da deren Einsatzmöglichkeiten im Schwarzen Meer ohnehin sehr begrenzt sind, sondern verwendet sie als Mittel zur Einflussnahme auf die Ukraine<sup>58</sup>. Daneben sind auch wiederholte Andeutungen Russlands zu beachten, die Zusammenarbeit in der Waffenproduktion (z.B. in der Flugzeugproduktion) zu reduzieren, was für die Ukraine sehr nachteilig wäre, da die Ukraine einer der größten Waffenproduzenten der Welt ist (Borochwostow 2005: 132). Im Endeffekt versucht Moskau „nach wie vor, die Ukraine bilateral im Rahmen der GUS politisch, militärisch, wirtschaftlich, kulturell und medienpolitisch so eng wie möglich an sich zu binden“ (Malek 2002: 5).

### **3.3.2. EU**

Das Interesse der EU an Polen zielte (wie das Interesse Russlands an der Ukraine) auf Integration in die eigenen Strukturen ab. 1991 unterzeichnete Polen mit der EU das „Europa-Abkommen“, dass eine Mitgliedschaftsperspektive für Polen beinhaltete. Gleichzeitig gründete die EU (bis 1993 EG) ihrerseits eine Reihe regionaler internationaler (sicherheitspolitischer) Organisationen mit. Die 1991 gegründete Visegrád-Gruppe, die Polen, die Tschechoslowakei (später Tschechien und die Slowakei) und Ungarn umfasste (daher V-4), stützt sich auf die gemeinsamen kulturellen Werte der Mitgliedstaaten und auf deren Ambition, sich in die EU zu integrieren<sup>59</sup>. Die V-4 sollte die beteiligten Staaten der Einflussphäre der Sowjetunion (später Russlands) entziehen und als Vorstufe zur Integration in die Europäische Gemeinschaft und in die NATO fungieren. Außerdem diente die Organisation der Verhinderung einer möglichen Restauration kommunistischer Regimes sowie als unterstützender Mechanismus für die gemeinsamen Bemühungen der

---

58 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/indepth/story/2008/10/081028\\_piontkovskyi\\_bt.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/indepth/story/2008/10/081028_piontkovskyi_bt.shtml); BBC; abgerufen 28. Oktober 2008.

59 <http://visegradgroup.eu/main.php?folderID=858>; Visegrád-Gruppe; abgerufen am 19. Oktober 2008.

Mitgliedsstaaten, Demokratie, Marktwirtschaft und eine Zivilgesellschaft zu etablieren (Mozok 2002: 45–47).

Im selben Zusammenhang wurde 1989 von Italien, Österreich, Ungarn und Jugoslawien die Zentraleuropäische Initiative (CEI) als Plattform für politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Kooperation sowie als Vorstufe zur EU-Integration gegründet<sup>60</sup>. 1991 trat Polen der Organisation bei, 1995 wurden auch die Ukraine, Belarus, Bulgarien und Rumänien als Mitglieder aufgenommen. Auch die Bildung der Mitteleuropäische Freihandelszone (CEFTA)<sup>61</sup>, die in 1992 von Polen, Ungarn, der Slowakei und Tschechien gegründet wurde, stand der Zentraleuropäischen Initiative politisch nah. Als Freihandelsabkommen, das auf die Erweiterung von Handel, Abbau von Zöllen, wirtschaftliche Aktivität, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, steigende Produktivität und finanzielle Stabilität zwischen den Mitgliedstaaten ausgerichtet war, diente sie ebenfalls als Vorstufe der wirtschaftlichen Integration in die EU. Dadurch signalisierten die Teilnahmestaaten auch ihre Vorbereitung auf ihre Eingliederung in westliche Strukturen und ihren Anspruch auf finanzielle und technische Unterstützung durch die EU (Meier 2000: 104).

Auch die Gründung des Weimarer Dreieckes hatte die Integration Polens in die westlichen Strukturen zum Ziel. Das Weimarer Dreieck wurde 1991 in Weimar von Deutschland, Frankreich und Polen gegründet und sollte die gemeinsamen Interessen zur Entwicklung Europas koordinieren. Auch sollte es der Etablierung Polens in der Region, dem Dialog der zwei Teile Europas und als Plattform zur Formulierung der späteren EU-Ostpolitik dienen (Shynkarjov 2005: 34). Eine weitere Initiative war die Gründung des Rates der Ostsee-Anrainerstaaten (Ostseerat) im Jahr 1992; die Mitglieder dieser Organisation (u.a. Polen und Russland) sind zumeist Ostseeanrainer, Beobachterstatus halten eine Reihe von Staaten (darunter die Ukraine und die USA)<sup>62</sup>. Die Zusammenarbeit im Ostseerat umfasst die Unterstützung demokratischer Institutionen und marktwirtschaftlicher Strukturen, humanitäre Angelegenheiten sowie Umweltschutz-, Energie-, Kultur-, Bildungs-, Tourismus- und Verkehrswesenfragen (Meier 2000: 100). Schließlich wurde Polen 2004 nach langem

---

60 <http://www.ceinet.org/main.php?pageID=16> und <http://www.ceinet.org/main.php?pageID=17>; Zentraleuropäische Initiative; abgerufen am 19. Oktober 2008.

61 <http://www.worldtradelaw.net/fta/agreements/cefta.pdf>; Abkommen über die Mitteleuropäische Freihandelszone; abgerufen am 19. Oktober 2008.

62 <http://www.cbss.org/history>; Ostseerat; abgerufen am 9. Oktober 2008.

Vorbereitungsprozess und Verhandlungen über die Mitgliedschaft im Zuge der so genannten Ost-Erweiterung in die EU aufgenommen<sup>63</sup>.

Dem Aufbau freundlicher Nachbarschaftsbeziehungen und der Integration dienten auch die von der EU gegründeten Euroregionen; derzeit etwa 30 an der Zahl. Die ersten Regionen wurden Anfang der 1990-er in den Grenzgebieten Deutschland–Polen–Tschechoslowakei, Österreich–Ungarn–Slowenien–Kroatien und Ungarn–Slowakei–Ukraine–Rumänien–Polen geschaffen (Mitrjajeva 2005: 42–43). Später entwickelten sich ausgehend von diesem Modell auch die Euroregionen östlich der Grenze der mitteleuropäischen Staaten wie z.B. die Euroregionen „Karpaten“ (Polen, Slowakei, Ungarn und Rumänien), „Bug“ (Polen, Ukraine, Belarus), „Untere Donau“ (Rumänien, Ukraine, Moldawien) und „Obere Prut“ (Rumänien, Ukraine, Moldawien). Später drängte das Modell auch weiter nach Osten; so wurden die Regionen „Dnipro“ (Ukraine, Russland, Belarus) und „Sloboschanschtschyna“ (Ukraine und Russland) definiert (Rjabinin 2007: 69).

Im Gegensatz zur klaren Formulierung ihres Verhältnisses mit Polen fehlt der EU ein deutliches Konzept zur Interaktion mit der Ukraine. Während die neue polnische Republik von Beginn an von der EU eine Perspektive auf eine Mitgliedschaft bekam, bot die EU der Ukraine 1994 lediglich ein „Partnerschafts- und Kooperationsabkommen“ (PKA) ohne Mitgliedschaftsperspektive. Erst am Vorabend der EU-Osterweiterung war die EU gefordert, ihre Außenpolitik mit der Ukraine expliziter zu gestalten. Aus diesem Grund wurde von der Europäischen Kommission 2003 das Konzept „Ein größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen mit unseren östlichen und südlichen Nachbarn“<sup>64</sup> ausgearbeitet. Auf Basis dieses Konzepts wurde 2004 die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)<sup>65</sup> entwickelt. Die ENP versuchte, nach der EU-Osterweiterung 2004 neue Trennlinien in Europa zu vermeiden und Wohlstand, Stabilität und Sicherheit der beteiligten Staaten (Ukraine, Moldau, südliche Mittelmeeranrainer sowie die Kaukasusstaaten Armenien, Aserbaidschan und Georgien) zu stärken (Kempe 2006b: 516–517). Aufgrund des autokratischen Lukaschenka-Regimes wurde Belarus nicht in die ENP aufgenommen<sup>66</sup>.

---

63 Siehe dazu: Mołozej, A. 2000. Polens Weg in die europäische Union. Diplomarbeit. Universität Wien.

64 [http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03\\_104\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03_104_de.pdf); Europäische Kommission, abgerufen am 27. Mai 2008.

65 [http://ec.europa.eu/world/enp/policy\\_de.htm](http://ec.europa.eu/world/enp/policy_de.htm); Europäische Kommission, abgerufen am 21. Dezember 2007.

66 Für den Fall einer entsprechenden Initiative von belarussischer Seite wurde Belarus jedoch ein Platz in der ENP reserviert. Da im Lukaschenka-Regime jedoch keine demokratischen Fortschritte zu beobachten sind, wurden bislang keine derartigen Vereinbarungen getroffen. Siehe dazu: [http://ec.europa.eu/world/enp/policy\\_de.htm](http://ec.europa.eu/world/enp/policy_de.htm); Europäische Kommission, abgerufen am 10. Mai 2009 und

Russland wurde in einem Sonderpapier berücksichtigt, da es nicht beabsichtigte, eine vertiefte Kooperation mit der EU zu gestalten (Kempe 2006a: 11).

Zur Implementierung der ENP evaluierte die Europäische Kommission zunächst die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage der betroffenen Staaten und entwickelte anschließend im Jahr 2004 nationale Aktionspläne (Kempe 2006b: 517). Mit einem detaillierten, auf drei Jahre angelegten „Aktionsplan“ traten die Ukraine und die EU „in intensivere politische, sicherheitspolitische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen – einschließlich der grenzübergreifenden Zusammenarbeit und gemeinsamer Verantwortung bei der Konfliktprävention und Konfliktbeteiligung“<sup>67</sup> ein. Prioritäten des Aktionsplans waren die Stabilisierung der Demokratie und der Rechtstaatlichkeit, demokratische Wahlen (hinsichtlich der Präsidentschaftswahl 2004 und der Parlamentswahl 2006), Medienfreiheit, die Entwicklung von Konsultationen zwischen der EU und der Ukraine im Kontext des Krisenmanagements, die Kooperation im Bereich der Abrüstung und der Nichtverbreitung von Kernwaffen, grenzüberschreitende Zusammenarbeit (insbesondere im Kontext des Transnistrienkonflikts), der Beitritt zur WTO, die Abschaffung des Exportzolls, die Verbesserung des Investitionsklimas, eine Steuerreform, der Anfang von Verhandlungen über eine Erleichterung des Visumregimes, die Adaption ukrainischen Rechts an das EU-Recht, Migrationspolitik sowie die volle Implementierung des Memorandums über die Schließung des Atomkraftwerkes Tschornobyl. Mit diesem Aktionsplan unterstützt die EU europäische Werte und Normen in der Ukraine, bietet „aber nicht die erforderlichen institutionellen und finanziellen Mittel an. [...] Daher ist die Nachbarschaftspolitik für die Anrainerstaaten weniger attraktiv und für die EU weniger verbindlich“ (Kempe 2007b: 62).

Die Vorgehensweise der EU hinsichtlich der Ukraine stellt sich jedoch inhomogen dar. Einerseits gibt es neben Polen eine ganze Reihe anderer EU-Staaten, die sich für eine klare EU-Beitrittsoption für die Ukraine engagieren (u.a. Schweden, Finnland, Großbritannien, Litauen, Lettland, Estland, Ungarn, Tschechien und die Slowakei). Die mitteleuropäischen Staaten fürchten darüber hinaus, Westeuropa werde im Namen von Warschau, Prag und Budapest sprechen, ohne jedoch deren Meinung zu berücksichtigen (Krastev 2005: 115–116).

---

[http://ec.europa.eu/external\\_relations/belarus/intro/non\\_paper\\_1106.pdf](http://ec.europa.eu/external_relations/belarus/intro/non_paper_1106.pdf); Europäische Kommission, abgerufen am 10. Mai 2009.

<sup>67</sup> [http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action\\_plans/ukraine\\_enp\\_ap\\_final\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/ukraine_enp_ap_final_en.pdf); Europäische Kommission, abgerufen am 26. Mai 2008.

Frankreich strebt dabei gleichzeitig ein integriertes Europa an, um die Präsenz der USA auf internationaler Bühne zu balancieren (Krastev 2005: 117).

Andererseits widersprechen die EU-Triebkräfte Deutschland und Frankreich dieser Perspektive und ziehen eine *Russia-First*-Politik vor. Was für Polen hinsichtlich der EU-Integration der Ukraine zu einer Mission wurde, wurde für die EU im Endeffekt zu einem Problem (Wolczuk 2002: 129). Bohdan Osadczuk erklärt die Rolle Deutschlands in diesem Zusammenhang damit, dass es dem Land vor allem um reibungslose Gas- und Öllieferungen nach Europa gehe und dass es Russland als Vermittler betrachte, der Energie aus zentralasiatischen Staaten liefert, die unter seinem Einfluss stehen<sup>68</sup>. Im Gegensatz zur deutschen Staatspolitik erhoben sich jedoch in einigen deutschen *think tanks* kritische Stimmen gegenüber der EU. Erstens sei die ENP kein Wegweiser für die ukrainische Transformation (Kempe 2007b)<sup>69</sup>. Zweitens erkenne sie „den Anspruch Moskaus auf Zugehörigkeit der Ukraine zur Interessensphäre Russlands stillschweigend“ an (Schneider-Deters 2005: 50). Der EU wurde vorgeworfen, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu führen, ohne der Ukraine eine Assoziierung anzubieten. Die Kritik verbreiterte sich auf eine generelle Unfähigkeit der EU, die weitere demokratische Entwicklung sowie das Streben der Ukraine nach einem EU-Beitritt zu unterstützen, vor allem aber auf die fehlende Funktionalität der ENP:

Sie [die ENP] ist eine noble Politik gegenüber den afrikanischen und asiatischen Anrainerländern des Mittelmeers, gegenüber der europäischen Ukraine aber ist sie völlig unangemessen. Die Politik der EU gegenüber einem europäischen Land muss grundsätzlich eine Integrationsperspektive beinhalten, wie langfristig angelegt auch immer (Schneider-Deters 2005: 54).

Daher schlugen einige deutsche (zusammen mit polnischen) *think tanks* vor, die Staaten konzeptionell danach zu differenzieren, inwieweit bereits eine Verflechtung (wie z.B. Teilmitgliedschaft in der Schengen-Zone oder der Euro-Zone) vorliegt. Denn

die derzeitige Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union ist ein wichtiger Fortschritt, da sie für das Problem sensibilisiert, aber ein nur begrenzt leistungsfähiges und nicht ausreichend attraktives

---

68 Interview mit Bohdan Osadczuk. BBC, abgerufen am 27. Oktober 2008 unter [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/indepth/story/2006/10/061020\\_osadchuk\\_ostpolitik\\_sp.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/indepth/story/2006/10/061020_osadchuk_ostpolitik_sp.shtml)

69 Siehe auch Solonenko, I. 2007. The EU's „Transformative Power“ Beyond Enlargement: the Case of Ukraine's Democratisation. European Research Working Papers Series 21, University of Birmingham.

Konzept. Durch die neuen Formen der Integration muss die EU ihr generelles „Nein“ zum Beitritt in ein „Ja“ zur Assoziierung von Demokratien aus dem postsowjetischen Raum umwandeln (Kempe 2006a: 15).

### 3.3.3. USA

Die Beziehungen der USA zu der Ukraine waren zu Beginn nicht festgelegt. Das Streben der Ukraine nach Unabhängigkeit stieß 1991 zunächst auf Ablehnung seitens des Westens, vor allem der USA (Kuzio 1993: 207). Der Grund dafür lag u.a. in der Stationierung von Teilen des sowjetischen Atomwaffenarsenals in der Ukraine. Als sich die Ukraine teilweise auf Druck der internationalen Gemeinschaft, teilweise aus eigenem Willen aus der internationalen Isolation herauszukommen, für die Beseitigung der Atomwaffen entschied, boten die USA der Ukraine ihre Zusammenarbeit an. 1994 wurde von der Ukraine, den USA und Russland ein Vertrag unterzeichnet, in dem sich die Ukraine verpflichtete, alle ihre Atomwaffen nach Russland zu transportieren und die USA und Russland sich im Gegenzug verpflichteten, die Sicherheit, Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Einheit der Ukraine zu bewahren (Tschekalenko 2007: 195–199). Ferner garantierten die USA und Russland, keine wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber der Ukraine zu verhängen und technische und finanzielle Hilfe für die Demontage und den Abtransport der Atomwaffen zu leisten.

Nach Lösung des Atomwaffenproblems erkannten die USA die Wichtigkeit der Ukraine (und auch Polens) für amerikanische Interessen. Das Wohlbefinden der USA und der internationalen Sicherheit hängt laut Zbigniew Brzeziński (selbst polnischer Herkunft) in der Tradition amerikanischer Geopolitik von Eurasien ab (Brzeziński 1997: 30). In diesem Konzept fällt der Ukraine und Polen eine wichtige Rolle zu, da die Ukraine zusammen mit Polen, Deutschland und Frankreich eine kritische Achse der europäischen Sicherheit bildet (Brzeziński 1997: 46–85)<sup>70</sup>. Daher solle der Westen, besonders aber die USA, der Ukraine nicht gleichgültig gegenüber stehen, da sie ein Verbindungsglied zwischen den EU, dem euroasiatischen Riesen Russland und den nördlichen Nahen Osten sei. Eine stabile und

---

<sup>70</sup> Vgl. Halford Mackinders Konzept zur Geopolitik, in dem er nach dem Ende des 1. Weltkriegs in der Verteilung der Einflussphären zwischen den Großmächten einen besonderen Wert auf Osteuropa legte. Die Welt-Dominanz hing laut dem Konzept von der Dominanz über Osteuropa ab. Siehe dazu Heffernan, M. 2000. *Fin de siècle, fin du monde? On the origins of European geopolitics 1890–1920*. In: Dodds, K. (Hrsg.). *Geopolitical Traditions. A Century of Geopolitical Thoughts*. Routledge: London, 34–39.

blühende Ukraine erleichtere die Interaktion zwischen ihren Nachbarn, eine schwache Ukraine hingegen schaffe ein Machtvakuum, das Rivalitäten in der Region provoziert, so Anders Åslund (Åslund 2003: 107). Des Weiteren sei die Existenz der Ukraine als unabhängiger Staat entscheidend für die Einwirkung der USA auf Russland, da die Ukraine helfe, Russland demokratisch zu transformieren. Russland könne laut Brzeziński sehr wohl ohne die Ukraine existieren, jedoch würde es sich in ein euroasiatisches Imperium umwandeln und in die Konflikte in Zentralasien einbezogen werden (Brzeziński 1997: 46). Gleichzeitig aber sollten die USA die Ukraine aus der Sicht Åslunds nicht als Nullsummenspiel zwischen Washington und Moskau sehen, sondern wenn möglich simultan eine echte Partnerschaft mit Russland und mit der Ukraine zu entwickeln (Åslund 2003: 116).

Aus diesem Verständnis heraus etablierten die USA privilegierte Beziehungen mit Polen seit dem dortigen Systemwechsel, indem sie Polen Unterstützung bei dem angestrebten NATO-Beitritt anboten. Polen selbst unterstrich bereits zuvor häufig, die Anwesenheit der amerikanischen Streitkräfte in Europa trage zur Stabilisierung und Sicherheit bei und positionierte sich als unabhängiger und wichtigster Partner der USA (Shynkarjov 2005: 39–40). Diese Position Polens (und der anderen mitteleuropäischen Staaten) sollte die Präsenz der USA in Europa verstärken, vor allem um der Allianz Frankreich–Deutschland entgegen zu wirken (Krastev 2005: 117).

Auch nach dem EU-Beitritt Polens 2004 blieb der privilegierte Charakter der amerikanisch-polnischen Beziehungen erhalten. Die Unterstützung Polens durch die USA nach dem EU-Beitritt Polens und die Unterstützung der EU-Perspektive der Ukraine hängt überdies damit zusammen, dass die USA an einer Erweiterung (*widening*) der EU interessiert sind, da eine solche EU-Erweiterung eine EU-Vertiefung (*deepening*) verhindert. Eine weitere EU-Integration wäre nicht im Interesse der USA, da die USA die EU oft als Rivalen sehen (Calleo 2005: 65–71). Der besondere Charakter der polnisch-amerikanischen Beziehungen zeigte sich darin, dass Polen an NATO-Missionen im Irak und in Afghanistan teilnahm und dass es die USA als seinen bedeutendsten außenpolitischen Partner hervorhob (Eisl 2006: 94). Die USA ihrerseits bezeichneten Polen als ihren besten Freund in Europa, wobei Polen die USA jedoch 2006 etwas mit einer Forderung nach Aufhebung der Visumpflicht für polnische Staatsbürger enttäuschte (Eisl 2006: 95). Diese Enttäuschung war jedoch schnell wieder vorbei, nachdem Polen nach langen Verhandlungen und nach dem kurzen bewaffneten



Konflikt zwischen Russland und Georgien 2008 der Stationierung des amerikanischen Raketenabwehrsystems zustimmte.

### 3.3.4. NATO

Nach dem Ende des Kalten Krieges erkannte die NATO bald, dass die Ukraine ein Schlüsselement der Sicherheit in Europa ist (Collins 2003: 21). Die Entstehung der unabhängigen Ukraine war eine der größten Herausforderungen in der europäischen Sicherheitslandschaft; jedoch war auch Polen in diesem Zusammenhang wichtig für die NATO. 1994 bot die NATO sowohl der Ukraine als auch Polen das Kooperationsprogramm „Partnerschaft für Frieden“ (PfF)<sup>71</sup> an. Als Ziele der PfF definiert wurden die Rüstungsoffenlegung der beteiligten Staaten, die Sicherung demokratischer Kontrolle über der Streitkräfte, die Bereitschaft zur Teilname an Militäroperationen unter UNO- oder OSZE-Mandat sowie die Entwicklung von Zusammenarbeit im militärischen Bereich unter den Aspekten gemeinsame Durchführung von Planung, Übungen, Rettungsoperationen, Humanitäre Hilfe sowie die Formierung von Militäreinheiten, die in Zukunft besser mit den NATO-Streitkräften kooperieren können.

Nachdem Polen 1999 der NATO beitrat, förderte die NATO die Integration der Ukraine in dieselbe mit Hilfe der „Charta der vertieften Partnerschaft“, gemeinsamen Militärübungen und der Errichtung eines NATO-Informationszentrums in Kiew. Insbesondere seit der Orangen Revolution in der Ukraine intensivierten sich die NATO-Ukraine-Beziehungen<sup>72</sup>. Wie im Fall der EU ist jedoch auch die NATO ein Verbund mehrerer Akteure, die jeweils eigene Interessen verfolgen. Im NATO-Beitritt der osteuropäischen Staaten sehen die USA die Möglichkeit, eine pro-amerikanische osteuropäische Mehrheit zu schaffen. Da Osteuropa (wie auch der Nahe Osten, die Türkei, der Iran und andere Ex-Sowjetrepubliken) an Russland grenzt und auch die EU in dieser Region Interessen verfolgt, treten oft Auseinandersetzungen zwischen der EU und den USA auf (Calleo 2005: 65–71). Beispielsweise wirkt Deutschland den USA und Polen entgegen, um Auseinandersetzungen

---

71 Dokument 950\_001 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 23. Dezember 2007 und <http://www.nato.int/issues/pfp/index.html>; NATO; abgerufen am 10. Juni, 2008.

72 Dokument 950\_012 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 12. Dezember 2007.

mit Russland zu vermeiden. Auf dem NATO-Gipfeltreffen 2007 in Bukarest stand die NATO vor der Wahl, der Ukraine (und Georgien) einen Aktionsplan für eine Mitgliedschaft anzubieten. Um Deutschlands Position gegenüber Russland zu befriedigen, gleichzeitig aber die Unterstützung der USA und Polens für die Ukraine auszudrücken, entschied sich die NATO dazu, die Ukraine lediglich als potenziellen Kandidaten für eine NATO-Beitrittsperspektive zu bezeichnen<sup>73</sup>.

### 3.3.5. GUAM

Die Organisation GUAM wurde in der jüngsten Entwicklung der ukrainisch-polnischen Beziehungen zu einem relevanten Akteur. In seiner Geschichte erlebte GUAM bislang drei Etappen: von der Gründung 1997 als Konsultationsforum für Georgien, Ukraine, Aserbaidschan und Moldawien über die Etablierung der Assoziation GUAM 2001 (während der vorübergehenden Teilname Usbekistans auch GUUAM bekannt) hin zur Etablierung der Organisation für Demokratie und Wirtschaftliche Entwicklung 2006<sup>74</sup>. GUAM strebt nach Partnerschaft zwischen den beteiligten Staaten, Demokratie, Rechtstaatlichkeit, Schutz der Menschenrechte, regionaler und internationaler Sicherheit, Vertiefung der europäischen Integration, Entwicklung humanitären, kulturellen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Potenzials sowie politischer Kooperation in der Region um das Schwarze und das Kaspische Meer. Auf der Basis von GUAM wurde 2005 in Kiew von der Ukraine, Estland, Litauen, Lettland, Georgien, Mazedonien, Moldawien und Rumänien die Gemeinschaft für Demokratische Wahl etabliert<sup>75</sup>.

In der Bildung der Gemeinschaft der Demokratischen Wahl sah die Ukraine eine Art „östliche Visegrád-Gruppe“, in der die beteiligten Staaten z.B. auf administrative Reformen,

---

73 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/news/story/2008/04/080404\\_nato\\_summit\\_final\\_om.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/news/story/2008/04/080404_nato_summit_final_om.shtml); BBC, abgerufen am 2. Juli 2008.

74 <http://guam-organization.org/node/240>; GUAM; abgerufen am 3. November 2008.

75 Die Gemeinschaft für Demokratische Wahl geht auf die „Borschomi-Deklaration“ zurück, die 2005 von der Ukraine und Georgien unterzeichnet wurde. Interessanterweise ähneln die ukrainisch-georgischen Beziehungen seitdem den ukrainisch-polnischen Beziehungen. Die Ukraine bot Georgien z.B. (wie Polen der Ukraine 2004) in der innenpolitischen Krise Georgiens 2007 und später im Konflikt mit Russland bezüglich Abchasien und Südossetien 2008 eine Vermittlerrolle an. 2008 schlug die Ukraine vor, eine ukrainisch-georgische Militäreinheit zu bilden, die sich am ukrainisch-polnischen Bataillon UkrPolBat orientiert.

Austausch in der Etablierung von Pressefreiheit und Verbesserung der Gesetzgebung zielen<sup>76</sup>. Darüber hinaus wird die Gemeinschaft für Demokratische Wahl von einigen Beobachtern als eine Art Vorstufe zur Erfüllung der „Kopenhagener“ EU-Beitrittskriterien betrachtet, da die Staaten über die Gemeinschaft ihre Erfahrungen auf dem Weg zur Erfüllung der Kriterien austauschen können. GUAM hat ferner die Schaffung einer Freihandelszone<sup>77</sup> (ähnlich dem gemeinsamen Wirtschaftsraum zwischen den Russland nahe stehenden GUS-Staaten) und einer gemeinsamen Sicherheitspolitik zum Ziel.

In der Entwicklung von GUAM sieht Taras Kuzio die Entstehung eines *geopolitical pluralism* innerhalb der Ex-Sowjetunion, der von den USA unterstützt und sogar zu einer Priorität der US-Außenpolitik bestimmt werden müsse. Der Grund dafür liege darin, dass die Konsolidierung von GUAM zur Blockade der neo-imperialistischen Ambitionen Russlands führe, zu dem die USA partnerschaftliche Beziehungen anstreben (Kuzio 2000: 81). Das Interesse der USA an GUAM zeigt sich sowohl in der intensiven Zusammenarbeit GUAM–USA<sup>78</sup> als auch in der finanziellen Unterstützung von GUAM durch die USA<sup>79</sup>. Um Russland gegenüber zu agieren, könne GUAM möglicherweise auch zusammen mit der Türkei die sicherheitspolitische Achse Armenien–Griechenland–Iran bilden, so Taras Kuzio im Jahre 2000 (Kuzio 2000: 99).

Die Positionierung von GUAM in der Opposition gegen Russland ist ein weiteres Merkmal von GUAM, auch wenn GUAM offiziell behauptet, es sei nicht gegen Russland gerichtet. Im Gegensatz zu den Mitgliedern von GUAM gibt es im postsowjetischen Raum eine Reihe von Staaten, die sich GUAM explizit nicht anschließen und stattdessen mit Russland kooperieren, so z.B. Belarus, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Armenien. Unter letzteren sticht Belarus durch seine besonders betonte Anlehnung an Russland hervor (Kuzio 2000: 81). Nicht zuletzt aufgrund des russischen Einflusses auf die GUAM-Staaten ist GUAM noch weit von einer Konsolidierung entfernt: Erst trat Kasachstan aus der Organisation aus und näherte sich Russland an, dann reduzierte Moldawien aufgrund eines Importverbots seiner landwirtschaftlichen Produkte nach Russland sein Engagement bei

---

76 Ukrajinskyj Monitor. Zentrum für Frieden, Konversion und Außenpolitik der Ukraine. Die Internetseite ist nicht mehr verfügbar. Das Material ist bei Bedarf bei der Autorin erhältlich.

77 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2006/05/060523\\_guam\\_international\\_oh.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2006/05/060523_guam_international_oh.shtml); BBC; abgerufen am 18. Juli 2008.

78 [http://guam-organization.org/guam\\_and\\_usa](http://guam-organization.org/guam_and_usa); GUAM; abgerufen am 20. Oktober 2008.

79 Badrak, V. Vivat, GUUAM! In: Dserkalo Tyschnja, 14.–20. Oktober 2000 unter <http://www.dt.ua/1000/1600/28738>; abgerufen am 3. November 2008.

GUAM, und schließlich konnte sich die Gemeinschaft für Demokratische Wahl durch die Rivalität der Ukraine und Rumäniens um die Führungsrolle nicht weiter etablieren (Fischer 2008: 128–129).

### **3.4. Transnationale Akteure**

Als transnationale Akteure werden Akteure bezeichnet die komplementär zu den internationalen Akteuren auftreten, jedoch nicht nationalstaatlich-intergouvernemental, sondern sozio-ökonomisch und kulturell strukturiert sind (Brand 2005: 50). Als transnationale Akteure können im vorliegenden Fall das ukrainische und das polnische Wirtschaftsforum betrachtet werden, die ein Analogon zum Weltwirtschaftsforum im schweizerischen Davos bilden. Seit 2000 fungiert Polen als Gastgeber des Wirtschaftsforums in Krynica, das zu einer Versammlung von Geschäftsleuten und Politikern mittel- und osteuropäischer Staaten avancierte. Seit 2005 ist auch die Ukraine Ausrichter eines Wirtschaftsforums, hier in Jalta, das wiederum Wirtschaftsforum in Krynica ähnelt. Inwiefern diese Strukturen jedoch als nicht (national-)staatlich betrachtet werden können ist unklar, da an den beiden Foren sowohl die jeweiligen Staatspräsidenten als auch Regierungspolitiker teilnehmen. Im Fall der Ukraine wurde das Forum durch den Oligarchen Wiktor Pintschuk begründet, seines Zeichens Schwiegersohn von Präsident Kutschma. Mit dem Ende der Amtszeit seines Schwiegervaters verließ Pintschuk jedoch offiziell die Politik.

Als transnationale Akteure qualifizieren sich mittlerweile auch ukrainisch-polnische Unternehmen wie z.B. ISD Huta Częstochowa, ein polnisches Metallurgieunternehmen das vom ukrainischen Verband der Donbas-Industriellen (ISD) aufgekauft wurde. Sollte auch die polnische Gdańsker Werft an den ukrainischen ISD verkauft werden, so würde der ISD noch deutlicher als transnationaler Akteur auftreten. Mit einem Verkauf des polnischen Unternehmens Fabryka Samochodow Osobowych (Warschau) an Ukrauto und General Motors würde ein weiterer bedeutender transnationaler Akteur entstehen. Die Herausbildung derartiger transnationaler Akteure wurde jedoch erst mit dem wirtschaftlichen Aufschwung in der Ukraine seit 2000 möglich. Da die Mehrzahl solcher Unternehmen jedoch von ukrainischen Oligarchen (also der politische Ämter okkupierenden Wirtschaftselite) gemanagt

wird, ist auch hier die Grenze zwischen staatlichen, nichtstaatlichen und transnationalen Akteuren sehr unscharf.

Auch transnationale NGOs wie PAUCI (Poland–America–Ukraine Cooperation Initiative), die 1999 gegründet wurde und zuerst nur durch die USA, dann auch durch Polen finanziert wurde, sind gewissermaßen transnationale Akteure. Ein weiteres Beispiel dieser Art ist die Batory-Stiftung in Polen, die mit ihrem Pendant „Fond Widrodschennja“ (Renaissance Foundation bzw. Wiedergeburt-Fonds) in der Ukraine durch das Open-Society-Institut finanziert werden, das durch den amerikanischen Geschäftsmann und Philanthrop George Soros gegründet wurde<sup>80</sup>.

---

80 <http://www.soros.org>; Open Society Institute & Soros Foundations Network; abgerufen am 10. Februar 2009.



#### **4. Interaktionsfelder zwischen der Ukraine und Polen**

In diesem Abschnitt wird eine Analyse der Interaktionsfelder zwischen der Ukraine und Polen durchgeführt. Die Interaktionsfelder umfassen die ukrainisch-polnischen Beziehungen zwischen den Systemwechseln, Auseinandersetzungen um das historische und kirchliche Erbe, sicherheitspolitische Herausforderungen im NATO-Kontext, die Beziehungen der Ukraine und Polens im EU-Kontext sowie die Rolle der Ukraine und Polens als Energietransitstaaten. Im Zuge der Analyse wird die Formulierung der ukrainischen und polnischen Außenpolitik – die die ukrainisch-polnischen Beziehungen wesentlich gestaltet – durch die im vorherigen Kapitel genannten relevanten Akteure untersucht. Als Akteure werden hier die staatlichen Akteure (Präsidenten, Regierungen und Parlamente), nichtstaatliche Akteure (Oligarchen, Minderheiten, Kirchen, NGOs und Arbeitsmigranten), internationale Akteure (Russland, die EU, die USA, die NATO und GUAM) sowie transnationale Akteure (Wirtschaftsforen, Unternehmen und einige NGOs) berücksichtigt. Eingegangen wird auch auf die Identitätswahrnehmungen der Akteure, da diese Wahrnehmungen wichtige Ausgangspunkte für das Agieren bzw. die Entscheidungen der gesellschaftlichen Akteure beider Staaten darstellen. Wichtige Faktoren sind dabei die gemeinsame ukrainisch-polnische Geschichte und die daraus entstandenen historischen Konzepte der Rolle Polens bzw. der Ukraine im internationalen System, sowie die darauf basierenden Identitätswahrnehmungen bestimmter gesellschaftlicher Akteure der Ukraine und Polens. Wie diese Akteure mit ihren unterschiedlichen Identitäten agieren, wird durch einen institutionellen Kontext geregelt, der die Akteurkonstellationen bestimmt. Gleichzeitig stellen informelle Praktiken und soziokulturelle Eigenschaften der betroffenen Akteure einen nichtinstitutionellen Kontext dar.

#### **4.1. Zwischen dem Systemwechsel in Polen und der Ukraine**

##### **4.1.1. Kontakte zwischen Solidarność und Ruch**

Der Typologie von Wolfgang Merkel, Eberhard Sandschneider und Dieter Segert entsprechend fand in Polen 1989 eine „ausgehandelte Transition“ statt (Merkel 1996: 17). Ein

solcher Systemwechsel wird von Samuel Huntington auch *transplacement* genannt, da er auf die Zusammenarbeit zwischen Regime und Opposition verweist (Huntington 1990: 35–49). Den Durchbruch zur Transformation erzielte 1980 die Gewerkschaft Solidarność, die erste freie Gewerkschaft im gesamten Warschauer Pakt. Auch die Bevölkerung unterstützte die Bewegung mit Streiks und Protesten. Mit dem Runden Tisch, einem Kompromiss zwischen Solidarność-Anhängern und kommunistischen Machtinhabern, wurde 1989 die Transformation zu Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft in die Wege geleitet. Das Ziel der Opposition in den Verhandlungen war jedoch nicht eine Abrechnung mit dem alten Regime, sondern eher die Achtung der Menschenrechte und die Veränderung der Gesellschaft (Wagner, G 2006: 43–45), wobei „diese Politik des Schlussstriches“ (Wagner, G 2006: 45) später kritisiert und revidiert wurde.

Nach den Verhandlungen wurden 1989 und 1990 umgehend Reformen in Angriff genommen, wobei es jedoch noch einige Zeit dauerte, bis solide innenpolitische Strukturen aufgebaut, eine neue Verfassung ausgearbeitet und eine stabile Parteienlandschaft geschaffen waren (Wagner, G 2006: 45) – wenigstens in Ansätzen. Insbesondere in der Wirtschaft wurden mit dem Balcerowicz-Plan notwendige Reformen durchgeführt. Infolge der tiefen Transformationskrise 1989–1990 nahm die Wirtschaftskriminalität zu und die Korruption blühte. Mit einem EG-Assoziierungsabkommen und einem Freihandelsabkommen konnte Polen jedoch die Eroberung der westlichen Märkte beginnen und bereits 1992 wurde ein Wirtschaftswachstum erzielt. Die Arbeitslosigkeit jedoch erreichte neue Höhen und die Kluft zwischen Arm und Reich wuchs. Infolgedessen wuchs auch das Misstrauen in Politiker und politischen Institutionen (Wagner, G 2006: 45–47). Da Polen Vorreiter der Demokratisierung in Osteuropa war, konnte es sich an keinem anderen Staat orientieren. Es profitierte jedoch von der immer noch einflussreichen katholischen Kirche und einer starken Zivilgesellschaft, die auf der Dissidentenbewegung beruhte (Merkel 2003b: 162).

Die starke Solidarność-Bewegung setzte noch vor der ukrainischen Unabhängigkeit und dem Systemwechsel auf eine enge Partnerschaft mit der ukrainischen Oppositionsbewegung Ruch. Da die Anhänger von Ruch in Russland eine Gefahr für eine unabhängige Ukraine sahen, wurde die Intensivierung der Beziehungen zu Polen auch durch Ruch unterstützt. 1989 besuchte eine Solidarność-Delegation den Gründungskongress von Ruch in der Ukraine. Bei diesem trat der Solidarność-Berater Adam Michnik für die Unterstützung der ukrainischen Unabhängigkeit ein; die Ruch-Anhänger zeigten sich im



Gegenzug mit Solidarność-Banner und polnischer Fahne (Snyder 2003b: 242–243). 1990 fand im polnischen Jablonna ein Treffen zwischen polnischen und ukrainischen Abgeordneten statt (Gerhardt 2003: 111–113).

Die Idee, zwischen Ruch und Solidarność eine Partnerschaft zu etablieren, geht zurück auf das Konzept von Jerzy Giedroyc, dem Redakteur der Pariser Exilzeitschrift „Kultura“. Sein Identitätskonzept kontrastierte mit den Konzepten von Josef Piłsudki und Roman Dmowski vom Anfang des 20. Jahrhunderts, die die zwei traditionellen Hauptlinien der polnischen Ostpolitik vertraten. (Snyder 2003a: 25)<sup>81</sup>. Die erste dieser Leitideen beabsichtigte die Bildung gemeinsamer Institutionen mit den Nachbarländern, d.h. eine Art Föderalismus, während die zweite die Eingliederung der Nachbarterritorien vorsah, d.h. eine Art Nationalismus (Snyder 2003a: 25) unter Schaffung eines zentralisierten polnischen Nationalstaates. Piłsudki war Föderalist, der Polen auf Grundlage des gemeinsamen kulturellen Erbes in einer Föderation mit Litauen mit polnischsprachiger Elite sehen wollte. Norman Davies verweist zusätzlich drauf, dass Piłsudki alle geographisch zwischen Finnland und Georgien gelegenen Staaten in seine Föderation eingliedern wollte (Davies 2001: 106). Dmowski hingegen war Nationalist, der von Polen besiedelte Gebiete im Osten aufgrund des gemeinsamen kulturellen Erbes als Teil des polnischen Staates sehen wollte (Snyder 2003a: 31).

Giedroyc hingegen schuf eine neue Interpretation der östlichen polnischen Nachbarländer. Anders als seine Vorgänger war er weder föderalistisch noch nationalistisch orientiert und konstatierte, die Ukraine, Litauen und Belarus hätten ein Recht auf eigene Staatlichkeit (Snyder 2003a: 25). Damit erkannte er auch die Grenzen des (aus seiner Sicht zukünftigen) unabhängigen polnischen Staates an, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg festgelegt wurden, ohne dabei Anspruch auf diejenigen Gebiete zu erheben, die während der Zwischenkriegszeit polnisch waren, heute jedoch zum ukrainischen Staat gehören. Russland verblieb in dieser Version des polnischen außenpolitischen Konzepts in seiner traditionellen Rolle des „anderen“ (Miller 2003: 44–45). Mit Giedroyc zusammen arbeitete Bohdan Osadczyk, ein Historiker ukrainischer Herkunft, der vom polnischen Präsidenten Kwaśniewski später als der „wohl aktivste Fürsprecher der polnisch-ukrainischen

---

81 Maciej Zblewski bezeichnet diese Richtungen in Anlehnung an Marek Chafka als die zwei Schulen der polnischen Außenpolitik, die bis heute ihre Bedeutung nicht verloren haben: die prometheistische Schule (Piłsudski) und die realistische Schule (Dmowski) (Zblewski 2006: 10–12).

Versöhnung“ bezeichnet wurde (Kerski/Kowalczyk 2004: 9). Osadczuk befürwortete nachdrücklich die Unabhängigkeit der Ukraine und eine nachfolgende Etablierung friedlicher ukrainisch-polnischen Beziehungen.

Später überließ es Giedroyc seinem engen Freund Juliusz Mieroszewski, einem sich ebenfalls im Exil befindenden polnischen Emigranten, diese Idee weiter zu entwickeln. Mieroszewski skizzierte die Ostpolitik des unabhängigen Polens erst ab 1973. Er sah den polnischen und russischen Nationalismus als gefährlich für Polen an und befürchtete, die Imperialisten in Warschau und Moskau würden auf Kosten der zwischen Polen und Russland liegenden Länder handeln. Um dies zu verhindern, musste Polen die Ostgrenze zur Ukraine, Litauen und Belarus (oft auch zusammenfassend ULB genannt) anerkennen und gleichzeitig die Unabhängigkeitsbewegungen in diesen damals sowjetischen Republiken unterstützen. Nur die Schaffung einer Zone stabiler Staaten zwischen Polen und Russland könne die Sicherheit Polens gegenüber Russland gewährleisten. Trotz anfänglicher Skepsis fand das von „Kultura“ ausgearbeitete Programm der polnischen Ostpolitik generelle Verbreitung und wurde nach 1989 von Solidarność umgesetzt (Snyder 2003a: 35–36). Wie von Kultura empfohlen, wurden Beziehungen zu den nationalstaatlichen Bewegungen in Litauen, Belarus und der Ukraine (Ruch) aufgenommen.

Ruch begrüßte das Engagement von Solidarność für eine stabile und unabhängige Ukraine. Einer der Ruch-Führer (Dmytro Pawlytschko, später Vorsitzender des Komitees für Außenbeziehungen der Ukraine im Parlament) betonte, der Weg der Ukraine nach Europa gehe unzweifelhaft über Polen, und betonte damit, eine neue Ära in den ukrainisch-polnischen Beziehungen habe begonnen (Snyder 2003b: 263). Die Ruch-Bewegung trug ihre Loyalität und Freundschaft zu Polen zeitweise auf geradezu übertriebene Art nach außen, indem z.B. die Räume der ersten Ruch-Sitzungen mit Wappen von Chełm und Przemyśl (früher ukrainischer Gebiete) dekoriert wurden<sup>82</sup>. Dabei entstand anfangs auch der ungewollte Eindruck, Ruch hege territoriale Ansprüche gegenüber Polen.

---

82 Polityka 22.2.1992, zitiert In: Osteuropa-Archiv 42 1992, A 545.

#### 4.1.2. Ukrainische Unabhängigkeit und polnische Unentschiedenheit

Im Gegensatz zu Polen fand in der Ukraine 1991 – folgt man der Typologie von Wolfgang Merkel, Eberhard Sandschneider und Dieter Segert – ein Systemwechsel vom Typ „Neugründung eines Staates“ statt (Merkel/Sandschneider/Segert 1996: 17). Ob dieser Regimewechseltyp vollständig dem ukrainischen Regimewechsel entspricht, ist jedoch unsicher, da in der Ukraine beim Systemwechsel nicht nur die Gründung eines neuen Staates stattfand. Die politischen Änderungen in der Ukraine Ende der 1980-er, die schließlich 1991 zur Unabhängigkeitserklärung der Ukraine und dem Systemwechsel führten, wurden vor allem von der Nationalbewegung Ruch zusammen mit den Reformkommunisten initiiert. Besser geeignet für einen Systemwechsel dieses Typs scheint der Autorin die Typologie von Samuel Huntington zu sein, in der ein Systemwechsel, der durch die Initiative von Reformern in der Regierung zu Stande kommt, *transformation* genannt wird (Huntington 1990: 35–49).

Die Unterschiede im Systemwechsel und später in den Transformationsparadigmen der Ukraine und Polens erklärt Halyna Selenko u.a. mit einer relativen Unabhängigkeit der Universitäten und des akademischen Bereichs von den Staatsorganen in Polen. Darüber hinaus pflegte Polen ungeachtet seiner Bindungen an die Sowjetunion relativ enge Kontakte mit der polnischen Diaspora und auch mit westlichen Staaten, was der Ukraine als Republik der Sowjetunion nicht möglich war. Großen Einfluss übte in Polen die römisch-katholische Kirche aus, die als Faktor der Konsolidierung auftrat und stets die polnische Kultur und das Nationalbewusstsein stärkte. Polen erlebte genau betrachtet keine Periode radikalen Totalitarismus' und war daher in gewisser Weise das schwächste Glied unter den sozialistischen Staaten (Selenko 1999: 123).

Als das Parlament der ukrainischen Sowjetrepublik im August 1991 mit dem Systemwechsel die Unabhängigkeit der Ukraine proklamierte, wurde diese Souveränitätserklärung weder von der polnischen Regierung noch vom Sejm euphorisch begrüßt. Die polnische Regierung und der Sejm gaben diesbezüglich vielmehr zunächst überhaupt keine Erklärungen ab; lediglich der hauptsächlich mit Solidarność-Anhängern besetzte Senat verfasste einen Beschluss. Der Senat kommentierte die ukrainische Unabhängigkeitserklärung durch eine Botschaft, in der die Entscheidung der Ukraine über ihre Unabhängigkeit sowie die Ukraine als gleichberechtigter Nachbar Polens begrüßt wurde

(Hartmann 1995: 946). Lediglich 11 Tage später unterstützte jedoch auch der Sejm die ukrainische Souveränitätserklärung nachdrücklich (Gerhardt 2003: 113).

In der „Deklaration über die Souveränität“ proklamierte das ukrainische Parlament, die ukrainische SSR werde sich in den existierenden Grenzen als souveräner Staat weiter entwickeln und habe das Ziel, in Zukunft ein neutraler atomwaffenfreier Staat zu werden, der an keinem militärischen Block teilnimmt<sup>83</sup>. Das Drängen der Ukraine auf Etablierung diplomatischer Beziehungen kam zu einem für Polen ungünstigen Zeitpunkt, da Warschau aufgrund der noch bestehenden Stationierung sowjetischer bzw. russischer Streitkräfte in Polen Rücksicht auf Moskau nehmen musste. Auf Druck des damaligen Premierministers Bielecki äußerte der polnische Außenminister, Polen sei zwar bereit für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Ukraine, aber erst nach einem Treffen mit dem ukrainischen Außenminister Slenko in Warschau, das für 1991 vorgesehen war. Jedoch verwies der polnische Außenminister auf die noch nicht vertraglich bestätigte Grenze zwischen der nunmehr unabhängigen Ukraine und Polen und maß Moskau bis zum offiziellen Zerfall der Sowjetunion größeres Gewicht bei (Gerhardt 2003: 110). Mit seinem Besuch in Warschau vollzog der ukrainische Außenminister Slenko seinen ersten offiziellen Auslandsbesuch, während Warschau aus Rücksicht auf Moskau noch zögerte<sup>84</sup>. 1991 wurde schließlich eine gemeinsame Deklaration zur Etablierung diplomatischer Beziehungen unterzeichnet<sup>85</sup>. Es kam zwar vorerst nur zu einer Absichtserklärung und dem Austausch spezieller Regierungsbevollmächtigter, daneben jedoch auch zu einem Konsularabkommen, das den neuen Status der Ukraine als unabhängig verankerte<sup>86</sup>.

Im Gegensatz zur polnischen Regierung äußerten sich die polnischen Medien ausdrücklich positiv zu den Unabhängigkeitserklärungen der polnischen Ostnachbarn, darunter auch der Ukraine (Gerhardt 2003: 114–115). Die „Gazeta Wyborcza“, die sich aus dem Informationsblatt der Solidarność-Bewegung zur wichtigsten polnischen Tageszeitung entwickelte, unterstützte die ukrainische Unabhängigkeit ausdrücklich. Der Chefredakteur der Zeitung (der Dissident Adam Michnik, der auch gleichzeitig Anhänger von Jerzy Giedroyc und seinem „Kultura“-Programm war) definierte in seiner Zeitung einen Rahmen für Diskussionen über die polnische Ostpolitik – auch wenn sein Ansatz oft abgelehnt wurde

---

83 Dokument 55-12 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 28. Januar 2008.

84 Rzeczpospolita 9.9.1991, zitiert In: Osteuropa-Archiv 42, 1992, A532.

85 Dokument 616\_179 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 12. Dezember 2007.

86 Rzeczpospolita 9.9.1991, zitiert In: Osteuropa-Archiv 42, 1992, A532.

(Snyder 2003b: 276). Im Dezember 1991 erkannte die polnische Regierung schließlich als erste Regierung auf der Welt den unabhängigen ukrainischen Staat an (Gerhardt 2003: 110), nachdem auch das ukrainische Volk in einem Referendum der Unabhängigkeit der Ukraine zugestimmt hatte.

## **4.2. Spannungen um das historische Erbe**

### **4.2.1. Debatten um das Wolhynien-Massaker und die Aktion Weichsel**

Im Jahre 1990 kam es zum ersten Mal in den jüngeren ukrainisch-polnischen Beziehungen zu Debatten über die Aktion Weichsel und das Wolhynien-Massaker. Die Bezeichnungen Wolhynien-Massaker und Aktion Weichsel gehen auf Ereignisse im und kurz nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. Mit Ausbruch des Krieges erlebten Ukrainer und Polen nach dem Überfall Deutschlands und der Sowjetunion zuerst ein ähnliches Schicksal. Später jedoch, mit Entstehung der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) in der Westukraine, verschärften sich die ukrainisch-polnischen Beziehungen, da die UPA nicht nur gegen Nazis und Bolschewiken auftrat, sondern sich auch in den Jahrhunderte alten Konflikt zwischen Polen und Ukrainern einmischte. Unabhängig vom Kriegsausgang wollten die ukrainischen Nationalisten die polnische Bevölkerung völlig aus den ukrainischen Gebieten vertreiben. Dagegen versuchte die nationalistische polnische Untergrundarmee Armija Krajowa (AK), die polnische Verwaltung dieser Gebiete zu bewahren. Schließlich kam es zu heftigen Kämpfen um das Territorium und um die Begleichung „alter Rechnungen“, wobei die Kämpfe vielfach durch die Deutschen und die Sowjets unterstützt wurden. Die Zivilbevölkerung litt sehr unter den Kämpfen; polnische Quellen behaupten, in den Jahren 1943–44 seien zwischen 60 000 und 80 000 polnische Zivilisten in Wolhynien getötet worden. Ukrainische Quellen hingegen betonen, der Kampf der Polen gegen die Ukrainer habe bereits 1942 begonnen und erst 1945 geendet und mehrere Tausend Ukrainer das Leben gekostet. „So oder so“, schreibt Orest Subtelny, „war dieses Massaker der Höhepunkt eines Hasses zwischen den beiden Völkern, der mit jeder Generation vertieft worden war“<sup>87</sup> (Subtelny 1992: 412).

---

<sup>87</sup> Übersetzung der Autorin.

Mit Ende des Zweiten Weltkriegs endete der Konflikt jedoch nicht. 1944–47 kämpfte die UPA weiterhin im Untergrund in der Ukraine gegen die sowjetische Verwaltung und gleichzeitig auf polnischem Territorium gegen die polnische Verwaltung. Die polnische Armee versuchte mehrmals, die ukrainischen Partisanen zu vertreiben, erlitt dabei jedoch häufig Niederlagen. Als die UPA 1947 einen bekannten polnischen General tötete, besiegelte sie ihr eigenes Ende, da die polnische Regierung als Reaktion darauf entschied, die „ukrainische Frage für immer“ zu lösen. Noch 1947 führte sie die Aktion Weichsel durch, die sowohl eine militärische als auch eine zivile Dimension hatte. Militärisch kreisten die polnischen Soldaten die ukrainische Armee und vernichteten sie. Zivil wurden fast 50 000 ukrainische Lemken, die die ukrainische Armee unterstützt hatten, ohne Vorwarnung zwangsumgesiedelt und in ganz Polen verstreut, um eine Konzentration von Ukrainern in einer Region zu verhindern. Damit wurde die „ukrainische Frage“ als „gelöst“ betrachtet (Subtelny 1992: 426).

Anfang der 1990-er Jahre war die Erinnerung an das Wolhynien-Massaker und die Aktion Weichsel weiterhin und auch erneut sehr lebendig, da viele Zeitzeugen noch lebten und bei der staatlich geförderten Erinnerung an die beiden Ereignisse mitwirkten<sup>88</sup>. 1990

---

<sup>88</sup> Die ukrainisch-polnischen Beziehungen waren auch zeitgeschichtlich alles anders als friedlich. Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert waren die Schwerpunkte der Konfrontation die Bauerfrage, die Lwiwer Universität und Wahlreformen. Die ukrainischen Bauern wollten ihre ärmliche Lage auf polnischem Gebiet nicht mehr nur durch Emigration lösen und organisierten 1902 mit Hilfe der Nationalradikalen einen Bauernstreik und boykottierten die Ernte. Der Streik endete mit einem Sieg der Bauern, durch den sie einige Privilegien von den Landbesitzern erhielten. An der Lwiwer Universität verschärften sich die Beziehungen zwischen ukrainischen und polnischen Studenten, da die Universität sehr stark polonisiert war: die Verwendung der ukrainischen Sprache war eingeschränkt und die Universität wurde mehrmals als „polnisch“ erklärt. In heftigen Auseinandersetzungen wurde 1910 sogar ein ukrainischer Student getötet und viele Studenten nahmen an Demonstrationen gegen die Universitätsverwaltung teil. Bezüglich der Wahlreform wünschten sich die Ukrainer eine faire Wahl, die es ihnen ermöglicht hätte, stärker in Galiziens Sejm und im Wiener Parlament repräsentiert zu sein. 1895–1897 kulminierten die Wahlfälschungen, während bei Protesten mehrere ukrainische Bauern getötet, verletzt oder verhaftet wurden. Auch wenn nach der Reform 1907 die Zahl der ukrainischen Abgeordneten erhöht wurde, war der Streit zwischen Polen und Ukrainern beileibe nicht beigelegt, sondern spitzte sich sogar zu, als ein ukrainischer Student den polnischen Gouverneur tötete (Subtelny 1992: 290–292). Obwohl die Ukrainer im politischen Leben gewisse Freiheiten hatten (beispielsweise gab es ukrainische Abgeordnete in Sejm und Senat sowie ukrainische Parteien und ukrainische Genossenschaften) erhob sich später ein Protest gegen die Polonisierung der ukrainischen Gebiete Polens. Der Widerstand der Ukrainer gegen die Polen drückte sich erst heimlich in Boykotten und Sabotagen aus, ab 1924 jedoch offen, oft auch mit sowjetischer Unterstützung. Es kam zu einem regelrechten Kleinkrieg, als die schon 1920 gegründete Ukrainische Militärische Organisation (UVO) unter der Leitung von Konowalez begann, mittels terrorähnlicher Methoden gegen die Polen zu kämpfen. Polnische Gutshöfe wurden abgebrannt und Attentate auf polnische Politiker wurden durchgeführt (auch eines auf Piłsudski, das jedoch scheiterte). Ab 1930 kämpfte die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) mit Terrormitteln und zusammen mit Untergrundbewegungen auch gegen polnische Einrichtungen, Beamte und Grundbesitzer sowie auch gegen mit den Polen kooperierende Ukrainer. Auch viele Attentate wurden durchgeführt. Die polnische Regierung reagierte darauf mit einer Welle von Verhaftungen und „Pazifizierungen“ in den Dörfern. Besonders scharf

verurteilte der hauptsächlich durch Solidarność-Anhänger besetzte polnische Senat mit einer Erklärung die Aktion Weichsel, wenn auch nur mit knapper Mehrheit<sup>89</sup>. Der Senat der Republik Polen, so in der Erklärung, verurteile die Aktion Weichsel und betone die Kollektiverantwortung für die totalitären Systeme. Im Weiteren werde sich der Senat der Republik Polen bemühen, dass das durch die Aktion verursachte Unrecht – soweit dies möglich sei – eine Wiedergutmachung erfahre<sup>90</sup>. Damit hoffte der polnische Staat, einen Schritt in Richtung Aussöhnung mit seinem östlichen Nachbarn zu machen.

Der Senatsbeschluss wurde von der ukrainischen Werchowyna Rada begrüßt, jedoch nur mit Verzögerung, da sich das ukrainische Parlament erhofft hatte, auch der polnische Sejm würde sich bei den Ukrainern für die Aktion Weichsel entschuldigen. Eine solche Erklärung durch den Sejm kam aber nie zu Stande<sup>91</sup>. Er fand keine Mehrheit vielleicht auch deshalb, weil einige Sejm-Abgeordnete noch Zeugen oder gar Handelnde der Aktion Weichsel waren. Der damalige polnische Präsident Jaruzelski beispielsweise war ein Veteran jener Aktion (Snyder 2003b: 263). Darüber hinaus wartete der polnische Sejm darauf, dass das ukrainische Parlament offiziell das Wolhynien-Massaker verurteilen würde, was jedoch ebenfalls damals nicht geschah. Der polnische Justizminister äußerte sich damals dahingehend, das Wolhynien-Massaker solle ähnlich dem Stalinistischen Terror als Verbrechen gegenüber der Menschheit betrachtet werden (Snyder 2003b: 262)<sup>92</sup>.

Trotz oder sogar gerade wegen der heftigen Auseinandersetzungen um das Wolhynien-Massaker und die Aktion Weichsel wurde Mitte der 1990-er mit staatlicher Unterstützung ein gemeinsames Projekt polnischer und ukrainischer Historiker etabliert. In einer Konferenzserie präsentierten die Historiker ihre Untersuchungen zur gemeinsamen Geschichte (Wolczuk 2002: 44–45). Mit dem Historischen Militärinstitut in Warschau und der staatlichen Wolhynien-Universität in Luzk wählten die beiden Seiten für die Historikertreffen jedoch nicht unbedingt Veranstaltungsorte, die Kompromisse signalisierten. Ausgewählt wurden diese Institutionen von zwei NGOs: der Weltunion der Soldaten der Armia Krajowa

---

wurde gegen die orthodoxe Kirche vorgegangen: erst mussten Gottesdienste auf Polnisch abgehalten werden, später wurden in einigen Gebieten orthodoxe Kirchen zerstört. Im Grunde genommen war die Minderheitenpolitik Polens eher integrativ, zu loyalen Bürgern des polnischen Staates wurden die Ukrainer jedoch nicht (Kappeler 2000: 206–212).

89 Życie Warszawy 1.2.1992, zitiert In: Osteuropa-Archiv 42 1992, A545.

90 Gazeta Wyborcza. 7.8.1990, zitiert In: Osteuropa-Archiv, 1992.

91 Gazeta Wyborcza 8.8.1990, zitiert In: Osteuropa-Archiv 42 1992, A535.

92 Vgl. die Anerkennung des Katyń-Massakers durch Michail Gorbatschow, bei dem NKWD-Truppen mehrere Tausend polnische Soldaten und Zivilisten töteten.

(Heimatarmee) und der Union der Ukrainer in Polen (Snyder 2003b: 289–290). Ungeachtet der heftigen Diskussionen, die dadurch geprägt waren, dass weder Ukrainer noch Polen bereit waren auf Kompromisse einzugehen, wurden die Ergebnisse der Konferenzen in zehn Bänden unter dem Titel „Polska–Ukraina: Trudne Pytania“ (Polen–Ukraine: Schwierige Frage) publiziert<sup>93</sup> (Wolczuk 2002: 44–45).

Mit dem Ziel, die Versöhnung durch einen Akt auf höchster staatlicher Ebene zu unterstützen, unterzeichneten die Staatspräsidenten Polens und der Ukraine, Kwaśniewski und Kutschma, 1997 eine auf den Historikerkonferenzen basierende „Gemeinsame Deklaration der ukrainischen und polnischen Präsidenten über Versöhnung“<sup>94</sup>. Diese Aktion verbesserte in der Folge nicht nur das gegenseitige Image der Ukrainer und Polen, sondern erleichterte auch die politische Zusammenarbeit, die lange Zeit durch das historisch-kulturelle Erbe belastet war<sup>95</sup>. Viele Polen erwarteten allerdings neben der Unterzeichnung der Deklaration über Verständigung eine entsprechende Resolution des ukrainischen Parlaments (Wolczuk 2002: 40). Wie jedoch der Sejm 1990 keinen Beschluss zur Aktion Weichsel verabschiedet hatte (anders als der Senat), so war auch die Werchowyna Rada in Hinsicht auf das Wolhynien-Massaker zu keiner Verurteilung bereit.

Ingesamt schien sich der Konflikt um die gemeinsame Geschichte damit zu entspannen. Bald darauf kam es jedoch zu einer Profanierung der polnischen Nationalflagge während einer Demonstration, die zum Gedenken der ukrainischen Unabhängigkeitsproklamation 1991 organisiert worden war. In einer Erklärung äußerte sich das Außenministerium Polens besorgt dazu, wobei es jedoch betonte, die Verantwortung dafür läge nicht bei den staatlichen Strukturen. Allerdings wurde polnischen Aktivisten gleichzeitig von der Lwiwer Stadtverwaltung untersagt, den polnischen Teil des Friedhofs in Lwiw zu säubern (Olszański 1997: 158).

Erst im Kontext des Gedenkens des 60. Jahrestages der Wolhynien-Tragödie verabschiedeten das ukrainische und das polnische Parlament 2003 eine gemeinsame Resolution. Die Resolution beschrieb die historischen Ereignisse in Wolhynien als Tragödie beider Völker und beabsichtigte, die schwierigsten historischen Fragen gemeinsam zu

---

93 Polska–Ukraina: trudne pytania. 1998–2000. Karta: Warschau.

94 Dokument 616\_005 unter <http://zakon.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 5. August 2007.

95 Vgl. die Versöhnungsmaßnahmen zwischen Frankreich und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und zwischen Deutschland und Polen nach der Wende.



besprechen, um im Namen der Zukunft eine gemeinsame Interpretation der Geschichte zu finden<sup>96</sup>.

Der Resolution gingen jedoch Debatten in der Werchowyna Rada voran, da das historische Ereignis in Wolhynien im ersten Satz der Resolution als Tragödie des polnischen Volkes und erst am Ende des Absatzes auch als Tragödie beider Völker bezeichnet wurde<sup>97</sup>. Darüber hinaus schrieb das ukrainische Parlament im „Erklärungsblatt“ zu seiner Zustimmungsverordnung, antiukrainische polnische Organisationen hätten die Verantwortung für die Wolhynien-Tragödie jahrzehntelang allein bei der ukrainischen Aufstandsarmee OUN-UPA gesucht, was jedoch der ukrainischen Historiographie widerspreche<sup>98</sup>.

Auch im polnischen Sejm gingen der Verabschiedung der Resolution heftige Debatten über die richtige Formulierung voraus. Der Vorsitzende der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) Jarosław Kaczyński äußerte, seine Partei werde der Resolution nicht zustimmen, da sie das Wort „Genozid“ nicht beinhalte; die Wolhynien-Tragödie sei nach Auffassung seiner Partei ein Genozid am polnischen Volk gewesen. Die Liga der Polnischen Familien (LPR) und die Polnische Volkspartei (PSL) kritisierten ebenfalls den Entwurf der Resolution, da er ihnen nicht explizit genug erschien<sup>99</sup>.

In der Ukraine erreichten die Debatten um Wolhynien jedoch keine breite gesellschaftliche Aufmerksamkeit. Jarosław Hrycak stellte fest, dass nach Meinungsumfragen 2003<sup>100</sup> 48,9% der Ukrainer über das Wolhynien-Massaker Bescheid wussten und 28,4% etwas von der Tragödie gehört hatten, aber nicht sagen konnten, worum es ging (Hrycak 2004: 160). Dieser Wissensstand ist jedoch nicht weiter merkwürdig, da nur im westlichen Teil der Ukraine Zeugen der gemeinsamen Geschichte mit Polen lebten. Wie Hrycak selbst vermerkte, wussten in der ukrainischen Wolynska Oblast 90% der Bevölkerung von der Wolhynien-Tragödie und den Debatten darum (Hrycak 2004: 160). 2002 schrieb Kataryna Wolczuk, eine Versöhnung zwischen den Gesellschaften in Polen und der Westukraine bleibe leider trotz der Bemühungen der politischen Kräfte Polens und der Ukraine (besonders im Namen der Staatspräsidenten) zu wenig spürbar. Die gesellschaftlichen Kontakte, so Wolczuk, fänden zumeist durch die Saisonarbeit ukrainischer Arbeitsmigranten in Polen und

---

96 Dokument 1085-15 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 4. Januar 2009.

97 <http://www.rferl.org/content/Article/1142956.html>; RFE/RL; abgerufen am 4. Januar 2009.

98 Erklärungsblatt zu Dokument 1085-15 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 4. Januar 2009.

99 <http://www.rferl.org/content/Article/1142956.html>; RFE/RL; abgerufen am 4. Januar 2009.

100 Leider gibt der Autor des Beitrags keinerlei Hinweise darauf, wer die Meinungsumfragen durchführte.

durch den Handel in der Grenzregion statt. Es bestehe dagegen ein großes Defizit an gesellschaftlichem Dialog zwischen den durchschnittlichen ukrainischen und polnischen Bürgern (Wolczuk 2002: 30).

Darüber hinaus mussten Präsident Juschtschenko und Präsident Kaczyński 2007 ihre Teilnahme am Gedenktag anlässlich des 60. Jahrestages der Aktion Weichsel absagen. Grund waren Auseinandersetzungen darum, dass die ukrainische Minderheit in Polen für eine formelle Entschuldigung und eine materielle Entschädigung durch Polen plädierten, was Polen jedoch zurückwies<sup>101</sup>. Der Vorgang ähnelte den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen im Jahr 2002, als Präsident Kwaśniewski und Präsident Kutschma aufgrund heftiger öffentlicher Debatten ihre Teilnahme an der Eröffnung eines Denkmals auf dem polnischen Teil des ukrainischen Friedhofs in Lwiw absagen mussten.

#### **4.2.2. Streit um das kirchliche Erbe**

Anfang der 1990-er kam es in Polen zu Auseinandersetzungen zwischen der griechisch-katholischen ukrainischen und der römisch-katholischen polnischen Kirche. Versuche durch den polnischen Kardinal Glemp und Papst Johannes Paul II., griechisch-katholische Gotteshäuser in Polen zu ermöglichen, stießen auf Proteste von Polen. Zu Spannungen kam es insbesondere im Fall der ehemaligen griechisch-katholischen Kirche im polnischen Przemyśl. Trotz des früheren Austausches von Versöhnungserklärungen zwischen dem Lemberger Kardinal Ljubatschowskyj und dem polnischen Kardinal Glemp wurde das Gebäude nicht der ukrainischen griechisch-katholischen Gemeinde übergeben (Guggenberger 2005: 129). Polnische Kriegsveteranen organisierten Proteste in Form von Barrikaden und Hungerstreiks gegen die Übergabe der Kirche an die ukrainische Gemeinde. Die Stadtverwaltung unterstützte die Polen und gab der ukrainischen Gemeinde eine andere Kirche, die den Ukrainern jedoch nie gehört hatte, was letztere sehr unzufrieden zurückließ (Wolczuk 2002: 68). Daher blieb der Fall noch lange ein Streitpunkt zwischen Polen und den ukrainischen Minderheiten in Polen.

---

101 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/indepth/story/2007/04/070426\\_repa\\_wisla\\_poland\\_sp.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/indepth/story/2007/04/070426_repa_wisla_poland_sp.shtml);  
abgerufen am 15. Juni 2008.

BBC;

Jedoch wurden die ukrainisch-polnischen Beziehungen nicht nur durch Auseinandersetzungen um das kirchliche Erbe zwischen der ukrainischen Minderheit und Polen belastet, sondern auch durch Proteste durch Ukrainer. Der Besuch der Premierministerin Suchocka 1993 führte sie zwar nach Kiew, nicht jedoch nach Lwiw, da die ukrainische Regierung die Premierministerin vor der antipolnischen Stimmung in der Stadt gewarnt hatte. Kurz zuvor hatten Auseinandersetzungen zwischen der griechisch-katholischen Kirche und polnischen Katholiken in Przemyśl stattgefunden (Hartmann 1995: 456). Außer der Rückgabe griechisch-katholischer Kirchegebäude in Polen an Ukrainer forderten die Demonstranten in Lwiw Wiedergutmachung durch Polen für die Aktion Weichsel, die Bestrafung der Täter und die Übernahme staatlicher Verantwortung für die Aktion (Hartmann 1995: 960).

2007 traten in Lwiw erneut Auseinandersetzungen zwischen der polnischen Minderheit und Ukrainern auf. Die römisch-katholische polnische Minderheit forderte die Rückgabe der römisch-katholischen Kirche der Heiligen Maria Magdalena, deren Gebäude als Konzerthaus für Orgelmusik benutzt wird<sup>102</sup>. Ukrainische Aktivisten warfen den Diplomaten des polnischen Konsulats in Lwiw vor, sie schlossen sich radikalen Formen des polnischen Nationalismus an. Die ukrainische Zeitung „Dserkalo Tyschnja“ empfahl den polnischen Diplomaten, statt den Konflikt zuzuspitzen sollten sie besser die Kompetenz der in der Ukraine lebenden polnischen Minderheit bezüglich der ukrainisch-polnischen Beziehungen nutzen. Da die Vertreter der polnischen Minderheit in der Ukraine normalerweise drei Sprachen (Polnisch, Ukrainisch und Russisch) sprechen, könnten sie als Vermittler zwischen Ukrainern und Polen fungieren. Dem polnischen Staat warf die Zeitung einen großen Mangel an Ukraine-Expertise vor. Oft würden sich Personen ohne Wissen über die ukrainische Sprache und das ukrainische Alltagsleben mit den die Ukraine betreffenden Fragen beschäftigen, so die Zeitung.

Die Konflikte um die Religion und um kirchliche Gebäude zwischen Ukrainern und Polen gehen bis in das 14. Jahrhundert zurück und haben ihre Wurzeln insbesondere in der ukrainischen orthodoxen (später griechisch-katholischen) und der polnischen römisch-katholischen Identität. Als die regierende Dynastie des Fürstentums Galizien-Wolhynien (das wichtigste Bindeglied zwischen den Kiewer Rus und der späteren ukrainischen Geschichte)

---

102 Lohinow, J. Jewrokror do porosuminnja. In: Dserkalo Tyschnja 12.–18. Mai 2008 unter <http://www.dt.ua/1000/1550/59241>; abgerufen am 4. Dezember 2008.

im Jahre 1323 ausstarb, wurde das Fürstentum zum Streitobjekt seiner westlichen Nachbarn Polen und Litauen. Schließlich fielen Teile des Fürstentums an Polen und Teile an Litauen (Kappeler 2000: 41–43). In den an Polen gefallen Gebieten garantierte Polen der Bevölkerung vorerst die ostslawische Amtsprache, die Besitzrechte des Adels, die Stellung der orthodoxen Kirche und eine gewisse Verwaltungsautonomie. Mit der Zeit wurde Galizien jedoch administrativ und kulturell in Polen assimiliert. Die orthodoxe Kirche in diesen Gebieten wurde aufgelöst, und da nur Katholiken Adelsprivilegien genossen, konvertierte der größte Teil der Bevölkerung zum Katholizismus. Zu Beginn des 15. Jahrhunderts trat der gesamte Adel Galiziens zum römisch-katholischen Glauben über und gelangte somit auch unter den Einfluss der polnischen Sprache und Kultur (Kappeler 2000: 44).

Die zu Polen und Litauen gehörenden ukrainischen Gebiete kamen im Zuge der polnisch-litauischen Personalunion im Jahre 1385/86 wieder unter eine einheitliche Herrschaft. Die Personalunion kam durch die Heirat der polnischen Thronerbin Jadwiga und des litauischen Großfürsten Jagiełło zu Stande, woraufhin letzterer den polnischen Königsthron bestieg. Jagiełło gliederte seinem Herrschaftsbereich die Länder der Kiewer Rus an und eroberte Galizien zurück, das zuvor kurz an Ungarn gefallen war. Wie im vorhergehenden Fall wurden auch diesmal in den eroberten Gebieten die rechtliche und soziale Ordnung, die ostslawische Amtsprache, die Glaubensfreiheit und die Privilegien des orthodoxen Adels vorerst garantiert. Da die orthodoxen Ukrainer und Belarussen den katholischen Litauern und Polen jedoch nicht als gleichwertig gegenübergestellt waren, gerieten erstere wieder allmählich unter polnischen Einfluss (Kappeler 2000: 44–46).

Im Jahre 1569 rückten Polen und Litauen mit dem absehbaren Ende der Jagiełło-Dynastie näher zusammen, und aus der Personalunion entstand als Realunion das Königreich Polen-Litauen. Damit kamen fast alle von Ukrainern besiedelten Gebiete unter polnische Herrschaft. Die administrative Angliederung der ukrainischen Gebiete an Polen führte auch zur Integration des ukrainischen Adels in den polnischen Adel. Die Herausbildung des polnischen Adels Szlachta und die Blütezeit der polnischen Kultur im 15. und 16. Jahrhundert führten dazu, dass die Mehrheit des orthodoxen ukrainischen Adels zum Katholizismus konvertierte; nur wenige ukrainische Adlige blieben orthodox. Dies begründete auch die spätere tiefe Kluft zwischen dem katholischen Adel und den ukrainischen Bevölkerungsschichten (Kappeler 2000: 46–47).

Aufgrund der weiteren Polonisierung der Ukrainer im 16. Jahrhundert sowie aufgrund des Wunsches des orthodoxen Teils des ukrainischen Adels nach Beibehaltung ihrer Orthodoxie verschärfte sich die Konfrontation zwischen dem polnischen und dem ukrainischen Adel. Als Lösung dieser Konfrontation wurde 1596 in den betroffenen Gebieten eine Kirchenunion, genannt Brest-Union, zwischen der römisch-katholischen und der griechisch-orthodoxen Kirche durchgeführt. Dabei entstand eine unierte Kirche mit slawischer Liturgie, Priesterehe und orthodoxer Kirchenorganisation. Die Hoffnungen, damit die religiösen Spaltungen in Polen und innerhalb der ukrainischen Bevölkerung zu überwinden, erfüllten sich jedoch nicht – im Gegenteil. Der größte Teil der ukrainischen Bevölkerung konvertierte nicht zu der neuen Kirche. Im Jahre 1632 erkannte der polnische König ausgehend von der Realsituation die Existenz zweier Kirchen und zweier Metropolen an. Die dominierende katholisch-polnische Kultur wurde damit wieder der ukrainisch-orthodoxen Kultur gegenübergestellt (Kappeler 2000: 46–47).

Zu Beginn des 17. Jahrhunderts stellte der polonisierte ukrainische Adel in den ukrainischen Gebieten nur einen kleinen Teil der adeligen Bevölkerung während der polnische Adel stark dominierte. Der Druck auf die ukrainischen Bauern löste eine Fluchtbewegung der Bauern aus. Gleichzeitig hatte auch die orthodoxe Stadtbevölkerung keine Privilegien, anders als der katholische Teil der Bevölkerung (Kappeler 2000: 48–50). Im 17. Jahrhundert verstärkte die Adelsrepublik Polen ihre Kontrolle über das ukrainische Gebiet; gleichzeitig wurden die ukrainischen Bauern durch den polnischen und den polonisierten Adel ausgebeutet. Dies führte zu vermehrten Protesten sowohl der freien Kosaken als auch der Bauern und der Stadtbevölkerung. Später schlossen sich zudem die Register-Kosaken diesen Protesten an. Die daraus resultierenden Volksaufstände Mitte des 17. Jahrhunderts wurden von der polnisch-litauischen Herrschaft niedergeschlagen; zur Beseitigung der Unzufriedenheit wurde jedoch nichts unternommen.

Im 18. Jahrhundert wurden die Privilegien des polnischen und des polnisierten ukrainischen Adels weiter ausgedehnt und die orthodoxe Kirche fortgesetzt durch die katholische Kirche diskriminiert, woraufhin sich neue Protestbewegungen entwickelten. Die neuen Widerstandskämpfer nannten sich Hajdamaken (aus dem Türkischen: Krieger) und rekrutierten sich aus ehemaligen Kosaken oder Bauern; sie bekämpften die polnischen Gutsbesitzer und den römisch-katholischen Klerus. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts ereignete sich eine Welle von Hajdamakenaufständen, worunter der blutigste Aufstand,

genannt Kolijiwschtschyna, im Jahre 1768 stattfand. Die Beteiligten waren Kosaken, Bauern, Teile der Stadtbevölkerung und sogar einzelne Adlige. Polen beantwortete dies mit einer Reihe heftiger Repressionen, unter denen erneut viele ukrainische Bauern ums Leben kamen (Kappeler 2000: 102–103).

Auch im 20. Jahrhundert, als die Alliierten nach dem Ersten Weltkrieg die polnische Herrschaft über Ostgalizien anerkannten, brauchte Polen keine Rücksicht mehr auf die Ukrainer zu nehmen. Polen verfolgte seitdem eine Polonisierung, wenn auch mit differenzierter Intensität. Am bedeutendsten war in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass Polen nicht bereit war, die Ukrainer als Nation anzuerkennen (Kappeler 2000: 206–207). Eine starke Polonisierung fand im kulturellen Bereich statt: Obwohl die griechisch-katholische Kirche anerkannt wurde, wurde sie gegenüber der katholischen Kirche stark benachteiligt. Darüber hinaus führten die polnischen Regierungen eine so genannte Boden- und Siedlungspolitik durch, bei der viele polnische Bauern in die ukrainischen Gebiete übersiedelt wurden (Kappeler 2000: 208). In dieser Weise zog sich der Religionskonflikt zwischen den Ukrainern und Polen über die Jahrhunderte.

Im Gegensatz zu den polnischen und ukrainischen Gemeinden plädierten hochrangige Geistliche der ukrainischen griechisch-katholischen Kirche und der polnischen römisch-katholischen Kirche für eine Versöhnung. 2004 fand in einem kleinen ukrainischen Dorf an der ukrainisch-polnischen Grenze ein gemeinsamer Gottesdienst von 100 000 Polen und Ukrainern statt. Kardinal Glemp von der römisch-katholischen Kirche und Kardinal Husar von der griechisch-katholischen Kirche führten durch den Gottesdienst. Der römisch-katholische Kardinal plädierte für die Notwendigkeit wissenschaftlicher Konferenzen von Historikern zur Enthüllung der wahren ukrainisch-polnischen Geschichte zu Gunsten der Versöhnung und zur Stärkung des ukrainischen Staates. Der griechisch-katholische Kardinal plädierte ebenfalls für die historische Verzeihung<sup>103</sup>.

---

103 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2004/08/040808\\_ukr\\_poland.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2004/08/040808_ukr_poland.shtml); BBC; abgerufen am 10. Februar 2009.

#### 4.2.3. Auseinandersetzungen um die polnischen „Jungen Adler von Lwiw“

2002 kamen neue Auseinandersetzungen aufgrund der gemeinsamen ukrainisch-polnischen Geschichte auf. Der neue Konflikt entwickelte sich aufgrund verschiedener Interpretationen der Inschrift eines neuen Denkmals auf dem Orlat-Friedhof in Lwiw, das polnischen Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg, den so genannten „Jungen Adlern von Lwiw“, gewidmet war. Wenige Tage vor Enthüllung des Denkmals entschied die Lwiwer Stadtverwaltung, die Inschrift auf dem Denkmal zu ändern. Aus dem von Polen vorgeschlagenen Satz wurden die Wörter „heroisch“ und „Unabhängigkeit“ gestrichen; übrig blieb nur „An die unbekannten polnischen Soldaten, die für Polen fielen“<sup>104</sup>.

Die Eigenmächtigkeit der Lwiwer Verwaltung führte zu heftigen Debatten und dazu, dass die Zeremonie zur Einweihung des Denkmals, an der die beiden Staatspräsidenten teilnehmen sollten, verschoben werden musste. Der Streit dauerte so lange, dass mehrere neue Termine für die Enthüllung Denkmals gefunden werden mussten. Schließlich äußerte Präsident Kwaśniewski, es sei ihm mittlerweile peinlich, diese Umstände vor Journalisten zu kommentieren<sup>105</sup>. Die Diskussionen fanden insbesondere in den Medien der Ukraine und Polens Resonanz. Die polnische Seite warf dem ukrainischen Präsidenten Kutschma vor, er habe sich noch immer nicht offiziell für das Wolhynien-Massaker entschuldigt (Hrycak 2004: 153). Nationalistische Kreise in Lwiw forderten hingegen die Überreste der Anführer der OUN-UPA (Organisation Ukrainischer Nationalisten und Ukrainische Aufstandsarmee) Konowalez und Bandera (die aus der Sicht Polens antipolnisch waren) in die Ukraine zu überführen, um ihnen historische Gerechtigkeit zu erweisen (Lang 2002: 15–16).

Die ukrainischen Zeitungen „Dserkalo Tyschnja“ und „Krytyka“, deren beider Sitz in Kiew ist, griffen die Debatten ebenfalls auf und forderten eine Versöhnung. Auch warfen ukrainische Medien den Verantwortlichen in Kiew vor, sie wüssten zu wenig über die historischen Beziehungen der Ukraine und Polens und würden anscheinend auch nicht mehr darüber wissen wollen, da es in Kiew kein polnisches Institut gebe und es in der Außenpolitik

---

104 unter <http://www.dt.ua/1000/1550/34829>; Dserkalo Tyschnja 18.–24. Mai 2002; abgerufen am 26. November 2008.

105 Pawliw, W. Ukrajinsko-polski widnosyny na nowomu etapi serjosnych wyprobuwan. In: Dserkalo Tyschnja 25.–31. Mai 2002 unter <http://www.dt.ua/1000/1600/34887>; abgerufen am 18. November 2008 || <http://www.dt.ua/1000/1550/34829>; Dserkalo Tyschnja 18.–24. Mai 2002; abgerufen am 18. November 2008 || <http://www.dt.ua/1000/1550/35199>; Dserkalo Tyschnja 22.–27. Juni 2002; abgerufen am 18. November 2008.

der Ukraine gegenüber Polen an einem kohärenten Konzept mangle<sup>106</sup>. Daher verfasste eine Gruppe von Kiewer und Lwiwer Intellektuellen einen Brief an ihre polnischen Kollegen, in dem sie um Verzeihung für die Wolhynien-Tragödie baten. Gefolgt wurde der Brief von einer gemeinsamen Gedenkfeier der polnischen und ukrainischen Intellektuellen auf dem polnischen Teil des Friedhofs in Lwiw (Hrycak 2004: 159). Obwohl sich die beiden Staatspräsidenten Kutschma und Kwaśniewski nachdrücklich für eine Lösung des Konflikts aussprachen, konnte der Orlat-Friedhof in Lwiw schließlich erst im Jahr 2005 eröffnet werden. An der Zeremonie nahmen Kwaśniewski und der neue ukrainische Präsident Juschtschenko teil – die Einweihung war also nicht mehr während Kutschmas Präsidentschaft zu Stande gekommen.

#### **4.2.4. Anstrebung von ukrainisch-polnischer Versöhnung und kulturellem Austausch**

Aufgrund der heftigen Auseinandersetzungen zwischen den ukrainischen und polnischen Gemeinden um die historischen Ereignisse bemühten sich die staatlichen Akteure bzw. die politischen Institutionen der Ukraine und Polens intensiv, Versöhnungsmaßnahmen und einen kulturellen Austausch zu fördern. Der polnische Präsident Kwaśniewski und der ukrainische Präsident Kutschma trafen sich im Laufe der Jahre regelmäßig an Orten der gemeinsamen, oft gegeneinander gerichteten ukrainisch-polnischen Geschichte: sie legten Kränze an Gräbern des polnischen Orlat-Friedhof in Lwiw nieder, enthüllten ein Denkmal für die im polnischen KZ Jaworzno ums Leben gekommenen Ukrainern, legten den Grundstein für ein Denkmal der während der stalinistischen Repressionen in Charkiw gefallenen Polen, und widmeten ein weiteres Denkmal den ukrainischen Soldaten der Ukrainischen Volksrepublik, die beim Kampf um die ukrainische und polnische Unabhängigkeit im Krieg gegen die Bolschewiken gefallen waren (Snyder 2003b: 287).

Die außerordentliche Frequenz dieser Präsidententreffen und der zeremonielle Ablauf der Treffen sandten eine wichtige Versöhnungsbotschaft an die ukrainische und polnische Gesellschaft. Eine besondere Rolle spielte in diesem Zusammenhang Präsident Kwaśniewski.

---

106 Huzul, J./Kujbida, W. Ne moschna swodyty wsju polsko-ukrajinska polityku do obhoworennja zwyntarnych pytann. In: Dserkalo Tyschnja 18.–24. Mai 2002 unter <http://www.dt.ua/1000/1550/34819/>; abgerufen am 4. Dezember 2008.



Dieser erwähnte, seine Gattin müsse mittlerweile eigentlich schon eifersüchtig wegen der häufigen Treffen mit Präsident Kutschma sein. Er deutete damit an, dass die Familie seiner Gattin beim Wolhynien-Massaker ums Leben gekommen war, sie ihren Gatten jedoch trotzdem unterstützte. Er ergänzte, auch sein Schwiegervater sei völlig mit seiner Außenpolitik gegenüber der Ukraine einverstanden, womit er die Notwendigkeit der ukrainisch-polnischen Versöhnung unterstrich (Snyder 2003b: 288).

Außerdem plädierte der polnische Präsident dafür, die polnische Minderheit in der Ukraine solle eine aktive Rolle in der ukrainischen Gesellschaft übernehmen, als Anwalt des bilateralen ukrainisch-polnischen Verhältnisses auftreten und somit als Brücke zwischen Polen und der Ukraine dienen. Überdies regte er an, die kulturellen Unterschiede zwischen der polnischen und der ukrainischen Gesellschaft nicht als Hindernis, sondern als Bereicherung zu erkennen. Gleichzeitig hoffe er, die ukrainischen Behörden würden günstige Bedingungen für die Entwicklung der polnischen Minderheit schaffen (Gerhardt 2003: 177). Zu diesem Zweck bot der polnische Ministerrat in den Jahren 1997/1998 finanzielle und technische Hilfe im Schulwesen an (Gerhardt 2003: 179).

Auch während ihrer zweiten Amtszeit initiierten die beiden Staatspräsidenten zahlreiche Versöhnungsmaßnahmen. Vor dem Hintergrund der gemeinsamen Wolhynien-Resolution besuchte der Vorsitzende des Nationalen Rats für Sicherheit Polens Siwiec (eine eng mit Kwaśniewski assoziierte Person) die Ukraine. Wie vor der Deklaration der beiden Staatspräsidenten über Versöhnung 1997 wurden auch aus diesem Anlass Historikerkonferenzen und andere Gedenkveranstaltungen organisiert<sup>107</sup>. Darüber hinaus nahmen Kwaśniewski und Kutschma 2003 an einer Gedenkzeremonie im Dorf Pawliwka in Wolhynien teil, in dem bei den Auseinandersetzungen zwischen den ukrainischen und den polnischen Nationalisten 1943 fast 100 000 Menschen ums Leben kamen<sup>108</sup>. In Auseinandersetzungen mit dem ukrainischen Parlament beschuldigte Präsident Kutschma 2004 die Oppositionspartei Unsere Ukraine (NU) von Wiktor Juschtschenko, sie schwäche die Bedeutung des Jahrestages der Wolhynien-Tragödie (Hrycak 2004: 162).

Kutschma legte in der Folge besonderen Wert auf den kulturellen Rahmen der ukrainisch-polnischen Beziehungen im weiteren Sinne. 2004 wurde zum Jahr Polens in der

---

107 Erklärungsblatt zum Dokument 1085-15 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 4. Januar 2009.

108 <http://www.radiosvoboda.org/content/news/905355.html>; RFE/RL, abgerufen am 7. Juni 2009.

Ukraine und 2005 zum Jahr der Ukraine in Polen ausgerufen; in diesen beiden Jahren wurden besonders zahlreiche wissenschaftliche und kulturelle Veranstaltungen durchgeführt (in ähnlicher Form fand 2002 das Jahr der Ukraine in Russland und 2003 das Jahr Russlands in der Ukraine statt). In diesem Zusammenhang zeigte sich Kutschma großzügig in der Verleihung staatlicher Auszeichnungen an polnische Staatsbürger: 2004 verlieh er Orden an eine Reihe polnischer Bürger, um ihre wertvollen Beiträge zur internationalen Zusammenarbeit und zu den bilateralen ukrainisch-polnischen Beziehungen zu würdigen<sup>109</sup>.

Zur ukrainisch-polnischen Versöhnung trug auch der polnische Regisseur Jerzy Hofmann bei. Mit seiner Verfilmung des vom polnischen Nobel-Preisträger Henryk Sienkiewicz verfassten Romans „Ogniem i Mieczem“ (Mit Feuer und Schwert) 1999 zeigte der Regisseur von einer neutralen Warte den Kampf zwischen Polen und ukrainischen Kosaken; der bekannte ukrainische Schauspieler Bohdan Stupka spielte den ukrainischen Hetman Chmelnyzkyj. Der Film erlebte, besonders in Polen, einen großen Erfolg und trug in vielerlei Hinsicht zur Dekonstruierung des antiukrainischen Mythos bei (Wolczuk 2002: 52).

Der ukrainische Präsident Juschtschenko, der außenpolitisch nicht erfolgreich und innenpolitisch seit den Verfassungsänderungen 2004 in seinem Handlungsspielraum deutlich eingeschränkt war, konzentrierte sich ebenso wie sein Vorgänger Kutschma in den ukrainisch-polnischen Beziehungen stark auf die Kulturpolitik. 2005 eröffnete Juschtschenko, noch zusammen mit Kwaśniewski, den Orlat-Friedhof in Lwiw, da dessen Einweihung aufgrund gesellschaftlicher Auseinandersetzungen nicht mehr während Kutschmas Präsidentschaft zu Stande gekommen war<sup>110</sup>. 2006 enthüllten Juschtschenko und Kaczyński ein Denkmal für die Ukrainer, die 1945 im polnischen Pawłokoma von polnischen Nationalisten getötet worden waren<sup>111</sup>.

Das polnische Parlament erkannte die Hungersnot 1932–33 als Genozid am ukrainischen Volk durch den sowjetischen Staat an; 2006 bekräftigte das Parlament seine Verurteilung des totalitären Regimes in einer weiteren Resolution<sup>112</sup>. Diese Stellungnahme

---

109 Dokument 1302/2004 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 12. Dezember 2007.

110 Huzul, J. Prymyrennja nad mohylamy. In: Dserkalo Tyschnja 25. Juni–1. Juli 2005 unter <http://www.dt.ua/1000/1550/50449>; abgerufen am 20. November 2008.

111 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2006/05/060513\\_yushchenko\\_pavlokoma.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2006/05/060513_yushchenko_pavlokoma.shtml); BBC; abgerufen am 6. August 2008.

112 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/news/story/2006/12/061206\\_poland\\_holodomor\\_bt.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/news/story/2006/12/061206_poland_holodomor_bt.shtml); BBC; abgerufen am 8. Februar 2009. Weitere Staaten, die die Hungersnot in der Ukraine 1932–33 als Genozid am ukrainischen Volk anerkannt haben, sind Argentinien, Australien, Estland, Kanada, die USA, Italien, Ungarn, Lettland und

wurde von der Ukraine, besonders von Präsident Juschtschenko, hoch geschätzt, da der Präsident mit der Anerkennung der Hungernot als Genozid versucht, die Einmaligkeit der historischen Ereignisse in der Ukraine zu betonen und die Abgrenzung zur russischen Identität zu stärken. Der polnische Premierminister Tusk zeigte 2008 Interesse an der Errichtung eines Holodomor-Denkmal in Warschau<sup>113</sup>. 2006 eröffnete Juschtschenko nach polnischem Vorbild das Institut für Nationales Gedenken in Kiew. Während sich das Institut für Nationales Gedenken in Polen jedoch mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und des Kommunismus beschäftigt und sich Lustration (Durchleuchtung von Politikern auf Zusammenarbeit mit kommunistischen Geheimdiensten<sup>114</sup>) zum Ziel setzt, gilt die Widmung des ukrainischen Instituts dem Kampf der Ukraine für ihre Staatlichkeit am Anfang des 20. Jahrhunderts sowie den Kämpfenden und den Opfern während der politischen Repressionen und Hungersnöte in der Geschichte der Ukraine<sup>115</sup>.

Präsident Juschtschenko eröffnete Anfang 2005 das „Jahr der Ukraine in Polen“, das jedoch unter Kutschmas Präsidentschaft geplant worden war, da bereits 2004 das „Jahr Polens in der Ukraine“ stattgefunden hatte. Im November 2006 wurde in Warschau der „Kiew-Tag“ veranstaltet, im Dezember 2006 wurde das ukrainische Kulturzentrum in Warschau eröffnet. Ferner wurden das ukrainische Kulturzentrum in Przemyśl und das polnische Kulturzentrum in Lwiw eingerichtet. Im September 2006 besuchte Präsident Kaczyński die Stadt Lwiw anlässlich des 750-jährigen Jubiläums ihrer Gründung. Der Schewtschenko-Nationalpreis, der jährlich vom ukrainischen Präsidenten für die höchsten künstlerischen Verdienste für die Ukraine verliehen wird, wurde 2007 von Juschtschenko an den Polen Ostap Łapski für seine ukrainischsprachige Poesie verliehen<sup>116</sup>. Als es 2006 in Belarus im Konflikt um die Erweiterung der Minderheitsrechte zu Auseinandersetzungen zwischen der Union Polens und

---

Georgien. Diese Staaten weisen entweder eine große ukrainische Diaspora auf oder hatten Auseinandersetzungen mit Russland und/oder mit totalitären Regimes.

113 <http://www.mfa.gov.ua/mfa/ua/news/detail/11255.htm>; Außenministerium der Ukraine; abgerufen am 13. August 2008.

114 Siehe dazu Paradowska, J. 2006. Aufarbeitung und Ranküne. Gründe und Abgründe der Lustration. In: Osteuropa 56, 11–12: 205–218.

115 [http://www.ipn.gov.pl/portal/en/1/2/Institute\\_of\\_National\\_Remembrance\\_\\_Commission\\_for\\_the\\_Prosecution\\_of\\_Crimes\\_against.html](http://www.ipn.gov.pl/portal/en/1/2/Institute_of_National_Remembrance__Commission_for_the_Prosecution_of_Crimes_against.html); Institut für Nationales Gedenken Polens; abgerufen am 8. Februar 2009. || <http://www.memory.gov.ua/institut/index.php?id=4>; Institut für Nationales Gedenken der Ukraine; abgerufen am 8. Februar 2009.

116 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/indepth/story/2007/03/070309\\_shevchenko\\_prize\\_oh.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/indepth/story/2007/03/070309_shevchenko_prize_oh.shtml); BBC; abgerufen am 20. November 2008.

dem staatlichen Apparat kam, versuchte Juschtschenko, zwischen Polen und Belarus zu vermitteln (Szeptycki 2006: 139).

### **4.3. Sicherheitspolitische Herausforderungen**

#### **4.3.1. Der Krawtschuk-Plan und Polens Reaktion**

Obwohl die polnische Regierung im Dezember 1991 als erste Regierung auf der Welt die ukrainische Unabhängigkeit anerkannte (Gerhardt 2003: 110), beobachtete Polen die Entwicklungen in der unabhängigen Ukraine auch etwa ein Jahr später noch besorgt. In der Ukraine war zu jener Zeit noch ein Teil des ehemals sowjetischen Atomwaffenarsenals stationiert (1300 strategische und 2600 taktische Kernwaffen) (Kuzio 1993: 209). Die Präsenz der Atomwaffen führte selbst im ukrainischen Parlament zu heftigen Diskussionen. Einige Abgeordnete waren der Meinung, die Ukraine solle die Atomwaffen behalten, andere meinten, die Ukraine könne mit Atomwaffen nicht souverän sein, da sie dem zentralen Kommando in Moskau unterstellt seien. Kritisch wurde die Situation, als Russland 1991 territoriale Ansprüche auf die ukrainische Krim erhob. Dies führte in der Folge dazu, dass Ende 1992 eine Mehrheit der Abgeordneten im ukrainischen Parlament für den Abtransport der Kernwaffen nach Russland stimmte, während sich noch Anfang 1992 nur eine Minderheit dafür ausgesprochen hatte. Schließlich forderte die Ukraine von den USA, der NATO und der UNO eine Sicherheitsgarantie für die Zeit nach dem Abtransport der Kernwaffen. Als 1994 der Vertrag zwischen den USA (durch Präsident Clinton), der Ukraine (durch Präsident Krawtschuk) und Russland (durch Präsident Jelzin) über die Zerstörung und den Abtransport der Kernwaffen aus der Ukraine unterzeichnet wurde, trat die Ukraine schließlich aus der internationalen Isolation heraus.

Unter der Präsidentschaft des ab 1991 amtierenden ersten ukrainischen Präsidenten Krawtschuk war die Außenpolitik der Ukraine auf Distanzierung gegenüber Russland ausgerichtet (Prizel 2000: 16–17). Im Gegensatz zu seinem polnischen Kollegen hoffte er auf eine enge Zusammenarbeit der Ukraine und Polens. 1992 plädierte der ukrainische Präsident bei seinem Besuch in Warschau für die Aufnahme der Ukraine in die Visegrád-Gruppe (damals noch ein Dreieck aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn), stieß dabei jedoch

auf Ablehnung beim polnischen Außenministerium, das fürchtete, die Aufnahme der Ukraine würde die Kontakte der Gruppe zur EU, zur NATO und zur OSZE erschweren<sup>117</sup>. Darüber hinaus hätte der mögliche Beitritt der Ukraine zu der Gruppe nicht nur die Integration derer Mitglieder in die EU gefährdet, sondern auch einen Konflikt mit Russland provoziert, den weder die EU noch die Visegrád-Staaten wünschten (Mozok 2002: 45–47).

Der ukrainische Präsident Krawtschuk hoffte, die ukrainisch-polnischen Beziehungen auch auf das Gebiet der kollektiven Sicherheit ausdehnen zu können. 1993 präsentierte die ukrainische Delegation bei der OSZE in Prag ein Konzept für die kollektive Sicherheit der Staaten in der Region zwischen Ostsee, Schwarzem Meer und Kaspischem Meer. Neben der Ukraine und Polen, denen die Ägide zufallen sollte, umfasste das Konzept Belarus, Moldawien, die Slowakei, Tschechien, Österreich, Ungarn und ferner Rumänien und Bulgarien (Parachonskij 1999: 32–33). Für Russland hingegen war in ihm kein Platz vorgesehen.

Polen zeigte jedoch aus mehreren Gründen trotzdem Interesse an Krawtschuks Plan. Erstens ähnelte er dem um die Jahrhundertwende entwickelten Konzept des Polen Piłsudskis. Mit Ende des Ersten Weltkriegs gelang es Polen im Gegensatz zu den Ukrainern, einen eigenen Staat zu errichten, dessen Leitung Piłsudski 1918 übernahm. Der Polnisch-Sowjetrussischen Krieg 1919–1921 entschied darüber, ob es Russland gelingen würde, sein nun „Sowjetunion“ genanntes Imperium erneut auf Polen auszudehnen, oder ob Polen ein unabhängiger Nationalstaat bleiben würde. Da letzteres der Fall war, fiel Ostgalizien 1921 an Polen. Piłsudski wollte jedoch die ukrainische Staatlichkeit unterstützen und sogar eine Föderation von Staaten von Finnland bis Georgien schaffen, „die durch die gemeinsame Furcht vor Russland veranlasst würden, einander zu helfen“ (Davies 2001: 105–106).

Zweitens ähnelte der Krawtschuk-Plan der Idee Wałęsas von einer „zweiten NATO“ in den Jahren 1992–93, als Polen auf der Suche nach seinem Platz in der internationalen Gemeinde war. Das polnische Konzept sollte Polen, Ungarn und der noch nicht getrennten Tschechoslowakei helfen, sich schneller in die NATO zu integrieren und die Jugoslawien-Variante der Suche nach Staatlichkeit zu vermeiden (Mozok 2002: 48). Das Konzept sah vor, dass die mitteleuropäischen Staaten und Ex-Sowjetrepubliken die territoriale Integrität der

---

117 Gazeta Wyborcza 14.2.1992, zitiert In: Osteuropa-Archiv 42, 1992, A532.

Nachbarn respektieren und von militärischen Angriffen absehen würden. Dieses Konzept hätte unter der Zustimmung der NATO realisiert werden sollen.

Die Opposition im ukrainischen Parlament sprach sich 1992 ebenfalls für den Krawtschuk-Plan aus, so wie auch Ruch 1992 bei einer Tagung mit polnischen Abgeordneten in Jablonna seine Zustimmung gab (Hartmann 1995: 958). Später, 1994, bildeten die ukrainische Republikanische Partei, die Demokratische Partei der Ukraine und andere Parteien sogar die Liga „Mischmorja“ (Zwischenmeer), die sich auf das Konzept der Partei „Reformistische Konföderation des unabhängigen Polens“ stützte. Das Konzept dieser Partei beabsichtigte die Bildung einer Gruppierung von Staaten zwischen Ostsee und Schwarzem Meer (Polen, Ukraine, Belarus, Estland, Lettland und Litauen), die gegen Russland gerichtet sein sollte. Gegenstand der Zusammenarbeit sollten Russland umgehende Energielieferungen sowie eine die beteiligten Staaten umfassende Freihandelszone sein. Dies entsprach in wesentlichen Zügen dem Krawtschuk-Plan (Mozok 2002: 48).

Der polnische Präsident Wałęsa, der direkt nach seinem Amtsantritt 1990 die Initiative in der polnischen Außenpolitik gegenüber der Ukraine bzw. im weiteren Sinne gegenüber der Sowjetunion ergriff, zeigte jedoch eine skeptischere Meinung gegenüber dem Krawtschuk-Plan. Ihm selbst fehlte jedoch ein kohärentes außenpolitisches Programm: er trat für die Annäherung Polens an die Sowjetunion ein, bei gleichzeitiger Unterstützung oppositioneller Bewegungen in den an Polen grenzenden Sowjetrepubliken (Ukraine, Belarus und Litauen) (Gerhardt 2003: 105–107). Generell betrachtet war Wałęsa eher vorsichtig bei der Unterstützung der Unabhängigkeit der Ukraine. Aufgrund der in Polen stationierten sowjetischen bzw. russischen Truppen und der Rolle Russlands als Polens wichtigstem Handelspartner vor der Annäherung Polens an die Europäische Gemeinschaft betonte er zunächst die Rolle Russlands in der polnischen Außenpolitik (Gerhardt 2003: 107–111).

Die Regierungen jener Zeit unterstützen Wałęsa in seiner zweigleisigen Ostpolitik<sup>118</sup>. Die Regierung Mazowiecki befürwortete die Gleichberechtigung der sowjetischen Republiken und die gegenseitige Achtung der Souveränität. Die Regierung Bielecki vertrat noch deutlicher eine zweigleisige Außenpolitik. Eine solche Politik bedeutete einen

---

118 Sebastian Gerhardt definiert die polnische Ostpolitik als „die Außenpolitik der polnischen Regierung (Präsident, Ministerrat, Ministerien, Verwaltung) und des Senats sowie von diesen Organen abhängigen Durchführungsorganisationen gegenüber Russland, der Ukraine, Belarus und Litauen“. Genauer schlägt er vor, die polnische Ostpolitik mit dem polnischen Terminus *Polityka Wschodnia* zu bezeichnen, um ihn nicht mit der deutschen Ostpolitik der 1970-er Jahre zu verwechseln. Ferner gehört Litauen mit dessen NATO- und EU-Beitritt nicht mehr zu Adressaten der polnischen Ostpolitik (Gerhardt 2003: 1–3).

schwierigen Balanceakt zwischen der Tradition Piłsudskis (zusammen mit der Ukraine gegen Russland) und der von Dmowski (zusammen mit Russland gegen die Ukraine). Das polnische Außenministerium unterzeichnete sowohl mit der russischen als auch mit der ukrainischen Sowjetrepublik eine Deklaration über die Prinzipien der Zusammenarbeit (Gerhardt 2003: 107–108).

Mit der „Deklaration über die Prinzipien der ukrainisch-polnischen Beziehungen“<sup>119</sup> zwischen den Außenministern Polens und der ukrainischen SSR bestätigten die beiden Staaten den Willen, keine territorialen Ansprüche geltend zu machen und diplomatische Beziehungen zwischen den Staaten zu etablieren. Darüber hinaus erklärten die beiden Seiten zum Ziel, die bilaterale Kultur-, Wirtschafts- und Umweltschutz-Zusammenarbeit zu entwickeln. In dieser Deklaration, auf polnischer Seite unterzeichnet von Außenminister Skubiszewski, war für Polen der Verzicht auf territoriale Ansprüche der wesentliche Punkt<sup>120</sup>. Damit teilte Skubiszewski zwei wichtige Anknüpfungspunkte der polnischen Ostpolitik mit Giedroyc’ „Kultura“: die polnische Ostpolitik wurde nicht nach der polnischen Nation definiert, sondern nach dem polnischen Staat. Dabei ergänzte Skubiszewski diese These um die Wichtigkeit der Europäischen Integration für Polen und die ukrainisch-polnische Versöhnung (Snyder 2003b: 238–239). Anfang der 1990-er wurde unter Außenminister Skubiszewski schließlich auch die Achse Polen–Ukraine etabliert (Snyder 2003a: 35–36).

Mit den ersten freien Parlamentswahlen in Polen 1991 (zwei Jahre nach den berühmten Verhandlungen zwischen Opposition und Kommunisten am „Runden Tisch“) wurde die polnische Ostpolitik noch weniger kohärent. 29 Parteien stellten Abgeordnete im Parlament; am besten schnitt die Demokratische Union mit 12,31% ab, danach folgte das Bündnis der Demokratischen Linken mit 11,28% (die ehemaligen Kommunisten). Eine Koalition mit den Postkommunisten kam für die anderen Parteien nicht in Frage, und die Solidarność-Parteien selbst konnten aufgrund von Uneinigkeiten keine Koalition bilden. Aufgrund eines Sicherheitsdienstkandals kam es 1992 gar zur Absetzung der Regierung. Der Politiker Pawlak von der Polnischen Volkspartei (PSL) sollte daraufhin eine neue Regierung bilden, worin ihm jedoch kein Erfolg beschieden war. Erst der Premierministerin Suchocka gelang es, eine relativ gut funktionierende Regierung zu bilden (Hirsch 1994: 41–81). 1991 etablierten

---

119 Dokument 616\_176 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 14. März 2008.  
120 Gazeta Wyborcza 15.10.1990, zitiert In: Osteuropa-Archiv 42, 1992, A532.

polnische und ukrainische Abgeordnete eine zwischenparlamentarische Gruppe für geschichtliche Fragen und der Minderheitenfragen (Burant 1993: 409).

Polnische Journalisten kritisierten, weder der polnische Präsident noch der Ministerrat verträten ein klares Konzept in der Außenpolitik. Auch würden sich die staatlichen Organe zu sehr auf die deutsche Einheit und zu wenig auf die östlichen Nachbarn konzentrieren. Außenminister Skubiszewski wurde vorgeworfen, er habe in der Entstehung der neuen Staaten an der polnischen Ostgrenze zuerst eine Gefahr gesehen. Gleichzeitig jedoch zeigten sich die Medien kritisch gegenüber dem ukrainischen Nationalismus und sahen die Gefahr möglicher Forderungen der Ukraine nach Grenzrevisionen (Gerhardt 2003: 114–115). Die polnischen Medien forderten zwar, die Partnerschaft mit der Ukraine auszubauen, doch waren sie bezüglich des Kiewer Vorschlags zur Bildung einer gemeinsamen Sicherheitszone eher vorsichtig und uneins, da es sowohl Befürworter als auch Gegner der Außenpolitik der Regierungen und des Präsidenten gab. Einige Journalisten wollten die Außenpolitik als Instrument wirtschaftlicher Interessen sehen und befürworteten eine Orientierung Polens in Richtung Russland. Andere warfen der Regierung das Fehlen eines klaren Konzepts gegenüber der Ukraine vor. Einige Journalisten wiederum wiesen auf die Notwendigkeit von kultureller Zusammenarbeit und dem Aufbau eines Kulturzentrums in Kiew hin (Gerhardt 2003: 128–129).

Keine polnische Partei wollte jedoch in Fragen der *hard security* die polnische Außenpolitik mit der Ukraine verbinden: Weder SLD noch PSL noch ZChN sahen die Ukraine als unmittelbaren Sicherheitspartner an. Sie konzentrierten sich vorzugsweise auf Fragen der polnischen Minderheiten in der Ukraine und auf die gemeinsame Reevaluierung der historischen Ereignisse im Zweiten Weltkrieg (Gerhard 2003: 127). Die Christlich-Nationale Union (ZChN), die an den Regierungen bis 1993 beteiligt war, ging in ihren Forderungen sogar noch weiter. Sie betonte die Reziprozität der Beziehungen Polens zu seinen östlichen Nachbarn und forderte, Polen solle seine Beziehungen zur Ukraine einfrieren, bis die Ukraine sich für das Wolhynien-Massaker 1943–44 entschuldigt habe (Snyder 2003b: 274–275).

Trotz der ukrainischen (und polnischen) Initiativen trat keines der genannten Sicherheitskonzepte in Kraft. Hauptgrund waren die polnischen Befürchtungen, die Bildung einer Zone kollektiver Sicherheit würde eine weitere Zusammenarbeit mit Russland verhindern. Weitere Gründe lagen in den mangelnden wirtschaftlichen Grundlagen für eine



Zusammenarbeit sowie der Abhängigkeit der an dem Projekt beteiligten Staaten von Energielieferungen aus Russland und von moderner Technologie aus Westen. Wałęsa selbst lehnte den Krawtschuk-Plan nicht eindeutig ab, betrachtete ihn jedoch auch nicht als viel versprechend, da er es für möglich hielt, dass der Plan sich gegen Russland, die NATO oder die EG wenden könnte. Als Alternative schlug er vor, ein Konsultationskomitee der Präsidenten und eine ukrainisch-polnische Militäreinheit zu bilden (Gerhardt 2003: 120).

Witalij Mozok sieht die Gründe für das Scheitern des Krawtschuk-Plans u.a. in den Befürchtungen der NATO, der EU und Russlands, eine regionale sicherheitspolitische Kooperation in Ostmitteleuropa zuzulassen, die ihre Dominanz in der Region gefährden würde (Mozok 2002: 50–54). Daher entwickelten die EU, Russland und die USA ihre eigenen, den ukrainischen und polnischen Initiativen entgegengesetzten Integrationsmodelle, um Einfluss auf Polen und die Ukraine zu gewinnen. Nach der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 sah der Westen (EU und NATO) es als strategische Aufgabe an, die Herausbildung der Ukraine als selbständiger Akteur und als regionaler Führungsmacht zu verhindern. Russland seinerseits verfolgte die Strategie, die GUS-Staaten zu schwächen, um die Kontrolle in seiner geopolitischen Einflusszone auszubauen (Bahar 2006: 19).

#### **4.3.2. Von *Hard-* bis *Soft-Security*-Kooperation**

Mit dem Scheitern einer echten Sicherheitskooperation konzentrierten sich die polnischen und ukrainischen Präsidenten auf die *soft security*. Wałęsa und Krawtschuk unterzeichneten 1992 den „Vertrag über Nachbarschaft, freundliche Beziehungen und Kooperation“, der zur Grundlage der ukrainisch-polnischen Zusammenarbeit wurde<sup>121</sup>. Der Vertrag garantierte u.a. die Nichtverletzung der Grenzen und die Zusammenarbeit der beiden Staaten in den Bereichen Abrüstung, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Umweltschutz. Aufmerksamkeit widmete Wałęsa 1991/1992 auch den polnischen Minderheiten hinter der polnischen Ostgrenze. Während er jedoch deren Lage in Litauen thematisierte, sprach er kaum über die polnische Minderheit in der Ukraine (und in Belarus), da dort kaum Behinderungen in der

---

<sup>121</sup> Dokument 616\_172 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 12. Dezember 2007.

Entfaltung polnischer Kultur innerhalb der polnischen Minderheiten auftraten (Gerhardt 2003: 169–170).

Im polnischen Ministerrat herrschte ein Konsens bezüglich der Ukraine als einer Priorität der polnischen Außenpolitik. Der Ministerrat verhielt sich jedoch vorsichtig, wie weit diese Priorität gehen solle. Zunächst äußerte Außenminister Skubiszewski sich nur allgemein zu sicherheitspolitischen Fragen zwischen Polen und der Ukraine und lehnte die Teilnahme der Ukraine an der Visegrád-Gruppe ab, später nannte er die ukrainisch-polnischen Beziehungen lediglich ein Modell guter Nachbarschaft (Gerhardt 2003: 121). Skubiszewski sah wie Präsident Wałęsa 1991/1992 keine Schwierigkeiten in der Entwicklung der polnischen Kultur bei den polnischen Minderheiten in der Ukraine (Gerhardt 2003: 172). 1991 unterzeichneten die ukrainische und die polnische Regierung (vertreten durch den ukrainischen Außenminister Slenko und den polnischen Außenminister Skubiszewski) einen Vertrag über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit, der u.a. eine Kooperation bei Zollfragen, beim Export und Import von Waren sowie eine harmonische wirtschaftliche Kooperation vorsah<sup>122</sup>. Für die unabhängige Ukraine stellte dies den ersten internationalen Vertrag überhaupt dar (Burant 1993: 409). Darüber hinaus wurde noch im gleichen Jahr ein Vertrag zwischen den Regierungen über Jugendaustausch unterzeichnet; dies war ebenfalls der erste solche Vertrag, den die unabhängige Ukraine mit einem anderen Staat unterschrieb (Burant 1993: 409).

1993 unternahm die polnische Premierministerin Suchocka eine Reise nach Kiew, die in erster Linie wirtschaftlichen Charakter hatte. Bezüglich des polnischen Osthandels, mit dem dramatischen Rückgang polnischer Exporte in die ehemaligen Sowjetrepubliken, stellte die Regierung Suchocka das Konzept einer mittel- und osteuropäischen Zone wirtschaftlicher Sicherheit und Zusammenarbeit vor und schlug sogar vor, eine polnisch-ukrainische Bank zu gründen (Gerhardt 2003: 123). Dass der ukrainische Präsident Krawtschuk während Suchockas Besuch seinerseits auf Staatsbesuch in Israel war, erwies sich als unproblematisch, da der erste Ansprechpartner für Suchocka der damalige ukrainische Premierminister Kutschma war. Suchocka äußerte sich, es sei im Interesse der Ukraine und Polens, die GUS zu stabilisieren, ohne dabei jedoch die ukrainische Unabhängigkeit zu gefährden. Gleichzeitig erklärte sie, die Souveränität der Ukraine sei eine Sicherheitsgarantie für die Souveränität

---

122 Dokument 616\_019 unter <http://www.rada.gov.ua>, Parlament der Ukraine, abgerufen am 14. März 2008.

Polens (Hartmann 1995: 959). Generell war ihre Haltung gegenüber einer aktiven pro-ukrainischen Außenpolitik jedoch zurückhaltend (Hartmann 1995: 456).

1993 sprach der polnische Außenminister Olechowski nur von der Wichtigkeit der Unabhängigkeit der Ukraine für Polen, ohne eine weitere Integration anzusprechen. Gleichzeitig wandelten sich die ukrainisch-polnischen Beziehungen von einer „strategischen“ zu einer lediglich „engen“ Partnerschaft. Damit beschränkte die polnische Regierung die Beziehungen zur Ukraine auf *soft security items*, anstelle von *hard security items*, und befürwortete dafür jedoch den Beitritt der Ukraine zum Europarat und zur Zentraleuropäischen Initiative (Gerhardt 2003: 121–122). 1993 unterzeichneten das polnische und das ukrainische Kabinett einen Vertrag über zwischenregionale Kooperation, die auf einer Stärkung der freundschaftlichen Nachbarschaftsbeziehungen durch Tätigkeiten regionaler Verwaltungen und Selbstverwaltungen aufbauen sollte<sup>123</sup>. Ebenfalls 1993 wurde zwischen dem Fonds für soziale Vorsorge Polens und dem Rentenfonds der Ukraine ein Vertrag geschlossen, der die gegenseitige Zuteilung von Renten für diejenigen Personen regelte, die sowohl in Polen als auch in der Ukraine lebten<sup>124</sup>.

Im ukrainischen Parlament bemühte sich die Opposition Ruch, Polen in der ukrainischen Außenpolitik ein größeres Gewicht zu verleihen. Der Vorsitzende von Ruch, Wjatscheslaw Tschornowil, verglich die Bewegung Ruch zwar mit der Solidarność-Bewegung, wollte jedoch verhindern, dass Ruch genauso zersplittern würde. 1992 äußerte sich der Spitzenpolitiker in einem Interview, der Weg der Ukraine nach Europa führe über Polen und die Tschechoslowakei. Er zeigte sich besorgt ob der Ausrichtung der polnischen Außenpolitik auf Russland. Der Politiker kündigte an, anders als im Jahr 1990 würde Ruch keine Dekorationen mit Wappen von Chełm und Przemyśl mehr verwenden und keine territorialen Ansprüche mehr gegen Polen erheben. Gleichzeitig forderte Ruch den polnischen Sejm auf, die Aktion Weichsel zu verurteilen und den betroffenen Ukrainern eine Entschädigung zu zahlen. Den polnischen Minderheiten in der Ukraine versprach Ruch, alle Bedingungen zur Entfaltung ihrer Kultur zu erfüllen<sup>125</sup>. Beim Staatsbesuch von Präsident

---

123 Dokument 616\_171 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 14. März 2008.

124 Dokument 616\_064 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 14. März 2008.

125 Polityka 16.5.1992, zitiert In: Osteuropa-Archiv 42, 1992 A546–547.

Krawtschuk 1992 in Polen war auch Dmytro Pawlytschko, einer der Anführer von Ruch, Mitglied der Delegation des Präsidenten<sup>126</sup>.

Die Bemühungen von Ruch, die Außenpolitik der Ukraine stärker nach Westen auszurichten, scheiterten jedoch. Ähnlich dem polnischen Sejm, jedoch im Gegensatz zum ukrainischen Präsidenten, erließ das ukrainische Parlament 1993 die „Richtlinien der ukrainischen Außenpolitik“<sup>127</sup>. Darin beschrieb die Werchowyna Rada eine flexible, aktive und balancierte ukrainische Außenpolitik und betonte darin den Neutralitätsstatus der Ukraine und setzte auf den Ausbau der Beziehungen der Ukraine sowohl mit ihren Nachbarn (also auch mit Polen, das wie die anderen Nachbarn als strategische Partner bezeichnet wurde) als auch mit Staaten der Balkanregion, Asiens, der Asiatisch-Pazifischen Region, Afrikas und Lateinamerikas. Darüber hinaus sollte diese Außenpolitik auf Zusammenarbeit in bzw. mit internationalen Organisationen ausgerichtet sein, z.B. mit der KSZE (seit 1994 OSZE), dem Nordatlantischen Rat, dem Europarat, der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation, der Donau-Kommission, der Visegrád-Gruppe und dem Ostseerat. Hinsichtlich der EU sollte die Ukraine zuerst eine Assoziation und dann eine Vollmitgliedschaft verfolgen. Im gleichen Jahr, 1993, verabschiedete das ukrainische Parlament die „Militärdoktrin der Ukraine“, die sich in vielerlei Hinsicht auf die „Richtlinien der ukrainischen Außenpolitik“ stütze, in der der blockfreie Status der Ukraine unterstrichen und in der sich ein gemeinsames Verständnis im militärpolitischen Bereich auf bilateralem, regionalem und europäischem Niveau erhofft wurde<sup>128</sup>.

Mit den „Richtlinien der ukrainischen Außenpolitik“ knüpfte das ukrainische Parlament an die Jahrhunderte währende Situation der Ukraine an – die Lage zwischen den zwei Großmächten Polen und Russland, in der die ukrainische Identität wurzelt. Große Teile der heutigen Westukraine<sup>129</sup> waren im 16.–18. Jahrhundert Bestandteil des Königreichs Polen-Litauen und im 19. und frühen 20. Jahrhundert Teil des Österreichisch-Ungarischen Kaiserreichs. Im Ersten Weltkrieg befand sich die Ukraine wie so oft zwischen den Fronten. Ein Beispiel der nachfolgenden polnisch-russischen Rivalität um die Ukraine ist der polnisch-russische Krieg 1920–1921, in dem Teile der Ukraine an Polen fielen, die jedoch mit dem

---

126 Tygodnik Powszechny 31.5.1992, zitiert In: Osteuropa-Archiv 42, 1992 A546–548.

127 Dokument 3360-12 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 20. Dezember 2007.

128 Dokument 3529-12 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 28. Januar 2008.

129 Üblicherweise dient der Fluss Dnipro als Grenze für die Unterteilung der Ukraine in West- und Ostteil.

Einmarsch sowjetischer Truppen in Polen 1939 wiederum der Sowjetunion angegliedert wurden.

Der östliche Teil der Ukraine befand sich seit dem 17. Jahrhundert unter der Kontrolle des zaristischen Russland, ab 1921 war sie Teil der nachfolgenden Sowjetunion. Erst mit der Annexion der westukrainischen Gebiete durch die Sowjetunion 1939 wurde das heutige Territorium der Ukraine geschaffen<sup>130</sup>, zuerst als ukrainische Sowjetrepublik und seit 1991 als unabhängiger Staat. Seit Anfang der 1990-er schwankt die Ukraine zwischen der EU und der NATO auf einer Seite und der GUS und dem Vertrag über Kollektive Sicherheit unter Russlands Ägide auf der anderen Seite<sup>131</sup>. Seitdem

bestimmt die geopolitische Lage der Ukraine in Osteuropa, wo sich die Einflussbereiche Russlands und der westlichen Staatengemeinschaft überschneiden, ihre Außenpolitik. [...] Innerhalb dieses Rahmens wurde bald dem Westen, bald dem traditionell nahen Russland der Vorzug gegeben. Die ukrainische Politik versuchte immer wieder, die bedrängende Wahl zwischen Ost und West durch gleichwertige Verbindungen in beide Himmelsrichtungen, Neutralität und Blockfreiheit sowie eine eigene aktive regionale Politik zu ersetzen (Lüdemann 2002: 1041).

Aufgrund der kolonialen Erfahrungen entstand auch die zwiespältige ukrainische Identität, die die Akteure in die politischen Entscheidungsprozesse mitbringen. Vor allem die jahrhundertlange Dominierung durch Polen im einen Teil der Ukraine, so Andreas Kappeler, sicherte die Übertragung westlicher Werte: „Sie [die Polen] vermittelten den Zugang zu westlichen politischen Strukturen und Werten, auf die sich die Ukrainer bis heute in Abgrenzung von den Großrussen berufen“ (Kappeler 2000: 105). Später wurde diese Identität durch das Habsburger Imperium unterstützt, indem ukrainische Intellektuelle und ukrainische

---

130 Daher überrascht nicht, dass die Linie zivilisatorischer Zugehörigkeit bestimmter Regionen die heutige Ukraine laut Samuel Huntington nach westlichen Christentum und Orthodoxie trennt. Siehe dazu Huntington, S. 1996. *Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. Simon & Schuster: New York, 158–159.

131 Vgl. die Titel vieler wissenschaftlicher Arbeiten, die auf die „Zwischenlage“ der Ukraine zwischen Westen und Osten verweisen: Kłoczowski, J. 2004. *East-Central Europe's Position within Europe*. Institut of East-Central Europe: Lublin; Malek, M. 2007. *Die Ukraine: Zerrissen zwischen Ost und West?* Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie: Wien; Rotter, R. 2005. *Die Ukraine zwischen Russland und der Europäischen Union – Aspekte zweier komplexer Beziehungen, relevante innerstaatliche Determinanten*. Diplomarbeit. Universität Wien; Lami, G. 2005. *The Destiny of Ukraine: Europe or Eurasia?* In: G. Bercoff and G. Lami (Hrsg.). *Ukraine's Re-Integration into Europe: A Historical, Historiographical and Politically Urgent Issues*. Edizioni dell'Orso: Alessandria, 311–323.

politische Institutionen unterstützt wurden, was Ukrainer aus der ganzen Ukraine anlockte. Die Jahrhunderte lange Dominierung durch Russland beeinflusste hingegen die Identitätsbildung im östlichen Teil der Ukraine; die Affiliation ukrainischer Intellektueller mit der russisch-orthodoxen Kirche drängte sie in Richtung Moskau und St. Petersburg. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts, im Kampf um eigene Staatlichkeit, führten die Furcht der Ostukrainer vor Russlands Hegemonie und die Beschäftigung der Westukrainer mit Polens Dominanz zur Unfähigkeit des ukrainischen Staates, eine gemeinsame Position über die nationale Identität zu finden und daher auch zur Unfähigkeit, eine Außenpolitik im internationalen System zu definieren. In der Westukraine unterstützten die ukrainischen Nationalisten die Ideen Dmytro Donzows, der die Ukraine als Gemeinschaft aufgrund von „Blut“ und „Nation“ sah. In der Zentral- und Ostukraine hingegen wurde die nationale Identität durch Pantelejmon Kulisch, Mychajlo Drahomanow, Mykola Kostomarow und Mychajlo Hruschewskyj definiert, die sowohl nach kultureller Autonomie als auch nach Sozialismus und Panslawismus suchten (Prizel 2000: 12–13). Hruschewskyj argumentierte beispielsweise, der reale Nachfolger der Kiewer Rus seien Wolhynien und Galizien, und Moskau gehöre zu einer komplett anderen Zivilisation (Prizel 2000: 16).

#### **4.3.3. Polens Rolle in der Annäherung der Ukraine an die NATO**

Im Zuge der Sicherheitsprojekte Anfang der 1990-er proklamierte Polen schließlich seinen außenpolitischen Kurs der EU- und NATO-Integration, der mit Hilfe der EU und der USA realisiert werden sollte. Polens klarer Kurs in Richtung NATO-Mitgliedschaft entstammte Polens langjähriger Geschichte und Identität. Polen wurde (wie auch die Ukraine) durch seine geopolitische Lage<sup>132</sup> in Mitteleuropa mehrfach in einen *cordon sanitaire* (auch Pufferzone oder Grauzone genannt) zwischen Großmächten im Weltordnungssystem gedrängt. Schon im Mittelalter befand sich Polen zwischen Osten und Westen. Die Piast-Dynastie (966–1138) integrierte Polen in den Westen, während die Jagiellonen-Dynastie (1386–1572) Polen in den Osten integrierte (Pietraś 2006: 17). Später wurde Polen oft zum Objekt von Rivalitäten der

---

<sup>132</sup> Geopolitik ist ein aus Geographie und Politik zusammen gesetzter Begriff, der den Rahmen für politische, wirtschaftliche und militärische Teilentscheidungen bildet und nimmt an, dass die geographische Lage eines Staates ein wesentliches Kriterium für solche Entscheidungen ist. Siehe dazu Riemer, A. 2005. Geopolitik–Strategie 2004. Schriftenreihen der Landesverteidigungsakademie: Wien, 2, 29.

mächtigen Nachbarn Deutschland und Russland. „Das Drama seiner Geschichte [...] bestand darin, dass es von den Nachbarn nicht als Verbündeter, sondern eher als eine faktische oder zumindest virtuelle Einflusszone gesehen wurde“, so der Außenminister Polens Bartoszewski (Bartoszewski 1996: 67). Im 18. Jahrhundert wurde Polen Opfer gleich dreier Teilungen zwischen Preußen, dem Russischen Zarenreich und der Habsburger Monarchie, worunter die letzte gar die Existenz des polnischen Staates beendete (die in der nachnapoleonischen Zeit jedoch wieder hergestellt wurde). Eineinhalb Jahrhunderte später, 1939, führte der Molotow-Ribbentrop-Pakt mit seinen geheimen Protokollen zu einem erneuten Verschwinden Polens von der Landkarte. In dieser Form stellten sich für Polen also die Folgen des „Dazwischenseins“ dar (Bartoszewski 1996: 67). Die Teilung Europas durch die Alliierten bei der Konferenz von Jalta 1945 und die daraus resultierende Wiederherstellung des polnischen Staates (der nach dem Zweiten Weltkrieg viele seiner östlichen Gebiete verlor und auf Kosten des besiegten Deutschland nach Westen verschoben wurde) wurde von Polen als neue Form der Machtausübung der Großmächte verstanden. Zur Zeiten des Kalten Krieges befand sich Polen erneut nahe der Nahtstelle zweier Blöcke, nun der NATO und des Warschauer Pakts. Auch nach 1989 änderte sich die außenpolitische Situation Polens zunächst nicht wesentlich: Wie in den vergangenen Jahrhunderten fand sich Polen zwischen Ost und West wieder, als Opfer der Auseinandersetzungen und Annäherungen der Großmächte (Bartoszewski 1996: 67).

Als die NATO 1994 sowohl der Ukraine als auch Polen das Kooperationsprogramm „Partnerschaft für Frieden“ (PfF)<sup>133</sup> anbot, richtete Polen seine Außenpolitik auf einen NATO-Beitritt aus. Die Annahme des „Partnerschaft für Frieden“-Programms erklärte Polen damit, künftig der NATO beitreten zu wollen, denn „nur die NATO ist imstande, uns [Polen] aus der sicherheitspolitischen ‚grauen‘ Zone zu verhelfen und unsere Region vor den alten Machtrivalitäten zu schützen“ (Bartoszewski 1996: 72). Die Ukraine hingegen (insbesondere das ukrainische Parlament) legte sich auf ihren Status als blockfreier Staat fest und lehnte daher die Zugehörigkeit zu politisch-militärischen Organisationen ab. Sie strebte lediglich nach regionaler Zusammenarbeit mit der NATO. Dem ukrainischen Experten Mozok zu Folge hatte die Ukraine allgemein kein Verständnis für die NATO-Erweiterung (Mozok 2002: 75). Die ukrainisch-polnischen Beziehungen erlebten in der Folge ein Tief; Kiew dachte, es werde mit seinen Sicherheitsfragen allein gelassen, da die Ukraine aufgrund des „russischen

---

133 Dokument 950\_001 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 23. Dezember 2007 || <http://www.nato.int/issues/pfp/index.html>; NATO; Parlament der Ukraine, abgerufen am 10. Juni 2008.

Faktors“ nicht mehr als eine Partnerschaft mit der NATO etablieren konnte. Schwerwiegende Sicherheitsbedenken hatte die Ukraine aufgrund der möglichen Stationierung von Atomwaffen in den neuen NATO-Staaten (Mozok 2002: 80), besonders nachdem die Ukraine 1994 freiwillig ihre (sowjetischen) Atomwaffen hatte abtransportieren lassen und den Status eines atomfreien Staates erhalten hatte. Polnischen Experten zufolge lehnte die Ukraine jedoch nie die NATO-Erweiterung ab, da sie diese nicht als Gefahr der eigenen Sicherheit ansah (Celewicz/Nizioł-Celewicz 2006: 85).

Die Position der Ukraine hinsichtlich Polens NATO-Beitritts machte Polen klar, dass sein NATO-Beitritt nicht ohne freundliche Nachbarschaft mit seinem größten östlichen Nachbarn, der Ukraine, stattfinden konnte. Seitdem versuchte Polen, zuerst vorsichtig, dann aber direkt die Ukraine sowohl an die EU als auch an die NATO anzunähern – mit dem Ziel, Sicherheit und Stabilität in Europa zu erreichen. In diesem Kontext suchte Polen eine enge Kooperation mit der Ukraine, erstens um die Spannungen aufgrund des NATO-Beitritts Polens zu reduzieren und zweitens um dem russischen Einfluss entgegenzuwirken (Wolczuk 2002: 22). Es war in polnischem Interesse, die NATO-Erweiterung so harmonisch wie möglich zu gestalten. Die Erweiterung sollte daher nicht ohne Zustimmung der Ukraine und Russlands stattfinden, da diese sich nicht isoliert fühlen sollten (Bartoszewski 1996: 72).

In Annäherung an die NATO besuchte der Außenminister Polens Olechowsky 1994 Kiew. Er traf sich mit dem ukrainischen Außenminister Udowenko, Premierminister Masol und Präsident Kutschma, die Gesprächsthemen waren wirtschaftliche Kooperation und regionale Sicherheit. Der polnische Außenminister betrachtete die allmähliche Erweiterung der NATO als wichtig für die Sicherheit Europas, wobei er sich jedoch vorsichtig darüber äußerte. Gleichzeitig äußerte er sich zur Wichtigkeit der GUS-Integration der Ukraine (Całka 1994: 119–120). Ebenfalls 1994 fand eine enge Zusammenarbeit der Verteidigungsministerien Polens und der Ukraine im Rahmen der „Partnerschaft für Frieden“ statt (Całka 1994: 121).

Des Weiteren unterzeichneten der ukrainische Außenminister Slenko und sein polnischer Amtskollege Olechowsky 1994 die „Deklaration der Außenminister der Ukraine und Polens über die Prinzipien der ukrainisch-polnischen Partnerschaft“<sup>134</sup>. Die beiden Parteien hoben die strategische Dimension der Kooperation zwischen beiden Staaten hervor,

---

134 Dokument 612\_072 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 6. Januar 2008.



die zu Gunsten der Sicherheit und Stabilität in Europa sei. Eine besondere Rolle spielte die Zusammenarbeit der beiden Staaten bei der UNO und der KSZE (später OSZE). Darüber hinaus wurde die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit Polens und der Ukraine erwähnt.

Mit dem Ende der Debatten über ihre Atomwaffen änderte sich die Position der Ukraine und sie stimmte Ende 1995 schließlich der NATO-Erweiterung zu. Nach einer vorangegangenen Welle von Zweifeln und Befürchtungen wegen dem NATO-Beitritt Polens signalisierte der ukrainische Präsident Kutschma letztlich seine Zustimmung zu dieser Vorgehensweise (Chojnowska 1995: 144). In der „Deklaration der ukrainischen und polnischen Präsidenten“ deklarierten die beiden Präsidenten 1996 gemäß dem Prinzip „es gibt kein unabhängiges Polen ohne unabhängige Ukraine und es gibt keine unabhängige Ukraine ohne unabhängiges Polen“, die ukrainisch-polnische Kooperation diene einem sicheren Europa, was für die Ukraine eine EU- und NATO-Integration bedeutete.

1995 fand daher ein Treffen von Generälen der ukrainischen und polnischen Streitkräfte statt, gefolgt von einem Treffen der Verteidigungsminister Okoński und Schmarow. In einem Communiqué bekannten sich die beiden Minister zu der militärisch-politischen Kooperation und vereinbarten regelmäßige Konsultationen, gemeinsame Militärübungen im Rahmen des Programms „Partnerschaft für Frieden“ und den Austausch militärischer Technologie. Auch die Bildung einer gemeinsamen friedenserhaltenden Militäreinheit, UkrPolBat, wurde besprochen<sup>135</sup>. Zur Intensivierung der Zusammenarbeit von Ukraine und NATO wurden über die Jahre mehrere internationale Militärübungen durchgeführt, darunter „Peace Shield/ Trident“ (seit 1998), die ukrainisch-amerikanische Marineübung „Sea Breeze“ (seit 1997) und die ukrainisch-polnisch-britische Übung „Kosakensteppe“ (seit 1997). 1996 fanden darüber hinaus gegenseitige Besuche zwischen dem polnischen und dem ukrainischen Verteidigungsminister statt. Bei diesen wurden u.a. Protokolle über die Etablierung einer Expertengruppe für Weltraumanagement unterzeichnet. Weiters schlossen der polnische Premierminister Cimoszewicz und sein

---

<sup>135</sup> Interessanterweise vereinbarten die Ukraine und Georgien 2008 die Bildung eines Ukraine-Georgien-Bataillons, an dem später gegebenenfalls auch Aserbaidschan und Moldawien teilnehmen können. In vielerlei Hinsicht erinnert diese ukrainisch-georgische Initiative an die vorangegangene polnisch-ukrainische Initiative. Siehe dazu unter [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/world/story/2008/06/080605\\_solana\\_georgia\\_oh.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/world/story/2008/06/080605_solana_georgia_oh.shtml); BBC; abgerufen am 18. November 2008.

ukrainisches Pendant Lasarenko einen Vertrag über militärische Kooperation (Chojnowska 1996: 144–145).

Ebenfalls 1996 unterzeichneten Präsident Kutschma und Präsident Kwaśniewski die „Gemeinsame Deklaration der Präsidenten der Ukraine und Polens“, in der die Kooperation der Ukraine und Polens im Bereich der europäischen Sicherheit im Rahmen des Programms „Partnerschaft für Frieden“ vereinbart wurde. Auch die diplomatischen Vertretungen Polens in der Ukraine spielten seitdem eine Rolle für die Kontakte. Darüber hinaus half Polen der Ukraine mittels Workshops, Konferenzen und gemeinsamer Übungen, NATO-Standards in Sicherheit und Verteidigung zu etablieren (Celewicz/Nizioł-Celewicz 2006: 95).

Bei der Intensivierung der ukrainisch-polnischen Beziehungen konnte sich der ukrainische Präsident Kutschma auf die noch stark im Parlament vertretene Bewegung Ruch verlassen. 1997 präsentierte Ruch – nun aus Ruch Sto und der Volksbewegung Ruch bestehend – ein Memorandum zu den polnisch-ukrainischen Beziehungen, in dem sie vorschlugen, im Halbjahresrhythmus Gipfeltreffen zwischen den Präsidenten und Premierministern der Ukraine und Polens zu veranstalten, das Konsultationskomitee der Präsidenten in eine interparlamentarische Arbeitsgruppe zu transformieren, polnisch-ukrainische Institute in Warschau und Kiew zu etablieren und im militärischen Bereich ein gemeinsames Bataillon zu bilden (Chojnowska 1996: 141–142). Des Weiteren etablierte die NATO 1997 in Kiew ein Informations- und Dokumentationszentrum, mit dem Ziel, Informationen über die Partnerschaft zwischen der NATO und der Ukraine zu verbreiten.

Trotz der *cohabitation* in Polen 1997–2001 (mit dem linken Präsidenten Kwaśniewski von der SLD und der rechten AWS als stärkster Partei im Sejm) unterstützte nicht nur der polnische Präsident, sondern auch der polnische Ministerrat die NATO-Integration der Ukraine. Außenminister Bartoszewski beabsichtigte, eine pro-europäische und demokratische Ukraine zu stärken. Wie vor ihm Außenminister Geremek sah er Polen als Unterstützer für die Einbindung der Ukraine in europäische und euroatlantische Strukturen. Auch Premierminister Miller unterstrich die Bedeutung der „strategischen Partnerschaft“ der Ukraine und Polens (Gerhardt 2003: 141–142). 1998 besuchten der polnische Verteidigungsminister Onyszkiewicz und der oberste militärische Kommandeur der polnischen Streitkräfte Szumski die Ukraine. Im selben Jahr besuchte auch der polnische Wirtschaftsminister Steinhoff die Ukraine, wo er mit seinem ukrainischen Kollegen über Investitionsmöglichkeiten sprach (Cieślak 1998: 174–179). Im Jahr 2000 unterzeichneten die

obersten militärischen Kommandeure der Streitkräfte Polens und der Ukraine, Piątas und Schulak, einen Vertrag über militärische Kooperation für das Jahr 2001, in dem gemeinsame Militärübungen, ein Seminar über die Europäische Sicherheit und eine Übung ukrainischer Berufssoldaten in Polen vereinbart wurden (Szmyd 2000: 221).

Bei der Heranführung der Ukraine an die NATO verließ sich Polen stark auf Hilfe der USA. Ähnlich wie Polen sahen die USA in der Unabhängigkeit der Ukraine ein Schlüsselement der politischen Ordnung in der Region (Bartoszewski 1996: 73). Als Resultat der polnischen Lobbyarbeit wurde 1997 von der Ukraine und der NATO die „Charta über die besondere Partnerschaft“<sup>136</sup> unterzeichnet. In der Überzeugung, die Ukraine sei einer der Schlüsselfaktoren für Stabilität in Mitteleuropa, entschieden sich die Ukraine und die NATO damit, eine vertiefte Partnerschaft zu entwickeln. Diese Vertiefung sollte praxisnaher Art sein und basierte daher vor allem auf Konsultationen und Zusammenarbeit, darunter regelmäßige Treffen zwischen der NATO und der Ukraine (einschließlich Treffen zwischen der Ukraine und NATO-Komitees und zwischen der militärischen Verwaltung der NATO und der Ukraine) und die Gründung einer NATO-Vertretung in der Ukraine und einer ukrainischen Vertretung in Brüssel. 1998 unterzeichneten die USA, Polen und die Ukraine eine gemeinsame Deklaration zur Förderung der Transformationsprozesse in der Ukraine (Shynkarjov 2005: 40).

#### **4.3.4. Polens NATO-Beitritt 1999 und weitere Anbindung der Ukraine an die NATO**

Mit seinem NATO-Beitritt 1999 schuf Polen schließlich ein Gegengewicht zu Russland. Jedoch genügte es Polen nicht, selbst Teil des NATO-Systems zu sein. Das Engagement Polens für eine Anbindung der Ukraine an die NATO verstärkte sich daher zu einer Anwaltschaft Polens bei der NATO (und der EU) für eine Mitgliedschaft der Ukraine in den westlichen Bündnissen<sup>137</sup>. 2002 entwarfen die NATO und die Ukraine einen „Aktionsplan“. Dieser umfasste politische Fragen (kollektive Sicherheit für Frieden, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, demokratische Kontrolle über nationale Streitkräfte, usw.), Militär- und

---

136 Dokument 994\_002 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 23. Dezember 2007.

137 Vgl. die Rolle Deutschlands als Anwalt Polens vor dem polnischen EU- und NATO-Beitritt, auch im Rahmen der sicherheitspolitischen Achse Frankreich–Deutschland–Polen–Ukraine(–Georgien).

Verteidigungsfragen (Planung der kollektiven Sicherheit, Teilnahme der nationalen Streitkräfte an der kollektiven Sicherheit, Teilnahme an Militärübungen, usw.), wirtschaftliche Fragen (finanzielle Unterstützung des NATO-Budgets, Fortbildung des Personals für eine strukturelle NATO-Organisation, usw.), Sicherheitsfragen (Garantie der Nichtverbreitung von Geheiminformation) und Rechtsfragen (Beitritt zu allen wichtigen NATO-Verträgen seit 1949)<sup>138</sup>. In diesem Zusammenhang fanden seitdem zahlreiche Militärübungen mit ukrainischen und internationalen Truppen statt: die ukrainisch-kanadisch-polnisch-litauischen Übungen „Ahornbogen“ (seit 2003), ukrainisch-slowakische Übungen (seit 2006), Übungen der Marine auf dem Schwarzen Meer (seit 2001), ukrainisch-ungarisch-rumänisch-slowakische Übungen des Bataillons Tysa (seit 2002) und die ukrainisch-moldawischen Übungen „Süden“ (seit 2003)<sup>139</sup>. Als Teil der polnischen Truppen schickte die Ukraine 2003 ein Militärkontingent auch in den Irak, von wo es jedoch bereits Mitte 2005 zurückgeholt wurde<sup>140</sup>.

Die Entstehung des Aktionsplans verbindet Kataryna Wolczuk mit der Entwicklung der Beziehungen zwischen der NATO und Russland. Polens Lobbyarbeit für die Ukraine bei der NATO wurde durch die Etablierung des NATO-Russland-Rates 2002 konterkariert. Nachdem die Beziehungen Russlands diejenigen der Ukraine zu NATO „überholten“, strebte auch die Ukraine nach einer Intensivierung ihrer Beziehungen zur NATO. Russland verhielt überraschenderweise ruhig gegenüber der ukrainischen Vorgehensweise, dabei hätte es leicht eine Reihe von Faktoren benutzen können, um auf die Ukraine Druck auszuüben: die ungesicherte Grenze zur Ukraine, die mögliche Einbeziehung der Ukraine in russische Integrationsprojekte und die Präsenz der russischen Schwarzmeerflotte auf der ukrainischen Krim (Wolczuk 2002: 24–25). Eine weitere Erklärung für die verstärkten Beziehungen zur NATO findet sich in der innenpolitischen Krise der Ukraine seit 2001 mit dem „Kassettenskandal“ und der internationalen Isolation der Ukraine seit 2002 mit der „Koltschuga-Affäre“, für die der ukrainische Präsident Kutschma bei der internationalen Gemeinde (besonders bei den USA) nach Wiedergutmachung suchte. Darüber hinaus basierte

---

138 <http://www.mfa.gov.ua/mfa/ua/publication/content/1709.htm>; Außenministerium der Ukraine; abgerufen am 3. November 2008 || <http://www.nato.int/docu/basic/b021122a.htm>; NATO; abgerufen am 3. Februar 2009.

139 Liste der internationalen Militärübungen des Verteidigungsministeriums der Ukraine unter [http://www.mil.gov.ua/files/multinational\\_exercise.htm](http://www.mil.gov.ua/files/multinational_exercise.htm); abgerufen am 27. Mai 2008.

140 Liste der Teilnahmen der Ukraine an friedenserhaltenden Missionen unter <http://www.mil.gov.ua/index.php?part=peacekeeping&lang=ua&sub=history>; Verteidigungsministerium der Ukraine; abgerufen am 3. November 2008.

die Intensivierung der NATO-Russland-Beziehungen nicht auf Russlands NATO-Integration, sondern lediglich auf dem Kampf gegen den Terrorismus, der für die USA nach den Terroranschlägen am 9. September 2001 absolute Priorität genoss. Mit diesem gemeinsamen Ziel hofften sowohl Washington als auch Moskau, eine solide Grundlage ihrer Beziehungen schaffen zu können, wobei die Kooperation fair und gleichberechtigt sein sollte (Ermakov 2003: 64, 66).

Bei der Intensivierung der NATO-Ukraine-Beziehungen konnte sich der ukrainische Präsident Kutschma zunächst nicht auf die Unterstützung des ukrainischen Parlaments verlassen. 1998 zogen bei den Parlamentswahlen überwiegend linke Kräfte ins Parlament ein, die in Sowjet-Nostalgie schwelgten und Verlierer der Transition mobilisierten. Zudem wurde der Machtkampf zwischen Präsident und Parlament dadurch erschwert, dass die pro-präsidiale Volksdemokratische Partei der Ukraine (NDPU) nur 5% der Wählerstimmen erreichte (Ott 1998: 1007–1008). Aufgrund der kontroversen NATO-Operationen in Ex-Jugoslawien 1999 nahm die Werchowna Rada in einer Verordnung Stellung zu den Beziehungen zwischen der Ukraine und der NATO. In der Verordnung unterstrich das ukrainische Parlament die multivektorielle Außenpolitik der Ukraine und ihre Nichtteilnahme an militärisch-politischen Allianzen mit aggressiven Doktrinen wie der NATO. Mit dieser Verordnung betonte das Parlament den blockfreien Status der Ukraine und die negative Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zu einer NATO-Integration der Ukraine. Das Parlament kritisierte auch seine beschränkte Rolle in der Formulierung der Außenpolitik und wies auf die ukrainische Verfassung hin, laut derer das Parlament die Grundlagen der Außenpolitik bestimme. Da die meisten Dokumente zu den Beziehungen der Ukraine zur NATO nicht durch das Parlament (wie in der Verfassung vorgesehen) sondern durch Präsidentenerlasse verabschiedet worden waren, verlangte die Werchowna Rada nach einer stärkeren Rolle bei der Konstruktion der Beziehungen zur NATO, z.B. nach der Entscheidungskompetenz über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Ukraine<sup>141</sup>. Erst im Jahr 2000 ratifizierte das ukrainische Parlament den Vertrag zwischen Polen und der Ukraine über die Bildung der gemeinsamen Militäreinheit UkrPolBat, der schon 1997 in

---

141 Dokument 612\_14 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen 12. Dezember 2007.

Warschau unterzeichnet worden war<sup>142</sup>. Die Militäreinheit wurde daraufhin im Kosovo stationiert.

Erst bei den Parlamentwahlen 2002 gelang es dem pro-präsidialen Wahlblock „Für eine vereinigte Ukraine“ zusammen mit der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei (SDPUo), trotz der geringen Abgeordnetenzahl letzterer, die Regierung zu stellen – allerdings nur eine Minderheitsregierung. Daraufhin formulierte die Werchowna Rada eine Erklärung betreffend eines NATO-Beitritts der Ukraine, in denen sie festlegte, die euroatlantische Integration<sup>143</sup> der Ukraine sei der wichtigste Faktor für die nationale Sicherheit, die Entwicklung der demokratischen Institutionen sowie den Schutz der Menschenrechte und der Zivilgesellschaft und diene darüber hinaus lebenswichtigen Interessen des ukrainischen Volkes. Daher solle die Werchowna Rada den Kurs der Ukraine auf eine NATO-Mitgliedschaft ausarbeiten, der Präsident die Kontrolle über das Konzept der NATO-Integration der Ukraine übernehmen und die Regierung aus dem Budget die notwendigen Mittel zur Implementierung des Konzepts zur Verfügung stellen<sup>144</sup>. So bildete Kutschma 2003 per Erlass als Hilfsorgan des Präsidenten das Nationalzentrum für Euroatlantische Integration, das sich mit der NATO-Integration der Ukraine beschäftigen sollte<sup>145</sup>. 2004 legte Präsident Kutschma per Erlass in der Militärdoktrin der Ukraine den NATO-Beitritt als das Endziel der euroatlantischen Integration der Ukraine fest<sup>146</sup>.

Der Tradition der polnischen Ostpolitik folgend unterstützte auch der seit 2005 amtierende polnische Präsident Kaczyński die NATO-Integration der Ukraine<sup>147</sup>. Über einen NATO-Beitritt der Ukraine sprach er u.a. mit dem amerikanischen Präsidenten George W. Bush. Ferner schlug Kaczyński vor, eine polnisch-ukrainisch-litauische Militäreinheit zu bilden<sup>148</sup>. Polen stützte sich in der Tat in seiner Rolle als Anwalt der Ukraine bei der NATO (und der EU) stark auf die USA. Während Polen der EU eine ignorante und Russland gegenüber nachlässige Politik vorwarf, sah Polen seitens der USA eine bessere Ukraine-

---

142 Dokument 1634\_14 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 12. Dezember 2007.

143 Der Begriff „euroatlantische Integration“ umschreibt dem Verständnis der Ukraine nach die NATO-Integration, während mit „europäische Integration“ die EU-Integration der Ukraine gemeint ist.

144 Dokument 233\_15 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 12. Dezember 2007.

145 Dokument 15/2003 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 4. Februar 2009.

146 Dokument 648/2004 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 28. Januar 2008.

147 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/news/story/2008/03/080314\\_poland\\_yushchenko\\_kk.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/news/story/2008/03/080314_poland_yushchenko_kk.shtml); BBC; abgerufen am 15. Juni 2008.

148 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2006/02/060228\\_kaczynski\\_kyiv\\_sp.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2006/02/060228_kaczynski_kyiv_sp.shtml); BBC; abgerufen am 15. Juni 2008.

Politik (Lang 2002: 34). Polen befürwortete, dass die USA die Kooperation mit dem Osten im Allgemeinen und mit der Ukraine in Speziellen aktiv gestalteten. Dafür sind verschiedene Gründe zu finden: Erstens betrachten die USA und Polen den Osten geopolitisch ähnlich; das amerikanische Engagement in Zentralasien, im Kaukasus und in Osteuropa trägt dazu bei, den russischen Einfluss auf die GUS-Staaten zu reduzieren. Zweitens pflegen die USA (im Vergleich zur EU) einen unvoreingenommenen Umgang mit Russland, trotz des gemeinsamen Kampfes mit Russland gegen den Terrorismus. Drittens helfen die USA, die historischen Konflikte mit Russland besser einzuschätzen. Viertens treten die USA für eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ein, was für Polen einen wesentlichen Punkt darstellt. Fünftens und letztens betrachtet Polen die USA in den EU-Beziehungen zu Russland als Gegengewicht zur Achse Frankreich–Deutschland (Lang 2005a: 6).

Seit Beginn der Präsidentschaft Juschtschenkos intensivierte die Ukraine ihre Beziehungen mit der NATO<sup>149</sup>. Mit den Parlamentswahlen 2006 und der darauf folgenden Ernennung Janukowytschs zum Premierminister wurde diese Intensivierung der NATO-Ukraine-Beziehungen jedoch wieder abgeschwächt. Bei seiner Brüssel-Reise 2006 äußerte sich Janukowytsch, die Ukraine sei noch nicht bereit, der NATO beizutreten<sup>150</sup>. Einige Monate später bestätigte auch das ukrainische Parlament (d.h. die Regierungsmehrheit unter Anführung der Partei der Regionen, deren Vorsitzender Janukowytsch war) die offizielle Stellungnahme des Premierministers in Brüssel: ein NATO-Beitritt der Ukraine solle nur auf Basis eines positiv ausfallenden Referendums stattfinden<sup>151</sup>. Auch empfahl das Parlament dem Parlamentskomitee für außenpolitische Beziehungen, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der die Besonderheiten eines Beitritts der Ukraine zu militärischen bzw. militärisch-politischen Allianzen definieren sollte.

Mit Unterstützung der Partei der Regionen (PR) fanden 2006 auf der Krim Proteste gegen ein amerikanisches Schiff statt, das an einer gemeinsam mit der Ukraine geplanten internationalen NATO-Militärübung auf der Krim teilnehmen wollte<sup>152</sup>. Insbesondere die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) unterstützte diese Proteste. Laut dem

---

149 Dokument 950\_012 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 12. Dezember 2007.

150 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/indepth/story/2006/09/060914\\_ukraine\\_eu\\_missiroli.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/indepth/story/2006/09/060914_ukraine_eu_missiroli.shtml); BBC; abgerufen am 7. Februar 2009.

151 Dokument 158-16 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 12. Dezember 2007.

152 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2006/06/060608\\_yanuk\\_crimea\\_oh.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2006/06/060608_yanuk_crimea_oh.shtml); BBC; abgerufen am 30. November 2008.

Vorsitzenden der KPU habe das ukrainische Parlament einem Zugang ausländischer Streitkräfte zur Ukraine nicht zugestimmt<sup>153</sup>. Gleichzeitig behauptete der pro-präsidiale Verteidigungsminister Hryzenko, es seien alle rechtlichen Fragen in diesem Zusammenhang geklärt, und Militärtrainings dieser Art fänden bereits seit der Mitte der 1990-er statt. 2007 protestierte die KPU auf der Krim erneut gegen die Militärübung „Sea Breeze“, die im Gegensatz zum vorangegangenen Jahr jedoch unter persönlichem Patronat des ukrainischen Präsidenten stattfand. Auch in Odessa mobilisierte die KPU Hunderte Protestierende<sup>154</sup>.

Der polnische Präsident Kaczyński und der amerikanische Präsident Bush plädierten 2006 beim NATO-Gipfeltreffen in Riga nachdrücklich dafür, der Ukraine einen NATO-Aktionsplan zur Mitgliedschaft (MAP) anzubieten. Angesichts der Anti-NATO-Proteste auf der Krim lehnte die NATO ein solches Angebot zwar ab, unterstrich jedoch die wichtige Rolle der Ukraine in der europäischen Sicherheit<sup>155</sup>. Die Position Polens wurde in dieser Hinsicht noch deutlicher: Polen sah sich zwischen der EU (deren Mitglied es ist) und den USA (deren Verbündeter es ist) gefangen, da die außenpolitische Orientierungen der EU und der USA nicht immer übereinstimmen (Kissinger 2005: 162).

Am Vorabend des NATO-Gipfeltreffens 2008 verfassten Präsident Juschtschenko, der Parlamentsvorsitzende Jazenjuk und die neue Premierministerin Tymoschenko nach den vorgezogenen Parlamentswahlen einen Brief an die NATO, in dem sie die Organisation baten, der Ukraine einen MAP anzubieten. Dies provozierte heftige Spannungen in der Werchowna Rada und resultierte in einer Blockade letzterer durch die Partei der Regionen und die Kommunistischen Partei. Die beiden Parteien verlangten, das Parlament solle eine Verordnung darüber beschließen, dass ein NATO-Beitritt der Ukraine nur auf Basis des positiven Ausgangs eines Referendums vollzogen werde. Überdies solle auch der NATO-Generalsekretär darüber informiert werden<sup>156</sup>. Vor dem Hintergrund des innerukrainischen Streits um einen NATO-Beitritt sprachen sich 2008 56% der Ukrainer für einen EU-Beitritt, jedoch lediglich 22% für einen NATO-Beitritt der Ukraine aus<sup>157</sup>. Die geringe Akzeptanz der NATO in der ukrainischen Bevölkerung wird gemeinhin damit erklärt, dass die NATO trotz

---

153 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2006/05/060530\\_nato\\_makarchuk\\_real\\_sp.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2006/05/060530_nato_makarchuk_real_sp.shtml); BBC; abgerufen am 30. November 2008.

154 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2007/07/070709\\_nato\\_odessa\\_ak.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2007/07/070709_nato_odessa_ak.shtml); BBC; abgerufen am 1. Dezember 2008.

155 [http://www.nato.int/docu/pr/2006/p06-150e.htm#ukr\\_georgia](http://www.nato.int/docu/pr/2006/p06-150e.htm#ukr_georgia); NATO; abgerufen am 2. Juli 2008.

156 Dokument 126-17 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 15. Juni 2008.

157 <http://dif.org.ua/uploads/HD2008-04.doc>; Demokratische Initiativen; abgerufen am 29. August 2008.



ihrer Transformation noch immer als von den USA dominierte Militärorganisation und als Relikt des Kalten Krieges gesehen wird.

Die USA als NATO-Triebkraft und Polen als Verbündeter der USA stellten sich beim NATO-Gipfeltreffen in Bukarest 2008 jedoch als Verlierer heraus. Der polnische und der amerikanische Präsident plädierten erneut deutlich für einen MAP für die Ukraine. Der polnische Premierminister Tusk unterstützte ebenfalls die Ambitionen Ukraine<sup>158</sup>. Gegen einen MAP für die Ukraine (und Georgien) votierten insbesondere die alten EU- und NATO-Staaten Deutschland und Frankreich. Sie gestanden der Ukraine lediglich eine NATO-Beitrittsperspektive ohne definitiven Beitrittstermin zu<sup>159</sup>. Präsident Kaczyński mutmaßte, die Entscheidung des NATO-Gipfeltreffens habe unter russischem Einfluss stattgefunden<sup>160</sup>, da die alten EU-Staaten ob der Zugehörigkeit der Ukraine zu Russlands Einflussosphäre keinen Konflikt provozieren wollten.

Jedoch stellen nicht nur die Positionen Russlands und Deutschlands ein Hindernis für eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine dar. Problematisch ist in dieser Hinsicht auch die Stationierung von Teilen der russischen Schwarzmeerflotte auf der ukrainischen Krim, die dort laut einem ukrainisch-russischen Vertrag noch bis 2017 ein Bleiberecht haben. Darüber hinaus führt die Ukraine seit Jahren kleinere Territorialdispute: mit Rumänien über die im Schwarzen Meer befindliche Insel Smijinyi (aufgrund der dortigen Ölreserven), und mit Russland um die ebenfalls im Schwarzen Meer befindliche Insel Tusla (die Russland als einen Stützpunkt betrachtet) (Schneider 2005: 18). Die Grenzen der Ukraine zu seinen Nachbarstaaten sind damit nicht vollständig festgelegt.

---

158 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2008/03/080328\\_tusk\\_om.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2008/03/080328_tusk_om.shtml); BBC; abgerufen am 6. August 2008.

159 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/news/story/2008/04/080403\\_nato\\_ukraine\\_bt.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/news/story/2008/04/080403_nato_ukraine_bt.shtml); BBC; abgerufen am 7. Februar 2009.

160 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/news/story/2008/04/080410\\_poland\\_nato\\_yk.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/news/story/2008/04/080410_poland_nato_yk.shtml); BBC; abgerufen am 18. November 2008.

#### **4.4. Die Ukraine, Polen und die EU**

##### **4.4.1. Annäherung der Ukraine und Polens seit Mitte der 1990-er**

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Krawtschuk, der eher pro-westlich ausgerichtet war und sich von Russland entfernte, definierte der neue ukrainische Präsident Kutschma Mitte der 1990-er die außenpolitischen Prioritäten des ukrainischen Staates neu. 1995 erschien in Kiew unter dem Titel „Ukrajina na porosi XXI stolittja: politytschnyj aspekt“ (Die Ukraine an der Schwelle des 21. Jahrhunderts: politischer Aspekt) ein vom Konsultanten des Präsidenten Dmytro Wydrin und vom Chef der Präsidialadministration Dmytro Tabaschtschnyk verfasstes Buch. In diesem Buch wurde argumentiert, die Zukunft der Ukraine liege nicht in Europa, sondern in Eurasien, wo die Ukraine eine strategische Partnerschaft mit Russland haben sollte (Basiuk 2000: 39). Damit sah der Präsident – was er auch öffentlich unterstrich – die Ukraine auf dem Kreuzweg verschiedener Kulturen und Religionen und machte sie zur Brücke zwischen Osten und Westen. Im tieferen Sinne verstand er darunter eine Brücke zwischen dem byzantinischen Osten und dem humanistischen Westen, und er sah in der polymorphen Kultur, die die Ukraine im Laufe der Jahrhunderte entwickelt hatte, den entscheidenden Zug ihrer zivilisatorischen Zugehörigkeit (Pachlovska 2004: 104, Pachlovska 2005: 282).

In der Außenpolitik waren diese Vorstellungen jedoch nicht leicht zu verfolgen, da 1994 bei ersten Parlamentswahlen in der unabhängigen Ukraine sowohl Parteien der konservativen Linken als auch der konservativen Rechten ins Parlament einzogen. Die 1993 neu gegründete Kommunistische Partei war am stärksten vertreten, gefolgt von Ruch sowie der sozialistischen Fraktion mit der Sozialistischen Partei der Ukraine, mit einer Abspaltung der Kommunistischen Partei und mit der ukrainischen Republikanischen Partei. Besonders interessant war, dass 55% der Abgeordneten als Parteilose ins Parlament einzogen (Wittkowsky 1996: 364–380). Die Identitäten der Parteien basierten dabei auf unterschiedlichen Konzepten. Als die zwei bedeutendsten Konzepte nannte Taras Kuzio in diesem Zusammenhang die Ukrainophilie und den Ostslawismus (Shulman 2002: 116–117). Ersteres Konzept interpretiert Russland aus der Sicht der Ukraine als den „anderen“ und strebt daher nach Identitätsabgrenzung von den Russen, letzteres Konzept betrachtet die drei ostslawischen Völker (Ukrainer, Belarussen und Russen) als eine Einheit, die auf die Kiewer

Rus im 9.–12. Jahrhundert zurückgeht, und treibt daher die Kooperation der Ukraine mit Russland voran (Kuzio 2006a: 423).

Mit seinem Amtsantritt 1995 nahm der polnische Präsident Kwaśniewski die Formel der „strategischen Partnerschaft“<sup>161</sup> mit der Ukraine wieder auf und deklarierte seine Unterstützung für die Ukraine (Gerhardt 2003: 132). Timothy Snyder weist drauf hin, dass der ambitionierte Kommunist Kwaśniewski sein Interesse an der Ukraine in jungen Jahren aus der in Paris ansässigen Exil-Zeitschrift „Kultura“ schöpfte. Als Vorsitzender der polnischen Kommunistischen Partei baute Kwaśniewski in der Transformation der Partei nicht auf einen antiukrainischen Nationalismus, sondern auf einen pro-ukrainischen Postkommunismus. Kwaśniewski korrespondierte persönlich mit dem „Kultura“-Herausgeber Giedroyc und reiste später nach Paris um ihm seinen Respekt zu erweisen (Snyder 2003b: 230).

1995 nahm das Konsultationskomitee der beiden Präsidenten wieder seine Arbeit auf. Vorsitzender der Arbeitsgruppe auf polnischer Seite war Ananicz, der Verantwortliche für die Außenpolitik Polens in der Präsidentenkanzlei (Chojnowska 1995: 142). Der Vorsitzende auf ukrainischer Seite war Horbulin, der Sekretär des Rates der Nationalen Sicherheit, also eine eng mit dem Präsidenten Kutschma verbundene Figur. Das Programm der Sitzungen war breit: von gemeinsamen Militärübungen bis hin zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit (Chojnowska 1995: 142). Auf Einladung von Präsident Kwaśniewski besuchte der ukrainische Präsident Kutschma 1996 eine Sitzung neun ostmitteleuropäischer Staaten in Łańcut (Chojnowska 1996: 143). Für den ukrainischen Präsidenten stellte dies ein

---

161 In der Tat ist der Begriff „strategische Partnerschaft“ weder in der polnischen noch in der ukrainischen Politik klar definiert. In Anlehnung an Nowakowski definiert Sebastian Gerhardt diesen Begriff für Polen wie folgt: Polen und die Ukraine wünschen eine unabhängige Ukraine und ihre Annäherung an NATO- und EU-Strukturen; beide verfügen über eine funktionierende Marktwirtschaft, wollen eine „De-Imperialisierung“ Russlands, streben nach freiem Verkehr von Personen und Gütern und achten die gegenseitigen Minderheiten. Gleichzeitig betont Gerhardt, auf polnischer Seite unterliege der Begriff einen Wandel und sei in verschiedenen Perioden jeweils von Präsident, Regierung und Parlament unterschiedlich definiert worden (Gerhardt 2003: 119). Der ukrainische Politikwissenschaftler Ihor Schowkwa stützt sich zur Definition der strategischen Partnerschaft auf Kriterien wie: zwei oder mehr strategische Bereiche der Zusammenarbeit, ein gleiches Verständnis des Begriffs „strategisch“, „vorstrategische“ Beziehungen sowie Mechanismen zur Koordination und für die Verankerung der Partnerschaft in formellen Akten (Schowkwa 2005). Gemäß diesen Bedingungen sind laut Schowkwa unter der großen Anzahl „strategischer Partner“ der Ukraine nur wenige „echte“, darunter Russland, die USA, Polen, die NATO und die EU. Die ukrainischen Außenpolitikexperten Mychajlo Paschkow und Walerij Tschalyj bieten eine etwas breitere (aber der von Schowkwa ähnliche) Definition an: Zu den Prinzipien „strategischer Partnerschaft“ zählen sie eine Teilnahme an der Partnerschaft auch durch die Bevölkerung, nicht nur durch die politischen Institutionen (Siehe dazu: Paschkow, M./Tschalyj, W. 2000. Realiji ta perspektywy stratehitschnoho partnerstwa. Rasumkow-Zentrum). Eine andere Studie des Rasumkow-Zentrums zeigt, dass unter den 19 strategischen Partnern der Ukraine gar nur vier „echte“ strategische Partner sind: Russland, die USA, Deutschland und Polen (Rasumkow-Zentrum unter [http://www.uceps.org/article.php?news\\_id=113](http://www.uceps.org/article.php?news_id=113); abgerufen am 30. Januar 2009).

außerordentliches Ereignis dar, da dies seinen ersten ernsthaften Auftritt auf internationaler Bühne und den Anfang der Freundschaft mit Kwaśniewski markierte. 1997 wurde die „Gemeinsame Deklaration des ukrainischen und polnischen Präsidenten über Versöhnung“ unterzeichnet<sup>162</sup> (die eigentlich auf eine Abmilderung der historischen Konflikte zwischen den beiden Nationen zielte), in der die beiden Präsidenten betonten, die Ukraine und Polen seien souveräne Staaten, gute Nachbarn und strategische Partner.

Unter der Präsidentschaft Kwaśniewskis diskutierte der Ministerrat weniger kontrovers über die „strategische Partnerschaft“ mit der Ukraine als während der Präsidentschaft Wałęsas. Grundsätzlich stimmten die Regierungen und der Präsident in der Ostpolitik überein. Außenminister Rosati unterstrich, dass die Unabhängigkeit der Ukraine wichtig für die Sicherheit Polens und Europas sei und sprach auch von der Zusammenarbeit von NGOs als Möglichkeit für die ukrainischen Akteure, die Transformationserfahrungen Polen zu übernehmen. Hinsichtlich des Dreiecks Polen–Ukraine–Russland betonte der Außenminister, die polnischen Ostpartner dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. Schließlich definierte der Außenminister die Beziehungen zu der Ukraine wieder als „strategisch“ (Gerhardt 2003: 133–134).

Nach den Parlamentswahlen 1997 in Polen waren Parlament und Premierminister in Fragen der Ostpolitik gegenüber der Ukraine jedoch nicht einer Meinung mit dem Präsidenten. Bei den Parlamentswahlen erreichte die rechte Wahlaktion Solidarität (AWS) 33,8% der Stimmen, gefolgt vom linken Bund der Demokratischen Linke (SLD) mit 27,1%, der Freiheitsunion (UW) aus der politischen Mitte mit 13,4%, der linken Polnischen Volkspartei (PSL) mit 7,3% und Bewegung für den Wiederaufbau Polens (ROP) mit 5,6%. Damit wurde die Linkskoalition aus SLD und PSL von einer Mitte-Rechts-Koalition aus den beiden Post-Solidarność-Parteien AWS und UW abgelöst, und es kam zu einer *cohabitation*-Phase zwischen dem Präsidenten und Premierminister Buzek, einer Kompromissfigur (Juchler 1998: 148–159). Die Debatten der polnischen Parteien hinsichtlich des Konzeptes der „strategischen Partnerschaft“ gegenüber den östlichen Nachbarn Polens waren daher besonders bemerkenswert. UW und AWS betonten zunächst lediglich die Wichtigkeit der ukrainisch-polnischen Beziehungen, ohne ihnen eine „strategische Dimension“ zu geben (Gerhardt 2003: 145). Etwas später stimmte die Regierung jedoch dem präsidialen Konzept

---

162 Dokument 616\_005 abrufbar unter <http://zakon.rada.gov.ua>, Parlament der Ukraine, abgerufen am 5. August 2007.

der Ostpolitik zu. Kwaśniewski blieb in der Ostpolitik Polens sehr präsent, wenn nicht sogar entscheidend, obwohl die neue polnische Verfassung aus dem Jahr 1997 die Kompetenzen des Präsidenten in der Außenpolitik reduzierte,

Auf eine Annäherung der Ukraine an Polen setzte auch der ukrainische Präsident Kutschma. Für den Posten des Außenministers nominierte er 1994 Udowenko, der zuvor Botschafter der Ukraine in Polen gewesen war. Mit dem Ziel, die Ukraine der Zentraleuropäischen Initiative anzunähern, reiste Udowenko 1994 zu einem offiziellen Besuch nach Warschau, was später in der Zusammenarbeit der beiden Außenminister mündete (Chojnowska 1995: 142). 1994 trafen sich der polnische Premierminister Pawlak und der ukrainische Premierminister Masol in Luzk (Ukraine), wo sie eine Deklaration über die Prinzipien der Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich, besonders im Handel, unterzeichneten. Dies betraf insbesondere den polnischen Export von Kohle in die Ukraine und den ukrainische Export von Eisen nach Polen (Całka 1994: 123). Im gleichen Jahr wurde zusätzlich ein Memorandum zum Treffen von Masol und Pawlak unterzeichnet, das in erster Linie auf die Entwicklung wirtschaftlicher Kooperation (Landwirtschaft, Maschinenbau, Rüstung, Pharmazeutik sowie überregionale Kooperation) ausgerichtet war<sup>163</sup>. 1995 unterzeichneten die beiden Kabinette in Warschau einen Vertrag über die gegenseitige Zulassung von Arbeitsmigranten. Dieser Vertrag erlaubte Arbeitgebern beider Seiten, Arbeitsmigranten für 12 Monate (in Ausnahmefällen für bis zu 18 Monate) anzustellen; dabei wurde eine Doppelbesteuerung ausgeschlossen<sup>164</sup>. Im gleichen Jahr, 1995, stattete der ukrainische Premierminister Martschuk Polen im Rahmen wirtschaftlicher Kooperation einen Besuch ab, im Zuge dessen ein Vertrag über Zusammenarbeit im Zollbereich geschlossen wurde. Besprochen wurden auch der Transportkorridor Gdansk–Odessa sowie polnisch-ukrainische Unternehmer in der Telekommunikationsbranche. Ebenfalls 1995 wurde zwischen den Regierungen ein Vertrag über kulturelle und wissenschaftliche Kooperation für die Jahre 1995–1996 unterzeichnet (Chojnowska 1995: 142–147).

Eine weitere Stärkung erfuhren die außenpolitischen Prioritäten des ukrainischen Präsidenten durch die neue ukrainische Verfassung, die 1996 in Kraft trat. Mit der Verfassung wurde die Rolle des Parlaments in der Außenpolitik stark reduziert; dem Präsidenten wurden im Gegenzug eine Reihe außenpolitischer Kompetenzen zugesprochen. Trotzdem wurde

---

163 Dokument 616\_078 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 7. Januar 2008.

164 Dokument 616\_026 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 6. Januar 2008.

Kutschma nach den Parlamentwahlen 1998 durch das Parlament in seinen außenpolitischen Absichten gehindert. Bei diesen Parlamentswahlen (den ersten Wahlen nach Inkrafttreten der neuen Verfassung) zogen die folgenden Parteien und Wahlblöcke in die Werchowyna Rada ein: die linke Kommunistische Partei der Ukraine (KPU), Progressiv-Sozialistische Partei der Ukraine (PSPU), der Block „für Freiheit, Volk und die Ukraine!“ (Sozialistische Partei und Bauernpartei) (ZPNU), die Volksdemokratische Partei der Ukraine (NDPU) aus der politischen Mitte, die Grüne Partei (PZU), die Sozialdemokratische Partei der Ukraine (SDPU), die Gesamtkrainische Vereinigte Gemeinschaft (VOH) und die mitte-rechts-orientierte Partei Ruch (NRU) (Ott 1998: 1004). Die Wahl führte damit zur Stärkung der linken Kräfte im Parlament, wobei unter diesen sowohl Sowjet-Nostalgiker als auch Verlierer der Transition waren, was zu einem weiteren Machtkampf zwischen Präsident und Parlament führte. Besonders ausdrücklich zeigte sich dies darin, dass die pro-präsidiale NDPU nur 5% der Stimmen gewann. Kutschma waren damit hinsichtlich der notwendigen wirtschaftlichen Reformen mehr als zuvor die Hände gebunden (Ott 1998: 1007–1008).

Die Herausbildung der Oligarchen in der Ukraine Mitte der 1990-er führte zur Entstehung der „Partei der Macht“, „die Symbiose zwischen der Staatsbürokratie und Wirtschaftsclans“ (Ott 2000: 11), womit die Oligarchen aus der Schattenpolitik heraustraten und zu legalen politischen Akteuren wurden (Ott 2000: 4)<sup>165</sup>. In politischen Parteien erkannten die ukrainischen Oligarchen ein Mittel, ihre Interessen auf legale Weise durchzusetzen. Sie gründeten eigene Parteien oder „übernahmen“ schon existierende Parteien. Diese Parteien sichern ihrer Klientel den Zugang zu staatlichen administrativen und finanziellen Ressourcen. Ukrainische Parteien dieser Struktur zeichneten sich durch fehlende Ideologien aus, und auch dadurch, dass Abgeordnete problemlos je nach Interesse der Oligarchen die Partei wechseln konnten (Bos 2008: 222–225). Dabei spielten regionale Netzwerke eine entscheidende Rolle. Auf diese Weise kämpften die Eliten in Ministerien z.B. um Einfluss in der Agrarindustrie, der Militärindustrie und der Energieindustrie. Mit dieser Periode wird in der Ukraine die Entstehung regionaler Clans verbunden, insbesondere in den industriellen Gebieten in Donezk, Dnipropetrowsk und später Charkiw (Wittkowsky 1996: 364–380).

---

165 Zur Entstehung der politischen Elite in der Ukraine siehe Mandsi, L. 2003. *Prawljascchtscha elita Ukrajyny: Sut ta etapy stanovlennja*. Franko-Nationaluniversität, Lwiw. Dissertation.

#### 4.4.2. Anfänge der polnischen Anwaltschaft für die EU-Integration der Ukraine

Mit der Stabilisierung der polnischen Regierungen ab 1994 stabilisierte sich auch die polnische Außenpolitik, die seitdem einheitlicher auf die EU- und die NATO-Integration Polens ausgerichtet war. Bereits 1991 unterschrieb Polen das „Europa-Abkommen“ (ein Assoziierungsabkommen) mit der EG (seit 1992 EU), das 1994 in Kraft trat. Das Europa-Abkommen beinhaltete die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums, die Förderung politischer Reformen in Mittel- und Osteuropa, entwicklungspolitische Kooperationen und die Vorbereitung auf den EU-Beitritt (Mołojęj 2000: 18–19). Die Ukraine dagegen unterzeichnete 1994 lediglich ein „Partnerschafts- und Kooperationsabkommen“ (PKA)<sup>166</sup> mit der EU, in dem die EU der Ukraine einen politischen Dialog sowie wirtschaftliche, soziale, technologische und kulturelle Zusammenarbeit anbot, nicht jedoch eine Beitrittsperspektive. Im Gegensatz zu den ukrainischen Interessen, die auf eine Assoziation mit der EU zielten, formulierte das PKA lediglich die Position der EU, die keine vertieften Beziehungen mit der Ukraine wünschte, da der EU der Druck Russlands auf die Ukraine (mit Russlands Ansprüchen auf die Krim und dem Streit um die Schwarzmeerflotte) ungünstig gelegen kam.

Da die Ausgangspositionen der Ukraine und Polens in den Beziehungen zur EU wie beschrieben sehr unterschiedlich waren, versuchte Polen seit Mitte der 1990-er, die Ukraine an die EU heranzuziehen<sup>167</sup>. In der moderaten Version der polnischen Ostpolitik wird der Ukraine die Funktion eines geopolitischen Gegengewichts zu Russland zuteil (Lang 2002: 33). Alexei Miller erklärt Polens Befürwortung eines ukrainischen EU-Beitritts mit der Jagiellonischen Tradition Polens und der polnischen Identität, auf die sich Polen berief, als es eine Sonderrolle bei der Gestaltung der Außenpolitik von EU und NATO gegenüber den östlichen Nachbarn Polens (d.h. auch der Ukraine) beanspruchte (Miller 2003: 45–47).

Die Jagiellonische Tradition Polens geht auf die Beziehungen der Ukraine und Polens (und darüber hinaus Litauens) bis in das 14. Jahrhundert zurück, als die ersten historischen Berührungen zwischen Ukrainern und Polen stattfanden. Als im Jahre 1323 die regierende Dynastie des Fürstentums Galizien-Wolhynien (das wichtigste Bindeglied zwischen den Kiewer Rus und der späteren ukrainischen Geschichte) ausstarb, wurde das Fürstentum

---

<sup>166</sup> <http://www.delukr.ec.europa.eu/en/Data/pca-eng.pdf>; Delegation der Europäischen Kommission in der Ukraine, abgerufen am 6. Dezember 2007.

<sup>167</sup> Interessanterweise zeigt das Logo der polnischen Botschaft in der Ukraine die verbundenen Flaggen der Ukraine und Polens und die Aufschrift: Polen und die Ukraine in Europa.

Galizien-Wolhynien zum Streitobjekt seiner westlichen Nachbarn Polen und Litauen. Schließlich fielen einige Teile des Fürstentums an Polen, andere Teile an Litauen (Kappeler 2000: 41–43). Die zu Polen und Litauen gehörenden von Ukrainern besiedelten Gebiete kamen nach der polnisch-litauischen Personalunion im Jahre 1385/86 wieder unter dieselbe Herrschaft (Kappeler 2000: 44–46). Im Jahre 1569 rückten Polen und Litauen mit dem absehbaren Ende der Jagiełło-Dynastie noch näher zusammen, als aus der Personalunion als Realunion das Königreich Polen-Litauen entstand. Mit diesem Schritt kamen fast alle ukrainischen Gebiete unter polnische Herrschaft (Kappeler 2000: 46–47). Dieser „anthropologischen“ Natur bedient sich auch Mykola Rjabtschuk, um die Beziehungen Polens zur Ukraine zu erklären (Riabchuk 2006: 123). Weder das wirtschaftliche noch das geopolitische Interesse würden das Interesse Polens in der Ukraine zufrieden stellend erklären. Polen baue vor allem seine Handelsbeziehungen mit den EU-Staaten aus (insbesondere nach seinem EU-Beitritt) und habe sich vor seinem NATO-Beitritt Russland gegenüber sichern müssen. Das Interesse Polens an der Ukraine sei dagegen nicht pragmatisch, so Mykola Rjabtschuk, sondern eher romantisch-emotional und tief in der Psychologie und Mythologie der gemeinsamen historisch-kulturellen Entwicklung verankert. Da die Ukraine im Laufe der Jahrhunderte ein wesentlicher Teil der polnischen Geschichte und Kultur und damit auch des Nationalmythos gewesen sei, bilde die Ukraine für Polen auch heute noch eine Projektionsfläche der verpassten historischen Möglichkeiten, die Länder Ukraine, Belarus und Litauen in einem großpolnischen Reich zu vereinen. Im diesem Sinne stelle sich den Polen gegenüber den Ukrainern die Frage: Was haben wir, die Polen, historisch-kulturell von unserem Selbstbild verloren, als diese Länder autonom wurden? (Rjabtschuk 1999: 68–69).

Auch Andrzej Chwalba beschreibt das Interesse Polens in einem ähnlichen Sinne:

Es ist nicht leicht, das moderne und das vergangene Polen zu verstehen, ohne Russland oder, weiter gefasst, den Osten zu verstehen. In der polnischen Politik, im polnischen Denken, in der polnischen Kultur besaß der Osten immer einen besonderen Platz. Und er besitzt ihn bis heute. Es ist auch schwer, Polens Geschichte und Gegenwart zu verstehen, ohne zu berücksichtigen, welchen Platz die Kresy in seiner Kultur und Mythologie einnehmen, also die polnischen Ostgebiete (auch Grenz- oder Randgebiete genannt) der historischen Republik zwischen Dnjestr, Dnjepr und Düna [...]. Aus der Überzeugung, dass es kein freies und souveränes Polen ohne den Osten, ohne die polnischen Ostgebiete geben könne, entstand ein irrationales, romantisches Bild des Lebens in den Ostgebieten, eines Arkadiens, die Vision eines schönen, doch unglücklichen



Landes. Die Ostgebiete sind das mythologisierte Zentrum von Polonität und Heimatlichkeit, ein Zentrum der nationalen Identität und Psyche [...] (Chwalba 2005: 12, 48).

Durch polnische Intellektuelle und Künstler spielten die Ostgebiete in der Epoche der Romantik eine besondere Rolle. Diese Gebiete wurden zum Mittelpunkt des polnischen Lebens erhoben und bedeuteten daher für Polen eine besondere Verpflichtung, da Polen ohne diese nicht vorstellbar gewesen wäre (Chwalba 2005: 48–49). Damit verbunden war auch die „zivilisatorische Rolle“ Polens im Osten. Die polnischen Intellektuellen des 19. Jahrhunderts sahen in den Polen und den in diesen Gebieten siedelnden Völkern eine Familie, in der die Polen häufig die Rolle eines „älteren Bruders“ übernahmen. Diese Einwirkung Polens auf die Kultur und Mentalität der Ukrainer und Litauer bildet den Kern der „Jagiellonischen Idee“. Diese polnische Vorstellung weist zudem Russland eine interessante Rolle in der Region zu: Russland wurde stets als der „andere“ betrachtet, was einen Jahrhunderte langen Kampf zwischen Polen und Russland um die Region verursachte (Miller 2003: 42–45). Alexei Miller weist darauf hin, dass Russland auch heute noch im polnischen Diskurs als das „unheilbar Andere“ und Feindliche wahrgenommen wird. Das Feindliche rührt von der Wahrnehmung her, Russland würde versuchen, sein Imperium wieder herzustellen. Aus diesem Grund schienen die Eindämmung Russlands und die Rettung potenzieller Opfern eine polnische Aufgabe zu sein (Miller, zitiert in: Bischof 2006: 110). Mit Polens Mischung nostalgischer Gefühle, Regionalmacht zu sein, und seiner Phobie gegenüber Russland ist „der polnische Diskurs über Ostpolitik [...] nicht nur tief in der Geschichte verwurzelt, er bleibt auch ihr Gefangener“ (Miller 2003: 45–47).

1996 wurde daher auf Initiative des polnischen Präsidenten Kwaśniewski die „Gemeinsame Deklaration des Präsidenten der Ukraine und des Präsidenten Polens“<sup>168</sup> unterzeichnet. Die Deklaration stützte sich auf die gemeinsame Bestrebung der beiden Staaten, den ukrainisch-polnischen Beziehungen eine neue Qualität zu geben, da diese Beziehungen ein wichtiger Faktor bei der Bildung eines neuen Europas seien. Da die beiden Staaten eine gegenseitige Unterstützung auf dem Weg zur Integration mit europäischen Strukturen (insbesondere mit der EU) beabsichtigten, vereinbarten sie in der Deklaration die Zusammenarbeit bei der OSZE, dem Europarat und der Zentraleuropäischen Initiative, wobei

---

168 Dokument 616-088 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 21. Dezember 2007.

sich Polen bei letzterer besonders verpflichtete, der Ukraine beim Beitritt der Mitteleuropäischen Freihandelszone zu verhelfen.

1996 fanden gegenseitige Besuche der Innenminister Polens und der Ukraine, Siemiątkowski und Krawtschenko, statt. Es wurden Verträge zum Informationsaustausch für Kriminalitätsbekämpfung zur Etablierung einer Grenzpolizei geschlossen. Im selben Jahr besuchte auch der ukrainische Justizminister Holowaty Polen, wo er mit seinem polnischen Pendant die Implementierung polnischer Unterstützung im Bereich Zivil- und Kriminalgesetze besprach (Chojnowska 1996: 144–145). Ebenfalls im selben Jahr besuchte der polnische Bildungsminister die Ukraine, wo er mit seinem ukrainischen Kollegen kulturelle Initiativen, den Austausch von Studenten und die Etablierung eines Lehrstuhls für die Polnische Sprache an der Kiewer Schewtschenko-Nationaluniversität vereinbarte (Chojnowska 1996: 144–145).

1996 schlug der polnische Transportminister Liberadzki bei seinem Besuch in Kiew den Bau der Autobahn A-4 (Krakau–Lwiw), eine Kooperation im See- und Lufttransport, die Verkehrsrouten Gdansk–Odessa und eine europäischen Qualitätsstandards entsprechende Eisenbahntrasse von Polen nach Lwiw vor. Ebenfalls 1996 wurde eine Zwischenregierungskommission für den Schutz und die Rückgabe von im Zweiten Weltkrieg verloren gegangenen Kulturobjekten gebildet (Cieślak 1998: 174–179). 1997 wurde von Polen und der Ukraine ein Memorandum zur Handelsliberalisierung unterzeichnet. Zuvor war für die Jahre 1995 und 1996 bereits ein Zwischenregierungsprotokoll über kulturelle und wissenschaftliche Kooperation für Jugend und Künstler und für gemeinsame Ausstellungen, Forschung und Konferenzen unterzeichnet worden (Chojnowska 1996: 145–149)<sup>169</sup>.

1997 betonte der polnische Außenminister Geremek trotz des Regierungswechsels in Polen noch stärker die Bedeutung der Ukraine für Polen. Er unterstützte das Konzept des polnischen Präsidenten, in dem der Ukraine in der polnischen Außenpolitik eine der höchsten Prioritäten zugewiesen wurde (Gerhardt 2003: 135). Geremek äußerte sich auch negativ zur Schließung der polnischen Grenzen im Zuge eines zukünftigen EU-Beitritts Polens. Noch einen Monat vor Beginn der Verhandlungen zum EU-Beitritt äußerte der Außenminister 1998, die EU müsse den ukrainisch-polnischen Vertrag über das visumfreie Regime akzeptieren, doch schon ein halbes Jahr später akzeptierte er unter dem Druck Brüssels die

---

169 Dokument 616\_058 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 14. März 2008.

Einführung des Visumregimes nach EU-Recht. Wie der polnische Präsident Kwaśniewski unterstrich der Außenminister jedoch, das neue Visumregime mit der Ukraine solle so spät wie möglich vor dem EU-Beitritt Polens eingeführt werden (Gerhardt 2003: 159).

In der Frage der Visumregelung an der polnischen Ostgrenze in Vorbereitung Polens auf den EU-Beitritt war 1998 jedoch die Position von Präsident Kwaśniewski maßgeblich. Zunächst versprach der Präsident, das visumfreie Regime mit der Ukraine werde auch nach dem polnischen EU-Beitritt aufrechterhalten, da Polen auf keinen Fall keine neue Trennung in Europa wollte. Unter dem Druck der EU äußerte sich Kwaśniewski jedoch nur ein Jahr später, das neue Visumregime werde eingeführt, allerdings so spät wie möglich (Gerhardt 2003: 158). Noch unmittelbar vor Polens EU-Beitritt versuchte Kwaśniewski, mit der EU über den Charakter der polnischen Ostgrenze zu verhandeln, denn eine offene Grenze war im wirtschaftlichen und politischen Interesse Polens. Die Grenzen, so Polens Position, sollten für Kriminalität und illegale Migration geschlossen, jedoch für Menschen und ihre Dienstleistungen offen sein (Gerhardt 2003: 160). Eine besondere Rolle spielten in diesem Zusammenhang polnische und ukrainische Händler in der grenznahen Region, die nach dem Systemwechsel in der Ukraine und Polen mehrere Jahre lang vom Grenzhandel gelebt hatten.

Mitte der 1990-er stimmte das polnische Parlament trotz der *cohabitation* dem Außenpolitikkonzept des polnischen Präsidenten zu, in dem die Ukraine eine der Prioritäten darstellte (Gerhardt 2003: 138). 1998 begann die Arbeit der polnisch-ukrainischen parlamentarischen Gruppe; im selben Jahr knüpfte die polnische Bauernpartei Kontakte mit der ukrainischen Agrarpartei, der Vorsitzende der polnischen Freiheitsunion wurde zum Kongress von Ruch in der Ukraine eingeladen, und die polnische SLD etablierte Kontakte mit der Sozialistischen Partei der Ukraine (Cieślak 1998: 176).

Mit der Aussicht auf einen baldigen EU-Beitritt entstand in Polen bereits 1998 das Konzept der „östlichen Dimension“ der EU, das an Finnlands Konzept der „nördlichen Dimension“ (oder auch Spaniens „südliche Dimension“) erinnerte (Pietraś 2006: 21). Damit beanspruchte Polen, als zukünftiges EU-Mitglied Einfluss auf die EU-Außenpolitik zu nehmen und die Ukraine enger an die EU anzubinden. In seiner gesamten Ostpolitik unterteilte Polen von Anfang an seine Nachbarn Ukraine, Russland und Belarus gemäß der Formel „the good, the bad and the ugly“ (der Gute, der Schlechte und der Hässliche) (Lang 2005a: 1). Im Gegensatz zu Finnland schlug Polen in seinem Konzept jedoch nicht nur grenzüberschreitende Kooperationen vor, sondern regte darüber hinaus auch eine nähere

Anbindung der östlichen Nachbarstaaten Polens, besonders der Ukraine, an die EU an (Kempe 2007b: 65).

Auch der ukrainische Präsident Kutschma forcierte die EU-Integration der Ukraine. 1998 legte Kutschma die „Strategie zur Integration der Ukraine in die EU“<sup>170</sup> vor (die 2001 und 2003 jedoch mehrmals Revisionen unterlief). Darin wurde erklärt, es sei im Sinne der nationalen Interessen der Ukraine, eine EU-Mitgliedschaft anzustreben. Beabsichtigte Hauptrichtungen dieser Integration waren: die Adaption ukrainischen Rechts an das EU-Recht, wirtschaftliche Integration, Integration im Kontext der gemeinsamen europäischen Sicherheit, die Konsolidierung der Demokratie, die Adaption der ukrainischen Sozialpolitik an die EU, kulturelle und wissenschaftliche Integration, regionale Integration sowie die Integration in konkreten Wirtschaftszweigen wie Energie und Umwelt. Es wurde auch festgelegt, die Strategie der Integration der Ukraine in die EU werde vom Präsidenten bestimmt und durch die Regierung realisiert.

Mit der Entstehung der *Partei der Macht* gab es in der Ukraine zu dieser Zeit zwar keine substanziellen außenpolitischen Differenzen zwischen Präsident und Premierminister (auch nicht betreffend Polen), wohl jedoch weiter zwischen Präsident und Parlament. 1999 trafen sich die Premierminister Polens und der Ukraine, Buzek und Pustowojtenko, in Kiew, wo in erster Linie über wirtschaftliche Kooperation diskutiert wurde, insbesondere über den Bau der Odessa-Brody-Pipeline. Im gleichen Jahr trafen sich die Außenminister Polens und der Ukraine, Geremek und Tarasjuk, in Warschau zur Etablierung einer polnisch-ukrainischen Konferenz für Europäische Integration und zur Ausarbeitung der gegenseitigen Politik hinsichtlich des EU-Beitritts Polens (Szmyd 1999: 184).

Kutschmas pro-EU-Politik fand jedoch keine Resonanz in der ukrainischen Bevölkerung. Bei Befragungen der ukrainischen Bevölkerung nach ihrer außenpolitischen Orientierung 1994 und 1998 äußerte sich die Mehrheit (40,5% 1994 und 23,8% 1998) für verstärkte Beziehungen der Ukraine zu GUS; eine beträchtliche Anzahl wünschte sich Beziehungen hauptsächlich zu Russland und Belarus (17,5% 1994 und 28,7% 1998). Nur ein kleinerer Teil der Bevölkerung (13,3% 1994 und 12,8% 1998) wünschte engere Beziehungen der Ukraine zu westlichen Staaten, wobei etwa der gleiche Teil (13,3% 1994 und 17,7%

---

170 Dokument 615/58 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 12. Dezember 2007.

1998) der Meinung war, die Ukraine solle ihre Unabhängigkeit stärken und sich auf die eigenen Kräfte verlassen (Panina/Holovacha 1999: 68 zitiert in: Haran 1999: 9).

Insbesondere während seiner zweiten Amtszeit ab 1999 gelang es Kutschma kaum, die Ukraine weiter an die EU anzunähern. Im Gegensatz zu seiner ersten Amtszeit, die durch Auseinandersetzungen des Präsidenten mit dem Parlament u.a. um die Außenpolitik gekennzeichnet war, formulierte Kutschma nun seine multivektorielle Außenpolitik noch deutlicher. In der Tat konnte Kutschma, unter sehr schwachen wirtschaftlichen und damit schlechten innenpolitischen Bedingungen, einige außenpolitische Erfolge zu präsentieren: während seiner ersten Amtszeit wurde die Ukraine für 2000 und 2001 zum nichtständigen Mitglied des UN-Sicherheitsrats ernannt, die separatistischen Kräfte auf der Krim wurden geschwächt, und 1995 trat die Ukraine dem Europarat bei. Außerdem behauptete Kutschma selbst, er sei mit seiner zweiten Amtszeit „der neue Präsident“ (Schneider-Deters 2000a: 504–519).

Kutschma sah die Ukraine in seiner zweiten Amtszeit als Verbindungsglied zwischen den EU- und den GUS-Staaten, was er auch 2003 auf dem Gipfeltreffen der GUS-Staaten betonte<sup>171</sup>. Einerseits strebte die Ukraine laut Kutschma nach der Integration mit der EU, worin er sich durch Polen besonderes unterstützt sah. Andererseits strebte die Ukraine nach einer Integration mit Russland und den GUS-Staaten. Dabei schätzte der Präsident die beiden Vektoren seiner außenpolitischen Orientierung nicht als sich widersprechend ein, sondern als sich ergänzend.

Mit der Wiederwahl Kutschmas verschärfte sich sein Kampf mit dem Parlament, was 2000 in einem Referendum mündete, das fragwürdige Verfassungsänderungen vorsah. Zudem setzte Kutschma 2001 die pro-demokratische Regierung des Premierministers Juschtschenko ab. Zugleich brach der „Kassettenskandal“ los, woraufhin die präsidiale Administration die Protestbewegung „Die Ukraine ohne Kutschma“ niederschlug. 2002 beschuldigten die USA die Ukraine schließlich, letztere hätte dem Irak trotz UN-Waffenembargo Koltschuga-Radare verkauft. Die Ukraine trat dadurch in eine innenpolitische Krise und in internationale Isolation ein.

Mit den Parlamentswahlen 2002 zeichnete sich zunächst eine erhebliche Änderung in der innenpolitischen Situation ab. Sieger der Wahl wurde das oppositionelle Bündnis „Unsere

---

<sup>171</sup> <http://www.dt.ua/1000/1550/37606/>; Dserkalo Tyschnja 8.–14. Februar 2003; abgerufen am 2. Februar 2009.

Ukraine“ (NU, mit dem zuvor abgesetzten Premierminister Juschtschenko an der Spitze) mit 23,57% der Stimmen, das Parteien von der Rechten bis zur Linken vereinte. Danach folgten die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) mit 19,98% und das pro-präsidiale Wahlbündnis „Für eine vereinigte Ukraine“ mit 11,77%, gefolgt vom Block Julija Tymoschenko (BJuT) mit 7,26% (die namensgebende Anführerin hatte 2001 ein Absetzungsverfahren für Präsident Kutschma initiiert), der Sozialistischen Partei der Ukraine (SPU) mit 6,87% und der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei (SDPUo) mit 6,27%. Durch Stimmenkauf und die Einbindung von Parteilosen gelang es dem pro-präsidialen Wahlbündnis „Für eine vereinigte Ukraine“ jedoch, zusammen mit der SDPUo eine Regierung zu bilden, wobei sich Kutschmas Lage trotz oder gerade wegen dieser Minderheitsregierung als immer noch schwierig erwies (Schneider/Reimer 2002). Interessant wäre anzuführen, dass die Sozialdemokratische Partei und „Unsere Ukraine“ während der Parlamentswahlen 2002 „politische Technologien“ der polnischen Parteien wie SLD und UW verwendeten (Wolczuk 2002: 49).

Die meisten ukrainischen Parteien konkretisierten ihre außenpolitische Orientierung während der Wahlkampagnen 2002 nicht bzw. erwähnten sie nicht einmal, da die Außenpolitik des ukrainischen Staates zu den „empfindlichen“ Fragen der Staatspolitik gehört. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie keine Orientierung gehabt hätten. In einer Umfrage des Rasumkow-Zentrums 2002 zeigten die ukrainischen Parteien folgende Präferenzen<sup>172</sup>: „Unsere Ukraine“ priorisierte die Beziehungen der Ukraine mit der EU, den USA und Russland, „Für eine vereinigte Ukraine“ vertrat Beziehungen sowohl mit der EU als auch mit Russland (mit dem langfristigen Ziel eines vereinigten Europa unter Einschluss beider), BJuT betonte die Beziehungen der Ukraine mit der EU und die KPU trat traditionell für gute Beziehungen mit Russland ein. Gleichzeitig äußerten sich alle genannten Parteien, die Ukraine solle der EU beitreten, nur der voraussichtliche Termin des Beitritts schwankte von Partei zu Partei zwischen einer mittel- und einer langfristigen Perspektive. Einem NATO-Beitritt der Ukraine stimmte lediglich „Unsere Ukraine“ explizit zu. „Für eine vereinigte Ukraine“ und BJuT schlossen einen solchen zwar nicht aus, betrachteten ihn jedoch als langfristige Perspektive. Die Kommunistische Partei trat kategorisch gegen einen NATO-

---

<sup>172</sup> Leider wurden bei der Umfrage nicht alle Parteien berücksichtigt, die später 2002 in das Parlament einzogen.

Beitritt der Ukraine ein<sup>173</sup>. Alle der Parteien außer der KPU lehnten hingegen einen Beitritt der Ukraine zum Taschkent-Vertrag oder der Russland-Belarus-Union ab und befürworteten eine weiter gehende Zusammenarbeit der Ukraine mit den anderen Mitgliedsstaaten von GUAM.

Im Gegensatz zur Situation in der Ukraine konnte sich Kwaśniewski in seinen außenpolitischen Orientierungen auf den Sejm verlassen, insbesondere nachdem es bei den Parlamentswahlen 2001 erneut zu einem Mehrheitswechsel kam und die Linke wieder die Rechte ablöste. Der postkommunistische Bund der Demokratischen Linken SLD (dem auch Kwaśniewski entstammte) erhielt zusammen mit der Union der Arbeit (UP) 41%, die linkspopulistische Samoobrona erreichte zusätzlich 10,2% und die bauerntreue Polnische Volkspartei (PSL) 9%. Im konkurrierenden rechten Lager verzeichnete die rechtsliberale Bürgerplattform (PO) 12,7%, die rechtspopulistische Recht und Gerechtigkeit (PiS) 9,5% und die Liga der Polnischen Familien (LPR) 7,9%. Die Wahlaktion Solidarność (AWS bzw. AWSP), die Hauptgruppierung des Solidarność-Lagers, erlitt hingegen eine herbe Niederlage und war wie ihr ehemaliger Koalitionspartner Freiheitsunion (UW) nicht mehr im Sejm vertreten (Juchler 2001: 1412–1413). Die SLD-Koalition versuche daraufhin, die Mitgliedschaft Polens in der NATO (der es 1999 beigetreten war) zu stärken, weiter zielstrebig den EU-Beitritt zu verfolgen sowie gleichzeitig die stagnierenden polnisch-russischen Beziehungen wieder zu beleben (Vetter 2001: 829). Kwaśniewski blieb seinem Ziel einer EU- und NATO-Integration der Ukraine sowie ihrer demokratischen Entwicklung treu.

#### **4.4.3. Krise der Demokratie in der Ukraine und Polens Hilfestellung**

Wolfgang Merkel analysierte 2007 die Qualität der Demokratie in verschiedenen osteuropäischen Staaten anhand der konstitutionellen Konsolidierung (Strukturen), der repräsentativen Konsolidierung (Akteure), der Verhaltenskonsolidierung (informelle politische Akteure) und der Konsolidierung der politischen Kultur (Bürger) (Merkel 2007:

---

173 Paschkow, M./Tschalyj, W. Sownischnja polityka Ukrainy pisly parlamentskych moschlywi korektywy? unter [http://www.uceps.org/article.php?news\\_id=194](http://www.uceps.org/article.php?news_id=194); Rasumkow-Zentrum; abgerufen am 26. November 2008.

415–417). Im Fall Polens war die konstitutionelle Konsolidierung erfolgreich vollendet, die Vermittlungsstrukturen waren einigermaßen konsolidiert, die informellen Vetoakteure zeigten in Polen kein Anzeichen von antidemokratischem Verhalten und die Konsolidierung der politischen Kultur konnte als demokratiekompatibel gelten (Merkel 2007: 418–422). Trotz bestimmter Defizite wie einem instabilen Parteiensystem, einer niedrigen Wahlbeteiligung und Korruption in den politischen Eliten und im Justizwesen kann Polen daher als konsolidierter Rechtsstaat gelten, in dem die demokratische Verfassung nicht nur *de jure* sondern auch *de facto* Gültigkeit besitzt (Ziemer/Matthes 2004: 242–243). Auch wenn Polen damit von einem Vorreiter der Wende zu einem Späentwickler wurde (Bingen 2008: 77), so etablierte sich in Polen trotz zahlreicher Umwege eine „liberale“ Demokratie (Merkel 2003b: 174) die 2005 auf Wolfgang Merkels „Demokratieskala“ 9,2 von 10 möglichen Punkten erreichte (Merkel 2007: 424).

In der Ukraine hingegen verlief die Entwicklung etwas anders; sie erlebte in der *dritten Welle der Demokratisierung* die Entstehung eines hybriden Regimes. Wolfgang Merkel argumentiert, bei der dritten Demokratisierungswelle seien verstärkt hybride Regimes wie illiberale, defekte oder delegative Demokratien entstanden, die sich auch langfristig zu etablieren scheinen (Merkel 2003a: 210). Thomas Carothers spricht gar vom „Ende der Transitionsparadigmen“ und verweist dazu auf gerade diese Hybrideregimes. Diese Staaten weisen einerseits demokratische Attribute auf wie eines demokratisches politisches Leben, politischen Pluralismus, eine entwickelte Zivilgesellschaft, regelmäßige Wahlen und demokratische Verfassungen. Andererseits leiden sie unter demokratischen Defiziten wie schwacher Repräsentation der Bürgerinteressen, schwacher Beteiligung der Bevölkerung am politischen Leben und schwacher Rechtsstaatlichkeit. Außerdem sind Wahlen oft kaum legitim, das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen ist schwach und die Institutionen des Staates selbst sind schlecht entwickelt. Dadurch entsteht ein „falscher“ Pluralismus und eine Politik dominanter Gruppen (Carothers 2002: 5–21). In diese *graue Zone* der Demokratie wird laut Carothers auch die Ukraine eingeordnet (Carothers 2002: 5–21). Wolfgang Merkel bezeichnet die Ukraine daher auch als „illiberale“ Demokratie (Merkel 2003b: 174) und sie erreicht lediglich 7,1 von 10 Punkten auf seiner Demokratieskala (Merkel 2007: 424).

Die Auseinandersetzungen im Parlament der Ukraine zwischen den präsidententreuen oligarchischen Strukturen und den pro-demokratischen Kräften endeten 2000 mit einem



Referendum, das fragwürdige Verfassungsänderungen vorsah. Die mögliche Usurpation der Macht durch Präsident Kutschma und seine engen Anhänger wurde von der internationalen Gemeinschaft mit Sorge verfolgt und die Ukraine lief Gefahr, mit dem Europarat in Konflikt zu geraten. Die Ukraine wurde zu jener Zeit allgemein mit Reformstau, Korruption, Armut und demokratischen Defiziten assoziiert<sup>174</sup>, so das Rasumkow-Zentrum, eine vom Staat unabhängige wissenschaftlich-analytische NGO. Der Staat rutschte nah an den Abgrund. „Das verfallene und nahezu zerstörte System wird von nur noch einem Nagel zusammen gehalten, und dieser ist nicht der Präsident, sondern die Person Leonid Kutschma. Würde morgen jemand das System übernehmen, so wäre niemand mehr fähig, es zu kontrollieren. Sollte dies alles sein, was der Präsident gewünscht hat, so hat er es erreicht“<sup>175</sup>, äußerte sich die systemkritische Journalistin Julija Mostowa 2000 in der Zeitung „Dserkalo Tyschnja“. Die innenpolitische Situation spitzte sich insbesondere mit dem „Kassettskandal“ 2000 zu, bei dem der Präsident angeblich in die Ermordung des Journalisten Hryhorij Gongadse verwickelt war. Die pro-demokratischen Kräfte im Parlament forderten daraufhin den Rücktritt des Präsidenten. Der Skandal kulminierte in der vor allem von Studenten organisierten Protestbewegung „Ukraine ohne Kutschma“ im März 2001, die gewaltsam, wenn auch ohne Todesopfer, von der Polizei niedergeschlagen wurde.

In einem Versuch der Wiedergutmachung des Geschehenen lud Präsident Kutschma 2001 Papst Johannes Paul II. ein, die Ukraine zu besuchen. Bereis 1993 hatte der Papst Litauen, Estland und Lettland und 1999 Georgien besucht. Daher war sein erster Besuch in der Ukraine besonders wichtig. Der polnische Papst zog von Kiew bis Lwiw, wo er besonders glücklich war, da dort die größte katholische Gemeinde der Ukraine ansässig ist. Seine Reise wurde besonders politisch hoch geschätzt. Bei seiner Reise wies der Papst, gebürtiger Pole, auf die Wichtigkeit der ukrainischen Unabhängigkeit und die Einbindung des ukrainischen Staates in Europa hin, unter Betonung der christlichen kulturellen Wurzeln der Ukraine. Die Existenz katholischer Gemeinden im Westen der Ukraine und die Anbindung dieser Gemeinden an katholische Gemeinden in den angrenzenden Staaten Polen, Ungarn und Slowakei trage stark zur ukrainischen Westorientierung bei. Als besonders wichtig identifizierte der Papst die orthodox-katholische Ökumene in der Ukraine, da diese auch in

---

174 Interview mit Walerij Tschalyj, Leiter der internationalen Programmen des Rasumkow-Zentrums im Jahr 2000 unter [http://www.uceps.org/article.php?news\\_id=61](http://www.uceps.org/article.php?news_id=61); abgerufen am 18. November 2008.

175 Mostowa, J. Na prys sakryttja sesonu. In: Dserkalo Tyschnja 15.–21. Juli 2000 unter <http://www.dt.ua/1000/1030/27822>; abgerufen am 20. November 2008; Übersetzung der Autorin.

der Versöhnung der polnischen und ukrainischen Gemeinden eine große Rolle spielen. Für Präsident Kutschma war der Besuch des Papstes von großer Bedeutung, da er besonders in einer Zeit, da die Ukraine unter und wegen seiner Präsidentschaft international kritisiert wurde, die Westorientierung des ukrainischen Staates und seine weitere Annäherung an die europäischen Strukturen zeigte (Heyken 2001: 1009–1021).

Jedoch ereigneten sich auch in den polnisch-ukrainischen Beziehungen Zwischenfälle. 2001 kam es an der polnisch-ukrainischen Grenze zur Tötung eines ukrainischen Staatsbürgers: Ein polnischer Polizist erschoss einen ukrainischen Arbeitsmigranten, der sein Auto, in dem sich auch seine schwangere Frau aufhielt, nicht sofort auf die Forderung der Polizei anhielt. Der Streit um die Vorgehensweise der polnischen Polizei und heftige Kritik seitens der ukrainischen Arbeitsmigranten und der ukrainischen Medien führte zur Übernahme des Falles durch die ukrainische und polnische Generalstaatsanwaltschaft<sup>176</sup>.

Mit Koltuschuga-Radar-Skandal erlebte Präsident Kutschma (und daher auch der ukrainische Staat) 2002 eine ausgewachsene internationale Isolation. Die USA warfen der Ukraine vor, Radargeräte an den Irak verkauft zu haben, während die UNO ein Waffenembargo gegen den Irak beschlossen hatte. Viele Kredite an die Ukraine wurden daher eingefroren. Obwohl die Lieferungen nie lückenlos nachgewiesen wurden, wirkte sich der Skandal desaströs auf das schon schlechte Image der Ukraine in der internationalen Gemeinde aus. 2003 schickte die Ukraine als Buße für den Skandal ein Militärkontingent (unter polnischem Kommando) in den Irak, und in einer neuen Militärdoktrin und nationalen Sicherheitsstrategie der Ukraine wurde das Ziel eines ukrainischen EU- und NATO-Beitritts verankert. In einer seiner unregelmäßig stattfindenden Reden an das Parlament erwähnte der ukrainische Präsident 2003 gar keine strategischen Partner der Ukraine, sondern konzentrierte sich ausschließlich auf die EU-Integration der Ukraine<sup>177</sup>.

All diese Bemühungen wurden jedoch durch die innenpolitische Krise in der Ukraine und das negative Image des Präsidenten zunichte gemacht. Insbesondere die widersprüchlichen Signale in der innenpolitischen und außenpolitischen Orientierung kamen im Westen nicht gut an. „Kuchma’s international image dropped so low” – so Taras Kuzio – „that it could not be changed before he left office. Western governments and international

---

176 <http://www.dt.ua/1000/1550/29442>; Dserkalo Tyschnja 3.–9. Februar 2001, abgerufen am 4. Dezember 2008.

177 Dokument n0001100-04 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 14. Januar 2008.

organizations no longer believed statements made by Kuchma and his allies, and did not treat Ukraine as a serious country [...]" (Kuzio 2005a: 61).

Im Gegensatz zur internationalen und besonders zur polnischen Öffentlichkeit blieb der polnische Präsident Kwaśniewski jedoch ein „treuer“ Freund Kutschmas. Die beiden Präsidenten pflegten weiter intensive informelle Beziehungen, die auch „Treffen ohne Krawatten“ genannt wurden<sup>178</sup>. Anhand der Beobachtungen der ukrainischen Zeitung „Dserkalo Tyschnja“<sup>179</sup> kann man feststellen, dass Kutschma sich mit keinem anderen Präsidentenkollegen so wohl fühlte wie mit Kwaśniewski. Die beiden Präsidenten trafen sich erstmals 1996 persönlich, als Kwaśniewski als neuer Präsident Polens den ihm damals noch unbekannten ukrainischen Präsidenten Kutschma zu einem informellen Treffen mitteleuropäischer Staaten einlud. Später entwickelte sich eine persönliche Freundschaft zwischen den beiden Präsidenten. Das polnische und das ukrainische Staatsoberhaupt vereinte die Nomenklatura-Vergangenheit, die russische Sprache und die Erinnerung Kwaśniewskis an seine Jugendzeit in Moskau. Außerdem betrachtete Kwaśniewski Kutschma als gleichberechtigten Partner, was weder bei Russland, noch den USA, noch der EU der Fall war. Als Kutschma nach den internationalen Skandalen (Gongadse und Koltschuga) in der internationalen Gemeinschaft nicht mehr hoffähig war, bot Kwaśniewski ihm echte persönliche Unterstützung. Dabei ging es Kwaśniewski jedoch auch um sein eigenes Image, da er weder Polen noch anderen Staaten zeigen konnte, dass er jahrelang einen ukrainischen Präsidenten unterstützte hatte, der eine Neigung zum Autoritarismus hatte, so „Dserkalo Tyschnja“.

Unter dem Risiko, sein Image in Polen und in der Welt zu verschlechtern, legitimierte Kwaśniewski 2001–2002 während der politischen Krise in der Ukraine seine Position an der Seite Kutschmas mit der „strategischen Partnerschaft“ Polens mit der Ukraine. 2001 wohnten Kwaśniewski und Kutschma der Eröffnung der polnisch-ukrainischen Universität Lublin bei, die der deutsch-polnischen Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder nachempfunden war. 2001 unterzeichneten das Bildungsministerium der Ukraine und das Ministerium für

---

178 Persönliche Beziehungen wie zwischen Kwaśniewski und Kutschma sind heutzutage interessanterweise zwischen Juschtschenko und dem georgischen Präsidenten Saakaschwili zu beobachten. Interview der Autorin in Kiew, September 2007.

179 Sylina, T. Schtschob ne staty morem. In: Dserkalo Tyschnja 21.–27. Juli 2001 unter <http://www.dt.ua/1000/1600/31677>; abgerufen am 20. November 2008 || Sylina, T. Aleksandr Kwasnjewskij: „Pomarantschewa rewoljuzija bula rewoljuzijeju hidnosti“. In: Dserkalo Tyschnja 26. März–1. April 2005 unter <http://www.dt.ua/1000/1030/49608>; abgerufen am 20. November 2008.

Nationale Bildung Polens einen Vertrag über Zusammenarbeit, in dem sich die beiden Seiten verpflichteten, jährlich eine bestimmte Anzahl von Stipendiaten zum Studium in das jeweils andere Land zu schicken<sup>180</sup>. Weiters plädierte Kwaśniewski im Westen dafür, die Ukraine nicht zu boykottieren, sondern ihr zu helfen, sich demokratisch zu entwickeln. 2002, während seines Besuchs in Lwiw, betonte der polnische Premierminister Miller hinsichtlich der Massenproteste gegen das Kutschma-Regime die Notwendigkeit des Dialogs zwischen Staatsmacht und Opposition. Er äußerte auch seine Sorge wegen des Koltschuga-Skandals<sup>181</sup>. Der polnische Präsident war das einzige europäische Staatsoberhaupt, das noch versuchte, seinen ukrainischen Kollegen davon zu überzeugen, sich mit der Opposition an einen „Runden Tisch“ zu setzen und auf Gewalt zu verzichten<sup>182</sup>. Kutschma lud Kwaśniewski (aber auch Putin) daher zu großen Feierlichkeiten des ukrainischen Staates ein, wie z.B. zu den Feierlichkeiten der ukrainischen Unabhängigkeit<sup>183</sup>. Sogar nach dessen Amtsende blieb Kwaśniewski guter Freund Kutschmas und wird noch immer oft zu Jubiläen seines ukrainischen Kollegen eingeladen.

#### **4.4.4. Polens Anwaltschaft für die Ukraine am Vorabend des EU-Beitritts Polens 2004**

Als der ukrainische Außenminister Borys Tarasjuk im Jahr 2000 von Präsident Kutschma abgesetzt wurde, wusste niemand auf der politischen Bühne der Ukraine genau, warum. Julia Mostowa, Redakteurin der ukrainischen Zeitung „Dserkalo Tyschnja“, mutmaßte, Tarasjuk habe zu „fleißig“ versucht, die ukrainische Außenpolitik pro-europäisch zu gestalten und sei daher mit dem Chef der Außenpolitikabteilung der Präsidentenadministration in Konflikt geraten<sup>184</sup>. Auf die Stelle des pro-europäischen Tarasjuk wurde der moderate Anatolij Slenko berufen, der schon während Krawtschuks Präsidentschaft Außenminister war, d.h. als noch das Parlament über die Außenpolitik der Ukraine entscheiden konnte. Mit dem Wechsel des

---

180 Dokument 616\_037 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 14. März 2008.

181 <http://www.dt.ua/1000/1550/36347>; Dserkalo Tyschnja 5.–11. Oktober 2002, abgerufen am 3. Juni 2009.

182 Pawliw, W. Ukrajinsko-polski widnosyny na nowomu etapi serjosnych wyprobuwan. In: Dserkalo Tyschnja 25.–31. Mai 2002 unter <http://www.dt.ua/1000/1600/34887>; abgerufen am 18. November 2008.

183 <http://www.dt.ua/1000/1550/31961>; Dserkalo Tyschnja 18.–22. August 2001, abgerufen am 18. November 2008.

184 Mostowa, J. Post sdaw: Post pryjnjaw. Krok Praworutsch? Krok liworutsch? In: Dserkalo Tyschnja 7.–13. Oktober 2000 unter <http://www.dt.ua/1000/1030/28664>; abgerufen am 26. November 2008.

Außenministers änderte sich auch die Betonung der ukrainischen Außenpolitik. Während Tarasjuk mit einer ukrainischen Orientierung in Richtung NATO, EU, IWF und Weltbank assoziiert wurde, wandte sich Slenko eher in Richtung Moskau. Daher sei auch die „strategische Partnerschaft“ mit Polen in eine „freundliche Nachbarschaft“ geändert worden, so polnische Quellen (Szmyd 2000: 216). Die „Nationale Agentur für Entwicklung und europäischen Integration“ wurde 2000 dem Wirtschaftsministerium angegliedert und 2001 per Präsidentenerlass in „Ministerium für Wirtschaft und Fragen der europäischen Integration“ umbenannt<sup>185</sup>.

Kwaśniewski plädierte deutlicher als Kutschma für die EU-Integration der Ukraine, insbesondere am Vorabend des EU-Beitritts Polens. Im Rahmen des Krynica-Forums, ein polnisches Wirtschaftsforum für mittel- und osteuropäische Staaten ähnlich dem Weltwirtschaftsforum im schweizerischen Davos, fand 2003 eine Präsentation der ukrainischen Regionen und gemeinsamer ukrainisch-polnischer Projekte statt. Der polnische Präsident Kwaśniewski betonte bei dieser, die Tür für die Ukraine nach Polen bleibe auch nach der EU-Osterweiterung offen und Polen werde auch weiter die EU-Integration der Ukraine unterstützen. Die Nationalbank der Ukraine wurde bei dem Forum zur besten Finanzorganisation erklärt. Des Weiteren fand bei dem Forum ein informelles Treffen zwischen Vertretern der Ukraine, Polens und der EU statt<sup>186</sup>. 2004 wurden bei demselben Forum zwei NGOs als „NGO des Jahres in Mittel- und Osteuropa“ ausgezeichnet: die polnische Stiftung für Demokratie und das ukrainische Rasumkow-Zentrum<sup>187</sup>.

2004 musste sich der polnische Präsident in die Auseinandersetzungen zwischen der wirtschaftspolitischen Elite Polens und der Ukraine um das Metallkombinat Huta Częstochowa in Polen einschalten. Der ukrainische Verband der Donbas-Industriellen (ISD) beklagte sich bei den polnischen wirtschaftspolitischen Kräften, die finale Runde der Ausschreibung sei nicht transparent, und forderte die Untersuchung der Prozedur. Kwaśniewski setzte sich für die Bildung einer Kommission ein, die untersuchen sollte, warum

---

185 Dokument 615/98 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 12. Dezember 2007.

186 <http://www.dt.ua/1000/1550/41680/>; Dserkalo Tyschnja 6.–12. September 2003; abgerufen am 7. Dezember 2008.

187 <http://www.dt.ua/1000/1550/47758/>; Dserkalo Tyschnja 11.–17. September 2004; abgerufen am 4. Dezember 2008.

das Unternehmen nicht an den ISD verkauft wurde; das polnische Parlament stoppte die Untersuchungen jedoch<sup>188</sup>.

Während der zweiten Amtszeit Kwaśniewskis als Präsident unterstützte auch die Regierung seine Ostpolitik, in der der Ukraine eine prioritäre Rolle zugeteilt wurde. Der ab 2000 amtierende Außenminister Bartoszewski (der bereits 1995 Außenminister gewesen war) hielt die Unterstützung einer pro-europäischen und demokratischen Ukraine für wichtig. Er sah Polen – wie der vorherige Außenminister Geremek – als Befürworter der Einbindung der Ukraine in europäische und euroatlantische Strukturen. Der Ministerrat äußerte sich sogar bei den Verhandlungen über die polnische EU-Mitgliedschaft vorsichtig positiv gegenüber einer EU-Mitgliedschaft der Ukraine, womit er bewusst der EU-Position widersprach. Auch Premierminister Miller unterstrich die „strategische Partnerschaft“ Polens und der Ukraine (Gerhardt 2003: 141–142).

Die Haltung der polnischen Medien gegenüber der Ukraine teilte sich in dieser Zeit in zwei Lager. Das eine Lager zweifelte die Notwendigkeit einer aktiven polnischen Ukraine-Politik an, da sich die Ukraine seit 2000 verstärkt Richtung Russland orientiere. Mit dem NATO-Beitritt Polens sei die Unabhängigkeit der Ukraine für die Sicherheit Polens zudem nicht mehr erforderlich. Polen solle sich nicht mit Russland auseinander setzen, da die Ukraine ihre Orientierung nach Osten selbst gewählt habe. Außerdem seien die kulturellen Kontakte zwischen Ukrainern und Polen nicht ergiebig genug gewesen. Da die beiden Volksgruppen zu verschiedenen Kulturkreisen gehören würden, sei eine Versöhnung zwischen Ukrainern und Polen nicht möglich (Gerhardt 2003: 145–150).

Unter Bezug auf die „Kultura“-Ostpolitik betonte das andere Lager dagegen weiterhin, die Unabhängigkeit und Sicherheit der Ukraine sei bedeutend für Polen. Daher sei die Demokratisierung der Ukraine für Polen keine Vision, sondern eine Mission. Wichtig seien darüber hinaus eine volle EU-Mitgliedschaft der Ukraine und die aktive Beteiligung Polens an der Ukraine-Politik der EU. Auch wurde für die Unabhängigkeit der Ukraine von russischen Energielieferungen plädiert (Gerhardt 2003: 145–150).

Zu einem besonderen Kapitel der ukrainisch-polnischen Beziehungen und der Annäherung der Ukraine an die EU wurden die Verhandlungen über die Visumbedingungen für Ukrainer zwischen der EU und Polen am Vorabend des polnischen EU-Beitritts. Das seit

---

188 Hetmantschuk, O. Rik Polschtschi w Ukrajini: Minimum polityky, maksimum kultury. In: Dserkalo Tyschnja, 3.–9. April 2004 unter <http://www.dt.ua/1000/1600/46088/>; abgerufen am 4. Dezember 2008.

1996 existierende visumfreie Regime zwischen Polen und der Ukraine musste beim EU-Beitritt Polens geändert werden, um die Außengrenze der EU und später der Schengen-Zone zu sichern, wie es die EU verlangte. Zu jener Zeit hatte Polen mit 15 Staaten ein visumfreies Regime. Während der Beitrittsverhandlungen verpflichtete sich Polen, bis 2002 ein Visumregime mit diesen Staaten einzuführen. Polen wehrte sich lange gegen diese Regelung, da es befürchtete, ein Visumregime würde eine zu harte Grenze zur Ukraine schaffen und damit wirtschaftliche und gesellschaftliche Kontakte erschweren. 2001–2002 äußerte sich der Ministerrat Polens, die Visumpflicht für Ukrainer würde erst mit dem Tag des EU-Beitritts Polens eingeführt. Außenminister Bartoszewski sprach sich gegen das Visum-Regime aus, da solches Regime vor allem Kleingrenzhändler treffe, aber nicht die Kriminalität reduziere (Gerhardt 2003: 161). Die Ukraine fand sich anfänglich nicht auf der Liste von Staaten für ein Visumregime, da Polen noch hoffte, eine besondere Regelung mit der Ukraine und mit der EU treffen zu können (Stojezki 2006: 160–161). Gerade wegen des Grenzverkehrs versuchte Polen die EU zu überzeugen, besondere Regelungen für die Ukraine einzuführen und bestimmte Ausnahmen in den EU-Regelungen zu erlauben. Ein Fortschritt wurde erzielt, als die EU 2003 anbot, ein „erleichtertes“ Visumverfahren für Russland, Belarus, Moldawien und die Ukraine einzuführen. Die genauen Bedingungen eines solchen Grenzverkehrabkommens waren jedoch noch offen (Stojezki 2006: 164–165).

Polens verzögerte die Einführung des Visumregimes für die Ukraine (wie auch für Russland und Belarus) aus mehreren Gründen. Erstens war in seinen diplomatischen Vertretungen in diesen Staaten nicht genug qualifiziertes Personal angestellt, um die Visumpapiere zu bearbeiten. Zweitens bestand ein intensiver Grenzverkehr, von dem auf beiden Seiten die individuellen Handelsmöglichkeiten in der Grenzregion profitierten. Dies war bedeutend für die polnische Wirtschaft, da seit Anfang der 1990-er Tausende polnische Familien vom Grenzhandel lebten. Noch bedeutender waren die vielen Arbeitsmigranten aus den östlichen Nachbarstaaten Polens, die mit Einführung des Visumregimes großteils ausbleiben würden, was wiederum negative Folgen für polnische Betriebe haben würde, insbesondere in der Bauindustrie. Drittens bat die Ukraine selbst (wie auch Russland und Belarus) Polen, mit der Einführung des Visumregimes zu warten, da das bestehende visumfreie Regime im Interesse der Ukraine war. Polen einigte sich letztlich mit der Ukraine (im Gegensatz zu Belarus und Russland) auf ein asymmetrisches Visumregime: Polen führte

ein kostenloses Visumregime für Ukrainer ein, während Polen visumfrei in die Ukraine einreisen durften (Stojezki 2006: 161–164).

Polen zeigte nicht nur in den Verhandlungen mit der EU über das Visumregime mit seinen östlichen Nachbarn eine aktive Teilnahme an der EU-Außenpolitik. Polen zeigte von Anfang an Ambitionen, bei der Gestaltung der Europapolitik eine vergleichbare Stellung einzunehmen wie die „großen drei“ (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) oder die „großen fünf“ (zusätzlich Italien und Spanien) (Eisl 2006: 97). Am Vorabend der EU-Osterweiterung betonte Polen seine Rolle und seinen Anspruch auf die Gestaltung der EU-Ostpolitik und schlug vor, der Ukraine in ihrem Verhältnis zur EU eine klare EU-Beitrittsperspektive zu geben (Wolczuk 2002: 101).

So legte das Auswärtige Amt Polens der Botschaft Schwedens, das zu jener Zeit die EU-Ratspräsidentschaft innehatte, 2002 in Warschau das Dokument „Ostpolitik der Europäischen Union nach der EU-Erweiterung durch die Zentral- und Osteuropäischen Staaten: polnische Meinung“ vor. Damit zeigte Polen der EU seine Absicht, sich an der Gestaltung der EU-Ostpolitik gegenüber Russland, Belarus, vor allem aber der Ukraine aktiv zu beteiligen. Die polnische Regierung beschloss darüber hinaus auch das „Dokument über die künftige Ostpolitik der erweiterten Union“<sup>189</sup>. 2003 nahm Außenminister Cimoszewicz im Namen des Außenministeriums Polens in einem „Non-paper“ ebenfalls Stellung zur Rolle Polens bei der Gestaltung der EU-Außenpolitik mit den Staaten Osteuropas. Darin argumentierte der Außenminister, niemand anderer kenne die Staaten an der östlichen EU-Grenze (namentlich Russland, die Ukraine, Belarus und Moldawien) besser als Polen. Dabei sprach der Außenminister von der Schaffung einer *östlichen Dimension* der EU (in Anlehnung an die *nördliche Dimension*) und plädierte für eine erweiterte Unterstützung dieser Staaten, beispielsweise mit Austauschprogrammen im Bildungsbereich, NGOs, und wirtschaftlicher Unterstützung durch TACIS (Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States, ein Finanzierungsprogramm der EU)<sup>190</sup>.

---

189 Piehl, E. 2005. Die offene Flanke der Europäischen Union: Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau. BWV: Berlin, 389.

190 <http://www.msz.gov.pl/20,lutego,2003r.,-,The,Eastern,Dimension,of,the,European,Union.,The,Polish,View.,Speech,by,Wlodzimierz,Cimoszewicz.,Polish,Minister,of,Foreign,Affairs.,at,the,Conference,The,EU,Enlargement,and,Neighbourhood,Policy.,Warsaw.,20,February,2003,1305.html>; Außenministerium Polens; abgerufen am 3. Dezember 2008. Eine deutsche Zusammenfassung des „Non-papers“ unter dem Titel „Non-paper des Außenministeriums der Republik Polen“ ist zu finden in Chwalba 2005: 481–494.



Ferner veröffentlichte 2003 das Zentrum für Oststudien (Centre for Eastern Studies), eine teilweise staatlich unterstützte NGO in Polen, ein Arbeitspapier zur EU-Ostpolitik aus der Sicht der Visegrád-Gruppe<sup>191</sup>. Das Zentrum plädierte für eine neue Ostpolitik der EU und sah die Teilnahme der östlichen EU-Staaten (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei) an dieser als selbstverständlich an. Gleichzeitig kritisierte es die vorherrschende EU-Ostpolitik – nach Ansicht des Zentrums solle die neue EU-Ostpolitik die EU-Nachbarstaaten differenzieren. Damit stellte das Zentrum die EU-Nachbarschaftspolitik (ENP) in Frage, an deren Konzeption die EU 2003 intensiv arbeitete. Die neue EU-Ostpolitik solle sich nicht auf alle GUS-Staaten konzentrieren, sondern nur auf Belarus, die Ukraine, Russland und Moldawien, so das Zentrum für Oststudien. Das neue Konzept solle sich auf individuelle Unterschiede der Staaten beziehen, ohne ein separates Konzept für Russland zu entwickeln. Den EU-Nachbarn solle in den folgenden Bereichen Unterstützung angeboten werden: Adaptierung des nationalen Rechts an EU-Standards, Milderung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen der EU-Osterweiterung 2004, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, gesellschaftlicher Dialog und Entwicklung der Infrastruktur.

Im gleichen Jahr, 2003, veröffentlichte die polnische Batory-Stiftung zusammen mit dem „Fond Wdrodzeniowy“ (Renaissance Foundation bzw. Wiedergeburt-Fonds, beide vom Open-Society-Institut finanziert) ein Arbeitspapier zur Ukraine-Politik der EU<sup>192</sup>, in dem die Stiftungen Sorge über die Einführung des Visumregimes nach Polens EU-Beitritt äußerten. Des Weiteren forderten die Stiftungen eine langfristige Perspektive für die EU-Ukraine-Beziehungen. Der Ukraine solle auf kurzfristige, mittelfristige und langfristige Sicht eine EU-Mitgliedschaft angeboten werden: zuerst solle zwischen der EU und der Ukraine eine Deklaration über die EU-Mitgliedschaft unterzeichnet werden, gefolgt von einem Assoziierungsabkommen und schließlich dem tatsächlichen Beitritt. Die Ukraine solle darüber hinaus in die EU-Energiepolitik und in die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eingebunden werden.

Am Vorabend ihrer Osterweiterung (und auf Polens Druck) erkannte die EU schließlich die Notwendigkeit, ihre Beziehungen mit der Ukraine bzw. den zukünftigen

---

191 Pelczyńska-Nałęcz, K. et al. 2003. Eastern Policy of the EU: the Visegrád Countries' Perspective unter [http://osw.waw.pl/files/PUNKT\\_WIDZENIA4.pdf](http://osw.waw.pl/files/PUNKT_WIDZENIA4.pdf); Centre for Eastern Studies, Warsaw; abgerufen am 25. Mai 2008.

192 Gromadzki, G. et al. 2003. More than a Neighbour – proposals for the EU's future policy towards Ukraine unter [http://pdc.ceu.hu/archive/00002384/01/more\\_than\\_a\\_neighbour.pdf](http://pdc.ceu.hu/archive/00002384/01/more_than_a_neighbour.pdf); Stefan Batory Foundation, Warsaw; abgerufen am 26. Mai 2008.

östlichen EU-Nachbarn neu zu konstruieren. Aus diesem Grund arbeitete die Europäische Kommission 2003 das Konzept „Ein größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen mit unseren östlichen und südlichen Nachbarn“<sup>193</sup> aus. Auf der Grundlage dieses Konzepts wurde 2004 die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)<sup>194</sup> entwickelt. Die ENP beabsichtigte, neue Trennlinien in Europa nach der EU-Osterweiterung 2004 zu vermeiden sowie Wohlstand, Stabilität und Sicherheit der beteiligten Staaten (die Ukraine, Moldawien, die südlichen Mittelmeeranrainer sowie die Kaukasusstaaten Armenien, Aserbaidschan und Georgien) zu stärken (Kempe 2006b: 516–517).

Zur Implementierung der ENP evaluierte die Europäische Kommission zunächst die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage der betroffenen Staaten und entwickelte 2004 daraus nationale Aktionspläne (Kempe 2006b: 517). Die Erklärung dieses Aktionsplanes für die Ukraine und die Aufnahme der Ukraine in die ENP bedeutete jedoch umgekehrt, dass die ukrainischen und polnischen Ambitionen nicht berücksichtigt wurden. Auch wurde damit klar, dass die polnische Anwaltschaft für die Ukraine ihre Grenzen hatte, da Polen in vielen Feldern der internationalen Politik im Gegensatz zu seinen Ambitionen keine bedeutende Rolle spielte (Wolczuk 2002: 26). Mit der Einführung der ENP überlappten darüber hinaus die Einflussphären der EU und Russlands (Grabbe 2005: 187). Dies führte dazu, dass der Ukraine die Wahl zwischen Westen und Osten umso schwerer fiel, da sich die proklamierte EU- und NATO-Integration einerseits und eine Integration in die von Russland wesentlich gestaltete GUS andererseits aufgrund der gegenseitigen Rivalitäten der Großmächte ausschließen. Genauer betrachtet ist ihre Wahl in diesem Zusammenhang jedoch eingeschränkt, da der von der Ukraine bevorzugte Kurs eines EU-Beitritts auf die undefinierten Ukraine-Pläne der EU trifft.

Für Polen führten die Beziehungen mit der EU hingegen 2004 zu einem EU-Beitritt. Damit entzog sich Polen schließlich seiner unvorteilhaften Lage in dem *cordon sanitaire*, der sich im internationalen System am Rande der neu gebildeten Ordnung zwischen NATO und EU einerseits und Russland und russischer Einflussphäre (d.h. den ehemaligen Sowjetrepubliken) andererseits gebildet hatte (Lang 2002: 10). Polens Unterstützung für die EU-Integration der Ukraine endete damit jedoch nicht.

---

193 Ein größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen mit unseren östlichen und südlichen Nachbarn unter [http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03\\_104\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03_104_de.pdf); Europäische Kommission, abgerufen am 27. Mai 2008.

194 [http://ec.europa.eu/world/enp/policy\\_de.htm](http://ec.europa.eu/world/enp/policy_de.htm); Europäische Kommission, abgerufen am 21. Dezember 2007.

#### 4.4.5. Beitrag Polens zur Orangen Revolution in der Ukraine

Zu Ende der zehnjährigen Amtszeit Kutschmas 2004 war die Ukraine weit entfernt von demokratischen Strukturen, da die demokratischen Regeln oft verbogen wurden. Die Mittel des Präsidentenapparats „reichten von der Kontrolle der Medien über den Einsatz staatlicher Behörden gegen oppositionelle Parteien, das Klonen von Parteien sowie Gewaltanwendung gegen oppositionelle Kandidaten und kritische Journalisten bis hin zur nachträglichen Manipulation von Wahlergebnissen“ (Bos 2008: 210). Taras Kuzio prägte für die Zuspitzung der innenpolitischen Krise in der Ukraine um Präsident Kutschma 2002 den Begriff *kuchmagate* (Kuzio 2005b: 46).

Als bei den Präsidentschaftswahlen 2004 der Premierminister Wiktor Janukowytsch, Kutschmas Favorit auf den Posten des Präsidenten, Ende November die Stichwahl gegen den pro-demokratischen Kandidaten Wiktor Juschtschenko „gewann“, brachen in vielen Städten der Ukraine Massenproteste los. In der Folge schlugen sich nacheinander die Medien, das Außenministerium, die Streitkräfte und der Sicherheitsdienst auf die Seite Juschtschenkos, während letzterer zur selben Zeit Opfer einer Vergiftung wurde, jedoch überlebte. Insbesondere Kiew wurde zum Schauplatz der Proteste, die dort auf dem Majdan Nesaleschnosti (Platz der Unabhängigkeit) bei klirrender Kälte wochenlang andauerten, bis nach internationalen Verhandlungen schließlich für Ende Dezember eine neue Stichwahl angesetzt wurde. Bei der neuen Wahl gewann Juschtschenko knapp und wurde Anfang 2005 als Staatspräsident vereidigt. Die Ereignisse im Herbst und Winter 2005 wurden in Anlehnung an die Wahlfarbe der oppositionellen Kräfte weithin als Orange Revolution bekannt.

Die Rolle Polens für die Ukraine wurde bei den Ereignissen in Kiew während der Orangen Revolution deutlich. Insbesondere an der Vermittlung zwischen den beiden Präsidentschaftskandidaten Janukowytsch und Juschtschenko waren stets polnische Politiker beteiligt. Als die Proteste in Kiew losbrachen, bat Juschtschenko Lech Wałęsa zur Hilfe nach Kiew. Wałęsa trat auf dem Majdan auf und wurde mit Ovationen und „Polska, Wałęsa, Solidarność“-Chören von den Tausenden Demonstrierenden begrüßt. Später trat auch der ehemalige Premierminister Polens Buzek zur Unterstützung des pro-demokratischen Kandidaten auf dem Majdan auf (Zblewski 2006: 63–64).

Auch die Bevölkerung Polens zeigte sich stark solidarisch mit den Ukrainern auf dem Majdan: polnische Studenten demonstrierten vor der ukrainischen Botschaft in Warschau für faire Wahlen, zahlreiche polnische Stadtverwaltungen und Universitäten veröffentlichten Erklärungen zu den gefälschten Wahlen in der Ukraine, eine Ausgabe der „Gazeta Wyborcza“ erschien mit einem orangenen Band in der ersten Spalte (Guggenberger 2005: 119–120) und in Warschau, Krakau und anderen Städten Polens kam es zu Demonstrationen. Nach Meinungsumfragen sympathisierten 54% der Polen mit Juschtschenko und lediglich 2% mit Janukowytsch, wobei 37% keinen der beiden Kandidaten bevorzugten. Dabei äußerten sich 52% der Befragten, sie besprächen die Ereignisse in der Ukraine mit Familienangehörigen, Kollegen oder Freunden<sup>195</sup>. Angesichts dieser Ereignisse führte Präsident Kwaśniewski Telefongespräche mit dem ukrainischen Präsidenten Kutschma und bat diesen ausdrücklich, keine Gewalt gegenüber den Demonstranten auszuüben. Als Juschtschenko Kwaśniewski später selbst um Hilfe bei der Vermittlung bat, lehnte Kwaśniewski dies zwar nicht ab, entschied sich jedoch, nicht ohne Unterstützung der EU an den Verhandlungen teilzunehmen (Zblewski 2006: 63–64).

Nach einem Gespräch mit dem EU-Außenpolitikbeauftragten Solana stellte Kwaśniewski ein Vermittlungsteam zusammen. Erst mit der Eskalation der Ereignisse nach der ersten Stichwahl Tage später wandte sich Präsident Kutschma offiziell an seinen polnischen (und auch seinen litauischen) Amtskollegen und bat um Hilfe bei der Vermittlung – obwohl Kwaśniewskis Team schon Tage zuvor in Kiew angereist war. Nachdem Janukowytsch und Juschtschenko einer Vermittlung in Form eines „Runden Tisches“ (in polnischer Tradition) zustimmten, reiste Präsident Kwaśniewski persönlich nach Kiew. An dem „Runden Tisch“ nahmen auch der litauische Präsident Adamkus und der EU-Außenbeauftragte Solana teil. Kwaśniewski trat vor allem für eine Überprüfung der Wahlergebnisse und den Verzicht von Gewalt ein. Schließlich schlugen die polnischen Teilnehmer des „Runden Tisches“ jedoch vor, den zweiten Wahlgang zu wiederholen. Als das ukrainische Parlament die Wahl für ungültig erklärte und eine neue Wahl anordnete, reiste auch eine Gruppe von Abgeordneten des polnischen Sejm nach Kiew. Kwaśniewski reiste ein weiteres Mal nach Kiew und nahm an der zweiten Sitzung des „Runden Tisches“ teil. Als der oberste Gerichtshof der Ukraine die Wiederholung der Stichwahl beschloss, war

---

195 Polnische Meinungsumfrage CBOS unter [http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2004/K\\_191\\_04.PDF](http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2004/K_191_04.PDF); abgerufen am 4. Februar 2009.

Kwaśniewski auch bei der dritten Auflage des „Runden Tisches“ in Kiew zugegen, bei dem über Änderungen der ukrainischen Verfassung verhandelt wurde. Somit beeinflusste Kwaśniewski den friedlichen Ausgang der Orangen Revolution. Kutschma selbst schickte Kwaśniewski später einen Brief, in dem er sich für das aktive private Engagement zur Lösung der innenpolitischen Krise der Ukraine bedankte (Zblewski 2006: 63–91). Bei der Wiederholung der Stichwahl waren schließlich etwa 3 000 polnische Wahlbeobachter in der Ukraine anwesend (Szeptycki 2006: 133), was ebenfalls auf die Bedeutung hinweist, die Polen der Ukraine zumaß.

Anlässlich dieser Ereignisse in der Ukraine veranstaltete die polnische Schumann-Stiftung ihre jährliche Europäische Parade 2005 unter der Losung „Gemeinsames Europa, freie Ukraine und freundliches Deutschland“ und lud die ukrainische Musikband Greenjolly, die mit der Hymne der Orangen Revolution „Rasom nas bahato, nas ne podolaty“ (Gemeinsam sind wir viele, es ist nicht möglich uns zu bekämpfen) auftraten, zu der Veranstaltung ein (Szeptycki 2006: 137). Die polnische Zeitung „Wprost“ erklärte Wiktor Juschtschenko zum Menschen des Jahres 2004, was mit der Mobilisierung der ukrainischen Nation zu friedlichen Protesten und dem Vergleich der Orangen Revolution mit den Verhandlungen von Solidarność mit der Kommunistischen Partei beim polnischen Systemwechsel 1989 begründet wurde. Die Auszeichnung war insofern ungewöhnlich, als dass zuvor nahezu ausschließlich polnische Staatsbürger wie Präsident Wałęsa, die Premierminister Buzek und Miller und Außenminister Geremek in dieser Form geehrt worden waren (die einzige Ausnahme bildete Günter Verheugen, Mitglied der EU-Kommission, der 2002 im Vorfeld des polnischen EU-Beitritts die Auszeichnung empfing) (Zblewski 2006: 91–92). Julija Tymoschenko, eine enge Kollegin Juschtschenkos während der Orangen Revolution, wurde 2005 auf dem Wirtschaftsforum in Krynica für ihre Rolle in der Orangen Revolution als Person des Jahres in Mittel- und Osteuropas geehrt (Szeptycki 2006: 133).

Die Orange Revolution in der Ukraine wirkte sich auch drastisch auf die Wahrnehmung der Ukraine durch die Polen aus. Vor der Orangen Revolution sahen die Polen die Ukrainer aufgrund der tragischen ukrainisch-polnischen Geschichte die Ukrainer eher negativ und nannten sie bei Umfragen zu Sympathien zu anderen Nationalitäten als eine der unsympathischsten Nationen. Nach der Orangen Revolution jedoch fiel der Anteil der Polen, die Ukrainern gegenüber abgeneigt waren, von 52% auf 34%. Gleichzeitig äußerten sich 55% der Polen, die polnische Hilfe bei der Lösung der politischen Krise in der Ukraine 2004 habe

die ukrainisch-polnischen Beziehungen positiv beeinflusst. 64% der Befragten fürchteten jedoch eine damit verbundene Verschlechterung der polnisch-russischen Beziehungen<sup>196</sup>. Eine andere Umfrage aus dem Jahr 2004 zeigte, dass 29% der Polen Sympathie zu den Ukrainern empfanden (2003: 19%), 32% waren neutral eingestellt (2003: 24%) und 34% äußerten Antipathie (2003: 51%)<sup>197</sup>. In einer Umfrage hinsichtlich der EU- Erweiterung 2004 sprachen sich 74% der Polen für eine mittel- bis langfristige Aufnahme der Ukraine in die EU aus<sup>198</sup>, auch wenn die Anzahl der Polen, die der Ukraine ablehnend gegenüberstanden, nach der post-revolutionären Frustration wieder deutlich stieg<sup>199</sup>.

Unter den Ukrainern ist der Anteil mit Vorurteilen gegenüber den Polen signifikant geringer als im umgekehrten Fall. Ukrainer platzieren die Polen bei ähnlichen Ratings im Mittelfeld<sup>200</sup>. Dieses Phänomen erklärt sich durch die große Anzahl Ukrainer, die im östlichen Teil der Ukraine leben, aufgrund dessen keine gemeinsamen historischen Verbindungen mit Polen hatten und daher wiederum eine eher neutrale Meinung über das Land haben.

#### **4.4.6. Polnische Unterstützung der Ukraine nach der Orangen Revolution**

Mit der Orangen Revolution, die auch als *zweiter Systemwechsel* in der Ukraine bezeichnet wird (Bredies 2007: 52), war ein Ende des Kutschma-Regimes zu erwarten. Was zunächst als großer demokratischer Fortschritt schien, stellte sich jedoch in vielerlei Hinsicht als Fortsetzung des Kutschma-Regimes heraus. Die Hoffnungen der Bevölkerung wurden in mehreren Bereichen enttäuscht: die „orangen“ Kräfte zerstritten sich, notwendige Reformen wurden blockiert, der Führungsstil des neuen Präsidenten Juschtschenko stellte sich als schwach heraus, die Politik im Umfeld des Präsidenten war weiterhin stark personifiziert und bezüglich der Ermordung des Journalisten Gongadse und der Dioxin-Vergiftung

---

196 Polnische Meinungsumfrage CBOS unter [http://www.cbos.pl/PL/Opinia/2004/12\\_2004.pdf](http://www.cbos.pl/PL/Opinia/2004/12_2004.pdf); abgerufen am 9. August 2008.

197 Polnische Meinungsumfrage CBOS unter [http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2004/K\\_190\\_04.PDF](http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2004/K_190_04.PDF); abgerufen am 4. Februar 2009.

198 Polnische Meinungsumfrage CBOS unter [http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2004/K\\_187\\_04.PDF](http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2004/K_187_04.PDF); abgerufen am 9. August 2008.

199 Polnische Meinungsumfrage CBOS unter [http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2006/K\\_148\\_06.PDF](http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2006/K_148_06.PDF); abgerufen am 31. August 2008.

200 [http://www.kiis.com.ua/txt/doc/09112006/press\\_09112006.doc](http://www.kiis.com.ua/txt/doc/09112006/press_09112006.doc); Kiewer Internationales Soziologieinstitut; abgerufen am 29. August 2008.

Juschtschenkos wurden keine Fortschritte erzielt. Damit „handelt [es] sich in der Ukraine [...] um eine eigenwillige Spielart von reproduzierter Elitenkontinuität, die [...] in erster Linie als Übernahme und Persistenz von etablierten Verhaltensmustern der politischen Eliten des Vorgängerregimes traktiert wurde“ (Bredies 2007: 48).

Mit den aus der Orangen Revolution resultierenden Verfassungsänderungen erlebte das Regierungssystem der Ukraine zum ersten Mal schwerwiegende Uneinigkeiten zwischen Präsident und Premierminister und damit eine *cohabitation*, was sich insbesondere im außenpolitischen Bereich widerspiegelte und die Entwicklung außenpolitischer Konzepte erschwerte. Nachdem Premierministerin Tymoschenko bereits 2005 unter Vorwurf eines Korruptionsskandals entlassen worden war, berief Juschtschenko „seine Leute“ zur Verstärkung seines pro-europäischen Teams in die Regierung: Jurij Jechanurow wurde Premierminister, Borys Tarasjuk Außenminister und Anatolij Hryzenko Verteidigungsminister. Außenminister Tarasjuk forcierte die Pläne, der NATO beizutreten (Erhalt eines Mitgliedschaftsplans), GUAM in eine internationale Organisation umzuwandeln, die Gemeinschaft der Demokratischen Wahl zu bilden, die Grenzen zu Russland zu sichern sowie die Transnistrienfrage zu regeln<sup>201</sup>. Verteidigungsminister Hryzenko kündigte eine NATO-Kampagne zur Verbreitung von Informationen über die Tätigkeiten der NATO in der ukrainischen Bevölkerung an.

Bei den Parlamentswahlen in der Ukraine im Jahr 2006 wurden die folgenden Parteien ins Parlament gewählt: die Partei der Regionen (PR) mit 32,14%, der Block Julija Tymoschenko (BJuT) mit 22,29%, der pro-präsidiale Block „Unsere Ukraine“ (NU) mit 13,95%, die Sozialistische Partei der Ukraine (SPU) mit 5,69% und die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) mit 3,66%<sup>202</sup>. Daher wurde Wiktor Janukowytsch (Juschtschenkos Gegner während der Präsidentschaftswahlen 2004 und Spitzenkandidat der Partei der Regionen) zum Premierminister ernannt. Janukowytsch jedoch hatte andere außenpolitische Orientierungen als der Präsident. In seiner Umgebung versammelte er Berater wie Hryschtschenko, Slenko und Medwedtschuk; Hryschtschenko sollte gute Beziehungen zu den USA (wo er Botschafter war) initiieren, Slenko war bereits zu Zeiten Krawtschuks und Kutschmas als Außenminister tätig, Medwedtschuk (der noch mit Kutschma assoziiert wurde)

---

201 Suschko, O. Chto wywodyt prowidnych politykiw Ukrajiny na mischnarodnu szenu? In: Dserkalo Tyschnja 9.–15. Juni 2007 unter <http://www.dt.ua/1000/1550/59558>; abgerufen am 26. November 2008.

202 <http://www.cvk.gov.ua/pls/vnd2006/W6P001>; Zentrale Wahlkommission der Ukraine; abgerufen am 4. Februar 2009.

wurde mit den Beziehungen zu Moskau vertraut<sup>203</sup>. Janukowytsch beanspruchte, die Außenpolitik des ukrainischen Staates maßgeblich zu gestalten und absolvierte daher auf eigene Initiative mehrere Auslandsbesuche, u.a. nach Brüssel und Moskau, und erklärte, die Ukraine stünde einem EU-Beitritt positiv, einem NATO-Beitritt jedoch negativ gegenüber.

Der Unwille Janukowytschs, mit dem pro-europäischen Außenminister Tarasjuk zusammen zu arbeiten, zwang Präsident Juschtschenko, einen Ersatzkandidaten zu finden. Nach zwei Anläufen bestätigte das Parlament Arsenij Jazenjuk als Außenminister, dessen Kandidatur ein ungewöhnlicher Kompromiss war, da er über keinerlei außenpolitische Erfahrungen verfügte<sup>204</sup>. Da sich die Gegensätze zwischen Präsident und Premierminister zuspitzten, löste der Präsident im März 2007 das Parlament auf und ließ im September des gleichen Jahres vorgezogene Parlamentswahlen durchführen. Bei diesen Parlamentswahlen zogen die gleichen Parteien ins Parlament ein, die dort auch seit den Parlamentswahlen 2006 vertreten waren, jedoch mit anderen Stimmenanteilen. Gewinner der Wahl war wieder die Partei der Regionen (PR) mit 34,4%, nun jedoch unmittelbar gefolgt vom Block Julija Tymoschenko (BJuT) mit 30,7%, danach erst mit großen Abstand der pro-präsidiale Block aus „Unsere Ukraine“ und „Volksverteidigung“ (NU-NS) mit 14,2%, und schließlich noch die Kommunistische Partei (KPU) mit 5,4% und der Block Lytwyn mit 4% (Linder 2007: 4). Trotz des Siegs der Partei der Regionen gelang es BJuT, zusammen mit NU-NS eine Koalition zu bilden und die Schlüsselpositionen in der Regierung zu besetzen; diese Regierung stellte jedoch knapp eine Minderheitsregierung dar.

Tymoschenko selbst an der Spitze von BJuT wurde zum zweiten Mal zur Premierministerin ernannt. Sie formulierte ihre außenpolitischen Orientierungen in Zusammenarbeit mit Hryhorij Nemyrja (Abgeordneter, später Vizepremierminister) der früher bei einem *think tank* in Kiew<sup>205</sup> (dem Rasumkow-Zentrum) tätig gewesen war. Auch wenn mit ihrem neuen alten Posten bald wieder die alten Konflikte mit dem Präsidenten aufbrachen, so war doch die Außenpolitik einer der wenigen Bereiche, in dem sich die Exekutive einig

---

203 Suschko, O. Chto wywodyt prowidnych politykiw Ukrainy na mischnarodnu szenu? In: Dserkalo Tyschnja 9.–15. Juni 2007 unter <http://www.dt.ua/1000/1550/59558>; abgerufen am 26. November 2008.

204 Suschko, O. Chto wywodyt prowidnych politykiw Ukrainy na mischnarodnu szenu? In: Dserkalo Tyschnja 9.–15. Juni 2007 unter <http://www.dt.ua/1000/1550/59558>; abgerufen am 26. November 2008.

205 Suschko, O. Chto wywodyt prowidnych politykiw Ukrainy na mischnarodnu szenu? In: Dserkalo Tyschnja 9.–15. Juni 2007 unter <http://www.dt.ua/1000/1550/59558>; abgerufen am 26. November 2008.



war<sup>206</sup>. 2008 beschloss die Regierung Tymoschenko ein neues Regierungsprogramm, in dem die Regierung u.a. die Initiative dafür ergriff, die strategischen Beziehungen mit Polen und auch mit der EU und der NATO weiter zu entwickeln, um den Beitritt der Ukraine zu diesen Organisationen sicher zu stellen<sup>207</sup>.

Obwohl die 2007 ins Parlament eingezogenen Parteien ihre außenpolitischen Prioritäten wie bereits früher nur vage definiert hatten, so verfügten sie doch über bestimmte außenpolitische Vorstellungen. Diese unterschieden sich kaum von den Vorstellungen der jeweils gleichen Partei in der Umfrage des Rasumkow-Zentrums aus dem Jahr 2002. Weder BJuT<sup>208</sup> noch Unsere Ukraine<sup>209</sup> erwähnten in ihren Programmen die „heißen Eisen“ der ukrainischen Außenpolitik (EU- und NATO-Beitritt). Einige Parteien sprachen sich für einen EU-Beitritt der Ukraine unter gleichzeitiger Herausbildung konstruktiver Beziehungen zu Russland aus, darunter die Partei der Regionen<sup>210</sup>. Wenig verwunderlich befürwortete die Kommunistische Partei<sup>211</sup> (KPU) den Ausbau der Ukraine-GUS-Beziehungen und lehnte einen NATO-Beitritt der Ukraine ab. Auffälligerweise erwähnte damit keine der Parteien die Beziehungen zu Polen in ihren Programmen.

Aus den Präsidentschaftswahlen in Polen im Jahr 2005 ging Lech Kaczyński, ehemaliger Warschauer Bürgermeister, als Sieger hervor – vor seinem Rivalen Donald Tusk, Spitzenkandidat der konservativen bis bürgerlich-liberalen Bürgerplattform (PO). Die im selben Jahr folgenden Parlamentswahlen endeten mit einem Sieg der rechtskonservativen politischen Kräfte. Die Parteien Recht und Gerechtigkeit (PiS) und Bürgerplattform (PO) erhielten zusammen 51% der Stimmen. Ferner im Parlament vertreten waren die linkspopulistische Samoobrona und der Bund der Demokratischen Linken (SLD), die radikale national-katholische Liga der Polnischen Familien (LPR) und die in ländlichen Gegenden wurzelnde Polnische Volkspartei (PSL). Obwohl PiS und PO ankündigten, eine Regierung zu bilden, zeigten sich von Anfang an Spannungen zwischen der euroskeptischen konservativen

---

206 Später sollte sich jedoch herausstellen, dass Präsident und Premierministerin hinsichtlich Russland doch verschiedene Auffassungen hatten.

207 [http://www.kmu.gov.ua/control/uk/publish/article?art\\_id=104231107&cat\\_id=47292901](http://www.kmu.gov.ua/control/uk/publish/article?art_id=104231107&cat_id=47292901); Regierungsportal der Ukraine; abgerufen am 12. März 2008.

208 Programm von BJuT unter [http://www.byut.com.ua/ukr/about\\_a\\_party/foundations](http://www.byut.com.ua/ukr/about_a_party/foundations); abgerufen am 18. Juni 2008.

209 Programm von Unsere Ukraine unter [http://www.razom.org.ua/docs/nsnu/programme\\_ua.doc](http://www.razom.org.ua/docs/nsnu/programme_ua.doc); abgerufen am 18. Juni 2008.

210 Programm der Partei der Regionen unter <http://www.partyofregions.org.ua/meet/program>; abgerufen am 18. Juni 2008.

211 Programm der Kommunistischen Partei unter <http://www.kpu.net.ua/program>; abgerufen am 18. Juni 2008.

PiS und der eher bürgerlich-liberalen PO (Lang 2005b: 135). Als Siegerin der Wahlen proklamierte die PiS mit Jarosław Kaczyński an der Spitze die Schaffung der „IV. polnischen Republik“, was außenpolitisch die offensive Verteidigung der nationalen Interessen Polens bedeutete. In der Vision der PiS war Europa ein Bund solidarischer Nationen, dessen Entscheidungen jedoch aus souveränen Staaten kommen. PiS offenbarte damit eine tiefe EU-, vor allem Deutschland-Skepsis (Lang 2005b: 144).

Nachdem der eigentlich vorgesehene Premierminister seine Kandidatur zurückzog, wurde Jarosław Kaczyński zum Premierminister Polens ernannt, obwohl er als Zwillingbruder des Präsidenten erst davor zurückgeschreckt hatte. Mit der Proklamation der „IV. Republik“, die die Gesellschaft von der postkommunistischen Korruption retten sollte, kam es zu deutlichen Spannungen in den polnisch-deutschen und den polnisch-russischen Beziehungen aufgrund der Politik der Kaczyński-Doppelspitze, einer „Europa-Politik ohne Kompass“ (Lang 2006b: 81). Viele sahen gar die Gefahr eines Abrutschens Polens in einen autoritären Regierungsstil. Dieser Stil, der *Kaczysmus*, zeichnete sich durch intoleranten Konservatismus mit obsessiver Dekommunisierung und Lustration aus (Huterer 2006: 66).

Im Laufe des folgenden Jahres kam es zu sich verstärkenden Auseinandersetzungen zwischen Premierminister und Parlament die schließlich dazu führten, dass der Sejm für seine eigene Auflösung stimmte. Daher fanden 2007 auch in Polen, wie in der Ukraine, vorgezogene Parlamentswahlen statt. Gewinner der Wahlen wurde die liberal-konservative Bürgerplattform (PO) mit 41,5% der Stimmen. Danach folgten die rechtskonservative Recht und Gerechtigkeit (PiS) mit 32,1%, die bauerntreue Polnische Volkspartei (PLS) mit 8,9% sowie der gemäßigt linke Bund der Demokratischen Linke (SLD) mit 13,2%, wobei letztere trotz des Engagements von Ex-Präsident Kwaśniewski enttäuschte (Loew 2007: 43–50). Nach den Wahlen wurde Donald Tusk, Vorsitzender der PO, zum Premierminister ernannt und Bürgerplattform kündigte an, zusammen mit Recht und Gerechtigkeit eine Regierung zu bilden. Trotz der *cohabitation* zwischen Präsident Kaczyński und dem neuen Premierminister Tusk folgte eine deutliche Entspannung in den außenpolitischen Beziehungen Polens mit der EU.

Bei seinem Amtsantritt 2005 betonte der ukrainische Präsident Juschtschenko, der Beitritt der Ukraine zur EU sei außenpolitische Priorität des Staates. Im Gegensatz zur „multivektoriellen“ Außenpolitik Krawtschuks und Kutschmas, „[...] [that] had to be flexible enough to accommodate changes in Ukraine’s relations with its Western und Eastern

neighbors and international organizations” (Kuzio 2006b: 200), bezeichnete Taras Kuzio die ersten eineinhalb Jahre der Außenpolitik Juschtschenkos, also bis Mitte 2006, als „Euroatlantizismus“ und meinte damit, die Ukraine sei „on target to integrate into the West“ (Kuzio 2006b: 205). Juschtschenko versuchte, die multivektorielle Außenpolitik seines Vorgängers Kutschma zu beenden und die Ukraine nicht nur deklarativ, sondern auch tatsächlich an die EU und die NATO anzunähern. Auch durch mehrere Auslandsreisen in die EU (z.B. nach Brüssel, Berlin und Straßburg) unterstrich Juschtschenko deutlich das Interesse der Ukraine an einem EU-Beitritt, und strebte sogar einen Assoziationsvertrag der Ukraine mit der EU und damit eine Perspektive auf EU-Mitgliedschaft an. Als im Jahr 2006 die Koalitionsbildung nach der Parlamentswahl im März eine politische Krise auslöste, am Ende derer Janukowytsch im August das Amt Premierministers antrat, versicherte Juschtschenko dem europäischen und ukrainischen Publikum, der Kurs der europäischen Integration bzw. euroatlantischen Integration der Ukraine werde nicht geändert. Das Ziel einer EU-Integration der Ukraine stellte Janukowytsch tatsächlich auch nicht in Frage.

In seinen Bestrebungen, die Ukraine stärker der EU anzunähern, stützte sich Juschtschenko wesentlich auf die Erfahrungen der mitteleuropäischen Staaten Ungarn, Tschechien, der Slowakei, insbesondere aber Polen<sup>212</sup>. Obwohl Polen und die Ukraine sowohl unterschiedliche Voraussetzungen als auch verschiedene Trajektorien in ihren Transformationsprozessen seit Anfang der 1990-er aufwiesen, blieb Polen für die Ukraine das Beispiel einer erfolgreichen Transformation, dem zu folgen ist<sup>213</sup>. Laut Mykola Rjabtschuk ist Polen für die Ukrainer das drittwichtigste westliche Vorbild nach den USA und Deutschland, je nach Perspektive auch das viertwichtigste zusätzlich nach Frankreich. Polen ist für die Ukrainer ein Beispiel für schnelle Reformen nach dem Systemwechsel, mit denen es die

---

212 <http://www.dt.ua/1000/1550/50540>; Dserkalo Tyschnja 2–8 Juli 2008; abgerufen am 20. November 2008 || <http://www.president.gov.ua/news/4448.html>; Offizielle Webseite des Präsidenten der Ukraine; abgerufen am 20. November 2008.

213 Anbei ist eine Auswahl von ukrainischen Quellen, die die Übertragung der polnischen Transformationserfahrungen in die Ukraine darstellen: Selenko, H. 2001. *Ukrajina i Polschtscha: modeli politytschnoji orhanisaziji*. Dissertation. Nationalakademie der Ukraine, Institut für politische und ethnopolitische Forschung, Kiew || Hrynyschyn, M./Trochymtschuk, S. 2002. *Miszewe Samowrjaduwannja w Ukrajini i Polschtschi na schljachu do spilnoho jewropejskoho domu*. Lwiw: Lwiwer Nationaluniversität || Stanowski, K. et al. (Hrsg.) 2004. *Polski i ukrajinski NGO: projektjuwannja transformazijnnych smin u seredowyschtschi schyttjedijalnosti*. Jugo-Wostok: Donezk || Romanjuk, A. et al. (Hrsg.) 2004. *Transformazija politytschnych system Ukrajiny i Polschtschi w umowach Jewropejskoji intehraziji*. Wydawnyschj Zentr LNU: Lwiw || Isajewytsch, J. et al. (Hrsg.) 1999. *Sbirnyk naukowych praz mischnarodnoji konferenziji „Ukrajina i Polschtscha u S’chidno-Zentralnij Jewropi: spadok i majbutnje“*. Instytut Ukrajinosnawstwa: Kiew.

„sowjetischen Ketten“ abrisse (Rjabtschuk 1999: 68–69). „Polen wurde leider noch nicht zu einer Brücke nach Europa für uns [Ukrainer]. Möge es aber wenigstens ein Beispiel der erfolgreichen Bewegung nach Westen sein und ein Beispiel der Überwindung verschiedener, vor allem östlicher Minderwertigkeitskomplexe“, so Mykola Rjabtschuk (Rjabtschuk 1999: 70).

In offiziellen Reden und Interviews hob Juschtschenko daher beständig die Erfahrungen Polens in der Transformation und auf dem Weg zu EU und NATO hervor. Den Zerfall des Orangen Lagers verglich er mit dem Zerfall von Solidarność während Wałęsas Präsidentschaft Anfang der 1990-er<sup>214</sup>. Durch Kwaśniewskis Engagement während der Orangen Revolution 2004 wurde Juschtschenko ermutigt, die ukrainisch-polnischen Beziehungen weiter dynamisch zu gestalten. Der letzte Besuch Kwaśniewskis als Präsident Polens zeigte jedoch, dass die Verbindung Kwaśniewski–Juschtschenko eher eine Imitation der Beziehungen Kwaśniewski–Kutschma war und keine besonderen politischen Auswirkungen hatte<sup>215</sup>. Auch Jacek Kluczkowski, der der Botschafter Polens in der Ukraine ist und der noch Kwaśniewskis Team während dessen Präsidentschaft entstammt, engagiert sich weiterhin stark für die Ukraine<sup>216</sup>.

Ende 2005 nannte Juschtschenko in seiner „Rede des Präsidenten an das Parlament über die innen- und außenpolitische Situation der Ukraine“ Polen neben den USA und Russland als strategischen Partner und zählte die Beziehungen mit diesen Staaten zu den Prioritäten der Außenpolitik der Ukraine<sup>217</sup>. 2006 wurde Polen in der „Rede des Präsidenten an das Parlament über die innen- und außenpolitische Situation in der Ukraine“ nicht mehr explizit, sondern nur noch implizit als EU-Mitglied erwähnt. Zu den Prioritäten der ukrainischen Außenpolitik bestimmte der Präsident die Integration der Ukraine in die EU und die NATO, einen Beitritt zur EU, eine Anbindung an das europäische und euroatlantische

---

214 Interview mit dem ukrainischen Präsidenten, BBC, abgerufen am 20. November 2008 unter [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/indepth/story/2005/10/051016\\_yushchenko\\_ie\\_bbc\\_full.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/indepth/story/2005/10/051016_yushchenko_ie_bbc_full.shtml)

215 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/indepth/story/2005/11/051124\\_tupchienko\\_Kwasniewski.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/indepth/story/2005/11/051124_tupchienko_Kwasniewski.shtml); BBC; abgerufen am 15. Juli 2008 || Interview der Autorin in Lwiw, September 2007.

216 <http://www.unian.net/ukr/news/news-194691.html>; Unian; abgerufen am 20. November 2008 || Ukraina Moloda 23. März 2007. || Ukraina Moloda 8. Februar 2008.

217 Rede des Präsidenten an das Parlament über die innen- und außenpolitische Situation in der Ukraine 2005. Die Rede wurde u.a. von der Akademie der Wissenschaften der Ukraine, dem Präsidentensekretariat, mehreren NGOs und wissenschaftlichen Institutionen für die jährliche Rede des Präsidenten an die Werchowna Rada der Ukraine verfasst. Freundlicherweise zur Verfügung gestellt vom Institut für politische und ethnonationale Forschung der Akademie der Wissenschaften der Ukraine. Das Material ist bei Bedarf bei der Autorin erhältlich.

Sicherheitssystem, die Entwicklung pragmatischer und offener Beziehungen mit Russland, die Etablierung einer Freihandelszone im Rahmen der WTO sowie regionale Zusammenarbeit im Raum um die Ostsee, das Schwarze Meer und das Kaspische Meer (GUAM und Gemeinschaft der Demokratischen Wahl)<sup>218</sup>.

Auch die Stimme Polens als Anwalt der Ukraine in der EU war nach wie vor laut. Polen trat als Fürsprecher der Ukraine auf, der versuchte, der internationalen Gemeinschaft die ukrainischen Ambitionen eines EU- und NATO-Beitritts zu vermitteln. Laut der polnischen *raison d'état* würde eine EU-Mitgliedschaft die Ukraine der Einflussosphäre Russlands entziehen (Hunin 2006: 13). Des Weiteren war Russland verärgert ob Polens Unterstützung der Opposition in der ukrainischen Orangen Revolution 2004. In Reaktion darauf untersagte das russische Veterinäramt bei der nächsten plausiblen Gelegenheit die Einfuhr bestimmter polnischer Landwirtschaftsprodukte nach Russland. Die Legitimität dieses Streits um Fleischexporte zwischen Russland und Polen konnte nicht letztgültig festgestellt werden, jedoch warf der Streit einen Schatten auf die Beziehungen zwischen der EU und Russland, die zu dieser Zeit über ein neues EU-Russland-Abkommen verhandelten (Ochmann 2007: 3).

Nach der Vorstellung der ENP durch die EU stellte Polen die ENP wiederholt in Frage und plädierte stattdessen weiterhin für eine langfristige Perspektive auf einen EU-Beitritt der Ukraine. 2005 kritisierte das Zentrum für Oststudien (Centre for Eastern Studies) ebenfalls die EU-Nachbarschaftspolitik gegenüber der Ukraine (sowie auch gegenüber Belarus, Russland und Moldawien)<sup>219</sup>. Das Arbeitspapier des Zentrums analysierte die Vorteile und Nachteile der ENP und zeigte ihre Grenzen auf: Die ENP entspreche nicht den Ambitionen der Staaten, die nach einem EU-Beitritt streben. Außerdem stimuliere die ENP nicht das volle potenziell mögliche Engagement solcher Staaten für die EU. In dieser Hinsicht weise der Aktionsplan der EU als Instrument der EU-Ostpolitik gegenüber der Ukraine sehr begrenzte Möglichkeiten auf, die EU-Ukraine-Beziehungen positiv zu gestalten.

2005 kritisierte auch die polnische Batory-Stiftung erneut die ENP und meinte,

---

218 Rede des Präsidenten an das Parlament über die innen- und außenpolitische Situation in der Ukraine 2006. Das Material ist bei Bedarf bei der Autorin erhältlich.

219 Pełczyńska-Nałęcz, K. 2005. The ENP in practice - the European Union's policy towards Russia, Ukraine, Belarus and Moldova one year after the publication of the Strategy Paper unter [http://osw.waw.pl/files/PUNKT\\_WIDZENIA\\_10.pdf](http://osw.waw.pl/files/PUNKT_WIDZENIA_10.pdf); Centre for Eastern Studies, Warsaw; abgerufen am 2. Dezember 2008.

eine geografisch, politisch, kulturell und ökonomisch vielfältige Ansammlung von Ländern wurde kollektiv in die undifferenzierte Kategorie „Nachbarn“ eingeordnet: Europäische Staaten (wie die Ukraine), die eine EU-Mitgliedschaft anstrebten, wurden in dieselbe Kategorie einsortiert wie nichteuropäische Staaten, die keine solchen Ambitionen hatten<sup>220</sup>.

In ihrer Analyse der EU-Ukraine-Beziehungen kam die Stiftung zu dem Ergebnis, die EU solle ihre Beziehungen zur Ukraine besser strukturieren. Auch seien Fortschritte in der Erleichterung des Verfahrens für das Visumregime nötig, ebenso wie der Beginn von Verhandlungen über ein neues EU-Ukraine-Grundabkommen. Obwohl die Stiftung die ENP als nicht adäquat für die Ukraine bezeichnete, nannte sie jedoch keine Alternative zur Erweiterung der ENP. 2006 analysierte die Batory-Stiftung das neue Visumverfahren mit der Ukraine, an dem die EU-Kommission zu dieser Zeit arbeitete, und bezweifelte dessen Effizienz<sup>221</sup>. Stattdessen plädierte die Stiftung für ein kostenfreies Visumverfahren für alle Ukrainer, für ein Verfahren zu Visa mit mehrfacher Einreisemöglichkeit für Personen mit positiven „Visumgeschichte“ sowie für maximal 10 Tage Bearbeitungsdauer.

2005 veröffentlichte das Finnische Institut für Internationale Beziehungen in Kooperation mit Polen und Litauen ein Arbeitspapier, das ebenfalls die ENP kritisierte und ein Konzept für eine langfristige EU-Perspektive der Ukraine forderte. Damit wurde deutlich, dass auch Finnland und Litauen Polens Sicht der Ukraine teilten<sup>222</sup>. Da Polen Interesse an einer europäischen und einer euroatlantischen Integration der Ukraine hatte, solle die EU ein neues Konzept für ihre Beziehungen zur Ukraine entwickeln. Polen zeigte sich auch an einer Kooperation mit Russland interessiert, nahm Russland jedoch als externen Partner wahr. Daher solle Polen die Formulierung der EU-Ostpolitik mit gestalten, ohne die EU-Russland-Beziehungen zu gefährden.

Auch Polens seit 2005 amtierender Präsident Lech Kaczyński unterstützte die EU-Integration der Ukraine. Der polnische Außenminister Rotfeld unterstützte ebenfalls die Demokratisierung der Ukraine, da diese auch für die Demokratisierung Russlands

---

220 Gromadzki, G. et al. 2005. Will the Orange Revolution bear the fruit? EU–Ukraine relations in 2005 and the beginning of 2006 unter <http://www.batory.org.pl/doc/orange.pdf>; Stefan Batory Foundation, Warsaw; abgerufen am 27. Mai 2008. Übersetzung der Autorin.

221 Boratyński, J. et al. 2006. Questionable Achievement: EC–Ukraine Visa Facilitation Agreement unter <http://www.batory.org.pl/doc/ec-ukraine-visa-facilitation-agreement.pdf>; Batory Foundation, Warsaw; abgerufen am 2. Dezember 2008.

222 Gromadzki, G. et al. 2005. Friends of Family? Finnish, Lithuanian, and Polish Perspectives on the EU’s policy towards Ukraine, Belarus and Moldova unter [http://www.upi-fii.fi/eng/publications/fii\\_reports](http://www.upi-fii.fi/eng/publications/fii_reports); Finnish Institute of International Affairs; abgerufen am 27. Mai 2008.

entscheidend sei, so Rotfeld. Denn „was in Polen, Estland, Lettland oder Litauen möglich ist, ist nicht attraktiv für Russland. Was aber in der Ukraine möglich ist, ist auch für Russland möglich“ (Adam Rotfeld, zitiert in: Bischof 2006: 109).

Der Präsident Polens konnte sich im Parlament auf eine Mehrheit ihm loyaler Parteien stützen, da die recht konservative „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) und liberalkonservative „Bürgerplattform“ (PO) mit zusammen 51% der Stimmen die Parlamentswahlen in Polen 2005 gewonnen hatten. Auch der Sejm lancierte daher eine Initiative und gründete eine interparlamentarische Versammlung zwischen der Ukraine, Polen und Litauen mit dem Ziel, die EU- und NATO-Integration der Ukraine voran zu treiben<sup>223</sup>. 2006 befürworteten alle politischen Parteien den Erlass des Präsidenten zur Schaffung der „Stiftung für die Unterstützung der Demokratie und Zivilgesellschaft in Mittel- und Osteuropa“, die vor allem die Ukraine und Belarus unterstützen sollte<sup>224</sup>. Darüber hinaus plädierten polnische Abgeordnete im Europäischen Parlament für die Verankerung einer EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine in einem neuen EU-Ukraine-Grundabkommen<sup>225</sup>, das das Anfang 2008 ablaufende Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) ersetzen sollte. Zu dieser Zeit erhielten auch Unsere Ukraine (NU, Juschtschenkos Partei), Batkiwschtschyna („Vaterland“, die Basispartei für BJuT) und die Partei Ruch einen Beobachterstatus bei der Europäischen Volkspartei (EVP), in der die polnische Parteien PO und PiS Vollmitglieder sind<sup>226</sup>.

Mit der Ernennung von Jarosław Kaczyński, Zwillingsbruder des Präsidenten, zum Premierminister 2006 verschlechterten sich die polnisch-russischen und polnisch-deutschen Beziehungen, wohingegen sich die Exekutive hinsichtlich der Ukraine entschlossen verhielt. Premierminister Kaczyński blieb der traditionellen Ukraine-Politik Polens treu und verkündete weitere Unterstützung für einen EU-Beitritt der Ukraine und trat für eine Erweiterung der EU ein, bei der die Ukraine eine prioritäre Rolle gegenüber der Türkei haben solle (Świeboda 2006: 99). 2006 unterzeichneten die Präsidenten Polens, der Ukraine und Litauens die gemeinsame „Deklaration der Präsidenten über die innenpolitische Krise in Georgien“ mit dem Ziel, die georgische Staatsmacht dazu zu drängen, einen Dialog mit der

---

223 <http://www.dt.ua/1000/1550/48935/>; Dserkalo Tyschnja 15.–21. Januar 2005; abgerufen am 30. November 2008.

224 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/news/story/2006/12/061206\\_poland\\_holodomor\\_bt.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/news/story/2006/12/061206_poland_holodomor_bt.shtml); BBC; abgerufen am 6. August 2008.

225 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/news/story/2007/07/070712\\_euoparliament\\_4\\_ukr\\_sp.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/news/story/2007/07/070712_euoparliament_4_ukr_sp.shtml); BBC; abgerufen am 9. August 2008.

226 Europäische Volkspartei unter <http://www.epp.eu/memberparties.php?hoofdmenuID=3>; abgerufen am 29. August 2008.

Opposition zu führen<sup>227</sup>. Des Weiteren unterzeichneten der ukrainische und polnische Präsident auf Initiative von Präsident Kaczyński 2007 eine *Roadmap* der polnisch-ukrainischen Zusammenarbeit für 2007 und 2008, in der sie die folgenden Prioritäten nannten: weitere institutionelle Zusammenarbeit, EU- und NATO-Integration der Ukraine, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Energiesicherheit (namentlich der weitere Bau der Odessa-Brody-Pipeline), Zusammenarbeit im Grenzgebiet sowie Kooperation in den Bereichen Kultur und Bildung sowie bei gesellschaftlichen und historischen Fragen<sup>228</sup>.

Präsident Juschtschenko hingegen erfuhr nach den Parlamentswahlen in der Ukraine 2006 keine Unterstützung mehr durch das Parlament. Die meisten Stimmen bei den Parlamentwahlen erreichte die Partei der Regionen, deren Anführer Janukowytsch zum Premierminister ernannt wurde. Da Juschtschenko nach den Verfassungsänderungen 2004 in seinen Kompetenzen beschränkt war und mit dem Premierminister einen „kalten Krieg“ aufgrund unterschiedlicher Auffassungen über die außenpolitischen Ziele des Staates führte, blieben ihm kaum Möglichkeiten, seiner 2005 proklamierten Außenpolitik mehr als nur deklarativ zu folgen und den ukrainisch-polnischen Beziehungen eine neue Qualität zu geben. Die informelle Herausbildung zweier Zentren für außenpolitische Entscheidungen (Juschtschenko und Janukowytsch) erschwerte auch die außenpolitische Situation, da Polen nicht mehr wusste, an wen es sich zu wenden hatte. Im Endeffekt ähnelte Juschtschenkos Außenpolitik frappierend der multivektoriellen Außenpolitik Kutschmas, da er wie sein Vorgänger im außenpolitischen Bereich zu humanitären Aktionen neigte und seine Außenpolitik einer EU- und NATO-Integration (u.a. mit einer stärkeren Anbindung der Ukraine an Polen) zwar deklarierte, jedoch nicht durchführte. Juschtschenko wurde vorgeworfen, keine Experten für polnische Fragen in seinem Sekretariat zu beschäftigen und auch keine solchen aus der ukrainischen Wissenschaftselite zu rekrutieren<sup>229</sup>. Nach polnischem Vorbild wurde hingegen angestrebt, in der Ukraine ein Antikorruptionsbüro zu schaffen – in der selben Art, in der Kaczyński ein Büro zur Bekämpfung von Korruption unter den Postkommunisten gebildet hatte<sup>230</sup>, was Juschtschenko seinerzeit unterstützt hatte.

---

227 Dokument 998\_262 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 6. Januar 2008.

228 Ukraine-Analysen 25/2007 unter <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen25.pdf>; abgerufen am 18. November 2008.

229 Interview der Autorin in Lwiw, August 2007.

230 Interview der Autorin in Kiew, September 2007.



Zwar nahm Juschtschenko 2007 nicht am polnischen Forum in Krynica teil<sup>231</sup>, jedoch stellte dort die Gattin des Präsidenten Kateryna Juschtschenko, die der ukrainischen Diaspora in den USA entstammt, ihr Projekt zur Unterstützung ukrainischer Kinder vor. 2008 wurde Polen in der „Rede des Präsidenten zur innen- und außenpolitischen Lage“ nicht explizit erwähnt; immerhin nannte der Präsident jedoch die Entwicklung der „strategischen Partnerschaft“ mit den Nachbarstaaten der Ukraine als Priorität<sup>232</sup>. Auch die Beziehungen der pro-präsidialen Partei Unsere Ukraine (NU) zur Europäischen Volkspartei (EVP), bei der NU einen Beobachterstatus erhalten hatte, wurden nicht konsequent gepflegt – bei einem Besuch von Vertretern der EVP in Kiew 2008 war Juschtschenko nicht bereit zu einem Treffen<sup>233</sup>.

In einer Befragung des Zentrums für Frieden, Konversion und Außenpolitik der Ukraine äußerten sich 2007 53,2% der befragten Experten, die ukrainisch-polnischen Beziehungen seien stabil bzw. würden den Status quo beibehalten, 44,7% der Experten sahen eine gleichberechtigte Partnerschaft, 29,8% eine Annäherung sowie 25,5% eine gegenseitige Abhängigkeit<sup>234</sup>. Dabei nannten 2007 lediglich 17% der ukrainischen Experten Polen als Priorität der ukrainischen Außenpolitik (als Prioritäten galten die EU, die USA, die NATO, Russland und Deutschland), wobei (und vielleicht weswegen) die ukrainisch-polnischen Beziehungen von 59,9% der Experten als erfolgreichsten bezeichnet wurden (gefolgt von Georgien, den USA, der EU, Litauen und Russland)<sup>235</sup>.

Nicht nur die innenpolitische Konstellation der Ukraine, auch die Reaktion der EU versetzte Juschtschenkos EU-Aspirationen einen Dämpfer. Erst nach Kritik der neuen mittel- und osteuropäischen EU-Mitglieder sowie durch die ukrainischen Ambitionen eines EU-Beitritts nach der Orangen Revolution sah sich die EU genötigt, ihre Beziehungen zur Ukraine neu zu bewerten. Die EU entwickelte ein zusätzliches „10-Punkte Programm“ und

---

231 <http://ua.proua.com/news/2007/09/05/085402.html>; ProUA; abgerufen am 26. November 2008.

232 Rede des Präsidenten zur innen- und außenpolitischen Lage der Ukraine 2008 unter <http://www.president.gov.ua/news/9941.html>; Offizielle Internet-Repräsentation des Präsidenten; abgerufen am 20. November 2008.

233 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/indepth/story/2008/06/080618\\_tymoshenko\\_brussels\\_oh.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/indepth/story/2008/06/080618_tymoshenko_brussels_oh.shtml); BBC; abgerufen am 30. November 2008.

234 Ukrajinskyj Monitor. Zentrum für Frieden, Konversion und der Außenpolitik der Ukraine. Die Webseite funktioniert nicht mehr; die Materialien sind bei Bedarf bei der Autorin erhältlich.

235 Ukrajinskyj Monitor. Zentrum für Frieden, Konversion und der Außenpolitik der Ukraine. Die Webseite funktioniert nicht mehr; die Materialien sind bei Bedarf bei der Autorin erhältlich.

eine *Roadmap*, die die unmittelbaren Prioritäten der ukrainischen EU-Integration definierte<sup>236</sup>, und verdoppelte die finanziellen Hilfsmittel für die Ukraine<sup>237</sup>.

Darüber hinaus wurde 2008 zwischen der Ukraine und der EU ein neues Visumabkommen über ein erleichtertes Visumverfahren unterzeichnet. In diesem wurde u.a. eine langfristige Perspektive für ein visumfreies Regime zwischen der EU und der Ukraine festgelegt<sup>238</sup>, auch da EU-Bürger auf Initiative von Präsident Juschtschenko bereits seit 2005 ein visumfreies Regime mit der Ukraine genießen. Das erleichterte Verfahren sah eine schnelle Bearbeitung entsprechender Anträge in den diplomatischen Vertretungen der EU-Staaten vor, setzte niedrigere Preise fest und erleichterte das Verfahren für bestimmte Kategorien ukrainischer Bürger. Als Voraussetzung für dieses Abkommen unterzeichneten die Ukraine und die EU 2008 ein Rücknahmeabkommen, das beide Seiten verpflichtete, Bürger aus Drittstaaten in ihre Herkunftsstaaten auszuweisen, wenn sie sich illegal in der Ukraine oder der EU aufhalten<sup>239</sup>.

Die Neuregelung des Visumverfahrens führte jedoch in einem Ausmaß zu Problemen, dass das polnische Konsulat in Lwiw nicht mehr weiter im neuen „erleichterten Verfahren“ arbeiten konnte. Die Ukraine warf der EU daraufhin vor, die versprochene Visum-Erleichterung sei in der Realität ein Hindernis. Polen beschwerte sich ebenfalls über die neuen Regelungen, obwohl die EU 2006 eine Verordnung über „geringfügigen Grenzverkehr“ verabschiedet hatte, was durchaus als Fortschritt bezeichnet werden konnte (Szymborska 2007: 280). Mit Vertretungen in Kiew, Lwiw, Charkiw, Luzk und Odessa baute Polen seine Kette von Konsulaten in der Ukraine aus<sup>240</sup>, die Ukraine unterhielt umgekehrt in Polen mit Niederlassungen in Warschau, Rzeszow, Chełm und Przemyśl eine ebenfalls große Anzahl Konsulate. Trotzdem wurden die vereinbarten Bearbeitungsgebühren für ein Visum nicht eingehalten und die Warteschlangen waren lang (Szymborska 2007: 281). Daher sank die Anzahl ukrainischer Bürger, die nach Polen einreisten.

Mit seinem Beitritt zur Schengen-Zone im Januar 2008 erwartete Polen weitere Schwierigkeiten, und in der Tat verkomplizierte sich die Lage daraufhin. Da noch immer kein

---

236 [http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com06\\_726\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com06_726_de.pdf); Europäische Kommission; abgerufen am 26. Mai 2008.

237 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2007/03/070308\\_yusch\\_eu\\_aid\\_oh.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2007/03/070308_yusch_eu_aid_oh.shtml); BBC; abgerufen am 27. Oktober 2008.

238 Dokument 994\_850 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 18. Juni 2008.

239 Dokument 994\_851 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 18. Juni 2008.

240 <http://www.kijowkg.polemb.net/index.php?document=62>; Botschaft der Republik Polen in der Ukraine; abgerufen am 4. Februar 2009.

Grenzverkehrsabkommen zwischen der Ukraine und Polen beschlossen worden war, protestierten Tausende Polen und Ukrainer im Grenzgebiet. Sie blockierten sowohl Grenzübergänge als auch die polnische Konsulat in Lwiw und forderten von den Regierungen der Ukraine und Polens die Ausarbeitung eines Grenzverkehrsabkommens, das es Grenzhändlern erlauben würde, visumfrei bzw. unter deutlich erleichterten Bedingungen die ukrainisch-polnische Grenze zu überqueren<sup>241</sup>. Premierminister Tusk, der sein Amt nach den vorgezogenen Parlamentswahlen 2007 angetreten hatte, besuchte schließlich Anfang 2008 die Ukraine bezüglich des Grenzverkehrs und der gesellschaftlichen Proteste an der ukrainisch-polnischen Grenze. Zuvor hatten ihm Opposition und Öffentlichkeit in Polen vorgeworfen, er habe die ukrainisch-polnischen Beziehungen vernachlässigt<sup>242</sup>, da seine ersten symbolischen Auslandsreisen als Premierminister ihn nach Brüssel, Paris und Berlin geführt hatten, nicht jedoch nach Kiew<sup>243</sup>. Gleichzeitig aber unterstütze Tusk die EU-Ambitionen der Ukraine<sup>244</sup>.

Nachdem Polen zur Schengen-Zone beigetreten war, die Ukraine jedoch lediglich zu einem der EU-Nachbarstaaten im Rahmen der ENP erklärt worden war und sie damit keine Perspektive auf einen EU-Beitritt erhalten hatte, fühlte sich die Ukraine noch stärker außen vorgelassen (Šumylo 2007: 173). In einer Befragung des Zentrums für Frieden, Konversion und Außenpolitik der Ukraine 2007 äußerten sich 36,2% der befragten Experten entsprechend, die Ukraine-EU-Beziehungen seien ungleichberechtigt und asymmetrisch, 29,8% sahen eine Annäherung der Ukraine an die EU und weitere 29,8% eine Stagnation der EU-Ukraine-Beziehungen<sup>245</sup>.

Durch den Wahlkampf vor den vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007 wurde die weitere Ausrichtung der Ukraine auf eine EU-Integration verhindert. Bereits zuvor erließ die Werchowyna Rada jedoch Richtlinien, gemäß derer erstens Verhandlungen über ein neues Grundabkommen zwischen der EU und der Ukraine begonnen werden sollten<sup>246</sup> und zweitens aus Mitgliedern von Parlament und Regierung eine Kommission für EU-Integration

---

241 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2008/01/080116\\_ukr\\_pol\\_kordon\\_oh.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2008/01/080116_ukr_pol_kordon_oh.shtml); BBC; abgerufen am 6. Februar 2009.

242 [http://www.ea-ua.info/news.php?news\\_show\\_type=1&news\\_id=9476](http://www.ea-ua.info/news.php?news_show_type=1&news_id=9476); EA-UA Info; abgerufen am 26. November 2008.

243 Interview mit Tusk <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen23.pdf>; Polen-Analysen; abgerufen am 9. August 2008.

244 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/news/story/2008/03/080314\\_poland\\_yushchenko\\_kk.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/news/story/2008/03/080314_poland_yushchenko_kk.shtml); BBC; abgerufen am 26. November 2008.

245 Ukrajinskyj Monitor. Zentrum für Frieden, Konversion und der Außenpolitik der Ukraine. Die Webseite funktioniert nicht mehr; die Materialien sind bei Bedarf bei der Autorin erhältlich.

246 Dokument 684\_16 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 17. Oktober 2007.

gebildet werden sollte, damit dieser Prozess vereinheitlicht würde<sup>247</sup>. Gleichzeitig verlangte die Werchowna Rada, der EU-Ukraine-Dialog über die Euroregionen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit solle intensiviert werden<sup>248</sup>.

2008 beschloss die Regierung Tymoschenko ein neues Regierungsprogramm, in dem die Regierung u.a. die Initiative dafür ergriff, die strategischen Beziehungen mit Polen und auch mit der EU und der NATO weiter zu entwickeln, um den Beitritt der Ukraine zu letzteren Organisationen sicher zu stellen<sup>249</sup>. Die Ernsthaftigkeit dieser Absichten war jedoch fragwürdig, da sich die Ukraine unter der neuen alten Regierung Tymoschenko in einer ständigen innenpolitischen Krise zu befinden schien. Die Auseinandersetzungen zwischen Präsident und Premierministerin erschwerten diese Umstände und führten dazu, dass das Parlament unfähig war, produktiv zu arbeiten.

Unwahrscheinlich scheint aus diesem Grund auch die Verankerung einer EU-Beitrittsperspektive der Ukraine in einem neuen EU-Ukraine-Grundabkommen, über das die Ukraine und die EU seit Ablauf des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PKA) 2007 Verhandlungen führen<sup>250</sup>. Das neue EU-Ostpolitikkonzept Deutschlands könnte hingegen einen Kompromiss darstellen. Aus deutscher Sicht soll zuerst eine energiepolitische Zusammenarbeit mit Russland stattfinden, dann die Partnerschaft mit Belarus, Moldawien, der Ukraine und den Staaten des südlichen Kaukasus erneuert werden und letztlich ein getrenntes Konzept für die Zentralasiatischen Staaten (Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Kirgisistan und Tadschikistan) ausgearbeitet werden (Ochmann 2007: 5–6). Auf langfristige Sicht ist auch fragwürdig, ob Polen tatsächlich ein Land wie die Ukraine in die EU aufnehmen will, das eine große Bevölkerung hat, ein niedriges BIP aufweist und in dem ein Viertel der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt ist (Lang 2002: 38).

---

247 Dokument 808\_16 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 12. Dezember 2007.

248 Dokument 1242-16 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 15. Juni 2008.

249 [http://www.kmu.gov.ua/control/uk/publish/article?art\\_id=104231107&cat\\_id=47292901](http://www.kmu.gov.ua/control/uk/publish/article?art_id=104231107&cat_id=47292901); Regierungsportal der Ukraine; abgerufen am 12. März 2008.

250 Für Details über den Verhandlungsprozess siehe <http://www.ukraine-eu.mfa.gov.ua/eu/ua>; Außenministerium der Ukraine, abgerufen am 17. Juni 2008.

#### 4.4.7. Ukrainische Oligarchen auf der polnischen Bühne

Die pro-europäische Rolle der ukrainischen Oligarchen in der Außenpolitik der Ukraine zeigte sich besonders deutlich seit Anfang der 2000-er, nachdem die ukrainischen Oligarchen zwar bereits viel Kapital akkumuliert hatten, russische Unternehmen jedoch längst im Besitz der russischen Oligarchen waren und die ukrainischen Oligarchen mit letzteren nicht mithalten konnten. Besonders gute Investitionsmöglichkeiten sahen die ukrainischen Oligarchen daher in Mitteleuropa, u.a. auch in Polen.

2004 kam es jedoch zu Auseinandersetzungen zwischen den wirtschaftspolitischen Eliten Polens und der Ukraine um das Metallkombinat Huta Częstochowa. Der ukrainische Verband der Donbas-Industriellen (ISD) zeigte Interesse am Kauf des Metallunternehmens, der polnische Staat verweigerte dem ISD jedoch eine entsprechende Erlaubnis. Über die Gründe der Auseinandersetzungen kursierten verschiedene Gerüchte: einige sahen darin die „Rache“ der polnischen wirtschaftspolitischen Eliten dafür, zuvor die Ausschreibung für den Verkauf des ukrainischen Krim-Natron-Werks nicht gewonnen zu haben, andere meinten, Polen wolle nicht wahrhaben, dass die Ukraine als der wirtschaftliche schwache „Zögling“ Polens ein solches Unternehmen kaufen konnte. Das polnische Parlament stoppte die geplante Investition in der letzten Ausschreibungsrunde, während sich der polnische Präsident Kwaśniewski für die Bildung einer Untersuchungskommission einsetzte<sup>251</sup>. Das Unternehmen wurde schließlich erst 2005 an den ISD verkauft und trägt seit 2006 den Namen „ISD Huta Częstochowa“.

Der Erfolg von ISD wurde allerdings erst während der Präsidentschaften Juschtschenkos und Kaczyńskis deutlich. 2007 begannen Verhandlungen über den Verkauf der Gdańsker Werft, und ukrainische Medien meldeten, der aussichtsreichste Kandidat für den Kauf der Werft, immerhin Symbol der polnischen Solidarność-Bewegung, sei der ISD<sup>252</sup>. Die ukrainische Firma beabsichtigte eine Investition von 400 Mio. Złoty (ca. 100 Mio. Euro). Zudem stellten die Ukrainer ein gutes Sozialversicherungspaket in Aussicht und versprachen, die Anzahl gebauter Schiffe werde nicht reduziert, was die EU-Kommission für den Fall einer EU-Investition gefordert hätte. Für Polen war es von höchster symbolischer Wichtigkeit, der

---

251 Hetmantschuk, O. Rik Polschtschi w Ukraini: Minimum polityky, maksimum kultury. In: Dserkalo Tyschnja 3.–9. April 2004 unter <http://www.dt.ua/1000/1600/46088/>; abgerufen am 4. Dezember 2008.

252 <http://www.dt.ua/1000/1550/50541>; Dserkalo Tyschnja, 2.–8. Juli 2005; abgerufen am 22. Juni 2008.

Gdańsker Werft eine gute Entwicklungsperspektive zu geben, da diese die Basis für Solidarność, Wałęsa und den in die Weltgeschichte eingegangenen Streik im Jahr 1980 war<sup>253</sup>. Die ukrainischen Medien sahen jedoch gerade im möglichen Verkauf der Gdańsker Werft an die Ukraine ein symbolisches Zeichen, da die Ukraine danach strebte, den polnischen Transformationserfahrungen zu folgen. Ende 2007 begannen ferner Verhandlungen zwischen dem größten ukrainischen Autounternehmen Ukrauto, General Motors und dem polnischen Unternehmen Fabryka Samochodow Osobowych in Warschau über die Bildung eines gemeinsamen Unternehmens auf Basis des zuletzt genannten<sup>254</sup>.

Seit dem Amtsantritt Präsident Juschtschenkos 2005 änderten sich die Aktivitäten einiger ukrainischer Oligarchen. Um die Ausrichtung der ukrainischen Außenpolitik Richtung EU zu unterstützen griffen diese Oligarchen auf andere Formen politischer Tätigkeit zurück als einen Sitz im Parlament. Wiktor Pintschuk, Schwiegersohn Kutschmas und einflussreicher Geschäftsmann in der Stahlindustrie, verließ beispielsweise die Politik und begann, sich für soziale Projekte in der Ukraine zu engagieren; so startete er u.a. eine Anti-Aids-Kampagne, unterstützte die Kunst und lud Musik-Weltstars wie Elton John oder Paul McCartney nach Kiew ein. Bekannt wurde Pintschuk auch für sein Wirtschaftsforum im ukrainischen Jalta, das er seit 2005 jährlich im Stile des Weltwirtschaftsforums in Davos und des polnischen Wirtschaftsforums in Krynica organisiert. Zu diesem werden regelmäßig Vertreter der ukrainischen Exekutive, Staatsoberhäupter anderer europäischer Staaten und Vertreter der EU-Institutionen eingeladen. 2005 proklamierte die ukrainische Elite beim Wirtschaftsforum in Jalta das Jahr 2020 zum Jahr des EU-Beitritts der Ukraine – mit der Hoffnung, dieses Ereignis könne vielleicht sogar noch früher stattfinden. Zum Jalta-Forum 2006 lud Pintschuk auch Kwaśniewski, der zudem Mitglied des Direktionsrates des Forums ist<sup>255</sup>. Die Aussage eines Experten in Kiew, laut dem Polen gleich der Summe aus inländischen Politikern und ausländischem Kapital ist, könnte ebenfalls in diesem Zusammenhang gesehen werden<sup>256</sup>. Mitglied des Direktionsrates des Jalta-Forums ist auch Marek Siwiec, ein naher Kollege Kwaśniewskis und heute einer der Vize-Präsidenten des Europäischen Parlaments.

---

253 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/news/story/2007/10/071011\\_rybalt\\_wharf\\_donetsk\\_sp.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/news/story/2007/10/071011_rybalt_wharf_donetsk_sp.shtml): BBC; abgerufen am 22. Juni 2008.

254 <http://pravda.com.ua/news/2007/11/6/66440.htm>; Ukrajinska Prawda; abgerufen am 4. Dezember 2008.

255 <http://www.yes-ukraine.org/en/bios.html>; YES (Yalta European Strategy); abgerufen am 5. August 2008.

256 Interview der Autorin in Kiew, September 2007.

#### 4.4.8. Die Fußballeuropameisterschaft 2012 als gemeinsames europäisches Projekt

Der Höhepunkt der kulturellen Zusammenarbeit Polens und der Ukraine war die Wahl der beiden Staaten durch den europäischen Fußballbund UEFA im Jahr 2007 für die gemeinsame Ausrichtung der Fußballeuropameisterschaft 2012. Die Präsidenten Kaczyński und Juschtschenko waren im April 2007 persönlich bei der Zeremonie der Entscheidung in Cardiff anwesend und unterstützen so den gemeinsamen Erfolg<sup>257</sup>. Das größte Verdienst muss in diesem Zusammenhang jedoch ihren Vorgängern Kutschma und Kwaśniewski zugeschrieben werden, unter deren Präsidentschaften der Antrag auf die Ausrichtung der EURO 2012 gestellt wurde<sup>258</sup>. Die Idee dazu ging laut Gerüchten zurück auf Hryhorij Surkis, erfolgreicher Geschäftsmann, Besitzer des Fußballklubs Dynamo Kiew und bis 2003 Politiker. Über Präsident Kutschma präsentierte Surkis seinen Plan über Ausrichtung der Fußballeuropameisterschaft Anfang der 2000-er ursprünglich an Russland. Da Russland die Idee jedoch nicht aus der Hand der Ukraine übernehmen wollte, wurde der Plan abgelehnt. Danach wandte sich Kutschma mit derselben Idee an Polen, da Polen als Nachbar der Ukraine ähnlich groß und im Bereich politischer Zusammenarbeit ein guter Partner war. Das Ergebnis ist bekannt: die Ausschreibung wurde gewonnen.

Mit der Ausrichtung der Fußballeuropameisterschaft verbindet die ukrainische Bevölkerung sowohl negative als auch positive Erkenntnisse. Laut Angaben des Kiewer Internationalen Soziologischen Instituts äußerten sich 2008 lediglich 29% der Ukrainer, sie seien ganz sicher, dass es Polen und der Ukraine gelingen werde, die EURO 2012 durchzuführen, 34% glaubten, dass es wahrscheinlich gelingen werde. Gleichzeitig aber betonten 76% der Ukrainer, sie seien ganz sicher, dass es bei der Durchführung der Fußballeuropameisterschaft zu Korruption kommen werde<sup>259</sup>. Ein ukrainisches Politikforschungszentrum betonte die starke Rolle der Oligarchen bei dem bevorstehenden Event. Der ukrainischen Bevölkerung sei wohlbekannt, dass die mächtigen Unternehmensgruppen in der Ukraine eine ganze Reihe Fußballklubs besitzen. So ist z.B. Rinat Achmetow (Partei der Regionen) Präsident von Schachtar Donezk und Igor

---

257 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/news/story/2007/04/070418\\_uefa\\_2012\\_ukr\\_sp.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/news/story/2007/04/070418_uefa_2012_ukr_sp.shtml); BBC; abgerufen am 17. Juni 2008.

258 Interview der Autorin in Kiew, September 2007.

259 <http://www.kiis.com.ua/txt/doc/07022008/07022008.doc>; Kiewer Nationalinstitut für Soziologie; abgerufen am 4. Dezember 2008.

Kolomojskij (BJuT) Vizepräsident der Fußballföderation der Ukraine und Vorsitzender des Aufsichtsrates von Dnipro Dnipropetrowsk<sup>260</sup>.

Mit der EURO 2012 verbinden die Ukrainer jedoch auch viele Hoffnungen. Die Zeitung „Dserkalo Tyschnja“ erhofft sich vor allem einen Ausbau der Infrastruktur in der Ukraine, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die Reduktion der Korruption an der ukrainisch-polnischen Grenze, eine Erweiterung des Eisenbahn- und Autobahnnetzes (mit der Hoffnung, dass letztere vielleicht zum ersten Mal das westukrainische Lwiw mit dem ostukrainischen Luhansk verbindet), sowie der Einrichtung neuer Flugverbindungen zwischen den beiden Staaten. Darüber hinaus sei die Anpassung des ukrainischen Immigrationsrechts an EU-Standards wichtig, da in der Vorbereitung der EURO 2012 viele kompetente ausländische Arbeitskräfte benötigt würden, die nach bestehendem ukrainischem Immigrationsrecht viele Schwierigkeiten hätten, in der Ukraine angestellt zu werden. Zudem sei es nötig, die Bankverbindungen zwischen Polen und der Ukraine auszubauen, da es für Ausländer derzeit nicht ohne weiteres möglich sei, in der Ukraine ein Konto zu eröffnen; ferner sei billigeres Handyroaming wünschenswert. Nicht zuletzt ginge es um Völkerverständnis und ukrainisch-polnische Versöhnung<sup>261</sup>. So äußerten sich auch 67% der Polen bei einer Umfrage, die Ausrichtung der Fußballeuropameisterschaft nähere die beiden Völker einander an<sup>262</sup>. Der polnische Botschafter in der Ukraine Jacek Kloczkowski hofft sogar auf die Aufhebung des Visumregimes zwischen der Ukraine und Polen, d.h. auch zwischen der Ukraine und der EU, während der EURO 2012. Da sich Polens EU-Ratspräsidentschaft mit der EURO 2012 überschneide, werde Polen der Ukraine dann eventuell sogar im Namen die EU eine EU-Beitrittsperspektive anbieten können<sup>263</sup>.

Auch die staatlichen Akteure ließen anfangs große Hoffnungen hinsichtlich der EURO 2012 erkennen. 2007 wurde auf Initiative der beiden Staatpräsidenten ein Koordinationsrat zur Vorbereitung des Ereignisses gebildet<sup>264</sup>. Ebenfalls 2007 wurde in der

---

260 Tyschtschenko, J. Jewro 2012 – ideja, schtscho konsoliduje? Perspektywy i rysyky. RU 13/485, 26. April 2007, Ukrainisches unabhängiges Zentrum der politischen Forschung; abgerufen am 26. April 2007 unter <http://www.ucipr.org.ua/modules.php?op=modload&name=News&file=article&sid=60204&mode=thread&order=0&thold=0>

261 Lohinow, J. Jewrokror do porosuminnja. In: Dserkalo Tyschnja 12.–18. Mai 2008 unter <http://www.dt.ua/1000/1550/59241>; abgerufen am 4. Dezember 2008.

262 [http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2007/K\\_089\\_07.PDF](http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2007/K_089_07.PDF); CBOS; abgerufen am 8. Februar 2009.

263 Interview mit dem polnischen Botschafter in der Ukraine Jacek Kloczkowski unter <http://www.unian.net>; abgerufen am 7. Mai 2007.

264 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/sport/story/2007/07/070709\\_guta\\_euro2012\\_ak.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/sport/story/2007/07/070709_guta_euro2012_ak.shtml); BBC; abgerufen am 18. November 2008.



Ukraine per Präsidentenerlass ein Organisationskomitee gebildet, an dem Unternehmensgruppen, Sportler und das Sekretariat des Präsidenten beteiligt waren. Mit den innenpolitischen Krisen in der Ukraine und in Polen 2007 wurde die diesbezügliche Euphorie jedoch gedämpft. Die UEFA machte sich darüber hinaus Sorgen aufgrund eines Konflikts zwischen pro-präsidiellen Gruppen und Wirtschaftseliten über den Umbau des Olympiastadions in Kiew, in dem das Endspiel der Europameisterschaft stattfinden sollte. Um die Vorbereitung des Ereignisses zu unterstützen und um gegen letzteren Konflikt zu protestieren, traten viele Aktivisten in der Ukraine auf und zahlreiche prominente ukrainische Sportler und Künstler bildeten ein „Volkskomitee“ zur Rettung der EURO 2012<sup>265</sup>. Unabhängig davon schlossen die Premierministerin der Ukraine und der Premierminister Polens, Tymoschenko und Tusk, 2008 einen Kooperationsvertrag hinsichtlich des bevorstehenden Großereignisses<sup>266</sup>.

## **4.5. Die Ukraine und Polen im europäischen Energietransitsystem**

### **4.5.1. Diskussionen um die Odessa-Brody-Pipeline**

Die Ukraine ist in ihren Energieimporten, vor allem Erdgas und Erdöl, stark von Russland abhängig. Die Eigenproduktion beträgt der Ukraine lediglich 15–25% ihres Bedarfs, und alle existierenden anliefernden Pipelines laufen durch Russland – selbst wenn die Lieferungen ursprünglich aus Zentralasien stammen (Pleines 2006: 2). Mit der Eskalation des Gaskonflikts in den Wintern 1993/94, 1999/2000 und 2005/06 erkannte die Ukraine in der Unterbrechung der Energielieferungen eine Gefahr der nationalen Sicherheit (Pleines 2006: 2–3).

Auch Polen fühlt sich in Energiefragen durch Russland bedroht, auch wenn es von diesem nicht so stark abhängig ist wie die Ukraine. Trotzdem hängen bis zu 40% des polnischen Gasverbrauchs vom russischen Staatskonzern Gazprom ab. Die Position Polens ist unter diesen Rahmenbedingungen zwiespältig.

---

265 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/sport/story/2007/12/071221\\_euro2012\\_ukr\\_oh.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/sport/story/2007/12/071221_euro2012_ukr_oh.shtml); BBC; abgerufen am 3. Dezember 2008.

266 Dokument 679-2008-p unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 5. August 2008.

Einerseits bemüht sich Polen, seine Position als Transitland für russisches Gas und Öl zu sichern. In diesem Zusammenhang widersetzte sich Polen dem Bau der Ostseepipeline, einem deutsch-russischen Energieprojekt, das Polen umgeht. Zudem zeigte sich Polen solidarisch mit der Ukraine, als Russland die Jamal-Pipeline bauen wollte, die durch Belarus und Polen in die Slowakei führen, also die Ukraine umgehen und sie auf diese Weise schwächen sollte<sup>267</sup> (Lang 2006a: 2–4). Die Jamal-Pipeline trat jedoch 2005 schließlich doch in Betrieb.

Andererseits versucht Polen, seine Energieabhängigkeit von Russland zu reduzieren. Eine solche Option bot sich in der Kooperation mit der Ukraine bei der Odessa-Brody-Pipeline. Die Konstruktion der gemeinsamen ukrainisch-polnischen Pipeline, die an Russland vorbeiführen sollte, begann bereits 1995 und hätte Öl von Aserbaidshan (Baku) über Georgien (Poti und Batumi) und die Ukraine (Odessa und Brody) nach Polen (Adamowo-Zastawa) transportieren sollten, wo sie später mit der Pipeline Druschba hätte verbunden werden sollen<sup>268</sup>. Die Ölpipeline wurde bis Brody gebaut, ihre weitere Verlängerung nach Płock (Polen) wurde jedoch gestoppt. Der ukrainische Staat finanzierte den in der Ukraine verlaufenden Teil der Pipeline; 2001 stellte sich das Projekt jedoch als unrentabel heraus, da sowohl Verträge über eine Anbindung des ukrainischen Pipeline-Teils an westliche Pipelines fehlten, als auch sichere Abnehmer für das transportierte Öl. Einerseits erkannte die Ukraine, dass das Projekt ohne ausländische Investoren nicht mehr realisiert werden konnte, andererseits wollte die Ukraine, dass der ukrainische Teil der Pipeline durch ein ukrainisches Unternehmen betrieben wird<sup>269</sup>.

Auch in Polen sank das Interesse an dem Projekt, nicht zuletzt aufgrund des starken wirtschaftlichen Drucks Russlands auf die Ukraine, und in diese Verhältnisse wollte sich Polen offensichtlich nicht einmischen. 2001 veröffentlichte Russland eine Liste ukrainischer Unternehmer, für die sich Russland als Investor interessierte. Auf der Liste erschienen sechs bereits halb-privatisierte ukrainische Ölraffinerien und das Aluminiumwerk in Mykolajiw. Für die Privatisierung des letzteren setzten sich zwei ukrainische und zwei russische Unternehmen ein; später wurde jedoch festgestellt, dass das eine der ukrainischen Unternehmen durch ein russisches Unternehmen kontrolliert wurde und das andere

---

267 Einige Kritiker äußerten sich hingegen, gerade das Vorantreiben der Ostseepipeline helfe der Ukraine, da damit ihre Abhängigkeit von russischem Gas reduziert werde.

268 Osteuropa 49, 3, 1999, A121.

269 [http://www.razumkov.org.ua/article.php?news\\_id=147](http://www.razumkov.org.ua/article.php?news_id=147); Razumkow-Zentrum, abgerufen am 2. Februar 2009.

ukrainische Unternehmen sogar durch ein russisches Unternehmen gegründet worden war (Sherr 2003: 54). Für Russland bilden die GUS-Staaten eine zentrale Interessensphäre, „wo sich die geopolitische Stabilität und die Sicherheit der Gasversorgung sowie Russlands Kontrolle über die Ressourcen und den Gastransport aus Zentralasien [entscheidet]“ (Saprykin 2004: 252). Aus der russischen Gaspolitik lässt sich das russische Interesse ableiten: Die russische Führungsrolle in der GUS soll durch Zugang zu und Kontrolle der ukrainischen Transitwege gestärkt werden (Saprykin 2004: 252).

Die Unfähigkeit der Ukraine, ihre Rechnungen für russische Gaslieferungen zu begleichen, führte dazu, dass Russland die Ukraine zur Gründung eines internationalen Gaskonsortiums zwang, das die gemeinsame Nutzung der Hauptgasleitungen in der Ukraine verwalten sollte. Der russische und der ukrainische Präsident führten daher seit 2002 Verhandlungen (die Kutschma aufgrund der prekären innenpolitischen Situation jedoch geheim hielt) über das Abkommen „Über die strategische Zusammenarbeit auf dem Erdgassektor“, das daraufhin 2002 von den Premierministern der Ukraine und Russlands, Kinach und Kasjanow, unterzeichnet wurde (Saprykin 2004: 259–261). Gleichzeitig beauftragten die Präsidenten die Regierungen mit der Vorbereitung eines weiteren Abkommens, in dem die Gestalt des Gaskonsortiums explizit beschrieben werden sollte. Als das Abkommen ohne Ratifizierung im Parlament in Kraft trat, wandte sich eine Gruppe ukrainischer Abgeordneter an das ukrainische Verfassungsgericht, das die Frage klären sollte, ob dieses Abkommen überhaupt ohne die Zustimmung des Parlaments als internationaler Vertrag in Kraft treten dürfe (Saprykin 2004: 257). Auch die Abgeordnete Tymoschenko kritisierte im Jahr 2000 die Gefahr für die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Ukraine, sollte Kutschmas Gaskonsortium wirklich funktionieren, und kritisierte gleichzeitig vehement die „Freundschaft“ Kutschmas mit Putin und Schröder<sup>270</sup>. Die ukrainische Energiepolitik verbindet Margarita Balmaceda mit der Rolle der wirtschaftspolitischen Akteure bzw. Oligarchen in der Ukraine. Sie argumentiert, im Gegensatz zu Russland, wo der Staat mit seinem Unternehmen Gasprom den ganzen Gasmarkt monopolisierte, sei der ukrainische Gasmarkt zwischen konkurrierenden Interessengruppen aufgeteilt, die eine verschiedene Nähe zum staatlichen Apparat aufweisen (Balmaceda 1998: 269, 272, 274).

---

270 Tymoschenko, J. „Truba“ – ukrajinskij ekonomitschnij nesaleschnosti. In: Dserkalo Tyschnja 28. Juni–5. Juli 2002 unter <http://www.dt.ua/1000/1550/35275>; abgerufen am 26. November 2008.

Das Bild komplettieren einige ausländische Interessengruppen, die mit den inländischen Interessengruppen, darunter die Gasunternehmen von Tymoschenko und Pawlo Lasarenko, (ein ehemaliger Premierminister der Ukraine, der Ende der 1990-er in den USA wegen Geldwäsche verurteilt wurde) um den Gasmarkt in der Ukraine konkurrieren (Balmaceda 1998: 269, 272, 274). Interesse an der Teilnahme an dem Gaskonsortium zeigten neben dem deutschen Unternehmen Ruhrgas auch die Unternehmen Edison und Snam Rete Gas aus Italien, Gaz de France aus Frankreich, Depa aus Griechenland, Swissgas aus der Schweiz, Shell aus den Niederlanden und Großbritannien und sogar PGNiG aus Polen. Überdies interessierten sich Unternehmen aus der Türkei, Argentinien, Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan für das Projekt (Saprykin 2004: 259–261). Mit Sicht auf die 2004 anstehenden Präsidentschaftswahlen in der Ukraine wurde aber die Bildung des Gaskonsortiums auch schließlich eingefroren und die meisten Akteure distanzieren sich von dem Projekt.

Auch für die EU spielte das Gasnetz in der Ukraine eine erhebliche Rolle. Die EU setzte in ihrer Abhängigkeit von russischem Gas auf die Diversifizierung der Energieträger durch neue Lieferanten und Transitrouten (Saprykin 2004: 254). 2003 unterzeichneten die EU, Polen und die Ukraine ein gemeinsames Kommuniqué über den weiteren Bau der Odessa-Brody-Pipeline<sup>271</sup>. Die Position der EU in diesem Zusammenhang ist jedoch zwiespältig: einerseits möchte die EU die ukrainische Unabhängigkeit und Staatlichkeit unterstützen, da die Ukraine ein wichtiges Transitland für die Energieversorgung der EU ist, andererseits soll die Unterstützung der Ukraine nicht die Beziehungen zu Russland schaden (Lang 2002: 33), denn mit einer solchen Ukraine-Politik träte die EU in Konkurrenz zu Russland und den USA. Die USA wiederum haben kein unmittelbares Interesse am Gastransport, da kein russisches Gas in die USA geliefert wird, jedoch versuchen die USA, die russischen Expansionsversuche im Energiesektor zu bremsen (Saprykin 2004: 256).

Mit der erstarkenden Rolle Russlands erlahmte jedoch auch das Projekt Odessa-Brody-Pipeline. Kasachstan begrüßte das Projekt 2003 und wollte Öl durch die Pipeline transportieren, ein Jahr später zog es sein Interesse jedoch zurück, um „den russischen Bär“ nicht zu verärgern<sup>272</sup>. Sogar Polens Initiative, Kasachstan im Gegenzug für die

---

271 Dokument 998\_166 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 5. Januar 2007.

272 Hontschar, M. Moskwa-Asija-Transyt. In: Dserkalo Tyschnja 12.–18. Mai 2007 unter <http://www.dt.ua/1000/1550/59239>; abgerufen am 3. November 2008.

Präsidentschaft der OSZE vorzuschlagen, blieb erfolglos. Nicht nur aufgrund des Mangels an Öllieferanten (Aserbaidshan allein kann nicht genug Öl fördern, um die Pipeline in Betrieb zu nehmen), auch angesichts der hohen Baukosten wurde das Projekt zunehmend in Frage gestellt. Überdies wurde die bereits teilweise erbaute Pipeline auf Druck Russlands 2004 „rückwärts“ betrieben, indem sie russisches Öl über Odessa zu russischen Kunden am Mittelmeer transportierte<sup>273</sup>.

#### **4.5.2. Heranführung Polens an GUAM im Kontext der Energiesicherheit**

Mit dem Amtsantritt des Präsidenten Juschtschenko in der Ukraine wurde das alte Konzept der Zusammenarbeit der Staaten in der Region zwischen Ostsee und Schwarzem Meer reanimiert. Das Konzept, in ähnlicher Form bereits vom polnischen Marschall Piłsudski um 1900 herum entwickelt, ähnelte dem Plan des ukrainischen Präsidenten Krawtschuk Anfang der 1990-er, in dem Krawtschuk versuchte, unter der Führung der Ukraine und Polens als Gegengewicht zu Russland eine sicherheitspolitische Achse in der Region zu etablieren<sup>274</sup>. Die Organisation GUAM, die 1997 als Konsultationsforum Georgiens, der Ukraine, Aserbaidshans und Moldawiens gegründet worden war und die 2001 in „Assoziation GUAM“ (auch GUUAM aufgrund der vorübergehenden Teilname Usbekistans) umbenannt worden war, wurde dazu 2006 als „GUAM Organisation für Demokratie und Wirtschaftliche Entwicklung“ etabliert.

GUAM wird unter verschiedenen Aspekten analysiert. Einerseits kann die Visegrád-Gruppe als Vorbild für GUAM betrachtet werden, da auch die GUAM-Staaten nach einer EU- und NATO-Integration streben. Das Zentrum für Frieden, Konversion und Außenpolitik der Ukraine in Kiew hingegen verwies auf die vor allem sicherheitspolitische Natur GUAMs und die nachrangige Identifizierung als Transport- bzw. Energieprojekt<sup>275</sup>. Da aber die Sicherheit der Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit 1991 vor allem mit ihrer Energiesicherheit verbunden

---

273 <http://www.pravda.com.ua/archive/2004/july/8/news/8.shtml>; Ukrajinska Prawda; abgerufen am 5. August 2008.

274 Siehe dazu der Abschnitt dieser Arbeit über den Krawtschuk-Plan während der Präsidentschaften Wałęsas und Krawtschuks.

275 Ukrajinskyj Monitor 20/2005. Zentrum für Frieden, Konversion und Außenpolitik der Ukraine. Die Webseite des Zentrums funktioniert nicht mehr; die Materialien sind bei Bedarf bei der Autorin erhältlich.

wird, stellt GUAM gleichsam eine Chance dar, die Sicherheit der Ukraine in beiden Feldern herzustellen. Der Gasstreit mit Russland 2005 und 2008 mit der Einstellung aller Gaslieferungen in die Ukraine zeigte, dass dieser Zusammenhang eine wichtige Rolle für die Sicherheit der Ukraine spielt. In einer Befragung des Zentrums für Frieden, Konversion und Außenpolitik der Ukraine äußerten sich 2007 63,8% der befragten außenpolitischen Experten der Ukraine, die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland seien ungleichberechtigt und asymmetrisch, 44,75% sahen Spannungen in den Beziehungen und 31,9% identifizierten die Ukraine gar als Satellitenstaat Russlands<sup>276</sup>.

In einem Erlass über den „Zustand der Energiesicherheit der Ukraine“ bezeichnete Präsident Juschtschenko 2005 sichere Energielieferungen als eine der wichtigsten Komponenten der ukrainischen Sicherheit, und erklärte, diese Sicherheit könne mit dem Weiterbau der Odessa-Brody-Pipeline erreicht werden<sup>277</sup>. Polen spielte bei allen Betrachtungen eine wesentliche Rolle; 39% der befragten ukrainischen Außenpolitikexperten äußerten sich in einer Umfrage 2001, eine Teilnahme Polens an den GUAM-Strukturen (wie auch die Einbindung der Türkei, Rumäniens und Bulgariens) würde zur Stärkung von GUAM beitragen<sup>278</sup>.

Daher trieb die Ukraine, besonders Präsident Juschtschenko, die Institutionalisierung von GUAM voran, forcierte 2005 die Gründung der auf GUAM basierenden „Gemeinschaft der Demokratischen Wahl“ und setzte sich für eine Heranführung Polens an GUAM ein. Bei der Gründung der Gemeinschaft der Demokratischen Wahl von neun Staaten der Region zwischen Ostsee und Schwarzem Meer auf dem Regionalforum 2005 in Kiew nahm Polen einen Beobachterstatus ein. 2007 nahm der polnische Präsident persönlich an einer GUAM-Sitzung teil<sup>279</sup>. Ebenfalls 2007 unterzeichneten GUAM und Polen das „Communiqué zwischen GUAM und Polen“, in dem sich Polen für eine Kooperation mit GUAM und für den Bau eines Euroasiatischen Transportkorridors aussprach<sup>280</sup>.

Das Interesse Polens an GUAM ist jedoch im Zusammenhang mit dem Zugang zu nicht von Russland kontrollierten Energieressourcen in Asien zu sehen. Besonders mit der

---

276 Ukrajinskyj Monitor. Zentrum für Frieden, Konversion und Außenpolitik der Ukraine. Die Webseite des Zentrums funktioniert nicht mehr; die Materialien sind bei Bedarf bei der Autorin erhältlich.

277 Dokument 1863/2005 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 5. August 2008.

278 Paschkow, M./Tschalyj, W. GUUAM pislja jaltynskoho samitu: realiji i perspektywy unter [http://www.uceps.org/article.php?news\\_id=143](http://www.uceps.org/article.php?news_id=143); Rasumkow-Zentrum; abgerufen am 26. November 2008.

279 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2007/06/070618\\_guam\\_yusch\\_oh.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2007/06/070618_guam_yusch_oh.shtml); BBC; abgerufen am 20. November 2008.

280 <http://www.rferl.org/content/article/1063461.html>; RFE/RL; abgerufen am 8. August 2008.

Einstellung der Gaslieferungen in die Ukraine und nach Belarus 2005 und 2007 und in die Ukraine 2008, so Kai-Olaf Lang, war für Warschau klar: „Russland [...] betreibt Energieimperialismus“ (Lang 2006a: 3). Daher versuchte Polen, Russland in diesem Zusammenhang zu schwächen. Bei den Verhandlungen zwischen der EU und Russland über ein neues EU-Russland-Grundabkommen blockierte Polen beispielsweise die Verhandlungen, um Russland zu einer Energiecharta und die EU zu einer gemeinsamen Energiepolitik zu bewegen (Lang 2006a: 2–4). Auch interessiert sich Polen offen für den Transportkorridor vom Kaspischen Meer über den Kaukasus nach Europa, der mittels GUAM realisiert werden könnte<sup>281</sup>, und besonders für Gaslieferungen aus Aserbaidschan, dem Iran und der Türkei<sup>282</sup>. Eine Mitarbeit am GUAM-Energieprojekt Odessa-Brody-Pipeline wäre für Polen aus mehreren Gründen interessant: Erstens würde Polen dadurch seine Position als Transitland verbessern, da Öl von Polen nach Deutschland, in die USA und nach Skandinavien transportiert werden könnte, zweitens könnte Öl unter Umgehung Russlands nach Polen gelangen und drittens würde das Vorhaben die Ukraine politisch und wirtschaftlich stärken, woran Polen besonderes Interesse hat (Lang 2006a: 5). Zusammen mit Polen zeigten auch die USA Interesse an GUAM; bereits 2004 fanden Verhandlungen in Washington hinsichtlich der Bildung eines euroasiatischen Transportkorridors und der teilweise darin verlaufenden Odessa-Brody-Pipeline statt<sup>283</sup>.

Daher intensivierten sich ab 2005 die ukrainisch-polnischen Beziehungen im Bereich der Energiesicherheit. 2005 schlossen die ukrainische und die polnische Regierung einen Vertrag über wirtschaftliche Zusammenarbeit, der u.a. die Entwicklung einer Kooperation bei Energielieferungen vorsah<sup>284</sup>. 2006 unterzeichneten Präsident Juschtschenko und Präsident Kaczyński eine Deklaration über Zusammenarbeit in Energiefragen<sup>285</sup>. Der ukrainische Premierminister Janukowytsch traf sich mit seinem Amtskollegen Kaczyński bezüglich des gemeinsamen Projekts Odessa-Brody-Pipeline. Der polnische Premierminister äußerte sich

---

281 Korendowysch, W. et al. Ukrajina–GUAM–Turetschynna: stan ta perspektywy podalshoho roswytku widnosyn. In: Dserkalo Tyschnja 3.–9. Februar 2001 unter <http://www.dt.ua/1000/1600/29492>; abgerufen am 3. November 2008.

282 Gromadzki, G. 2002. Between Need and Dependency. Russian Gas in the Energy Balance of the Enlarged EU. Policy papers 8 unter <http://pdc.ceu.hu/archive/00002375/01/rap8en.pdf>; Stefan Batory Foundation, Warsaw; abgerufen am 3. November 2008.

283 <http://www.dt.ua/1000/1550/45440>; Dserkalo Tyschnja 31. Januar–6. Februar 2004; abgerufen am 3. November 2008.

284 Dokument 616\_063 unter <http://www.rada.gov.ua>; Parlament der Ukraine, abgerufen am 14. März 2008.

285 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2006/02/060228\\_brody\\_yusch\\_burda\\_sp.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2006/02/060228_brody_yusch_burda_sp.shtml); BBC; abgerufen am 15. Juni 2008.

leicht zurückhaltend über den weiteren Bau der Pipeline, versicherte dem ukrainischen Premierminister jedoch, Polen bleibe weiterhin ein Befürworter der Ukraine in Europa<sup>286</sup>. Janukowytsch nahm 2006 auch an einem Energieforum in Polen teil. Der ukrainische Premierminister äußerte sich dort, die Pipeline solle in ihrer ursprünglich geplanten Form vollendet werden. Die ukrainischen Medien warfen ihm daraufhin jedoch politisches Kalkül vor, denn als Janukowytsch während Kutschmas Präsidentschaft erstmals Premierminister war, wurde die Pipeline auf Initiative Russlands „rückwärts“ betrieben und transportierte russisches Öl über Odessa an russische Kunden am Mittelmeer<sup>287</sup>. Außerdem verweist Margarita Balmaceda auf verschiedene Interessengruppen in der Ukraine, die zugunsten wirtschaftlicher Kooperation mit Russland den weiteren Bau der Odessa-Brody-Pipeline verhindern wollten. Das Desinteresse der ukrainischen Oligarchen an einer Privatisierung der Pipeline deute auch auf dubiose Geschäfte zwischen der ukrainischen Regierung und ukrainischen Oligarchen hin (Balmaceda 1998: 278).

2007 nahm der ukrainische Präsident Juschtschenko am Energie-Gipfeltreffen in Polen teil, bei dem er erneut die Bedeutung der Odessa-Brody-Pipeline betonte. Bei diesem Gipfeltreffen einigten sich Polen, die Ukraine, Georgien, Aserbaidschan, Litauen und Kasachstan über die Bildung eines Unternehmens, das die Pipeline Odessa–Brody–Plock–Gdańsk in Betrieb nehmen sollte<sup>288</sup>. Beim Energie-Gipfeltreffen 2008 in Kiew unterzeichneten die Ukraine, Aserbaidschan, Georgien, Lettland, Litauen, Estland und Polen darüber hinaus die „Deklaration über die gemeinsamen Prinzipien der Energiesicherheit“, in der sie ihre Kooperation beim weiteren Bau der Odessa-Brody-Pipeline bestätigten<sup>289</sup>.

Obwohl die Organisation GUAM für die Ukraine seit ihrer Schaffung zum regionalen Schlüsselprojekt wurde<sup>290</sup>, erfüllte sich die Hoffnung der Ukraine, Polen werde auch in der Konstellation Ukraine–Türkei–Polen eine wesentliche Rolle einnehmen, bis dato nicht<sup>291</sup>.

---

286 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2006/11/061115\\_ukr\\_pol\\_zanuda\\_oh.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2006/11/061115_ukr_pol_zanuda_oh.shtml); BBC; abgerufen am 26. November 2006.

287 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2006/09/060906\\_yanuk\\_poland\\_oh.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/domestic/story/2006/09/060906_yanuk_poland_oh.shtml); BBC; abgerufen am 26. November 2008.

288 [http://www.bbc.co.uk/ukrainian/news/story/2007/05/070511\\_energy\\_summit\\_poland.shtml](http://www.bbc.co.uk/ukrainian/news/story/2007/05/070511_energy_summit_poland.shtml); BBC; abgerufen am 15. Juli 2008.

289 <http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,3355974,00.html>; Deutsche Welle; abgerufen am 17. Juni 2008.

290 Ukrajinskyj Monitor. Zentrum für Frieden, Konversion und Außenpolitik der Ukraine. Die Webseite des Zentrums funktioniert nicht mehr; die Materialien sind bei Bedarf bei der Autorin erhältlich.

291 Korendowytsch, W. et al. Ukrajina–GUAM–Turetschynna: stan ta perspektywy podalschoho roswytku widnosyn. In: Dserkalo Tyschnja 3.–9. Februar 2001 unter <http://www.dt.ua/1000/1600/29492>; abgerufen am 3. November 2008.



Daher sind sich die ukrainischen Experten einig: Weder die Ukraine (mit ihrem Anspruch, die GUAM-Staaten anzuführen) noch GUAM selbst können mehr als nur eine begrenzte Rolle in der Region spielen. Durch die starke Abhängigkeit der Ukraine von russischen Energielieferungen bleiben sowohl die Ukraine als auch GUAM sicherheitspolitisch schwach. Selbst die hervorragenden Beziehungen zwischen der Ukraine und Georgien seit 2005 können nur dann zu einer relevanten Achse Georgien–Ukraine–Polen führen, wenn die Ukraine ihre Öl- und Gaslieferungen diversifizieren und damit ihre Abhängigkeit von Russland verringern kann<sup>292</sup>.

---

292 Mehrere Interviews der Autorin in Kiew, September 2007.



## **5. Zusammenfassung**

Dieser letzte Abschnitt der Arbeit stellt eine Zusammenfassung sowohl der empirischen als auch der theoretischen Ergebnisse der Studie dar. Zuerst wird anhand des konkreten Beispiels der ukrainisch-polnischen Beziehungen auf die drei Variablen der internationalen Politik (Institutionen, gesellschaftlichen Akteure und ihre Identitäten) eingegangen. Danach werden die ukrainisch-polnischen Beziehungen unter Berücksichtigung dieser Variablen in den folgenden Interaktionsfeldern zusammengefasst: ukrainisch-polnische Beziehungen zwischen den Systemwechseln, Auseinandersetzungen um das historische und kirchliche Erbe, sicherheitspolitische Herausforderungen im NATO-Kontext, die Beziehungen der Ukraine und Polens im EU-Kontext sowie die Rolle der Ukraine und Polens als Energietransitstaaten. Abschließend wird weiterer Forschungsbedarf im Bereich der theoretischen Ansätze in den Internationalen Beziehungen identifiziert.

### **5.1. Ergebnisse der Analyse**

#### **5.1.1. Institutionen, gesellschaftliche Akteure und Identitäten in der internationalen Politik**

Die Aufgabe der vorliegenden Studie war es, den gesellschaftlich eingebetteten problem- und lösungsformulierenden Interaktionsprozess zwischen der Ukraine und Polen im Zeitrahmen seit dem Systemwechsel in Polen und der Ukraine (1989 bzw. 1991) bis zur Gegenwart (2008) hinsichtlich der drei Variablen *gesellschaftliche Akteure* (1), *ihre Identitäten* (2) und *Institutionen* (3) zu untersuchen. Anhand des Beispiels der Analyse der ukrainisch-polnischen Beziehungen sind die folgenden Schlussfolgerungen zur Rolle der genannten Variablen in der internationalen Politik zu ziehen.

(1) Den Ausgangspunkt der Studie bildete, in Anlehnung an die Liberale Theorie der Internationalen Beziehungen (Schieder 2003: 169–198), die gesellschaftliche Ebene des internationalen Systems, d.h. gesellschaftliche Akteure (Individuen (Politiker, Frauen, Männer, usw.), Präsidenten, Regierungen, Parlamente, Oligarchen, NGOs, Medien, Minderheiten, Kirchen und Arbeitsmigranten). Sie wurden als Hauptakteure der

internationalen Politik betrachtet. Die internationalen Beziehungen, in unserem Fall die ukrainisch-polnischen Beziehungen, sind daher in die innenpolitische, internationale und transnationale Zivilgesellschaft eingebettet. Dieser Zugang zu der internationalen Politik lenkte den Blick aus der Ebene der internationalen Politik auf die Außenpolitik der Staaten, in unserem Fall der Ukraine und Polens. Eine als Gesamtheit der Aktionen (u.a. in den Feldern Politik, Wirtschaft, Militär, Kultur und Ökologie) einer nationalstaatlichen Gesellschaft gegenüber ihrem internationalen Umfeld (Nationalstaaten und internationale Institutionen bzw. Organisationen) verstandene Außenpolitik (Holtmann 2000: 50–53) wurde in dieser Studie als *(public) policy* analysiert, die sich in Entscheidungen, Programmen und Verordnungen zur Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse ausdrückt (Schneider/Janning 2006: 15).

Der Staat, in unserem Fall der ukrainische und der polnische, wurde hier im Sinne von Gramsci verstanden und umfasst sowohl die staatlichen Institutionen als auch die Zivilgesellschaft (Bieler/Moron 2003: 337–362). Daher wurden sowohl die staatlichen Akteure als auch nichtstaatliche Akteure in die Analyse der internationalen Beziehungen, in unserem Fall der ukrainisch-polnischen, einbezogen. Die staatlichen Akteure umfassten die Präsidenten, Regierungen und Parlamente (Sejm und Senat als Zweikammerparlament in Polen und Werchowna Rada als Einkammerparlament in der Ukraine). Von den nichtstaatlichen Akteuren wurden besonders Oligarchen, NGOs, Medien, Minderheiten, Kirchen und Arbeitsmigranten berücksichtigt.

Die Präsidenten beider Staaten amtierten in sich zumeist überlappenden Perioden. Vernachlässigt man den ersten polnischen Präsidenten nach dem Systemwechsel (den 1989–1990 amtierenden General Wojciech Jaruzelski, der eine am „Runden Tisch“ ausgehandelte Kompromissfigur war und durch das Parlament gewählt worden war), so stimmten die weiteren Präsidenten der Ukraine und Polens in ihren Amtszeiten überein. Zu vergleichen sind daher die Amtsperioden des polnischen Präsidenten Lech Wałęsa (1990–1995) und des ukrainischen Präsidenten Leonid Krawtschuk (1991–1994), des polnischen Präsidenten Alexander Kwaśniewski (1995–2005) und des ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma (1994–2005), und schließlich des polnischen Präsidenten Lech Kaczyński (seit 2005) und des ukrainischen Präsidenten Wiktor Juschtschenko (seit 2005).

Die Regierungen betreffend wurde festgestellt, dass es nur schwer möglich ist, für jede Regierung und jeden Premierminister die Formulierung der jeweiligen Außenpolitik in den

relevanten Interaktionsfeldern zu verfolgen, da die Ukraine seit dem Systemwechsel 13 und Polen 14 Regierungswechsel erlebte. Es wurde daher hinsichtlich der Interaktionsfelder lediglich auf die wichtigsten Regierungen fokussiert. Entsprechend der verwendeten Definition von Außenpolitik (als Gesamtheit der politischen, wirtschaftlichen, militärischen und soziokulturellen Aktionen einer in einem souveränen Nationalstaat organisierten Gesellschaft gegenüber ihrer internationalen Umwelt [Holtmann 2000: 50–53]) hätten hier auch die Aktionen der Kultur-, Finanz-, Verteidigungs-, Bildungs- und anderer Minister systematisch untersucht werden können. In der vorliegenden Analyse wurde jedoch nur dann explizit auf die Rolle anderer Minister eingegangen, wenn es im gegebenen Kontext für die exemplarische Analyse als nötig erschien.

Hinsichtlich der Parlamente fielen in den betrachteten Zeitraum in der Ukraine fünf und in Polen sechs Legislaturperioden. Nach dem Systemwechsel 1991 erfolgten in der Ukraine die ersten Wahlen erst im Jahr 1994, darauf folgten die Legislaturperioden 1994–1998, 1998–2002, 2002–2006 und 2006–2007, wobei letztere mit vorgezogenen Wahlen endete. Nach dem Systemwechsel 1989 erfolgten in Polen die ersten Wahlen im Jahr 1991, darauf folgten die Legislaturperioden 1991–1993, 1993–1997, 1997–2001, 2001–2005 und 2005–2007, wobei letztere wie in der Ukraine mit vorgezogenen Wahlen endete.

Der Einfluss der ukrainischen Oligarchen in den ukrainisch-polnischen Beziehungen wurde in dieser Analyse als erheblich identifiziert. Die Oligarchen als einflussreiche Wirtschaftsakteure, die durch Kontrolle der politischen Institutionen ihre eigenen Interessen verfolgen (Puglisi 2008: 57), bildeten sich in der Ukraine in der ersten Amtsperiode Präsident Kutschmas 1994–1999 heraus und konsolidierten sich während dessen zweiter Amtsperiode 1999–2005. Mit der Symbiose zwischen Oligarchen und staatlicher Politik entwickelte sich auch ein erheblicher Einfluss der Oligarchen auf die Außenpolitik der Ukraine. In Polen hingegen wurde die Übernahme staatlicher politischer Ämter durch Wirtschaftsakteure durch mehr oder weniger konsequente Wirtschaftsreformen verhindert, wobei jedoch auch hier Wirtschaft und Politik weiterhin verflochten sind.

Die Analyse zeigte, dass auch NGOs in den ukrainisch-polnischen Beziehungen eine wichtige Rolle spielen. Viele NGOs (von denen einige staatliche Einrichtungen sind) engagierten sich für die Übertragung der polnischen Transformationserfahrungen in die Ukraine und für die EU-Integration der Ukraine. Unter den aktivsten Akteuren dieser Art zu den ukrainisch-polnischen Beziehungen sind das Zentrum für Oststudien (Centre for Eastern

Studies) und die Batory-Stiftung hervorzuheben. Außerdem wurde bemerkt, dass die polnische Medienlandschaft als Akteur der ukrainisch-polnischen Beziehungen in außenpolitischen Fragen (der Ukraine gegenüber) von der „Gazeta Wyborcza“ dominiert wird. In der Ukraine wiederum finden sich Berichte über Polen in der Zeitschrift „Ji“ (Lwiw), der Zeitung „Dserkalo Tyschnja“ (Kiew) und der Onlinezeitung „Ukrajinska Prawda“.

Es wurde deutlich, dass auch die römisch-katholische Kirche, besonders mit dem gebürtigen Polen Papst Johannes Paul II., eine Rolle in den ukrainisch-polnischen Beziehungen spielte. Die ukrainische griechisch-katholische Kirche trat ebenfalls als wichtiger Akteur auf. Darüber hinaus spielten die ukrainische Minderheit in Polen (im Jahr 1990 zwischen 200 000 und 500 000 Personen) und die polnische Minderheit in der Ukraine (die 1989 zwischen 300 000 und 400 000 Personen umfasste) in den ukrainisch-polnischen Beziehungen eine Rolle. Ferner wurde festgestellt, dass die ukrainischen Arbeitsmigranten an der Gestaltung der ukrainisch-polnischen Beziehungen beteiligt waren. Diese Gruppe entwickelte sich in Polen seit dem polnischen Systemwechsel unter dem Einfluss des langjährigen visumfreien Regimes zu einer bedeutenden gesellschaftlichen Gruppe. Verschiedenen Angaben nach hielten sich im Jahr 2006 etwa 300 000 ukrainische Arbeitsmigranten in Polen auf (Tschekalenko 2006: 620).

Mit Hilfe des Akteurzentrierten Institutionalismus von Mayntz und Scharpf, der Institutionen als Regelsysteme definiert (Mayntz/Scharpf 1995: 39–72) wurden in der Analyse auch internationale Akteure wie Russland, die EU, die NATO, die USA und GUAM berücksichtigt. Es wurde angenommen, dass letztere aus gesellschaftlichen Akteuren bestehen, deren Handlungen durch einen institutionellen Rahmen geregelt werden und die sich in einem Nationalstaat (Russland), einem Staatenbund (EU) oder einer internationalen Organisation (NATO und GUAM) zusammenschließen. Weiterhin wurde angenommen, dass die politischen Prozesse innerhalb dieser Gebilde durch eine bestimmte Art der Handlungskoordination, bekannt als *governance*, geregelt werden (Mayntz/Scharpf 1995: 39–72). Um ein kohärentes Bild der ukrainisch-polnischen Beziehungen herzustellen und die Komplexität der verschiedenen Analyseebenen (national, regional, international, transnational) zu vereinfachen, wurden die internationalen Akteure zumeist als korporative Akteure betrachtet, solange der Kontext nicht explizit eine Analyse individuellen Handelns verlangte.

In ähnlicher Weise wurden transnationale Akteure behandelt, die als zu den internationalen Akteuren komplementäre, jedoch nicht als nationalstaatlich-intergouvernementale, sondern als sozioökonomische und kulturelle Akteure zu definieren sind (Brand 2005: 50). Als transnationale Akteure in den ukrainisch-polnischen Beziehungen wurden das Wirtschaftsforum in Krynica (Polen) und das Wirtschaftsforum in Jalta (Ukraine), das Unternehmen ISD Huta Częstochowa sowie die NGO PAUCI identifiziert.

Um die Interaktion der gesellschaftlichen Akteure des ukrainischen und polnischen Staates mit dem internationalen Umfeld zu beschreiben, wurde auf Brands Brückenschlag von der nationalen zur internationalen Ebene im Sinne der Neo-Gramscianischen Perspektiven zurückgegriffen (Brand 2007: 13). Einerseits ist dies so zu verstehen, dass der Ausgleich internationaler gesellschaftlicher Konflikte durch eine Politik zwischen Regierungen sowie zwischen Netzwerken, Regimes und Organisationen erreicht wird. Andererseits transformierten sich bestimmte gesellschaftliche Interessen der Nationalstaaten in die Staatspolitik, die in internationale Machtkonstellationen eingebettet ist. Wie im Text erwähnt bedeutet dies, dass es weder von der gesellschaftlichen zur nationalen Ebene noch von der nationalen zu internationalen Ebene zu einer Interessenverdichtung kommt, und auch nicht umgekehrt; vielmehr wird der Staat durch Wechselwirkung mit anderen Staaten auf allen gesellschaftlichen Ebenen internationalisiert, wobei der Staat immer noch souverän über seine Außenpolitik entscheidet.

(2) Zweiter Ausgangspunkt der Analyse war die Rolle der Identitäten der gesellschaftlichen Akteure in den internationalen Beziehungen. Es wurde in Anlehnung an Moravcsik angenommen, dass die gesellschaftlichen Akteure nicht homogen sind (Moravcsik 1997: 513–553). Sie folgen ihren eigenen Interessen, die aus soziologisch-kulturellen Werten, materiellen Produktionsbeziehungen und den gegebenen Möglichkeiten für eine Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen entstehen. Mit anderen Worten wurde angenommen, dass die gesellschaftlichen Akteure zumindest teilweise aufgrund ihrer soziologisch-kulturellen Wertevorstellungen agieren, da sowohl Wahrnehmungen als auch Normen, Interessen und Identitäten die Handlungsorientierung der Akteure prägen. Identitäten wurden als Abbilder der Individualität und Besonderheiten der Akteure in Abgrenzung zu den „anderen“ verstanden. Die Festlegung der Unterschiede zwischen Gruppen (bzw. Individuen) resultierte aus deren Interpretationen von Geschichte, Glauben und Wahrnehmungen, die sich über die Zeit akkumulieren und das kollektive (bzw. individuelle) Gedächtnis konstituieren

(Prizel 1998: 8,14, 16). Im Licht der Neo-Gramscianischen Perspektiven wurden unter Identitäten auch ethnische Zugehörigkeit, Nationalität, Religion oder Geschlecht verstanden (Bieler/Morton 2003: 344–345) und sie wurden sowohl individuell als auch korporativ unterschieden (Mayntz/Scharpf 1995: 39–72).

Dementsprechend wurde bei der Analyse der ukrainisch-polnischen Beziehungen je nach Kontext und Notwendigkeit einer Erklärung sowohl auf die Identitäten von Individuen, z.B. der einzelnen Staatspräsidenten, Premierminister, Abgeordneten, Oligarchen, Vertreter der NGOs, Medien, Minderheiten, Kirchen und Arbeitsmigranten, als auch auf die kollektive Identität der ukrainischen und der polnischen Nation eingegangen. Der ukrainische Präsident Kutschma definierte beispielsweise ab seinem Amtsantritt 1994 die außenpolitischen Prioritäten des Staates anders als sein Vorgänger Krawtschuk, der pro-westlich ausgerichtet war und sich von Russland entfernte. Kutschma definierte die Ukraine als am Kreuzweg verschiedener Kulturen und Religionen befindlich, als Brücke zwischen Ost und West. In diesem Sinne wurde sowohl die Kooperation mit Polen als auch diejenige mit Russland zur Priorität erklärt. Der polnische Präsident Kwaśniewski nahm nach seinem Amtsantritt 1995 die Formel der „strategischen Partnerschaft“ mit der Ukraine auf und deklarierte seine Unterstützung für die Ukraine. Kwaśniewskis außenpolitische Vorstellungen basierten ebenso wie diejenigen der Solidarność-Bewegung auf der Exilzeitschrift „Kultura“ und den Ideen ihres Chefredakteurs Giedroyc.

Die Identitäten der Ukrainer und Polen spielten auch bei den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um zwei historische Ereignisse im bzw. kurz nach dem Zweiten Weltkrieg – das Wolhynien-Massaker und die Aktion Weichsel – eine Rolle. Bei ersterem wollten ukrainische Nationalisten unabhängig vom Kriegsausgang gewaltsam alle Polen aus den ukrainischen Gebieten vertreiben, worunter die Zivilbevölkerung sehr litt. Polnische Quellen behaupten, in den Jahren 1943–44 seien zwischen 60 000 und 80 000 polnische Zivilisten in Wolhynien getötet worden (Subtelny 1992: 412). Das zweite Ereignis datiert auf das Jahr 1947, als der polnische Staat im Kampf mit ukrainischen Nationalisten die UPA militärisch vernichtete. Im Zuge dessen wurden fast 50 000 ukrainische Lemken – Zivilisten, die die ukrainische Armee unterstützten – ohne Vorwarnung zwangsumgesiedelt und auf ganz Polen verstreut, um eine Konzentration von Ukrainern in einer Region zu verhindern (Subtelny 1992: 426). Viele Ukrainer in der Westukraine und viele Polen in ganz Polen



identifizierten sich mit den beiden Ereignissen und machten sich gegenseitige Vorwürfe, die in heftigen gesellschaftlichen Konflikten endeten.

Aus ihren Identitäten heraus agierten auch diejenigen Ukrainer und Polen, die sich um das Denkmal der polnischen „Jungen Adler“ aus dem Ersten Weltkrieg auf einem Lwiwer Friedhof auseinander setzten. Die Lwiwer Stadtverwaltung verhinderte jahrelang die Einweihung des Denkmals, bis ein passender Spruch für das Denkmal gefunden worden war. Aus dem polnischen Vorschlag „an die unbekannten polnischen Soldaten, die heroisch für die polnische Unabhängigkeit fielen“ wurden schließlich die Wörter „heroisch“ und „Unabhängigkeit“ gestrichen, da sie von den Ukrainern so interpretiert wurden, dass Polen Anspruch auf das Territorium erheben würde, das heute zur Ukraine, in der Zwischenkriegszeit aber zu Polen gehörte.

Die Untersuchung zeigte, dass Spannungen um das kirchliche Erbe zwischen der Ukraine und Polen auf die religiösen Identitäten, die bereits im 16. Jahrhundert entstanden, zurück zu führen sind. Mit der Polonisierung der ukrainischen Gebiete, die an das Königreich Polen-Litauen fielen, fand 1596 eine Kirchenunion zwischen der römisch-katholischen Kirche (Polen) und der griechisch-orthodoxen Kirche (Ukraine) statt. Dabei entstand eine unierte Kirche mit slawischer Liturgie, Priesterehe und orthodoxer Kirchenorganisation (Kappeler 2000: 48–50). Die ukrainische Minderheit in Przemyśl identifizierte sich mit dieser Religionsrichtung und forderte Anfang der 1990-er die Rückgabe eines griechisch-katholischen Kirchengebäudes, während die polnische Minderheit in Lwiw 2007 die Rückgabe eines römisch-katholischen Kirchengebäude verlangte.

In der vorliegenden Arbeit wurde auf die Identitäten sowohl der Ukraine und Polens, als auch der internationalen (Russland, EU, NATO, USA und GUAM) und transnationalen (Wirtschaftsforen, einige Unternehmen und NGOs) korporativen Akteure eingegangen. Dies ist bedeutsam, da Staaten ihre nationalen Identitäten verwenden, um ihre Außenpolitik zu formulieren, und sie sich umgekehrt auf die Außenpolitik verlassen, um die nationalen Identitäten der Staaten zu schaffen (Prizel 1998: 19).

Beispielsweise wurde die Außenpolitik Polens gegenüber der Ukraine nach dem Systemwechsel stark durch Vorstellungen polnischer Intellektueller über die Identität der polnischen Nation beeinflusst. Die Grundlinie der polnischen Außenpolitik gegenüber der Ukraine geht zurück auf die nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten Wertevorstellungen von Giedroyc, dem Chefredakteur der polnischen Exilzeitschrift „Kultura“. Giedroyc

etablierte eine neue Interpretation der östlichen Nachbarländer Polens. Weder einem föderalistischen noch einem nationalistischen Konzept folgend (wie seine Vorgänger Piłsudski bzw. Dmowski) ging Giedroyc davon aus, dass die Ukraine, Litauen und Belarus ein Recht auf eine eigene Staatlichkeit haben. Damit erkannte er gleichsam die Grenzen des polnischen Staates nach dem Zweiten Weltkrieg an und erhob insbesondere keinen Anspruch auf ukrainische Gebiete. Darüber hinaus trat er für freundliche und friedliche Beziehungen zur Ukraine ein. Russland hingegen war in Giedroyc' Außenpolitikkonzept für Polen in der traditionellen Rolle des „Anderen“, was gespannte polnisch-russischen Beziehungen nach dem Systemwechsel erklärt. Die feindliche Wahrnehmung Russlands entsprang der Befürchtung Polens, Russland würde sein Imperium zurück erlangen wollen. Aus diesem Grund schien die Eindämmung Russlands und die Rettung potenzieller Opfer als polnische Mission (Miller, zitiert in Bischof 2006: 110). Ausgehend von dieser Idee setzte die polnische Solidarność-Bewegung nach dem Systemwechsel in Polen und noch vor der ukrainischen Unabhängigkeit im Jahr 1991 auf eine enge Partnerschaft mit der ukrainischen oppositionellen Bewegung Ruch.

Die Untersuchung zeigte, dass auch der kontinuierliche Versuch Polens, die Ukraine an die NATO und die EU anzunähern, tief in der polnischen Identität verankert ist. Der Grund für diese Ambition Polens ist dessen „Jagiellonischer“ Tradition zu suchen, die das gemeinsame historische Erbe Polens, Litauens und der Ukraine im 14. bis 16. Jahrhundert beschreibt. Aufgrund seiner gemeinsamen historisch-kulturellen Entwicklung mit diesen Ländern beanspruchte Polen eine Sonderrolle bei der Gestaltung der EU- und NATO-Außenpolitik gegenüber seinen östlichen Nachbarn, vor allem gegenüber der Ukraine (Miller 2003: 45–47). Außerdem wurde der Osten (bzw. die Ukraine) aufgrund der Geschichte zum Zentrum der Polonität, Heimatlichkeit und der polnischen Identität (Chwalba 2005: 12, 48) verklärt.

Die Analyse offenbarte ebenso, dass die ukrainische Außenpolitik gegenüber Polen, insbesondere hinsichtlich eines möglichen EU-Beitritts der Ukraine, wesentlich auf der ukrainischen Identität beruht. Große Teile der heutigen Westukraine waren vom 16. bis zum 18. Jahrhundert Bestandteil des Königreichs Polen-Litauen und im 19. und frühen 20. Jahrhundert Teil des Österreichisch-Ungarischen Kaiserreichs. Der östliche Teil der Ukraine befand sich seit dem 17. Jahrhundert unter Kontrolle des zaristischen Russland, ab 1921 war er Teil der Sowjetunion. Erst mit der Annexion der westukrainischen Gebiete durch die

Sowjetunion 1939 wurde das heutige Territorium der Ukraine geschaffen und existierte fortan zunächst als ukrainische Sowjetrepublik, ab 1991 dann als ein unabhängiger Staat. Aufgrund dieser kolonialen Erfahrungen entstand eine zwiespältige ukrainische Identität, die die Akteure noch immer in die politischen Entscheidungsprozesse einbringen. Während der über ein Jahrhundert andauernden Herrschaft der Habsburger in einem Teil der Ukraine wurde die ukrainische Identität gefördert. Da ukrainische Intellektuelle und politische Institutionen unterstützt wurden, zog es Ukrainer aus der ganzen Ukraine dorthin. Die Jahrhunderte lange Herrschaft Russlands wiederum beeinflusste die Identitätsbildung im restlichen Teil der Ukraine. Die Affiliation ukrainischer Intellektueller mit der russisch-orthodoxen Kirche verschob ihre Interessen in Richtung Moskau und St. Petersburg.

(3) Die vorliegende Untersuchung zeigte, dass Institutionen die Kräfteverhältnisse der gesellschaftlichen Akteure (die aus ihren Identitäten heraus agieren) und die daraus resultierenden die Akteurkonstellationen maßgeblich beeinflussen. Die Institutionen wurden dabei als Regelwerk der sozialen Interaktionen in Anlehnung an das Konzept des Akteurzentrierten Institutionalismus von Mayntz und Scharpf verstanden (Mayntz/Scharpf 1995: 39–72). Ausgehend von diesem Verständnis gestalten die Regelsysteme einerseits die politischen Strukturen, innerhalb derer die Akteure interagieren, und werden andererseits von den Akteuren zur Änderung dieser politischen Strukturen verwendet. Der Staat wurde gemäß dem Verständnis Moravcsiks, Gramscis sowie Mayntz' und Scharpfs nicht als einheitlicher Akteur behandelt, sondern als repräsentative Institution, die ständig von gesellschaftlichen Akteuren (de-)konstruiert wird (Moravcsik 1997: 513–553, Bieler/Morton 2003: 337–362, Mayntz/Scharpf 1995: 39–72). Der Institutionsbegriff wurde nicht nur auf politische Institutionen oder Akteure im engeren Sinne angewandt, sondern auf alle relevanten in den gesellschaftlichen Regelsystemen befindlichen Akteure: staatliche (Präsidenten, Regierungen und Parlamente), nichtstaatliche (Oligarchen, NGOs, Medien, Minderheiten, Kirchen und Arbeitsmigranten), internationale (Russland, EU, NATO, USA und GUAM) und transnationale Akteure (Wirtschaftsforum in Krynica und Wirtschaftsforum in Jalta, ISD Huta Częstochowa und die NGOs PAUCI und die Batory-Stiftung).

Nach Mayntz' und Scharpfs Verständnis von Institutionen (Mayntz/Scharpf 1995: 39–72) bilden Regeln einen institutionellen Kontext, der seinerseits Regeln definiert, nach denen gespielt wird. Dabei definiert der institutionelle Kontext, wer am außenpolitischen Entscheidungsprozess teilnehmen kann und wer nicht. Gleichzeitig aber wurde

hervorgehoben, dass die Akteurkonstellationen durch den nichtinstitutionellen Rahmen beeinflusst werden können (Mayntz/Scharpf 1995: 39–72). Unter dem nichtinstitutionellen Rahmen sind die illegitime Anwendung von Macht oder die Überschreitung von verfassungsmäßigen Kompetenzen der Akteure zu verstehen, was in der Ukraine und in Polen während der Transformation von einem nichtdemokratischen zu einem demokratischen Regime oft der Fall war.

Die vorliegende Analyse ging davon aus, dass der institutionelle Kontext für die staatlichen Akteure (Präsidenten, Regierungen sowie Sejm und Senat als Zweikammerparlament in Polen und Werchowna Rada als Einkammerparlament in der Ukraine) und nichtstaatlichen Akteure (Oligarchen, NGOs, Medien, Minderheiten, Kirchen und Arbeitsmigranten) der ukrainisch-polnischen Beziehungen aus den Verfassungen und anderen relevanten normativen Akten der Ukraine und Polens (z.B. Verordnungen, Gesetze und Erlässe) besteht. Die Verfassungen und die anderen normativen Dokumente definierten sowohl die Möglichkeit der gesellschaftlichen Partizipation an den außenpolitischen Entscheidungsprozessen in der Ukraine und Polen, als auch die Regeln jener außenpolitischen Entscheidungen. Für die internationalen und transnationalen Akteure wurden Verträge und andere normative Akte als definierend für die Interaktion erkannt.

Die Etablierung der demokratischen Verfassungen war in der Ukraine und Polen mühsam. Mit dem Verfassungsgesetz von 1992, der so genannten „kleinen Verfassung“, wurde in Polen ein semipräsidielles System mit einem starken Präsidenten etabliert. Uneindeutigkeiten in der Kompetenzverteilung zwischen Präsident, Regierung und Parlament führten jedoch mehrmals zu einer *cohabitation* zwischen dem Präsidenten und dem jeweiligen Premierminister. In der Ukraine führte das Fehlen einer Verfassung ebenfalls zu Konflikten zwischen Präsidenten und Parlament. Diese Konflikte innerhalb des politischen Systems der Ukraine führten 1995 zur Unterzeichnung eines Verfassungsvertrags zwischen den oppositionellen und pro-präsidiellen Kräften. Erst mit dem Inkrafttreten der Verfassung 1996 wurde wie in Polen ein semipräsidielles System etabliert.

In Polen führten die Konflikte zwischen Präsident und Parlament 1997 zur Verabschiedung der „großen“ Verfassung, wodurch sich das politische System Polens mit der Beschneidung der Kompetenzen des Präsidenten in ein parlamentarisch-präsidielles System umwandelte. Die Orange Revolution in der Ukraine 2004 führte zu einer ähnlichen Verfassungsänderung, in der die Kompetenzen des Präsidenten beschnitten und die des

Parlaments deutlich ausgeweitet wurden. Dies führte auch in der Ukraine zur Umwandlung des präsidentiell-parlamentarischen in ein parlamentarisch-präsidentielles System. Allerdings lösten die Verfassungsänderungen eine *cohabitation* zwischen Präsident und Premierminister aus; eine Entwicklung, wie sie auch in Polen zu beobachten ist.

Weiterhin zeigte die Analyse des institutionellen Rahmens in der Ukraine und Polen, dass die Inhaber des ukrainischen und polnischen Präsidentenamts aufgrund der semipräsidentiellen politischen Systeme über moderate (formelle wie informelle) Kompetenzen in den außenpolitischen Entscheidungsprozessen verfügen. Kurz gefasst ist sowohl der ukrainische als auch der polnische Präsident der oberste Vertreter des jeweiligen Staates (Art. 102 der ukr. Verfassung und Art. 126 der poln. Verfassung). Sie vertreten die Staaten in internationalen Beziehungen und unterzeichnen internationale Verträge (Art. 106 der ukr. Verfassung und Art. 133 der poln. Verfassung). Der ukrainische Präsident schlägt des weiteren Kandidaten für das Amt des Außenministers und des Verteidigungsministers (Art. 106 der ukr. Verfassung) vor, während der polnische Präsident nicht über diese Kompetenz verfügt, dafür jedoch verpflichtet ist, im Bereich der Außenpolitik mit dem Premier- und dem Außenminister zusammen zu arbeiten (Art. 133 der poln. Verfassung).

Wie beschrieben verfügen seit der polnischen Verfassung 1997 und den ukrainischen Verfassungsänderungen 2004 die beiden Präsidenten über geringe formelle Kompetenzen in der Außenpolitik. Jedoch verließen die beiden Präsidenten häufig den in den Verfassungen gesetzten institutionellen Rahmen. Dazu trugen sowohl in den Verfassungen definierte formelle Hilfsorgane (deren Mitglieder die Präsidenten berufen und abberufen) als auch informelle Praktiken bei. Zu den formellen präsidentiellen Hilfsorganen gehört in der Ukraine der Rat der Nationalen Sicherheit und Verteidigung (Art. 107 der ukr. Verfassung) und in Polen der Rat der Nationalen Sicherheit (Art. 135 der poln. Verfassung). Außerdem sind die beiden Präsidenten mit präsidentiellen Sekretariaten bzw. Kanzleien ausgestattet, in denen sie über zahlreiche außenpolitische Berater verfügen. Derart ausgestattet dominieren die Präsidenten in beiden Staaten oft die Linie der Außenpolitik.

Die Regierungen der Ukraine und Polens, die mit den Präsidenten eine Doppel-Exekutive bilden, spielen je nach Kraftverhältnis eine unterschiedliche Rolle in den außenpolitischen Entscheidungen des jeweiligen Staates. Allgemein sichert das ukrainische Ministerkabinett die Durchführung der Außenpolitik (Art. 116 der ukr. Verfassung) und der polnische Ministerrat leitet die Außenpolitik Polens (Art. 146 der poln. Verfassung). Gehört

der Premierminister dem gleichen politischen Lager wie der Präsident an, so treten normalerweise keine Auseinandersetzungen in den außenpolitischen Entscheidungen des jeweiligen Landes auf. In *cohabitation*-Phasen jedoch, in denen Präsident und Premierminister verschiedenen politischen Lagern angehören, erheben sowohl Premierminister als auch Präsident den Anspruch auf Federführung bei den außenpolitischen Entscheidungsprozessen. Die Interessenkonflikte zwischen Präsident und Premierminister spitzten sich im Fall der Ukraine oft besonders im Außenministerium zu, da der ukrainische Präsident den Außenminister bestimmt. Die Rolle des Außenministeriums in der Formulierung der Außenpolitik des jeweiligen Staates ist dagegen generell marginal, sowohl in der Ukraine als auch in Polen.

Es wurde dargelegt, dass die Rolle des legislativen Organs der Ukraine, der Werchowna Rada (ein Einkammerparlament), und der legislativen Organe Polens, Sejm und Senat (Ober- und Unterhaus eines Zweikammerparlaments), in den außenpolitischen Entscheidungen unbedeutend ist. Während das polnische Parlament über keine expliziten Kompetenzen in der Außenpolitik verfügt, gehört zu den Aufgaben des ukrainischen Parlaments zwar de jure die Festlegung der Grundlagen der Innen- und Außenpolitik (Art. 85 der ukr. Verfassung), de facto hat es jedoch nur geringe Einflussmöglichkeiten darauf. Lediglich während der Präsidentschaft Krawtschuks wirkte das Parlament entscheidend auf die Gestaltung der Außenpolitik ein – ein Relikt aus der bis zum Verfassungsvertrag 1995 geltenden Verfassung der ukrainischen Sowjetrepublik, in der es die Kompetenz hatte, die Außenpolitik des Staates zu formulieren.

Zusammenfassend konnte in der vorgelegten Studie festgestellt werden, dass die nichtstaatlichen Akteure im Gegensatz zu den staatlichen Akteuren nur eine geringe Rolle bei außenpolitischen Entscheidungsprozessen spielen. Die Trennlinie zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren wurde jedoch als fließend festgestellt. Oligarchen spielten in der Ukraine beispielsweise eine erhebliche Rolle bei außenpolitischen Entscheidungsprozessen. Mit der Besetzung politischer Ämter durch Oligarchen sowie der Konsolidierung letzterer während der Präsidentschaft Kutschmas nahmen Wirtschaftsakteure substanziellen Einfluss auf die außenpolitischen Entscheidungen des ukrainischen Staates. Auch andere, auf den ersten Blick nichtstaatliche Akteure der außenpolitischen Entscheidungsprozesse in Polen und in der Ukraine stellen sich bei genauerer Betrachtung als zumindest teilweise staatlich beeinflusst heraus – dies betrifft sowohl NGOs als auch Medien und Kirchen.

Weiteres Ergebnis der Analyse ist, dass der Einfluss der breiten Bevölkerung auf die außenpolitischen Entscheidungsprozesse in Polen und der Ukraine im Gegensatz zu den staatlichen Akteuren gering ist – auch aufgrund des Misstrauens der Bevölkerung in die staatlichen Institutionen. Der langjährige Missbrauch politischer Ämter durch Politiker führte trotz des demokratischen Wahlsystems zu einer gravierend niedrigen Wahlbeteiligung; lediglich während der Orangen Revolution partizipierten die Bürger in der Ukraine deutlich zahlreicher. Wie der nächste Abschnitt der Zusammenfassung zeigt, erwies es sich als vorteilhaft, die Rolle der nichtstaatlichen Akteure bei den außenpolitischen Entscheidungen der Ukraine und Polens nach Interaktionsfeldern getrennt zu untersuchen. In Interaktionsfeldern, die sich tendenziell mit Kulturpolitik beschäftigen, war der Anteil nichtstaatlicher Akteure bzw. der Zivilgesellschaft an der Außenpolitik der Staaten beispielsweise signifikant größer als in Interaktionsfeldern, die sich mit sicherheitspolitischen Themen beschäftigen.

Die vorliegende Arbeit ermöglicht über das bereits festgestellte hinausgehend zu verstehen, wie Institutionen als Regelsysteme bestimmte soziale Gruppen vom außenpolitischen Entscheidungsprozess ausschließen – und daher auch, sie zu kritisieren. Bei genauerer Betrachtung der oben angeführten, an der Außenpolitik beteiligten staatlichen Akteure Polens und der Ukraine lässt sich feststellen, dass der Einfluss von Frauen wenig etabliert ist. Unter den insgesamt sieben Präsidenten der beiden Staaten war keine einzige weibliche Person, unter den 13 bzw. 14 Premierministern der beiden Seiten waren im analysierten Zeitraum gerade einmal zwei Frauen: Julija Tymoschenko auf ukrainischer und Hanna Suchocka auf polnischer Seite. Unter den acht ukrainischen Außenministern findet sich keine Frau und unter den elf polnischen Außenministern nur eine einzige, Anna Fotyga. Gleichzeitig war der Frauenanteil im ukrainischen Parlament 2007 unter 10%, während er in Polen im Sejm bei über 20% und im Senat bei unter 10% lag. Damit waren Frauen in Polen zwar stärker repräsentiert als in der Ukraine, insgesamt jedoch in beiden Staaten unterrepräsentiert.

Außerdem bleibt sowohl die ukrainische Minderheit in Polen als auch die polnische Minderheit in der Ukraine weiterhin von (außen-)politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Im Gegensatz dazu verfügt die deutsche Minderheit in Polen immerhin über einen festen Sitz im Sejm. Im ukrainischen Parlament sind dagegen keine privilegierten Sitze für Minderheiten vorgesehen. Die ukrainischen Arbeitsmigranten in Polen spielen so gut wie

keine Rolle, obwohl sie mittlerweile eine soziale Gruppe bilden. Sie nehmen keinen organisierten Einfluss auf die Außenpolitik der beiden Staaten, außer in seltenen Fällen wie beispielsweise im Zuge der Proteste gegen die Einführung des Reiseverbots im Grenzgebiet mit dem Beitritt Polens zur Schengen-Zone. Andererseits beeinflussten die organisierten Proteste der Bevölkerung im Fall der geschichtlichen Auseinandersetzungen um das Wolhynien-Massaker, die Aktion Weichsel und das Denkmal für die polnischen „Jungen Adler“ sowie um das kirchliche Erbe die staatliche Außenpolitik der Ukraine und Polens.

### **5.1.2. Institutionen, gesellschaftliche Akteure und Identitäten in den Interaktionsfeldern zwischen der Ukraine und Polen**

In den weiteren Ausführungen der Arbeit wurden die Rolle der gesellschaftlichen Akteure mit ihren Identitäten sowie die institutionelle Regelung des politischen Prozesses anhand unterschiedlicher Interaktionsfelder untersucht. Das Bestehen dieser Interaktionsfelder zeigte eine gewisse Kontinuität in den ukrainisch-polnischen Beziehungen seit dem Systemwechsel in Polen und der Ukraine auf. Die Ergebnisse dieser Analyse werden hier kurz zusammengefasst.

Im *ersten Interaktionsfeld*, den ukrainisch-polnischen Beziehungen zwischen den Systemwechseln, wurden die Solidarność- Bewegung in Polen und die Volksbewegung Ruch in der Ukraine sowie das polnische und das ukrainische Parlament als wichtige Akteure identifiziert. Zu dieser Zeit waren die Kompetenzen der Parlamente durch die modifizierten kommunistischen Verfassungen institutionell festgelegt. Laut letzteren war die Rolle der beiden Parlamente in der Außenpolitik stark ausgeprägt. Daher war von Bedeutung, dass die Solidarność-Bewegung nach dem Systemwechsel in Polen 1989, aber bereits vor der ukrainischen Unabhängigkeit und dem Systemwechsel 1991 auf eine enge Partnerschaft mit der ukrainischen Oppositionsbewegung Ruch setzte. Da die Anhänger von Ruch in Russland eine Gefahr für eine unabhängige Ukraine sahen, wurde die Intensivierung der Beziehungen zu Polen auch durch Ruch unterstützt. 1989 besuchte daher eine Solidarność-Delegation den Gründungskongress von Ruch in der Ukraine.

Die Idee, eine Partnerschaft zwischen Ruch und Solidarność zu etablieren, ging zurück auf das Konzept von Giedroyc, dem Redakteur der Pariser Exilzeitschrift „Kultura“. Sein



Identitätskonzept kontrastierte mit den früheren polnischen Konzepten von Piłsudski (Polen in der Föderation mit den östlichen Nachbarnländern) und Dmowski (Polen als zentralisierter Nationalstaat). Giedroyc hingegen gestand der Ukraine das Recht auf eigene Staatlichkeit zu und erkannte damit auch die Grenzen des unabhängigen Polen an, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg festgelegt wurden.

Die Souveränitätserklärung der Ukraine im August 1991 wurde jedoch weder von der polnischen Regierung noch vom Sejm euphorisch begrüßt. Das Drängen der Ukraine auf die Etablierung diplomatischer Beziehungen kam zu einem für Polen ungünstigen Zeitpunkt, da Warschau aufgrund der noch bestehenden Stationierung sowjetischer bzw. russischer Streitkräfte in Polen Rücksicht auf Moskau nehmen musste. Der von Solidarność-Anhängern dominierte Senat jedoch begrüßte die ukrainische Unabhängigkeitserklärung, und nur wenige Tage später unterstützte daraufhin auch der Sejm die ukrainische Souveränität nachdrücklich. Im Dezember 1991 erkannte die polnische Regierung schließlich als erste Regierung auf der Welt die ukrainische Unabhängigkeit an.

Als *zweites Interaktionsfeld* wurden die Debatten um das Wolhynien-Massaker, die Aktion Weichsel, das Denkmal für die polnischen „Jungen Adler von Lwiw“ und das kirchliche Erbe identifiziert. Hier agierten staatliche Akteure wie das ukrainische und das polnische Parlament, die Präsidenten Kutschma und Kwaśniewski, Juschtschenko und Kaczynski sowie nichtstaatliche Akteure wie die ukrainische und polnische Minderheit und die Medien – jeweils soweit der institutionelle Rahmen, verankert in der Verfassungen der Ukraine und Polens und anderen normativen Akten, dies zuließ. Die Träger der Auseinandersetzungen um die historischen Ereignisse waren zumeist Zeitzeugen oder Nachkommen der Betroffenen, deren Identität von den brutalen Ereignissen des Zweiten Weltkriegs geprägt worden war. Die Betroffenen warfen einander vor, Polen bzw. Ukrainer seien für die Ermordung bzw. Zwangsumsiedlung von Zivilisten im Zweiten Weltkrieg und kurz danach verantwortlich. Der Senat Polens verurteilte 1990 daraufhin das Wolhynien-Massaker, erwartete jedoch im Gegenzug eine Verurteilung der Aktion Weichsel durch die ukrainische Werchowna Rada. Diese wiederum wartete auf eine Wiedergutmachung auch seitens des Sejms, der seinerseits eine Erklärung des ukrainischen Parlaments abwartete. Das Resultat war, dass weder der Sejm noch die Werchowna Rada je weitere Schritte unternahmen.

Aufgrund der verschiedenen Identitäten und Wertehaltungen entstanden weitere Auseinandersetzungen um das historische Erbe. So war Anfang der 1990-er Jahre die Rückgabe des griechisch-katholischen Kirchengebäudes der ukrainischen Minderheit im polnischen Przemyśl umstritten. Im Jahr 2007 forderte die polnische Minderheit in Lwiw die Rückgabe der römisch-katholischen Kirche. Dieser Konflikt wurzelte in der Jahrhunderte langen Geschichte der ukrainisch-polnischen Beziehungen, im Laufe derer die Polonisierung der ukrainischen Gebiete im Königreich Polen-Litauen im Jahr 1596 zu einer Kirchenunion zwischen der polnischen römisch-katholischen und ukrainischen griechisch-orthodoxen Kirche führte, womit der Grundstein der religiösen Auseinandersetzungen zwischen Ukrainern und Polen gelegt wurde.

Die heftigen Auseinandersetzungen um das historische Erbe ließen den polnischen Präsidenten Kwaśniewski und den ukrainischen Präsidenten Kutschma deutlich für die Versöhnung zwischen den beiden Nationen eintreten. Sie riefen Mitte der 1990-er Jahre ein gemeinsames Projekt polnischer und ukrainischer Historiker ins Leben, ausgehend von deren Ergebnissen die beiden Präsidenten 1997 die „Gemeinsame Deklaration der ukrainischen und polnischen Präsidenten über Versöhnung“ unterzeichneten. Ihr Ziel war, zur Versöhnung der beiden Nationen beizutragen. Darüber hinaus trafen sich die beiden Präsidenten häufig an den Orten der gemeinsamen ukrainisch-polnischen Geschichte: sie legten Kränze an Gräbern des polnischen Orlat-Friedhofs in Lwiw nieder und enthüllten mehrere Ukrainern und Polen gewidmete Denkmäler.

Im Jahr 2002 entstanden neue gesellschaftliche Auseinandersetzungen um die gemeinsame ukrainisch-polnische Geschichte. Anlass war die unterschiedliche Interpretation der Inschrift auf einem Denkmal, das polnischen Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg, den so genannten „Jungen Adlern“, auf einem Lwiwer Friedhof gewidmet werden sollte. Wenige Tage vor Enthüllung des Denkmals entschied die Lwiwer Stadtverwaltung, dessen Inschrift zu ändern. Angesichts der nachfolgenden scharfen Proteste von polnischer Seite forderten die ukrainischen Zeitungen „Dserkalo Tyschnja“ und „Krytyka“ ein Nachgeben der ukrainischen Seite im Interesse der Versöhnung. Auch die Parlamente Polens und der Ukraine setzten sich mit der Problematik auseinander und verabschiedeten 2003 im Kontext des 60. Jahrestags der Wolhynien-Tragödie eine gemeinsame Resolution, die das historische Ereignis als Tragödie beider Völker bezeichnete und anregte, die schwierigsten historischen Fragen gemeinsam zu besprechen und eine gemeinsame Interpretation zu finden. Das Denkmal an die „Jungen

polnischen Adler“ von Lwiw wurde erst 2005 von Juschtschenko und Kwaśniewski eingeweiht.

Als *drittes Interaktionsfeld* wurden die sicherheitspolitischen Herausforderungen der Ukraine und Polens erkannt. Die dazu gehörigen Hauptrollen spielen die Präsidenten und Parlamente der Ukraine und Polens sowie korporative Akteure wie die NATO, die EG (später EU), die USA und Russland. Für die staatlichen Akteure ist der diesbezügliche institutionelle Rahmen von den Verfassungen und anderen normativen Akten der Ukraine und Polens gegeben, in denen die Kompetenzen der staatlichen Akteure verankert sind; die internationalen Akteure betreffend ist er von internationalen Verträgen definiert.

Die erste Herausforderung stellte sich bereits direkt mit der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine 1991. Während die polnische Regierung die Unabhängigkeit der Ukraine sehr bald anerkannte, zeigte sie sich jedoch besorgt, da in der Ukraine zu jener Zeit noch ein Teil des ehemals sowjetischen Atomwaffenarsenals stationiert war. Die Situation entspannte sich erst, als 1992 eine Mehrheit der Abgeordneten im ukrainischen Parlament für den Abtransport der Kernwaffen nach Russland stimmte. Im Gegenzug forderte die Ukraine jedoch von den USA, der NATO und der UNO eine Sicherheitsgarantie für die Zeit nach dem Abtransport der Kernwaffen. Mit der Unterzeichnung des entsprechenden Vertrags zwischen den USA, der Ukraine und Russland 1994 trat die Ukraine schließlich aus ihrer internationalen Isolation heraus.

Der polnische Präsident Wałęsa führte zu dieser Zeit unter Zustimmung der polnischen Regierungen eine zweigleisige Ostpolitik, die gleichzeitig sowohl das sowjetische Außenministerium als auch oppositionelle Bewegungen in den an Polen grenzenden sowjetischen Teilrepubliken unterstützte. Polnische Journalisten kritisierten diese Außenpolitik ihres Staates, da weder der Präsident noch der Ministerrat ein klares außenpolitisches Konzept hätten und sich die staatlichen Organe zu wenig auf die östliche Frage konzentrieren würden. Der ukrainische Präsident Krawtschuk hoffte, die ukrainisch-polnischen Beziehungen auf das Gebiet der kollektiven Sicherheit ausdehnen zu können und stellte daher 1993 einen nach ihm benannten Plan vor. Das Papier entwickelte ein Konzept kollektiver Sicherheit der Staaten in der Region zwischen Ostsee, Schwarzem Meer und Kaspischem Meer, die unter der Ägide der Ukraine und Polens stehen sollte. Das Konzept wurde jedoch nicht nur von Präsident Wałęsa, sondern auch von internationalen Akteuren abgelehnt. Die NATO, die EG (später EU) und Russland fürchteten, eine regionale

sicherheitspolitische Kooperation in Ostmitteleuropa zuzulassen würde ihre Dominanz in der Region gefährden.

Darüber hinaus fanden Krawtschuks Bemühungen, die Außenpolitik der Ukraine überwiegend nach Westen auszurichten, keine Unterstützung im ukrainischen Parlament. Die Werchowna Rada proklamierte 1993 in den „Richtlinien der ukrainischen Außenpolitik“ vielmehr eine flexible, aktive und balancierte Außenpolitik, die einen neutralen Status der Ukraine und den Ausbau der Beziehungen der Ukraine mit all ihren Nachbarn zum Ziel haben sollte. Diese Richtlinien knüpften an die Jahrhunderte lange Geschichte der Ukraine an, in der die geopolitische Lage zwischen zwei Großmächten (Polen und Russland) eine wichtige Rolle spielte, was die zwiespältige Identität der Ukraine stark geprägt hatte.

Als die NATO 1994 der Ukraine und Polen das Kooperationsprogramm „Partnerschaft für Frieden“ (PfF) anbot, richtete Polen seine Außen- und Sicherheitspolitik auf einen NATO-Beitritt aus, um sich einer drohenden Pufferzonenlage zu entziehen. Um Schwierigkeiten beim NATO-Beitritt zu vermeiden, wollte Polen jedoch auf jeden Fall die freundschaftliche Nachbarschaft mit seinem größten östlichen Nachbarn, der Ukraine, erhalten. Daher unterzeichneten der Präsident Polens Kwaśniewski und der Präsident der Ukraine Kutschma im Jahr 1996 die „Gemeinsame Deklaration der Präsidenten der Ukraine und Polens“, in der die Kooperation der Ukraine und Polens im Bereich der europäischen Sicherheit im Rahmen des Programms „Partnerschaft für Frieden“ beschlossen wurde. 1997 unterzeichneten die Ukraine und die NATO nach intensiver polnischer Lobbyarbeit die „Charta über die besondere Partnerschaft“. Die Werchowna Rada hingegen nahm aufgrund der kontroversen NATO-Operationen in Ex-Jugoslawien 1999 kritisch Stellung gegenüber der NATO und unterstrich in einer Verordnung die multivektorielle Außenpolitik der Ukraine und ihren Grundsatz, nicht an militärisch-politischen Allianzen mit aggressiven Doktrinen wie der NATO teilzunehmen.

In der Tradition polnischer Ostpolitik unterstützte auch der polnische Präsident Kaczyński seit seinem Amtsantritt 2005 die NATO-Integration der Ukraine. Trotz starker Fürsprecher wie dem polnischen Präsidenten und dem amerikanischen Präsidenten Bush wurde der Ukraine 2008 beim NATO-Gipfel in Bukarest kein Aktionsplan zur Mitgliedschaft angeboten. Insbesondere auf Bestreben von Deutschland und Frankreich offerierte die NATO der Ukraine lediglich eine NATO-Beitrittsperspektive ohne definierten Beitrittstermin. In

diesem Zusammenhang wurde der Einfluss Russlands auf die Außenpolitik der Ukraine und die Zugehörigkeit der Ukraine zu Russlands „Einflusssphäre“ sichtbar.

Mit dem *vierten Interaktionsfeld* zwischen der Ukraine und Polen wurden die ukrainisch-polnischen Beziehungen im EU-Kontext analysiert. Als Hauptakteure wurden in diesem Feld die Staatspräsidenten (staatliche Akteure), die römisch-katholische Kirche, NGOs und ukrainische Oligarchen (nichtstaatliche Akteure), die EU und Russland (internationale Akteure), sowie Wirtschaftforen und Unternehmen (transnationale Akteure) berücksichtigt. Auch in diesem Feld stellten die Verfassungen sowie internationale Verträge den institutionellen Rahmen dar. Berücksichtigt wurde überdies der nichtinstitutionelle Rahmen, der sich durch die Verflochtenheit von Politik und Wirtschaft ausdrückte, besonders im Fall der nichtstaatlichen ukrainischen Akteure wie Oligarchen. Auch transnationale Akteure wie das Wirtschaftsforum in Krynica und dasjenige in Jalta waren für den nichtinstitutionellen Rahmen von Bedeutung.

Polen schloss 1991 das „Europa-Abkommen“ mit der EU und legte sich damit auf einen EU-Beitritt fest. Die Ukraine unterzeichnete dagegen 1994 lediglich ein „Partnerschafts- und Kooperationsabkommen“ (PKA) mit der EU, das keine Beitrittsperspektive enthielt. Die EU drückte damit aus, dass sie keine vertieften Beziehungen mit der Ukraine wünschte. Die Gründe dafür sind im Druck Russlands auf die Ukraine, in seinen Ansprüchen auf die Krim und im Streit um die Schwarzmeerflotte zu suchen. Die Ukraine hingegen plädierte seit Mitte der 1990-er Jahre ausdrücklich für ihre Integration in die EU.

Mit dem Amtsantritt des polnischen Präsidenten Kwaśniewski wurde die Formel der strategischen Partnerschaft mit der Ukraine definiert und die Ostpolitik Polens auf die Unterstützung der Ukraine in ihrer Annäherung an die EU ausgerichtet. Polen übernahm damit bei der NATO und der EU eine Art Anwaltschaft für eine Mitgliedschaft der Ukraine. Die Identität Kwaśniewskis wurde bezüglich seiner Beziehung zur Ukraine maßgeblich durch die Zeitschrift „Kultura“ und deren Redakteur auf Lebenszeit Giedroyc geprägt, der aktiv für die ukrainisch-polnische Versöhnung auftrat. Auch der ukrainische Präsident Kutschma forcierte in seiner ersten Amtszeit die Anbindung der Ukraine an westliche Strukturen und damit auch die EU-Integration der Ukraine. 1996 unterzeichneten Kutschma und Kwaśniewski die „Gemeinsame Deklaration des Präsidenten der Ukraine und des Präsidenten Polens“, die die Absicht zur Integration der Ukraine in europäische Strukturen institutionell festlegte. Auch

während seiner zweiten Amtszeit, besonders am Vorabend von des EU-Beitritt Polens, plädierte Kwaśniewski ausdrücklich für eine EU-Integration der Ukraine. In der mit Polens EU-Beitritt verbundenen Frage der Visumregelung zwischen den beiden Staaten bemühte sich Kwaśniewski 1998, die absehbaren negativen Folgen der Einführung des EU-Visumregimes zu mildern. Ebenfalls 1998 definierte Kutschma die „Strategie der Integration der Ukraine in die EU“.

Während seiner zweiten Amtszeit gab Präsident Kutschma der Außenpolitik der Ukraine jedoch einen neuen Akzent und drückte damit die zwiespältige Identität der Ukrainer aus. Er hob die „Zwischenlage“ der Ukraine hervor und definierte die neue Rolle der Ukraine als auf dem Kreuzweg verschiedener Kulturen, Sprachen und Religionen gelegen, woraus die Funktion einer Brücke zwischen Osten und Westen erwachse. Ab dem Jahr 2000 spitzte sich die innenpolitische Situation der Ukraine mit der Auseinandersetzung zwischen den pro-präsidialen oligarchischen Strukturen und den pro-demokratischen Kräften im Parlament zu, insbesondere da Kutschma 2000 ein Referendum abhielt, das fragwürdige Verfassungsänderungen vorsah. In einem Versuch der Wiedergutmachung lud Kutschma 2001 den in Polen geborenen Papst Johannes Paul II. ein, einen jahrelangen Vorkämpfer der ukrainisch-polnischen Versöhnung. Kutschma beabsichtigte damit auch, die westliche Orientierung des ukrainischen Staates und seine weitere Annäherung an die europäischen Strukturen zu demonstrieren, besonders zu einer Zeit, da die Ukraine international eine defensive Stellung einnehmen musste.

Die innenpolitische Krise in der Ukraine verschärfte sich jedoch, insbesondere nach dem „Kassettenskandal“ 2000 in Zusammenhang mit der Ermordung des Journalisten Gongadse und der angeblichen Verwicklung des Präsidenten darin. Die aufbrandende Protestbewegung „Die Ukraine ohne Kutschma“ wurde niedergeschlagen, wenn auch ohne Todesopfer. 2001 kam zur Tötung eines ukrainischen Bürgers an der polnisch-ukrainischen Grenze, was weitere Unruhen hervorrief. Als 2002 überdies der Skandal um das an den international boykottierten Irak gelieferte Koltschuga-Radar ausbrach, war Präsident Kutschma und damit auch der ukrainische Staat endgültig international isoliert. Einzig der polnische Präsident Kwaśniewski unterstützte Kutschma weiterhin und versuchte ihn eindringlich davon zu überzeugen, keine Gewalt in der innenpolitischen Krise anzuwenden. Die beiden Präsidenten pflegten weiterhin intensive informelle Beziehungen, die auch „Treffen ohne Krawatten“ genannt wurden.

Die polnische Regierung, der Sejm und polnische NGOs unterstützten Kwaśniewski in seiner Außenpolitik. So legte das Auswärtige Amt Polens 2002 das Dokument „Ostpolitik der Europäischen Union nach der EU-Erweiterung durch die Zentral- und Osteuropäischen Staaten: polnische Meinung“ vor. Damit zeigte Polen der EU seine Absicht, sich aktiv an der Gestaltung der EU-Ostpolitik gegenüber Russland, Belarus, vor allem aber der Ukraine zu beteiligen. 2003 veröffentlichte das Zentrum für Oststudien, eine NGO, ein Arbeitspapier zur EU-Ostpolitik aus der Sicht der Visegrád-Gruppe mit der gleichen Forderung. Ebenfalls 2003 veröffentlichte die polnische Batory-Stiftung ein Arbeitspapier zur Ukraine-Politik der EU, in dem die Stiftung Sorge wegen der Einführung des Visumregimes nach dem EU-Beitritt Polens äußerte und eine langfristige Perspektive für die EU-Ukraine-Beziehungen forderte.

Die EU erkannte am Vorabend der EU-Osterweiterung und auf Druck Polens die Notwendigkeit, ihre Beziehungen zur Ukraine bzw. zu den zukünftigen östlichen EU-Nachbarn neu zu konstruieren und entwickelte aus diesem Grund 2004 das Konzept der Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP). Auf Basis der ENP bot die EU der Ukraine einen Aktionsplan zur Stärkung der gegenseitigen Beziehungen an, der jedoch weiterhin keine Aussicht auf eine Mitgliedschaft enthielt. Die Verabschiedung dieses Aktionsplanes und die Aufnahme der Ukraine in die ENP bedeuteten, dass die EU die ukrainischen und polnischen Ambitionen nicht berücksichtigt hatte.

Die Rolle Polens für die Annäherung der Ukraine an die EU wurde bei den Ereignissen in Kiew während der Orangen Revolution sichtbar. Besonders an den Vermittlungen zwischen den beiden ukrainischen Präsidentschaftskandidaten Janukowytsch und Juschtschenko waren polnische Politiker beteiligt. Sowohl der ehemalige polnische Präsident Wałęsa und der ehemalige polnische Premierminister Buzek als auch der amtierende polnische Präsident Kwaśniewski unterstützten den pro-demokratischen Kandidaten Juschtschenko. Besonders die Rolle Kwaśniewskis war in diesem Zusammenhang wichtig, da er Vermittlungen zwischen den beiden Kandidaten in Form eines „Runden Tisches“ (in Anlehnung an den polnischen „Runden Tisch“ 1989) organisierte.

Weitere Betrachtungen zeigten, dass sich auch der ukrainische Präsident Juschtschenko in seinen Bestrebungen, die Ukraine stärker der EU anzunähern, wesentlich auf die Erfahrungen Polens stützte. Ebenso blieb die Exekutive in Polen nach Amtsantritt des neuen Präsidenten Kaczyński 2005 ihrer Ostpolitik-Linie gegenüber der Ukraine treu. Der polnische und der ukrainische Präsident unterzeichneten 2007 eine *Roadmap* für die

ukrainisch-polnischen Beziehungen, die u.a. eine EU- und eine NATO-Integration der Ukraine vorsah. Die Verfolgung dieser Ziele wurde jedoch von innenpolitischen Krisen in Polen und der Ukraine erschwert. Den Höhepunkt der kulturellen Zusammenarbeit Polens und der Ukraine im europäischen Kontext stellte die Wahl der beiden Staaten im Jahr 2007 für die gemeinsame Ausrichtung der Fußballeuropameisterschaft 2012 dar. Präsident Kaczyński und Präsident Juschtschenko unterstützen den gemeinsamen Erfolg durch ihre persönliche Anwesenheit bei der Verkündungszeremonie.

Weiters wurde in der Analyse die Rolle der transnationalen Akteure im dritten Interaktionsfeld (ukrainisch-polnische Beziehungen im EU-Kontext) als wichtig identifiziert. Beispielsweise fand 2003 auf dem Wirtschaftsforum im polnischen Krynica eine Präsentation ukrainischer Regionen und gemeinsamer ukrainisch-polnischer Projekte statt. Der polnische Präsident Kwaśniewski betonte bei dem Forum, die Tür nach Polen bleibe für die Ukraine auch nach der EU-Osterweiterung offen. Darüber hinaus wurde Kwaśniewski in den Direktionsrat des ukrainischen Wirtschaftsforums in Jalta gewählt. Das Forum wird für die EU-Integration der Ukraine jährlich seit 2005 vom Schwiegersohn Kutschmas Pintschuk, der mit oligarchischen Strukturen assoziiert wird, organisiert.

Seit Mitte 2005 war die Rolle der ukrainischen Oligarchen auf der wirtschaftspolitischen Bühne Polens deutlich erkennbar, was als positives Zeichen für die EU-Integration der Ukraine eingestuft werden kann, wenn man davon ausgeht, dass die EU ursprünglich eine wirtschaftliche Union war. Nach Auseinandersetzungen zwischen der polnischen Regierung und den ukrainischen wirtschaftspolitischen Eliten im Jahr 2004 konnte das polnische Metallurgieunternehmen Huta Częstochowa erst 2005 an den ukrainischen Verband der Donbas-Industriellen (ISD) verkauft werden. 2007 begannen Verhandlungen über den Verkauf der Gdańsker Werft an den ISD, sowie Verhandlungen zwischen dem größten ukrainischen Autounternehmen Ukrauto, General Motors und der polnischen Fabryka Samochodow Osobowych über eine Kooperation auf Basis des letztgenannten Unternehmens.

Das *fünfte Interaktionsfeld* zwischen der Ukraine und Polen schließlich umfasste die Rolle der beiden Staaten im europäischen Energietransitsystem. Hauptakteure in diesem Zusammenhang waren als staatliche Akteure die Staatspräsidenten der Ukraine und Polens und das ukrainische Parlament, und als internationale Akteure Russland, die EU und GUAM. In diesem Interaktionsfeld schuf der institutionelle Rahmen die Akteurkonstellationen und die Handlungsoptionen für die Akteure. Die Rolle der nichtstaatlichen Akteure, die in diesem



Feld vermutlich ebenfalls eine Rolle spielen, war aufgrund mangelnder empirischer Daten nicht erfassbar. Auch war der nichtinstitutionelle Rahmen in diesem Zusammenhang aufgrund der sehr komplexen und oft geheimen Verflochtenheit der Interessengruppen nicht deutlich herauszuarbeiten.

Wie die Arbeit offenbarte, zwangen die starke Abhängigkeit Polens und der Ukraine von russischen Gaslieferungen und die zeitweilige Einstellung der Gaslieferungen an die Ukraine Mitte der 1990-er Jahre beide Länder, nach anderen Energielieferoptionen zu suchen. Aus dieser Not entstand ein gemeinsames ukrainisch-polnisches Projekt, die Odessa-Brody-Pipeline, die Russland südlich umgehen sollte und deren Bau 1995 begann. Die Pipeline hätte Öl von Aserbaidschan (Baku) über Georgien (Poti und Batumi) und die Ukraine (Odessa und Brody) nach Polen (Adamowo-Zastawa) transportieren sollen, wo eine spätere Verbindung mit der Druschba-Pipeline geplant war. Das Projekt geriet jedoch aus mehreren Gründen ins Stocken: Russland übte politischen Druck auf Polen und die Ukraine sowie die möglichen zentralasiatischen Öllieferanten aus, es fehlte Geld für die nötigen Investitionen und darüber hinaus war der ukrainische Gasmarkt zwischen konkurrierenden Interessengruppen mit verschiedener Nähe zum staatlichen Apparat aufgeteilt, sodass der Bau der Pipeline sehr kompliziert und unübersichtlich wurde.

Darüber hinaus zwang Russland die Ukraine, ein gemeinsames Gaskonsortium zu gründen, das die ukrainischen Gas-Pipelines verwalten sollte. Interesse an dem Geschäft zeigten neben Gasunternehmen Deutschlands und Russlands auch Energieversorger Italiens, Frankreichs, Griechenlands, Polens, der Schweiz und der USA. Das ukrainische Parlament sah die Gründung des Gaskonsortiums hingegen als Gefahr für die nationale Sicherheit der Ukraine. Die EU unterzeichnete 2003 zusammen mit Polen und der Ukraine ein Communiqué über den weiteren Bau der Odessa-Brody-Pipeline, da die EU ein besonderes Interesse an der Ukraine und Polen als Energietransitstaaten hat. Das reale Bild der ukrainisch-polnischen Beziehungen ist in diesem Zusammenhang jedoch komplizierter, denn der Transit russischen Gases durch die Ukraine offenbarte konkurrierende ukrainische und internationale Interessengruppen, deren Einfluss auf die außenpolitischen Entscheidungsprozesse der beteiligten Staaten schwer festzustellen ist.

Die Rolle der Ukraine und Polens im Energietransit betonte auch der ukrainische Präsident Juschtschenko. Er reanimierte das alte Konzept von einer Zusammenarbeit der Staaten in der Region zwischen Ostsee und Schwarzem Meer (auch als Krawtschuk-Plan bzw.

noch früher als ein Konzept Pilsudskis bekannt) unter dem Stichwort GUAM als internationale Organisation. Dabei wurde die Heranführung Polens an GUAM als wichtig wahrgenommen, da so eine Perspektive für die Realisierung gemeinsamer Energieprojekte wie der Odessa-Brody-Pipeline, oder in weiteren Sinne des Transportkorridors vom Kaspischen Meer über den Kaukasus nach Europa, eröffnet würde. Bei einem Energie-Gipfeltreffen 2008 in Kiew unterzeichneten daher die Ukraine, Aserbaidshan, Georgien, Lettland, Litauen, Estland und Polen die „Deklaration über die gemeinsamen Prinzipien der Energiesicherheit“ und belegten damit institutionell die wichtige Rolle der Ukraine und Polens als Energietransitstaaten. Obwohl GUAM, das für die Ukraine seit Juschtschenkos Präsidentschaft zu einem Energieschlüsselprojekt geworden war, damit als internationale Organisation institutionalisiert war, erfuhren die Ukraine und Polen seither keine gewichtigere Rolle im Energietransit. Durch die starke Abhängigkeit der Ukraine von russischen Energielieferungen blieben sowohl die Ukraine als auch GUAM (sicherheits-)politisch schwach.

## **5.2. Weiterer Forschungsbedarf**

Die durchgeführte Analyse der ukrainisch-polnischen Beziehungen zeigt ferner auf, in welchen Bereichen der Internationalen Beziehungen Bedarf nach weiterer Forschung besteht. Ausgehend von der gesellschaftlichen Ebene internationaler Politik und damit der Außenpolitik der Staaten eröffnet sich ein neuer Zugang zu demokratischen Staatstheorien und zu neuen Konzepten demokratischer internationalen Beziehungen. Zu beachten ist, dass es sich bei der Ukraine und Polen als Beispiel internationaler Beziehungen um zwei relativ junge demokratische Staaten handelt, deren Demokratie sich innerhalb der letzten gerade einmal 20 bzw. 18 Jahre entwickelte (nach dem Systemwechsel in Polen 1989 und in der Ukraine 1991). Es wäre daher möglich, dass ihre Demokratien im Vergleich zu den länger etablierten westlichen Demokratien defizitär sind<sup>293</sup>.

---

293 Ein Beispiel einer gelungenen Studie zur Rolle demokratischer gegenüber nichtdemokratischen Regimes in den internationalen Politik ist die Arbeit von Harald Barrios. Barrios wies nach, dass demokratische Regimes (im Gegensatz zu autokratischen bzw. totalitären) innerhalb von Staaten die Kooperation zwischen Staaten begünstigen. Er untersuchte die Außenpolitik Brasiliens, Argentiniens, Chiles und Uruguays und stellte fest, dass Veränderungen der Außenpolitik in gewissem Maße mit Wechseln des Regimetyps (von autokratisch zu

Die vorliegende Analyse der internationalen Politik zeigt auf gesellschaftlicher Ebene einerseits den Prozess der Vergesellschaftung von Staaten und ihren Außenpolitiken, andererseits aber auch den Vorgang der Verstaatlichung von gesellschaftlichen Interessen, was einen bestimmten Blickwinkel auf die demokratische Partizipation der Gesellschaft an den politischen Prozessen eines Staates eröffnet. In Demokratien, so Ernst-Otto Czempiel, mischen sich zwischengesellschaftliche Interaktionen in die Herrschaftssysteme und erheben damit den Anspruch, die Außenpolitik des Staates zu beeinflussen (Czempiel 1994: 3).

Besonders im Sinne der Kritischen Theorie sollte die Exklusion bzw. Inklusion sozialer Kräfte bei der Partizipation an außenpolitischen Entscheidungs- und Steuerungsprozessen der Staaten im Rahmen der (*global*) *governance* (neue Entscheidungs- und Steuerungsmuster; Sauer 2004: 111) untersucht werden, da Entscheidungen dieser Art vor allem zum Wohl der Gesellschaft ausgetragen werden sollten. Somit sollte die Frage nach der Qualität einer Demokratie geklärt werden können, da es vom Standpunkt der Kritischen Theorie um die Entwicklung eines Demokratiebegriffs geht, der die unterschiedliche Repräsentation sozialer Kräfte erklärt (Sauer 2003: 153). Immerhin ist bis in die Antike die Auffassung zurück zu verfolgen, die Aufgabe politischen Denkens sei, geeignete institutionelle Rahmenbedingungen für eine gerechte gesellschaftliche Ordnung zu finden (Grotz 2000: 51).

Unklar ist jedoch, inwieweit institutionelle Rahmenbedingungen und damit die außenpolitischen Entscheidungsprozesse bei der Inklusion bzw. Exklusion bestimmter Akteure demokratisch werden müssen. Anders formuliert stellt sich die Frage, inwieweit die Zivilgesellschaft bzw. die Bevölkerung an außenpolitischen Entscheidungsprozessen teilnehmen sollte, um die Entscheidungen nicht voll der Exekutive (wie in meisten Fällen) zu überlassen. Einerseits scheint es nicht demokratisch, die Außenpolitik der Exekutive zu überlassen, da die außenpolitischen Zielsetzungen bei Parlaments- und Präsidentenwahlen meist nicht in den Wahlprogrammen zu finden sind. Andererseits kann der Staat weiterhin eine regulierende Instanz darstellen, die sich bei gesellschaftlichen Auseinandersetzungen für Kooperation und Frieden entscheidet. Am Beispiel der ukrainisch-polnischen Beziehungen wurde deutlich, dass gerade die staatlichen Institutionen zur Milderung der gesellschaftlichen

---

demokratisch bzw. umgekehrt) korrespondieren (Barrios 1999: 389). Demokratische Regimes zeigten daneben eine viel höhere Bereitschaft zur gemeinsamen Integration, da sie auf dauerhafte Absichten und Zusagen ausgerichtet waren. Nichtdemokratische Regimes dagegen verursachten Unsicherheit bei den Partnern, da sie unvorhersehbare Änderungen der Politik verursachen konnten (Barrios 1999: 396)

Auseinandersetzungen um das historische und kirchliche Erbe zwischen Ukrainern und Polen und damit zur zunehmenden staatlichen Kooperation beitrugen.

Im Zusammenhang mit der demokratischen staatlichen Regulation der gesellschaftlichen Partizipation an den außenpolitischen Entscheidungsprozessen der Staaten wäre die Berücksichtigung der sozioökonomischen Verhältnisse bzw. der materiellen Produktionsbeziehungen für die weitere Analyse der internationalen Politik wichtig. Dabei bieten die Neo-Gramscianischen Ansätze mit dem Verständnis, dass Staaten auf internationalem Niveau die materielle Kondensierung der sozialen Verhältnisse sind, eine andere (kritische) Perspektive für die Analyse der internationalen Politik (Brand 2007: 15–16). Die aus dem historischen Materialismus entwickelte kritische Theorie der Hegemonie, Weltordnung und des historischen Wandels von Cox (Bieler/Morton 2003: 338–339) impliziert Kritik an der bestehenden kapitalistischen Ordnung des internationalen Systems. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der Rolle materieller Ressourcen (wie z.B. Öl und Gas) und ihrer begrenzten Verfügbarkeit in den internationalen Beziehungen. Die Einbettung der internationalisierenden politischen Ökonomie wäre an dieser Stelle wichtig (Brand 2005).

## 6. Literaturverzeichnis

- Allison, G. T. 1975. Begriffliche Modelle und das Wesen der Entscheidung. in: Haftendorn, H. (Hrsg.). Theorie der Internationalen Politik. Gegenstand und Methoden der Internationalen Beziehungen. Hoffmann und Campe: Hamburg, 255–274.
- Amtschuk, L. 2006. Orbity „oliharchiw”. Koho wedut na wybory Achmetow, Surkis, Pintschuk? unter <http://pravda.com.ua/news/2006/2/13/38656.htm>; Ukrajinska Prawda; abgerufen am 15. November 2008.
- Andruschtschenko, W. T. 2003. Jewropejska polityka Ukrainy: problemy formuwannja ta realizaciji. Dissertation. Institut der Höheren Bildung. Akademie der Pädagogischen Wissenschaften. Charkiw. Manuskript.
- Aphrasidze, D. 2003. Die Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens. Dissertation. Universität Wien. Manuskript.
- Åslund, A. 2003. Left Behind. Ukraine's Uncertain Transformation. In: National Interest 73, 107–116.
- Badrak, V. 2000. Vivat, GUUAM! unter <http://www.dt.ua/1000/1600/28738>; Dserkalo Tyschnja, 14.–20 Oktober 2000; abgerufen am 3. November 2008.
- Bahan, O. 2006. Manipuljatywnyj aspekt heopolityky, abo pro duhowni osnovy Jewropy. Wyswolnyj Schljach, März.
- Balmaceda, M. M. 1998. Gas, Oil and the Linkages between Domestic and Foreign Policies: The case of Ukraine. In: Europe–Asia Studies 50, 2: 257–286.
- Barrios, H. 1999. Die Außenpolitik junger Demokratien in Südamerika. Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay. Leske + Budrich: Opladen.
- Bartoszewski, W. 1996. Polen und seine Nachbarn. In: Zeitschrift für Politik 43, 1: 67–73.
- Basiuk, V. 2000. Ukraine: Towards a Viable National Ethos. In: Wolchik, S./Zviglyanich, V. (Hrsg.). Ukraine: The Search of a National Identity. Rowman & Littlefield: Lanham, 31–49.
- Behrens, H./Noack, P. 1984. Theorien der Internationalen Politik. Taschenbuch: München, 96–134.
- Bidenko, A. 2006. Sakonodawtschi aspekty upravlinnja ukrajinskoju nazionalnoju bespekoju. In: Politytschnyj Menedschment 1, 128–139.

- Bieler, A./Morton, D. 2003. Neo-Gramscianische Perspektiven. In: Schieder, S./Spindler, M. (Hrsg.). Theorien der Internationalen Beziehungen. Leske + Budrich: Opladen, 337–362.
- Bingen, D. 1998. Die Republik Polen. Eine kleine politische Landeskunde. Aktuell: Landsberg am Lech.
- Bingen, D. (Hrsg.) 2002. Deutschland–Polen–Osteuropa. Deutsche und polnische Vorüberlegungen zu einer gemeinsamen Ostpolitik der erweiterten Europäischen Union. Harrassowitz: Wiesbaden.
- Bingen, D. 2008. Polen. Wie ein labiles Parteiensystem zu einer Stabilisierung der Demokratie beiträgt. In: Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? E. Bos/D. Segert (Hrsg.). Verlag Barbara Budrich: Opladen, 78–90.
- Bischof, B. 2006. Demokratische Penetration. Reflexionen zur polnischen Ostpolitik. In: Das neue Polen in Europa. Merli, F./Wagner, G. (Hrsg.). Studienverlag: Innsbruck, 103–114.
- Boratyński, J. et al. (Hrsg.) 2006. Questionable Achievement: EC–Ukraine Visa Facilitation Agreement, Batory Foundation, Warsaw, abgerufen am 2. Dezember 2008 unter <http://www.batory.org.pl/doc/ec-ukraine-visa-facilitation-agreement.pdf>
- Borochwostow, W. 2005. Ukrajina–NATO: problemni pytannja ukrajinskoho oboronno-promyslowoho kompleksu. In: Stratehitschna Panorama 2, 131–137.
- Bos, E. 2004. Das politische System der Ukraine. In: Ismayr, W. (Hrsg.). Die politischen Systeme Osteuropas. Leske + Budrich: Opladen, 447–486.
- Bos, E. 2008. Ukraine: Instabile Institutionen, informelle Netzwerke und Regionalisierung des Parteiensystems. In: Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. E. Bos/D. Segert (Hrsg.). Verlag Barbara Budrich: Opladen, 210–228.
- Brand, U. 2005. Die politische Form der Globalisierung. Politische Institutionen und soziale Kräfte im internationalisierten Staat. Habilitationsschrift. Universität Kassel. Manuskript.
- Brand, U. 2007. The Internationalization of the State as the Reconstruction of Hegemony. IPW Working Paper 1, abgerufen am 3. Juni 2009 unter [http://politikwissenschaft.univie.ac.at/fileadmin/user\\_upload/inst\\_politikwiss/IPW\\_Working\\_Papers/IPW-Working-Papers-01-2007-Brand.pdf](http://politikwissenschaft.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/inst_politikwiss/IPW_Working_Papers/IPW-Working-Papers-01-2007-Brand.pdf)

- Bredies, I. 2005. Vom Superpräsidialismus zur parlamentarischen Demokratie. In: Bredies, I. (Hrsg.). *Zur Anatomie der Orangen Revolution in der Ukraine*. Ibidem: Stuttgart.
- Bredies, I. 2007. Institutionswandel ohne Elitenwechsel? Zur Rolle des ukrainischen Parlaments (Verchovna Rada) in der politischen Transition der Ukraine. Auszüge aus der Dissertation, präsentiert am 19. Oktober 2007 an der Universität Wien in der Ringvorlesung „Konsolidierung oder De-Konsolidierung der Demokratie in Osteuropa?“ Manuskript.
- Brodocz, A./Vorländer, H. 2006. Polen. Verfassung. Bundeszentrale für politische Bildung unter <http://www.bpb.de/themen/9BQWBD,0,0,Verfassung.html>; die Seite ist nicht mehr zugänglich; das Material kann beim Bedarf bei der Autorin bezogen werden.
- Brzeziński, Z. 1997. *The Grand Chessboard: American Primacy and its Geostrategic Imperatives*. Basic Book: New York, 46–85.
- Buci-Glucksmann, C. 1981. Gramsci und der Staat. Für eine materialistische Theorie der Philosophie. Pahl-Rugenstein: Köln.
- Burant, S. R. 1993. International Relations in a Regional Context: Poland and its Eastern Neighbours – Lithuania, Belarus, Ukraine. In: *Europe–Asia Studies*, 45, 3: 395–418.
- Calleo, D. 2005. Rede bei der Konferenz „New Geopolitics of Central and Eastern Europe“. Stefan-Batory-Stiftung, abgerufen am 4. November 2008 unter <http://www.batory.org.pl/doc/geopolityka.pdf>
- Carlsnaes, W. 2002. Foreign Policy. In: Carlsnaes, W. et al. (Hrsg.). *Handbook of International Relations*. Sage: London, 331–349.
- Carothers, Th. 2002. The End of the Transition Paradigm. In: *Journal of Democracy* 13.1: 5–21.
- Całka, M. J. 1994. Relations with Ukraine. In: *Yearbook of Polish Foreign Policy*, 117–123.
- Celewicz, M./Nizioł-Celewicz, M. 2006. NATO Membership and the Eastern Dimension of Polish Foreign Policy. In: Hunin, J. (Hrsg.). *Dear Neighbours. Poland and the Eastern Dimension of the European Union*. Marie-Curie-Skłodowska UP: Lublin, 77–111.
- Chojnowska, A. 1995. Relations with Ukraine. In: *Yearbook of Polish Foreign Policy*, 140–147.
- Chojnowska, A. 1996. Relations with Ukraine. In: *Yearbook of Polish Foreign Policy*, 141–149.

- Chwalba, A. 2005. Polen und der Osten. Tausend Jahre Nachbarschaft. In: Chwalba, A. (Hrsg.): Polen und der Osten. Suhrkamp: Frankfurt am Main, 12–76.
- Cieřlik, M. 1998. Relations with Ukraine. In: Yearbook of Polish Foreign Policy, 174–180.
- Cipko, S. 2006. Contemporary Migration from Ukraine. In: International Organisation for Migration: Migration Perspectives 2006. Vienna, 119, zitiert unter <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen20.pdf>; Ukraine-Analysen 20/2007; abgerufen am 4. Dezember 2008.
- Collins, D. 2003. Ten Years of Ukrainian Foreign and Security Policy, Five Years of the NATO–Ukraine Charter. Ukraine and Regional Co-operation in Security: Looking ahead. NATO Defense College 16, 21–29.
- Czempiel, E.-O. 1994. Vergesellschaftete Außenpolitik. In: Merkur 1, 1–14.
- Davies, N. 2001. Im Herzen Europas. Geschichte Polens. Beck: München.
- Deutsch, K. W. 1975. Ein einfaches kybernetisches Modell. In: Haftendorn, H. (Hrsg.). Theorie der Internationalen Politik. Gegenstand und Methoden der Internationalen Beziehungen. Hoffmann und Campe: Hamburg, 275–296.
- Eisl, G. 2006. Die Außen-, Sicherheits- und Nachbarschaftspolitik Polens. In: Merli, F./Wagner, G. (Hrsg.). Das neue Polen in Europa. Studienverlag: Innsbruck, 93–102.
- Ermakov, S. 2003. Ukraine and Russia. Ukraine and Regional Co-operation in Security: Looking Ahead. NATO Defense College 16, 61–66.
- Evangelista, M. 1995. The Paradox of State Strength: Transnational Relations, Domestic Structures, and Security Policy in Russia and the Soviet Union. In: International Organization, 49, 1: 1–38.
- Fischer, S. 2008. Ukraine as a Regional Leader. In: Fischer, S. (Hrsg.). Ukraine: Quo Vadis? Chaillot Papers 108, Institute for Security Studies, Paris unter <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp108.pdf>; abgerufen am 3. Juni 2009.
- Gerhardt, S. 2003. Polska Polityka Wschodnia. *Die Außenpolitik der polnischen Regierung von 1989 bis 2004 gegenüber den östlichen Nachbarstaaten Polens (Russland, Litauen, Weißrussland, Ukraine)*. Dissertation. Universität Trier, Trier. Manuskript.
- Gourevitch, P. 2002. Domestic Politics and International Relations. In: Carlsnaes, W. et al. (Hrsg.). Handbook of International Relations. Sage: London, 310–322.
- Grabbe, H. 2005. New Geopolitics of Central Europe. Stefan Batory Foundation unter <http://www.batory.org.pl/doc/geopolityka.pdf>; abgerufen am 4. November 2008.



- Gromadzki, G. 2002. Between Need and Dependency. Russian Gas in the Energy Balance of the Enlarged EU. Policy Papers 8, Stefan Batory Foundation, Warsaw, abgerufen am 3. November 2008 unter <http://pdc.ceu.hu/archive/00002375/01/rap8en.pdf>
- Gromadzki, G. et al. (Hrsg.) 2003. More than a Neighbour – proposals for the EU's future policy towards Ukraine. Stefan Batory Foundation, Warsaw, abgerufen am 26. Mai 2008 unter [http://pdc.ceu.hu/archive/00002384/01/more\\_than\\_a\\_neighbour.pdf](http://pdc.ceu.hu/archive/00002384/01/more_than_a_neighbour.pdf)
- Gromadzki, G. et al. (Hrsg.) 2005. Friends of Family? Finnish, Lithuanian, and Polish Perspectives on the EU's policy towards Ukraine, Belarus and Moldova unter [http://www.upi-fiia.fi/eng/publications/fiia\\_reports](http://www.upi-fiia.fi/eng/publications/fiia_reports); Finnish Institute of International Affairs; abgerufen am 27. Mai 2008.
- Gromadzki, G. et al. (Hrsg.) 2005. Will the Orange Revolution bear the fruit? EU–Ukraine relations in 2005 and the beginning of 2006. Stefan Batory Foundation, Warsaw, abgerufen am 27. Mai 2008 unter <http://www.batory.org.pl/doc/orange.pdf>
- Grotz, F. 2000. Politische Institutionen und post-sozialistische Parteien-Systeme in Ostmitteleuropa. Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei in Vergleich. Opladen: Leske + Budrich.
- Guggenberger, G. 2005. Polen und die Ukraine: ungleiche Partnerschaft. In: Europäische Rundschau 33, 119–131.
- Haftendorn, H. 1990. Zur Theorie außenpolitischer Entscheidungsprozesse. In: Rittberger, V. (Hrsg.). Theorien der internationalen Beziehungen. Bestandaufnahme und Forschungsperspektiven. Politische Vierteljahresschrift, 21/1990, Westdeutscher Verlag: Opladen, 401–423.
- Hartmann, K. 1995. Polens Ostpolitik und die Ukraine. In: Osteuropa 45, 10: 946–962.
- Hartwig, I. 2000. Die Europapolitik Rumäniens. Entwicklung institutionalisierter Kooperation. Nomos: Baden-Baden.
- Hatschikjan, M. 2000. Jenseits der Westpolitik. Die Außenpolitik der osteuropäischen Staaten im Wandel. Opladen: Leske + Budrich.
- Heffernan, M. 2000. Fin de siècle, fin du monde? On the origins of European geopolitics 1890–1920. In: Dodds, K. (Hrsg.). Geopolitical Traditions. A Century of Geopolitical Thoughts. Routledge: London, 34–39.

- Hetmantschuk, O. 2004. Rik Polschtschi w Ukrajini: Minimum polityky, maksimum kultury unter <http://www.dt.ua/1000/1600/46088/>; Dserkalo Tyschnja, 3.–9. April 2004; abgerufen am 4. Dezember 2008.
- Heyken, E. 2001. Der Besuch des Papstes in der Ukraine. In: Osteuropa 51, 1009–1021.
- Hirsch, H. 1994. Der problematische Rollenwechsel: Macht, Parteien und Politik in Polen 1989–1992. In: M. Hatschikjan M./Weilemann, P. (Hrsg.). Parteienlandschaften in Osteuropa: Politik, Parteien und Transformation in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und Bulgarien 1989–1992. Schöningh: Paderborn, 41–81.
- Holtmann, E. (Hrsg.) 2000. Politik-Lexikon. Oldenbourg: München, 50–53.
- Hontschar, M. 2007. Moskwa-Asija-Transyt unter <http://www.dt.ua/1000/1550/59239/>; Dserkalo Tyschnja 12.–18. Mai 2007; abgerufen am 3. November 2008.
- Hrycak, J. 2004. Wolhynien in der ukrainischen Erinnerung. In: Makarska, R./Kerski, B. (Hrsg.). Die Ukraine, Polen und Europe. Fibre Verlag: Osnabrück, 151–163.
- Hrynyschyn, M./Trochymtschuk, S. 2002. Miszewe Samowrjaduwannja w Ukrajini i Polschtschi na schljachu do spilnoho jewropejskoho domu. Lwiwer Nationaluniversität: Lwiw.
- Humrich, Ch. 2003. Kritische Theorie. In: Schieder, S./Spindler, M. (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Leske + Budrich: Opladen, 421–447.
- Hunin, J. 2006. Introduction. Poland, Eastern Europe, the European Union. In: Hunin, J. (Hrsg.). Dear Neighbours. Poland and the Eastern Dimension of the European Union. Marie-Curie-Skłodowska UP: Lublin 13–16.
- Huntington, S. 1990. Democratisation and Security in Eastern Europe. In: Volten (Hrsg.). Uncertain Futures: Eastern Europe and Democracy. Occasional Paper Series 16. Institute for East-West Security Studies: New York, 35–49.
- Huntington, S. 1993. The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century. UP of Oklahoma: Norman.
- Huntington, S. 1996. Clash of Civilizations and the Remaking of World Order. Simon & Schuster: New York, 158–159.
- Huterer, A. 2006. Kampf der Rechten und Gerechten. Die politische Rhetorik der Kaczyńskis. In: Osteuropa 11–12, 53–68.
- Huzul, J. 2005. Prymyrennja nad mohylamy. In: Dserkalo Tyschnja 25. Juni–1. Juli 2005 unter <http://www.dt.ua/1000/1550/50449/>; abgerufen am 20. November 2008.

- Huzul, J./Kujbida, W. 2002. Ne moschna swodyty wsju polsko-ukrajinsku polityku do obhoworennja zwyntarnych pytann unter <http://www.dt.ua/1000/1550/34819/>; Dserkalo Tyschnja 18.–24. Mai 2002, abgerufen am 4. Dezember 2008.
- Isajewytsch, J. et al. (Hrsg.) 1999. Sbirnyk naukowych praz mischnarodnoji konferenziji „Ukrajina i Polschtscha u S’chidno-Zentralnij Jewropi: spadok i majbutnje“. Instytut Ukrainosnawstwa: Kiew.
- Jacobs, A. 2003. Realismus. In: Schieder, S./Spindler, M. (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Leske + Budrich: Opladen, 35–59.
- Juchler, J. 1996. Machtwechsel – die Präsidentschaftswahlen in Polen. In: Osteuropa 46, 3: 267–283.
- Juchler, J. 1998. Machtwechsel in Polen. Die Parlamentswahlen und ihre Folgen. In: Osteuropa 48, 2: 148–159.
- Juchler, J. 2000. Zu den Präsidentschaftswahlen in Polen. In: Osteuropa 50, 12: 1339–1349.
- Juchler, J. 2001. Machtwechsel in Polen – die Linke löst die Rechte ab. In: Osteuropa 51, 11–12: 1405–1415.
- Juchler, J. 2003. Zwischen Bangen und Hoffen. Polen vor dem EU-Referendum. In: Osteuropa 4, 502–514.
- Kappeler, A. 2000. Kleine Geschichte der Ukraine. Beck: München.
- Kempe, I. 2006a. Eine neue Ostpolitik. CAP Analyse 2, abgerufen am 26. Mai 2008 unter <http://www.cap.lmu.de/download/2006/CAP-Analyse-2006-02.pdf>
- Kempe, I. 2006b. Die Europäische Union und die Ukraine. In: Weidenfeld, W. (Hrsg.). Europa-Buch, Band 1. Verlag Bertelsmann Stiftung: Gütersloh, 503–520.
- Kempe, I. 2007a. „Staatszerfall“ in der Ukraine? Ursachen und Konsequenzen der gegenwärtigen Krise. Ukraine-Analysen 22; abgerufen am 3. Juni 2009 unter <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen22.pdf>
- Kempe, I. 2007b. Zwischen Anspruch und Realität. In: Osteuropa 2/3, 57–68.
- Kerski, B./Kowalczyk A. S. (Hrsg.) 2004. Ein ukrainischer Kosmopolit mit Berliner Adresse. Gespräche mit Bohdan Osadczuk (Alexander Korab). Fibre: Osnabrück.
- Kissinger, H. A. 2005. Rede bei der Konferenz „New Geopolitics of Central and Eastern Europe“. Stefan Batory Foundation, abgerufen am 4. November 2008 unter <http://www.batory.org.pl/doc/geopolityka.pdf>

- Klymenko, L. 2009. What Holds Ukraine and Poland Together? On External and Internal Factors of Ukrainian–Polish Relations. In: J. Besters-Dilger (Hrsg.). *Ukraine on its Way to Europe. Interim Results of the Orange Revolution* Peter Lang: Frankfurt am Main, 253–274.
- Konieczna, J. 2001. Polska-Ukraina. Wzajemny Wizerunek. Institute of Public Affairs: Warsaw, 29, 60. Zitiert in Wolczuk, K./Wolczuk R. 2002. *Poland and Ukraine. A Strategic Partnership in a Changing Europe?* Royal Institute of International Affairs: London, 55–56.
- Korendowytsch, W. et al. 2001. Ukrajina–GUAM–Turetschynna: stan ta perspektywy podalschoho roswytku widnosyn unter <http://www.dt.ua/1000/1600/29492>; Dserkalo Tyschnja 3.–9. Februar 2001; abgerufen am 3. November 2008.
- Kowall, T. 2002. Eine Oligarchie unter Kutschma? Der Einfluss von Wirtschaftseliten auf die Politik. In: T. Kowall/K. Zimmer (Hrsg.). *Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in der Ukraine. Arbeitspapiere und Materialien.* Forschungsstelle Osteuropa, Dezember, 42.
- Kramer, H. 2002. Zum „state of arts“ der Disziplin „Internationale Politik“. Einleitende Bemerkungen zur Lehrveranstaltung „Einführung in die Internationale Politik“ unter <http://homepage.univie.ac.at/helmut.kramer/texte.html>; abgerufen am 3. Juni 2009.
- Krastev, I. 2005. Rede bei der Konferenz „New Geopolitics of Central and Eastern Europe“. Stefan-Batory-Stiftung, abgerufen am 4. November 2008 unter <http://www.batory.org.pl/doc/geopolityka.pdf>
- Krell, G. 2003. *Weltbilder und Weltordnung.* Nomos: Baden-Baden.
- Kuzio, T. 1993. Die Ukraine in Europa. Außen- und Sicherheitspolitik einer neuen Nation. In: *Europa-Archiv*, 7, 202–214.
- Kuzio, T. 2000. Geopolitical Pluralism in the CIS: The Emergence of GUUAM. In: *European Security*, 2, 81–114.
- Kuzio, T. 2005a. Neither East nor West. Ukraine’s Security Policy under Kuchma. In: *Problems of Post-Communism* 52, 5: 59–68.
- Kuzio, T. 2005b. Semi-Authoritarianism in Kuchma’s Ukraine. In: N. Hayoz (Hrsg.). *Ukraine at a Crossroads.* Peter Lang: Bern, 33–62.
- Kuzio, T. 2006a. National Identity and History Writing in Ukraine. In: *Nationalities Papers* 34, 407–427.

- Kuzio, T. 2006b. Ukraine's „Orange-blue" Foreign and Security Policy. In: R. Asmus (Hrsg.). *Next Steps in Forging a Euroatlantic Strategy for the Wider Black Sea*. German Marshall Fund of the USA: Washington, 199–212.
- Kłoczowski, J. 2004. *East-Central Europe's Position within Europe*. Institute of East-Central Europe: Lublin.
- Lami, G. 2005. The Destiny of Ukraine: Europe or Eurasia? In: G. Bercoff and G. Lami (Hrsg.). *Ukraine's Re-Integration into Europe: A Historical, Historiographical and Politically Urgent Issues*. Edizioni dell'Orso: Alessandria, 311–323.
- Lang, K.-O. 2002. Polens Beziehungen zur Ukraine. „Strategische Partnerschaft" im Kontext der EU-Erweiterung. SWP-Studie, Berlin, abgerufen am 3. Juni 2009 unter [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=760](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=760)
- Lang, K.-O. 2005a. Polen und der Osten. SWP-Aktuell, Berlin, abgerufen am 3. Juni 2009 unter [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=2208](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=2208)
- Lang, K.-O. 2005b. Auf dem Weg zur IV. Republik? Die Parlamentswahlen in Polen vom 25. September 2005. In: *Osteuropa* 55, 10: 135–148.
- Lang, K.-O. 2006a. Mit Sicherheit – Polens Energiepolitik zwischen europäischer Solidarität und russischer Abhängigkeit. In: *Polen-Analysen 2* abgerufen am 27. Oktober 2008 unter <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen02.pdf>
- Lang, K.-O. 2006b. Europapolitik ohne Kompass. Polen sucht seinen Kurs in der EU. In: *Osteuropa* 56, 11–12: 81–92.
- Legro, J. W./Moravcsik, A. 1999. Is Anybody Still a Realist? In: *International Security* 24, 2: 5–55.
- Lindner, R. 1998. Kučmas Stuhl wackelt. Transformationsstau und Interessendivergenzen in der Ukraine. In: *Osteuropa* 48, 8–9, 920–937.
- Lindner, R. 2007. Postrevolutionäre Realität. Die Ukraine braucht eine stabile Regierung. In: *Osteuropa* 57, 10, 3–14.
- Loew, P. O. 2007. Das Ende der „vierten Republik". Die polnischen Parlamentswahlen vom Oktober 2007. In: *Osteuropa* 57, 10: 43–50.
- Lohinow, J. 2008. Jewrokror do porosuminnja. In: *Dserkalo Tyschnja* 12.–18. Mai 2008 unter <http://www.dt.ua/1000/1550/59241>; abgerufen am 4. Dezember 2008.
- Lomko, I. 2007. *Polititscheskije partii kak faktor formirowanija i realizazii wneschnej politiki Ukrainy*. Dissertation. Tawritscheskyj-Nationaluniversität, Simferopol. Manuskript.

- Luchterhandt, O. 1996. Präsidentialismus in den GUS-Staaten. In: Neue Regierungssysteme in Osteuropa und der GUS, Berlin, 274. Zitiert in Schünnemann, M. 2000. Besonderheiten des institutionellen und personellen Wandels in der Ukraine am Beispiel der Außenpolitik. In: Bock, S./Schünnemann, M. Zur institutionellen und personellen Transformation des Systems außenpolitischer Entscheidungsfindung in der Ukraine. Nomos: Baden-Baden, 25.
- Lüdemann, E. 2002. Abschied von der „Multivektoralität“. In: Osteuropa 52, 8: 1040–1055.
- Makarska, R. 2004. Die Ukraine, Polen und Europa. Europäische Identität an der neuen EU-Ostgrenze. Osnabrück: Fibre Verlag.
- Malek, M. 2002. Sicherheitspolitische Probleme der Ukraine. SWP-Studie. Stiftung Wissenschaft und Politik: Berlin, abgerufen am 3. Juni 2009 unter [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=769](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=769)
- Malek, M. 2007. Die Ukraine: Zerrissen zwischen Ost und West? Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Wien.
- Mandsi, L. 2003. Prawljatscha elita Ukrajiny: Sut ta etapy stanowlennja. Franko Nationaluniversität Lwiw. Manuskript.
- Mayntz, R./Scharpf, F. 1995. Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus. In: Mayntz, R./Scharpf, F. (Hrsg.). Gesellschaftliche Selbstregulung und politische Steuerung. Campus Verlag: Frankfurt, 39–72.
- Meier, Ch. 2000. Regionale Kooperation – Bestimmungsfaktoren, Modelle, Perspektiven. In: Hatschikjan, M. (Hrsg.). Jenseits der Westpolitik. Die Außenpolitik der osteuropäischen Staaten im Wandel. Leske + Budrich: Opladen, 91–110.
- Merkel, W. 1996. Einleitung. Die Institutionalisierung der Demokratie. In: Merkel, W./Sandschneider, E./Segert, D. (Hrsg.). Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie. Leske + Budrich: Opladen, 9–34.
- Merkel, W. 2003a. Transformation politische Systeme. In: Münkler, H. (Hrsg.). Politikwissenschaft. Ein Grundkurs. Rowohlt: Reinbek bei Hamburg, 207–244.
- Merkel, W. et al. (Hrsg.). 2003b. Defekte Demokratien. Band 1: Theorie. Leske + Budrich: Opladen.
- Merkel, W. 2007. Gegen alle Theorien? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa. In: Politische Vierteljahresschrift 48, 3: 413–433.

- Meyer, G. 2005. Ambivalenzen personalisierter Politik. Das Beispiel Polen. In: Osteuropa 55, 10: 47–58.
- Miller, A. 2003. In den Fesseln der Geschichte. Der polnische Diskurs über die Ostpolitik. In: Transit 25, 40–49.
- Milner, H. V. 1997. Interests, Institutions, and Information. Domestic Politics and International Relations. Princeton UP: Princeton.
- Moravcsik, A. 1997. Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics. In: International Organization 4, 513–553.
- Moravcsik, A. 1998. The choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht. University College London: London.
- Mostowa, J. 2000. Na prys sakryttja sesonu. In: Dserkalo Tyschnja 15.–21. Juli 2000 unter <http://www.dt.ua/1000/1030/27822>; abgerufen am 20. November 2008.
- Mostowa, J. 2000. Post sdaw: Post pryjnjaw. Krok Praworutsch? Krok liworutsch? In: Dserkalo Tyschnja 7.–13. Oktober 2000 unter <http://www.dt.ua/1000/1030/28664>; abgerufen am 26. November 2008.
- Mozok, W. 2002. Sutschasni ukrajinsko-polski mischderschawni widnosyny: politytschnyj aspekt. Dissertation. Tscherniwzi-Nationaluniversität, Tscherniwzi. Manuskript.
- Mołojcz, A. 2000. Polens Weg in die Europäische Union. Diplomarbeit, Universität Wien. Manuskript.
- Nye, J. S./Keohane, R. 1975. Transnationale Beziehungen und Weltpolitik. In: Haftendorn, H. (Hrsg.). Theorie der Internationalen Politik. Gegenstand und Methoden der Internationalen Beziehungen. Hoffmann und Campe: Hamburg, 69–88.
- Ochmann, C. 2007. Die polnisch-russischen Beziehungen im Kontext der neuen Ostpolitik der Europäischen Union. In: Polen-Analysen, 5, abgerufen am 3. Juni 2009 unter <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen05.pdf>
- Offe, C. 1994. Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. In: Offe, C. (Hrsg.). Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten. Campus: Frankfurt, 57–80.
- Olszański, T. 1997. Relations with Ukraine. In: Yearbook of Polish Foreign Policy, 156–162.
- Ott, A. 1998. Die Parlamentswahlen in der Ukraine 1998. In: Osteuropa 48, 10: 994–1009.
- Ott, A. 2000. Die politischen Parteien in der Ukraine: Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Parlaments. Berichte des BIOst, Köln.

- Pachlovska, O. 2004. Russian and Ukraine: The Myth of Eurasia vs. the Reality of Europe. In: East-Central Europe's Position within Europe. Between East and West. Lublin: Institut of East-Central Europe, 99–122.
- Pachlovska, O. 2005. Ukraine–Russia–Poland: Cultural Background and Political Perspectives of Post-Communist Asymmetries. In: Brogi Bercoff, G. (Hrsg.). Ukraine's (Re-)Integration into Europe. Edizioni dell'Orso: Alessandria, 277–308.
- Panina, N./Holovacha, J. 1999. Tendenziji roswytku ukrajinskoho suspilstwa 1994–1998: soziolohitschni pokasnyky, Kiew, 68. Zitiert in: Haran, O. 1999. Innenpolitische Faktoren der ukrainischen Außenpolitik. BIOST Berichte, Köln, 9.
- Panina, N. 2004. Ukrajinske suspilstwo 1994–2004: soziolohitschnyj monitorynh. Kiew. Zitiert in: Bredies, I. Vom Superpräsidialismus zur parlamentarischen Demokratie. In: Bredies, I. 2005. Zur Anatomie der Orangen Revolution in der Ukraine. Ibidem: Stuttgart.
- Parachonskij, B. 1999. Ukrajina w zentralnojewropejskomu rehioni: heopolitytschna sytuazija ta perspektywy roswytku. In: Sbirnyk naukowych praz mischnarodnoji konferenziji „Ukrajina i Polschtscha u S'chidno-Zentralnij Jewropi: spadok i majbutnje“. Kiew: Instytut Ukrajinosnawstwa, 32–33.
- Paradowska, J. 2006. Aufarbeitung und Ranküre. Gründe und Abgründe der Lustration. In: Osteuropa 56, 11–12: 205–218.
- Paschkow, M. 2002. Sownischnja polityka wnutrischnjoho wykorystannja. Rasumkow-Zentrum, Kiew unter [http://www.uceps.org/article.php?news\\_id=256](http://www.uceps.org/article.php?news_id=256); abgerufen am 11. November 2008.
- Paschkow, M./Tschalyj, W. 2000. Realiji ta perspektywy stratehitschnoho partnerstwa. Rasumkow-Zentrum, Kiew, abgerufen am 3. Juni 2009 unter [http://www.uceps.org/ukr/article.php?news\\_id=106](http://www.uceps.org/ukr/article.php?news_id=106)
- Paschkow, M./Tschalyj, W. 2001. GUUAM pislja jaltynskoho samitu: realiji i perspektywy. Rasumkow-Zentrum, Kiew unter [http://www.uceps.org/article.php?news\\_id=143](http://www.uceps.org/article.php?news_id=143); abgerufen am 26. November 2008.
- Paschkow, M./Tschalyj, W. 2002. Sownischnja polityka Ukrajiny pislja parlamentskykh wyboriw: moschlywi korektywy? Rasumkow-Zentrum, Kiew, abgerufen am 26. November 2008 unter [http://www.uceps.org/article.php?news\\_id=194](http://www.uceps.org/article.php?news_id=194)



- Pawliw, W. 2002. Ukrajinsko-polski widnosyny na nowomu etapi serjosnych wyprobuwan. In: Dserkalo Tyschnja 25.–31. Mai 2002 unter <http://www.dt.ua/1000/1600/34887>; abgerufen am 18. November 2008.
- Pełczyńska-Nałęcz, K. et al. 2003. Eastern Policy of the EU: the Visegrád Countries' Perspective. Centre for Eastern Studies: Warsaw, abgerufen am 25. Mai 2008 unter [http://osw.waw.pl/files/PUNKT\\_WIDZENIA4.pdf](http://osw.waw.pl/files/PUNKT_WIDZENIA4.pdf)
- Pełczyńska-Nałęcz, K. 2005. The ENP in practice – the European Union's policy towards Russia, Ukraine, Belarus and Moldova one year after the publication of the Strategy Paper. Centre for Eastern Studies, Warsaw, abgerufen am 2. Dezember 2008 unter [http://osw.waw.pl/files/PUNKT\\_WIDZENIA\\_10.pdf](http://osw.waw.pl/files/PUNKT_WIDZENIA_10.pdf)
- Piehl, E. 2005. Die offene Flanke der Europäischen Union: Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau. BWV: Berlin.
- Pietraś, Z. J. 2006. The Eastern Dimension of Polish Foreign Policy. In: Hunin, J. (Hrsg.). Dear Neighbours. Poland and the Eastern Dimension of the European Union. Marie-Curie-Skłodowska UP: Lublin 17–27.
- Pleines, H. 2005. Ukrainische Seilschaften. Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992–2004. Lit: Münster.
- Pleines, H. 2006. Die Energiefrage in den ukrainisch-russischen Beziehungen. Ukraine-Analysen, 2, abgerufen am 20. Oktober 2008 unter <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen02.pdf>
- Pleines, H. 2008. Reformblockaden in der Wirtschaftspolitik. Die Rolle der Wirtschaftsakteure in Polen, Russland und der Ukraine. VS Verlag: Wiesbaden.
- Potichnyj, P. 1980. (Hrsg.). Poland and Ukraine. Past and Present. Edmonton: The Canadian Institute of Ukrainian Studies.
- Prizel, I. 1998. National Identity and Foreign Policy. Nationalism and Leadership in Poland, Russia and Ukraine. Cambridge UP: Cambridge.
- Prizel, I. 2000. Nation-Building and Foreign Policy. In: Wolchik, S./Zviglyanich, V. (Hrsg.). Ukraine: The Search of a National Identity. Rowman & Littlefield: Lanham, 11–29.
- Puglisi, R. 2008. A Window to the World? Oligarchs and Foreign Policy in Ukraine. In: S. Fischer (Hrsg.). Ukraine: Quo Vadis? Chaillot Paper, Institute for Security Studies: Paris unter <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp108.pdf>; abgerufen am 3. Juni 2009.

- Putnam, R. D. 1998. Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games. In: *International Organization* 42, 3: 427–460.
- Rjabtschuk, M. 1999. Podibna dolja, risnyj doswid. Deschtscho pro perspektywy polsko-ukrajinskoho dialohu. In: *Sbirnyk naukowych praz mischnarodnoji konferenziji „Ukrajina i Polschtscha u S’chidno-Zentralnij Jewropi: spadok i majbutnje“*. Kiew: Instytut Ukrajinosnawstwa, 67–70.
- Riabchuk (Rjabtschuk), M. 2005. Strength and Weakness of a Blackmail state: Checking the Limitations. In: Bercoff, G.B. et al. (Hrsg.). *Ukraine’s Re-Integration into Europe: A Historical, Historiographical and Politically Urgent Issue*. Edizioni dell’Orso: Alessandria, 244–252.
- Riabchuk (Rjabtschuk), M. 2006. Must it always be „the West against the Rest“? Poland and the Case for Ukrainian Membership of the European Union. In: Hunin, J. (Hrsg.). *Dear Neighbours. Poland and the Eastern Dimension of the European Union*. Marie-Curie-Skłodowska UP: Lublin, 13–137.
- Riemer, A. 2005. *Geopolitik– Strategie 2004*. Landesverteidigungsakademie: Wien.
- Rjabinin, J. 2007. *Transkordonne spiwrobitnyztwo w systemi rehionalnoji intehraziji Ukrajiny: politolohitschnyj analis*. Dissertation. Donezk Nationaluniversität, Donezk. Manuskript.
- Romanjuk, A. et al. 2004. *Transformazija politytschnych system Ukrajiny i Polschtschi w umowach jewropejskoji intehraziji*. Wydawnyschj Zentr LNU: Lwiw.
- Rosenau, J. N. 1975. Problembereiche und national-internationale Vermittlungsprozesse. In: Haftendorn, H. (Hrsg.). *Theorie der Internationalen Politik. Gegenstand und Methoden der Internationalen Beziehungen*. Hoffmann und Campe: Hamburg, 318–335.
- Rotter, R. 2005. *Die Ukraine zwischen Russland und der Europäischen Union – Aspekte zweier komplexer Beziehungen, relevante innerstaatliche Determinanten*. Diplomarbeit, Universität Wien, Wien. Manuskript.
- Safonowa, L. 2007. Wony powernutsja? In: *Dserkalo Tyschnja* 30. Juni–6. Juli 2007 unter <http://www.dt.ua/1000/1050/59794>; abgerufen am 4. Dezember 2008.
- Saprykin, V. 2004. Subjekt oder Objekt? Die Ukraine und der Gastransit in die EU. In: *Osteuropa* 54, 9–10: 230–237.

- Sauer, B. 2003. Den Staat ver/handeln. Zum Zusammenhang von Staat, Demokratie und Herrschaft. In: Demirovich, A. (Hrsg.). Modelle kritischer Gesellschaftstheorie. Verlag Metzler: Stuttgart, 152–175.
- Sauer, B. 2004. Staat–Institutionen–Governance. In: Rosenberger, S./Sauer, B. (Hrsg.). Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte–Verknüpfungen–Perspektiven, WUV: Wien, 107–125.
- Schieder, S. 2003. Neuer Liberalismus. In: Schieder, S./Spindler, M. (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Opladen: Leske + Budrich, 169–198.
- Schneider, E. 2005. Die ukrainische Außenpolitik unter Wiktor Juschtschenko. Diskussionspaper. Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, Oktober, abgerufen am 3. Juni 2009 unter [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=2495](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=2495)
- Schneider, E./Reimer, A. 2002. Die ukrainischen Parlamentswahlen und die neue Werchowna Rada. SWP-Aktuell, Stiftung Wissenschaft und Politik, abgerufen am 3. Juni 2009 unter [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=493](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=493)
- Schneider, V./Janning, F. 2006. Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Schneider-Deters, W. 2000a. Die Wiederwahl des Präsidenten Kučma. In: Osteuropa 50, 5: 504–519.
- Schneider-Deters, W. 2000b. Präsident Kučma wieder gewählt. Neubeginn in der Ukraine. In: Osteuropa 50, 4: 351–366.
- Schneider-Deters, W. 2005. Die palliative Ukrainepolitik der EU. Ein Plädoyer für ein neues Denken. In: Osteuropa, 55, 1: 50–63.
- Schörning, N. 2003. Neorealismus. In: Schieder, S./Spindler, M. (Hrsg.): Theorien der internationalen Beziehungen. Leske + Budrich: Opladen, 61–87.
- Schowkwa, I. 2005. Stratehitchne partnerstwo u sownischnij polityzi Ukrajiny. Dissertation. Schewtschenko-Nationaluniversität, Kiew. Manuskript.
- Schünnemann, M. 2000. Besonderheiten des institutionellen und personellen Wandels in der Ukraine am Beispiel der Außenpolitik. In: Bock, S./Schünnemann, M. (Hrsg.). Zur institutionellen und personellen Transformation des Systems außenpolitischer Entscheidungsfindung in der Ukraine. Nomos: Baden-Baden, 11–33.

- Segert, D. 2007. Kommentar. Stabiles System, stabile Demokratie? In: Ukraine-Analysen 29, abgerufen am 3. Juni 2009 unter <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen29.pdf>
- Segert, D. 2008. Parteien und Transformation in Osteuropa nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. In: E. Bos/D. Segert (Hrsg.). Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Barbara Budrich: Opladen, 11–32.
- Selenko, H. 1999. Politytschna modernisazija w Polschtschi: doswid dlja Ukrajiny? In: Sbirnyk naukowych praz mischnarodnoji konferenziji „Ukrajina i Polschtscha u S’chidno-Zentralnij Jewropi: spadok i majbutnje“. Instytut Ukrajinosnawstwa: Kiew, 122–125.
- Selenko, H. 2001. Ukrajina i Polschtscha: modeli politytschnoji orhanisaziji. Dissertation. Nationalakademie der Ukraine, Kiew. Manuskript.
- Sherr, J. 2003. Strengthening the Economic and Democratic Foundations of Ukraine: a Comparative Perspective. Ukraine and Regional Co-operation in Security: Looking Ahead. NATO Defense College 16, 51–60.
- Shulman, S. 2002. The Internal-External Nexus in the Formation of Ukrainian National Identity: The Case for Slavic Integration. In: Kuzio, T./D’Anieri, P. (Hrsg.). Dilemmas of State-led Nation Building in Ukraine. Praeger: Westport, 103–130.
- Shynkarjov, I. M. 2005. Polnische Außenpolitik als Ansatzpunkt für eine Ostpolitik der Europäischen Union: das Beispiel der polnisch-ukrainischen Beziehungen von 1989–2002. Shaker Verlag: Aachen.
- Snachorenko, O. M. 2005. Stratehitschne partnerstwo w ukrajinsko-polskych widnosynach. Dissertation. Schewtschenko-Nationaluniversität, Kiew. Manuskript.
- Snyder, R. C./Bruck, H. W./Sapin, B. 1975. Entscheidungsanalyse und internationale Beziehungen; In: Haftendorn, H. (Hrsg.). Theorie der Internationalen Politik. Gegenstand und Methoden der Internationalen Beziehungen. Hoffmann und Campe: Hamburg, 227–243.
- Snyder, T. 2003a. Polnische Ostpolitik. Tradition mit Zukunft. In: Transit 25, 25–39.
- Snyder, T. 2003b. The Reconstruction of Nations. Yale UP: New Haven.
- Solonenko, I. 2007. The EU’s „Transformative Power“ Beyond Enlargement: the Case of Ukraine’s Democratisation. European Research Working Papers Series 21, University of Birmingham, abgerufen am 3. Juni 2009 unter

- [http://www.eri.bham.ac.uk/research/working\\_papers/WP21Solonenko.pdf](http://www.eri.bham.ac.uk/research/working_papers/WP21Solonenko.pdf)
- Stadler, A. 1989. Determinanten der Außenpolitik der Volksrepublik Polen. Diplomarbeit. Universität Wien. Manuskript.
- Stanowski, K. et al. 2004. Polski i ukrajinski NGO: projektjuwannja transformacijnych smín u seredowyschtschi schyttjedijalnosti. Donezk: Jugo-Wostok.
- Stojezki, S. 2006. „Wisowe Pytannja“ w ukrajinsko-polskich widnosynach. In: Politytschnyj Menedschment 1, 159–171.
- Subtelny, O. 1992. Ukrajina. Kiew: Lybid.
- Śumylo, O. 2007. Draußen von der Tür. Die ENP aus Sicht der Ukraine. In: Osteuropa 57, 2–3: 173–184.
- Suschko, O. 2005. Nowij Ukrajini – nowu sownischnju polityku. In: Polityka i Tschas 1, 50–51.
- Suschko, O. 2007. Chto wywodyt prowidnych politykiw Ukrajiny na mischnarodnu szenu? In: Dserkalo Tyschnja 9.–15. Juni 2007 unter <http://www.dt.ua/1000/1550/59558>; abgerufen am 26. November 2008.
- Świeboda, P. 2006. Noch ist Polen nicht verloren. Warschauer introvertierter Europapolitik. In: Osteuropa 56, 11–12: 93–100.
- Sylina, T. 2001. Schtschob ne staty morem. In: Dserkalo Tyschnja 21.–27. Juli 2001 unter <http://www.dt.ua/1000/1600/31677>; abgerufen am 20. November 2008.
- Sylina, T. 2003. Wnutrischni boji sa sownischnju polityku. In: Dserkalo Tyschnja 6.–12. Dezember 2003 unter <http://www.dt.ua/1000/1030/44374>; abgerufen am 11. November 2008.
- Sylina, T. 2005. Aleksandr Kwasnjewskij: „Pomarantschewa rewoljuzija bula rewoljuzijeju hidnosti“ In: Dserkalo Tyschnja 26. März–1. April 2005 unter <http://www.dt.ua/1000/1030/49608>; abgerufen am 20. November 2008.
- Sywak, O. W. 2000. Formuwannja ta sdijsnennja sownischnjoji polityky Ukrainy (1990–1999). Dissertation. Schewtschenko-Nationaluniversität, Kiew. Manuskript.
- Szeptycki, A. 2006. Poland's Relations with Ukraine. In: Yearbook of Polish Foreign Policy, 132–145.
- Szmyd, Z. 1999. Relations with Ukraine. In: Yearbook of Polish Foreign Policy, 180–188.
- Szmyd, Z. 2000. Ukraine. In: Yearbook of Polish Foreign Policy, 216–222.

- Szymborska, A. 2007. Freundliche EU-Grenze. Anspruch und Realität der EU-Visumpolitik. In: Osteuropa 57, 2–3: 273–283.
- Tkaczyński, J. W. 1997. Polen in Umbruch: Skizzen aus Geschichte, Wirtschaft und Politik. Berlin Verlag A. Spitz: Berlin.
- Tschekalenko, L. 2006. Sownischnja polityka Ukrajiny. Lybid: Kiew.
- Tschekalenko, L. 2007. Sownischnjopolitytschni mechanizmy sabespetschennja nazionalnoji bespeky Ukrajiny. Habilitationsschrift. Rat der Sicherheit und Verteidigung der Ukraine, Kiew. Manuskript.
- Tymoschenko, J. 2002. „Truba“ ukrajinskij ekonomitschnij nesaleschnosti. In: Dserkalo Tyschnja 28. Juni–5. Juli 2002 unter <http://www.dt.ua/1000/1550/35275>; abgerufen am 26. November 2008.
- Tyschtschenko, J. 2007. Jewro 2012 – ideja, schtscho konsoliduje? Perspektywy i rysyky. RU 13/485, 26. April 2007, Ukrainisches unabhängiges Zentrum der politischen Forschung, abgerufen am 26. April 2007 unter <http://www.ucipr.org.ua/modules.php?op=modload&name=News&file=article&sid=60204&mode=thread&order=0&thold=0>
- Ulbert, C. 2003. Sozialkonstruktivismus. In: Schieder, S./Spindler, M. (Hrsg.). Theorien der Internationalen Beziehungen. Leske + Budrich: Opladen, 391–419.
- Verfassung Polens, 1997. Unter <http://www.sejm.gov.pl/prawo/konst/niemiecki/kon1.htm>; abgerufen am 5. Juni 2009.
- Verfassung der Ukraine, 2004. Dokument 254k/96-vr unter <http://www.rada.gov.ua>, Parlament der Ukraine.
- Vetter, R. 2001. Polen vor einem Machtwechsel? Die Sozialdemokraten des SLD bereiten sich auf die Regierungsübernahme vor. In: Osteuropa 51, 7: 820–830.
- Wagner, G. 2006. Demokratische Reformer, politische Strukturen und Parteisystem in der Republik Polen. In: F. Merli /G. Wagner (Hrsg.). Das neue Polen in Europa. Politik, Recht, Wirtschaft und Gesellschaft. Studienverlag: Innsbruck, 43–62.
- Wagner, W. 2006. Vergleichende Außenpolitikanalyse. In: H. Barrios/Ch. Stefes (Hrsg.). Einführung in die Comparative Politics. Oldenbourg: München, 250–261.
- Wilzewski, J. 1999. Triumph der Legislative. Zum Wandel der amerikanischen Sicherheitspolitik 1981–1991. Campus Verlag: Frankfurt am Main.

- Wittkowsky, A. 1996. Politische Eliten der Ukraine im Umbruch. Reformen und die Strukturierung von Interessengruppen. In: Osteuropa 46, 4: 364–380.
- Wolczuk, K./Wolczuk, R. 2002. Poland and Ukraine. A Strategic Partnership in a Changing Europe? Royal Institute of International Affairs: London.
- Wolf, R. 2000. Was hält siegreiche Verbündete zusammen? In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 33–78.
- Wosnjak, T. 2004. „Projekt Ukraine“. Bilanz eines Jahrzehntes. In: R. Makarska (Hrsg.). Die Ukraine, Polen und Europa. Europäische Identität an der neuen EU-Ostgrenze. Fibre Verlag: Osnabrück, 67–90.
- Zblewski, M. 2006. Welche Faktoren bestimmen die Außenpolitik Polens in Bezug zur Ukraine? Das polnische Engagement in der ukrainischen Krise 2004. Diplomarbeit. Universität Wien, Wien. Manuskript.
- Ziemer, K. 2001. Schwierige Nachbarschaft. Die Ostpolitik der Staaten Ostmitteleuropas seit 1989. Verlag Herder-Institut: Marburg.
- Ziemer, K./Matthes, C.-Y. 2004. Das politische Systems Polens. In: Ismayr, W. (Hrsg.) Die politischen Systeme Osteuropas. Leske + Budrich: Opladen, 189–246.
- Zimmer, K. 2002. „Einheit, Eintracht und Widergeburt“. Zur Rolle und Relevanz des „Donecker Clans“. In: T. Kowall/K. Zimmer (Hrsg.). Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in der Ukraine. Arbeitspapiere und Materialien. Forschungsstelle Osteuropa, Dezember, abgerufen am 3. Juni 2009 unter <http://se1.isn.ch/serviceengine/FileContent?serviceID=ISN&fileid=03539B72-5843-3171-235C-54271DEE74ED&lng=de>





## **Anhang**

### **Abstract (Deutsch)**

Die Studie beschäftigt sich mit den ukrainisch-polnischen Beziehungen vom Systemwechsel in Polen und der Ukraine (1989 bzw. 1991) bis zur Gegenwart (2008) und geht dabei der Frage nach, wie der problemlösungsorientierte Interaktionsprozess in der internationalen Politik gesellschaftlich eingebettet ist. In der Analyse der Beziehungen zwischen der Ukraine und Polen wird auf die Zusammenhänge von drei Variablen der internationalen Politik, Akteure, Identitäten und Institutionen, eingegangen. Die Untersuchung bezieht staatliche, nicht-staatliche, internationale und transnationale Akteure ein, die aufgrund ihrer Identitäten in einem institutionellen Rahmen agieren. Die Wechselwirkung zwischen Akteuren, Identitäten und Institutionen wurde anhand der folgenden Interaktionsfelder zwischen der Ukraine und Polen analysiert: die ukrainisch-polnischen Beziehungen zwischen den Systemwechseln, die Auseinandersetzungen um das historische und kirchliche Erbe, sicherheitspolitische Herausforderungen im NATO-Kontext, die Beziehungen zwischen der Ukraine, Polen und der EU sowie die Rolle der Ukraine und Polens als Energietransitstaaten. Die Arbeit zielt darauf ab, empirisch-analytische Aussagen zu formulieren, die mit der Analyse der drei genannten Variablen zu einem besseren Verständnis der internationalen Politik beitragen.

### **Abstract (English)**

The study is concerned with the Ukrainian-Polish relations since the regime change in Poland and Ukraine (in 1989 and 1991, respectively) up to the present day (2008), and addresses the question of how problem- and solution-oriented interaction in the international relations is societally embedded. The analysis of the Ukrainian-Polish relations tackles the correlation of three variables of the international relations: actors, identities, and institutions. The research includes state, non-state, international and transnational actors, all of which act on the basis of their identities in an institutional framework. The interdependency between actors, identities and institutions is examined considering the following interaction fields between Ukraine and Poland: the Ukrainian-Polish relations between the regimes changes, disputes over the historical and church heritage, security challenges in the context of NATO, the relations between Poland, Ukraine and the EU, and the role of Ukraine and Poland as energy transit states. The study aims at formulating empiric-analytical propositions that on the basis of the three chosen variables contribute to a better understanding of the international relations.

**LINA KLYMENKO**  
**CURRICULUM VITAE**

**EDUCATION**

---

**UNIVERSITY OF VIENNA** Vienna, Austria  
**Ph.D. in Political Science (anticipated)** Oct 2006–Jun 2009

- Dissertation:

*The Relations between Poland and Ukraine. On the Role of Institutions, Societal Actors and Identities in International Relations*

**UNIVERSITY OF GEORGIA** Athens, Georgia, USA  
**M.A. in German** Aug 2001–Aug 2003

- Master's Thesis:

*A Comparative Analysis of Cultural Presentations in German Textbooks*

**ORPINGTON COLLEGE OF FURTHER EDUCATION** Orpington, UK  
**First Cambridge Certificate in English (FCCE)** Sep 2000–Mar 2001

**TEACHER TRAINING UNIVERSITY OF POLTAVA** Poltava, Ukraine  
**Honors Specialist in German, English, and World Literature** Sep 1995–Jul 2000

- Diploma Thesis:

*German Unification of 1989 in Brigitte Burmeister's Novel "Unter dem Namen Norma" and Christa Wolf's Story "Was bleibt"*

**SCHOLARSHIPS**

---

**UNIVERSITY OF STUTTGART** Stuttgart, Germany  
*Baden-Württemberg Scholarship* Oct 2005–Jul 2006

**UNIVERSITY OF ROSTOCK** Rostock, Germany  
*German Academic Exchange Service Scholarship (DAAD)* Oct 1998–Mar 2000

**UNIVERSITY OF KOBLENZ-LANDAU** Landau, Germany  
*Working Group Ukraine-Pfalz Scholarship* Oct 1996–Feb 1997

**PUBLICATIONS & CONFERENCE PAPERS**

---

- *What holds Ukraine and Poland together? On External and Internal Factors of the Ukrainian-Polish Relations.* In: *Ukraine on its Way to Europe.* Besters-Dilger, J. (Ed). Peter Lang: Frankfurt/Main, 2009, 253–274.

## **PUBLICATIONS & CONFERENCE PAPERS (cont'd)**

---

- *The Ukrainian-Polish Relations since the Presidencies of Yushchenko and Kaczyński.*  
Presented at the Conference “(Re-)Integration of Ukraine into Europe” in Kyiv, Ukraine,  
Feb 2009

## **RESEARCH & TEACHING EXPERIENCE**

---

<b>UNIVERSITY OF VIENNA, DEPARTMENT OF SLAVONIC STUDIES</b> <i>Project Assistant, (Re-)Integration of Ukraine into Europe</i>	Vienna, Austria Nov 2006–Mar 2009
<b>OMV OIL AND GAS GROUP</b> <i>Ukrainian Language Trainer</i>	Vienna, Austria Sep 2007–present
<b>DR. JOSEF-RAABE VERLAGS-GMBH, PUBLISHING COMPANY</b> <i>Project Coordinator for Ukraine</i>	Stuttgart, Germany Jan–Jul 2006
<b>UNIVERSITY OF KANSAS, DEPT. OF GERMANIC LANG. &amp; LITER.</b> <i>Teaching &amp; Research Assistant of German and Tutor of Russian</i>	Lawrence, Kansas Jan 2004–May 2005
<b>UNIVERSITY OF GEORGIA, DEPT. OF GERM. &amp; SLAV. LANG.</b> <i>Teaching Assistant of German and Tutor of Russian and Ukrainian</i>	Athens, Georgia Aug 2001–Aug 2003

## **INTERNSHIPS, SUMMER SCHOOLS & STUDY TRIPS**

---

<b>ROMANIA’S POLITICAL SYSTEM &amp; EU MEMBERSHIP STUDY TRIP</b> <i>University of Vienna</i>	Cluj-Napoca, Sibiu, and Bucharest May 2009
<b>POLAND’S POLITICAL SYSTEM &amp; EU MEMBERSHIP STUDY TRIP</b> <i>University of Vienna</i>	Cracow and Warsaw May 2008
<b>INTERNATIONAL ORGANIZATIONS SUMMER SCHOOL</b> <i>University of Kansas European Studies Institute</i>	Brussels, The Hague, Paris, Strasbourg, Budapest, Vienna Jun–Jul 2005
<b>DIPLOMATIC INTERNSHIP</b> <i>Embassy of Ukraine</i>	Washington, DC Jun–Aug 2004
<b>NON-PROFIT, NON-GOVERNMENTAL ORGANIZATION INTERNSHIP</b> <i>U.S.-Ukraine Foundation</i>	Washington, DC May–Aug 2004
<b>INTERNSHIP IN CANADIAN PARLIAMENT</b> <i>Canada-Ukraine Parliamentary Program</i>	Ottawa, Canada May–Jul 2000